



Die Bundeswehr

GEDENKKULTUR

November 2017

Die Erinnerung wachhalten

Sonderseiten: Ehemalige und Versorgung
Tradition: Wie junge Soldaten die Debatte erleben



Seit 1956
Partner der FöG

Exklusiver Versicherungsschutz vom
Empfehlungsvertragspartner der



Förderungsgesellschaft
des Deutschen
Bundeswehrverbandes mbH

Vorteile sichern – schon heute...

... durch eine Anwartschafts-
versicherung und gleichzeitig
sparen mit dem Abschluss
einer *privaten*
Pflegepflichtversicherung.



Nehmen Sie jetzt
mit uns Kontakt
auf. Wir beraten
Sie gerne.

www.continentale-soldatenversicherung.de

Continentale Krankenversicherung a.G.
Bundeswehrservice
Ruhrallee 92, 44139 Dortmund
Tel. 0231 919-3003
bws@continentale.de

Die
Continentale

DANKE!

Der November 2017 ist definitiv ein besonderer Monat. Es gäbe mehr als genug Themen für diesen Leitartikel: die Sondierungsgespräche einer möglichen künftigen Koalition, unser Dialog mit den Parteispitzen über unsere Forderungen für einen Koalitionsvertrag, die sicherheitspolitischen Entwicklungen mit all ihren Auswirkungen auf die Bundeswehr, um nur einige zu nennen. Anbieten würde sich auch der Sachstand zu den Trendwenden Personal, Material und Haushalt, und natürlich der detaillierte Rückblick auf die ablaufende Amtsperiode des Bundesvorstands mit der 20. Hauptversammlung vor der Brust. Wissen Sie was? Ich lasse es.

Die Hauptversammlung. Ja, es ist wirklich schon wieder so weit, die letzten vier Jahre sind rasant vergangen. Ich gebe zu: Sie gehören zu den anspruchsvollsten meines Lebens. Ich sage das bewusst, obwohl ich schon einige Herausforderungen zu bewältigen hatte, die Konfrontation mit Verwundung und Tod in meinen Einsätzen, beispielsweise. Ich bin sicher, viele Kameraden im Bundesvorstand werden es ähnlich sehen.

Wir sahen uns enorm großen Aufgaben gegenüber, auf allen unseren Handlungsfeldern Politik, Verein und Unternehmen DBwV zugleich. Und ich kann feststellen: Gemeinsam haben wir viel erreicht. Harte Arbeit auf allen Ebenen, getragen von unserer Zuversicht und unserem Zusammenhalt, hat sich ausgezahlt. Als ich bei den Landesversammlungen darüber sprach, habe ich die unterschiedlichen Menschen genannt: die Miesmacher, die Mitmacher – und die Mutmacher.

Ich bin sehr dankbar dafür, dass ich in den letzten Jahren geradezu umzingelt war von Mutmachern. Das gilt für den Bundesvorstand und die Landesvorstände ebenso wie für die aktiven und die Ehemaligen-Kameradschaften. Gerade in letzteren hatte ich oft Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch und Krafttanken. Ich durfte beispielhaftes Einsteher für einander erleben, gewachsen aus unserem über sechzigjährigen Selbstverständnis.

Offen gestanden habe ich in den letzten vier Jahren viel gelernt, auch über mich selbst. Wie vergleichsweise einfach es ist, Zivilcourage von anderen zu fordern. Und wie spannend, selbst Zivilcourage zu zeigen. Sich in den Wind zu stellen, Überzeugung zu vertreten. Auch, wenn andere das nicht hören wollen, auch, wenn sie hinterher sogar drohen. Nicht von Haltung reden, sondern Haltung zeigen, so wie in diesem Jahr beim Jahresempfang des Wehrbeauftragten, als ich das Thema Vertrauenskrise ansprach. Nicht zuletzt in diesem Zusammenhang möchte ich mich bedanken, auch im Namen des Bundesvorstands, für viel Zuspruch und Halt in einer besonderen Zeit. „Einzelstark,

viele sind stärker und gemeinsam sind wir unschlagbar“, das habe ich einmal auf einem DBwV-Aufkleber gelesen. So war es, so ist es und so wird es bleiben.

Beim Danke sagen möchte ich keinesfalls unsere rund 250 hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vergessen. Sie haben großen Anteil an unserer erfolgreichen Arbeit, gleich in welchem Sektor sie für unseren DBwV wirken. Und nein, auch in einer neuen Amtsperiode werden die Herausforderungen nicht weniger, vielleicht aber anders. Und auch der DBwV wird sich entwickeln, Veränderungen werden nicht ausbleiben, weil wir wissen: Wer sich nicht verändert, wird auch das verlieren, was er bewahren wollte. So werden wir auf allen Handlungsfeldern, und anders als viele andere Akteure, einem Grundsatz immer treu bleiben: gestalten statt verwalten!

Unsere Mitglieder leben die Demokratie, die sie zu verteidigen bereit sind. Sie agieren im Auftrag von Regierung und Parlament auch international in den verschiedenen Einsatzgebieten – mit der Hoffnung auf eine friedliche Welt. Als Mahnung zum Frieden haben wir in diesem Magazin den Umgang mit Tod und Verwundung, aber auch die Gedenkkultur im Zuge des Volkstrauertags, zum Schwerpunkt gemacht. Dabei möchte ich den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, der weiterhin in über 100 Ländern Kriegsgräber als Mahnung erhält und pflegt, hervorheben. Gut, dass es ihn gibt! Wie sagte schon Albert Schweitzer: „Soldatengräber sind die größten Prediger des Friedens.“

Mit kameradschaftlichen und kollegialen Grüßen

*Ich
André Wüstner*



Oberstleutnant André Wüstner,
Bundesvorsitzender



Ein Mehrzweckhubschrauber NH90 nimmt eigene Kräfte nach einer Patrouille in der Wüste von Nordmali auf.

Kabinett beschließt Verlängerung von Auslandseinsätzen

DBwV fordert Anpassung der Mandate

Berlin. Die Mandate laufen aus, die neue Regierung steht noch nicht – deshalb hat das Bundeskabinett Ende Oktober sieben Mandate für Auslandseinsätze befristet verlängert. Dazu zählen die Mission in Afghanistan, der UN-Einsatz in Mali, der Anti-IS-Einsatz, die Blauhelmissionen im Sudan und Südsudan sowie die Seeraumüberwachung der Nato im Mittelmeer.

Die Verlängerung gilt bis zum 31. März, das neue Parlament muss noch zustimmen. Mit diesem Schritt sollen die neue Bundesregierung und der Bundestag ausreichend Zeit für die inhaltliche Auseinandersetzung bekommen.

Die ist aus Sicht des DBwV auch dringend nötig! Der Bundesvorsitzende Oberstleutnant André Wüstner fordert die Parlamentarier auf,

sich schnellstmöglich mit den Mandaten zu befassen. Angesichts von Überdehnung und Unterfinanzierung der Bundeswehr verlangt er, das sicherheitspolitische Engagement Deutschlands zu priorisieren sowie die Anzahl der Einsätze entsprechend zu reduzieren.

Mit Blick auf den Einsatz in Mali fordert Oberstleutnant Wüstner, den gemischten Heeresfliegerverband Ende April 2018 abzuziehen. Die Bundesregierung hatte im Frühjahr acht Kampf- und Transporthubschrauber nach Mali verlegt. Das Heer hatte seinerzeit darauf hingewiesen, dass der Einsatz nur für maximal zwölf Monate vertretbar sei. Wüstner: „Aus nicht nachvollziehbaren Gründen hat die Bundesregierung den Vereinten Nationen eine Zusage bis Ende Juni gegeben. Mittlerweile verschärfen technische Probleme beim NH90 sowie der tragische Verlust zweier ‚Tiger‘-Piloten und eines Kampfhubschraubers die personelle und materielle Situation.“

Dauere der Einsatz länger als zwölf Monate, drohe perspektivisch ein Verlust der Fähigkeit Forward AirMedevac und der Unterstützung durch den Kampfhubschrauber „Tiger“, so Wüstner. „Durch ein ‚All-In‘ in Mali über die zwölf Monate hinaus befürchte ich weitere Flugstundenreduzierungen, negative Auswirkungen auf Flugsicherheit und -erfahrung sowie Lizenzverlust für Besatzungen und damit einen Fähigkeitsverlust auf Jahre hinaus!“ Die Politik müsse sich genau überlegen, ob sie das in Kauf nehmen wolle.

Auch das Afghanistan-Mandat muss neu bewertet und angepasst werden. Hier kam bereits Ende Juni aus dem Kontingent selbst die Forderung, die Obergrenze zu erhöhen. Und auch hier droht ein Hubschrauber-Problem. Wüstner: „Der derzeit durch Deutschland gestellte Lufttransport mit dem Hubschrauber CH-53 muss reduziert oder ganz durch eine andere Nation übernommen werden. Unser CH-53-Paket braucht schnellstmöglich eine Regeneration in personeller und materieller Hinsicht.“



© Stephan Rürup



Foto: Fotolia

45

Informationen, wie man trotz finanzieller Sorgen oder im Pflegefall das Alter im Kreise der Familie genießen kann, finden Sie auf unseren Sonderseiten „Ehemalige und Versorgung“. Weiteres Thema: der Reservistendienst als ehemaliger Berufssoldat.

VERBAND AKTUELL

- 1 **Zur Sache:** DANKE!
- 22 **Fachtagung:** Beteiligungsrechtler senden Signal
- 24 **AG Soldatinnen:** Neue Musterbekleidung
- 25 **Elternzeit:** Formalien können Geld kosten
- 30 **Mandatsträger:** Neuer Schatzmeister im Amt
- 32 **Verbandserfolg:** Heilfürsorgeverordnung in Kraft
- 36 **AG Auslandseinsätze:** Erfolgsgeschichte mit Zukunft
- 38 **Ausland:** Stationierungsabkommen mit Jordanien

TITEL

- 8 **Gedenkkultur:** Gefallene als politische Herausforderung
- 10 **Hinterbliebene:** Abschied in Mali
- 12 **Seelsorger:** Überbringung der Todesnachricht
- 13 **Gastbeitrag:** J.-C. Juncker zu Frieden durch Europa
- 14 **Tod an der Ostfront:** 74 Jahre Ungewissheit
- 16 **Kriegsgräberfürsorge:** Versöhnung über Gräbern
- 18 **Volkstrauertag:** Veranstaltungen am 19. November
- 19 **Ehrenmale:** Orte des Erinnerns und Gedenkens



Zu unserem Titelbild:
*Die öffentliche Wertschätzung des soldatischen Opfers entwickelte sich über Jahrhunderte. Für eine angemessene Würdigung der Toten der Bundeswehr gibt es verschiedene Ansätze, aber noch kein Gesamtkonzept. Hier eine Soldatin im „Wald der Erinnerung“ in Potsdam.
 (Foto: imago/photothek)*

POLITIK

- 6 **Koalition:** Streitpotenzial bei „Jamaika“
- 28 **Rechtsextremismus:** Maßnahmen des BMVg
- 29 **Gastbeitrag:** Zukunft des Journalismus
- 34 **Interview:** dbb-Chef Dauderstädt über öffentlichen Dienst

AUS DER TRUPPE

- 26 **Tradition:** Kommentare von Studenten der UniBw Hamburg
- 40 **Heer:** Flugbetrieb „Tiger“ wieder aufgenommen
- 42 **Luftwaffe:** Handlungsbedarf für kommende Legislatur
- 54 **Marine:** Was braucht eine attraktive Marine?
- 56 **Sanitätsdienst:** Führung und Traditionsverständnis
- 59 **Streitkräftebasis/CIR:** Unsere Kandidaten für den BPR

FÜR UNSERE MITGLIEDER

- 39 **Ansprechpartner Auslandseinsatz**
- 82 **Ansprechpartner Verband intern**
- 45 **Ehemalige/Versorgung:** 8 Sonderseiten
- 63 **SaZ-Kurier:** Berufliche Zukunft im öffentlichen Dienst
- 66 **Beteiligungsrechte:** 48 spannende Monate
- 67 **Zivile Beschäftigte:** Hunderte Beschlussanträge
- 69 **Aus den Landesverbänden**
- 78 **Justitia:** Geheimes Filmen von Kameraden
- 84 **FöG:** Erben und Vererben
- 88 **Gedenken**

MAGAZIN

- 53 **Leserbriefe**
- 92 **Freizeit:** Multimedia, Kino, Auto, Rätsel
- 96 **Impressum**

Foto: dpa/picture alliance



1917

2

November

1948: Unter einem Bild von Theodor Herzl ruft David Ben Gurion den Staat Israel aus.

Vor 100 Jahren

Die Balfour-Deklaration

In einem Brief teilt der britische Außenminister Arthur Balfour dem bekannten Zionisten Lord Lionel Rothschild im November 1917 mit, dass die britische Regierung „die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk“ in Palästina mit Wohlwollen betrachte, solange die bürgerlichen und religiösen Rechte der dort lebenden nichtjüdischen Gemeinschaften nicht infrage gestellt würden. Er bittet Rothschild, das Schreiben zur Kenntnis der Zionistischen Weltorganisation zu geben. Die Balfour-Deklaration gilt als wichtiger Schritt auf dem Weg zur Gründung des Staats Israel.

Zwar hatte die britische Regierung zuvor bereits aufständischen Arabern einen eigenen unabhängigen Staat nach dem Sieg über das Osmanische Reich als Gegenleistung für die militärische Unterstützung im Ersten Weltkrieg zugesichert. Doch schon mit dem sogenannten Sykes-Picot-Abkommen vom 16. Mai 1916 war diese Zusicherung gebrochen worden. Nach zahlreichen weiteren geschichtlichen Wendungen und dem Genozid an den europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland sollte es noch bis zum Jahr 1948 dauern, ehe die in der Balfour-Deklaration in Aussicht gestellte Staatsgründung erfolgte.

Vor 100 Jahren

Die „Oktoberrevolution“ bricht in Russland aus

1917: Rotgardisten in Sankt Petersburg



Foto: dpa/picture alliance

In Petrograd, dem heutigen Sankt Petersburg, übernehmen die Bolschewiken unter Führung von Lenin und Trotzki die Macht, nachdem sie verkünden, die provisorische Regierung abgesetzt zu haben. Doch erst in der folgenden Nacht nehmen die Revolutionäre relativ widerstandslos und ohne großes Blutvergießen den Winterpalast ein und verhaften die Regierungsmitglieder.

Die liberalen Eliten hatten gegen die autokratische Ordnung rebelliert, Arbeiter und Bauern gegen Gutsbesitzer sowie Fabrikanten und das gebildete Bürgertum sowie nationale und religiöse Minderheiten gegen Diskriminierung und Marginalisierung. Die provisorische Regierung konnte die Zersetzung der staatlichen Ordnung nicht abwenden. Der sich anschließende Bürgerkrieg fordert in den folgenden Jahren Millionen Opfer.

Erst im Februar 1918 galt in Russland auch der gregorianische Kalender (zuvor der julianische). Die Menschen in Russland übersprangen in der Nacht des 31. Januar im Schlaf 13 Tage und wachten am 14. Februar wieder auf. Deswegen wird die Oktoberrevolution paradoxerweise im November gefeiert.

1917

7

November

Vor 25 Jahren

Der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa tritt in Kraft

1992

9

November

Der am 19. November 1990 zwischen den Mitgliedstaaten der Nato und des Warschauer Pakts unterzeichnete „Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa“ (KSE-Vertrag) tritt formell in Kraft. Das Abkommen regelte die Abrüstung konventioneller Waffensysteme im Rahmen von festgelegten Obergrenzen in fünf Waffenkategorien (Kampfpanzer, gepanzerte Kampffahrzeuge, Artillerie mit mindestens 100-mm-Kaliber, Kampfflugzeuge und -hubschrauber) sowie Stationierungsräumen für beide Staatenblöcke. Geltungsgebiet war vom Atlantik bis zum Ural (Atlantic-to-the-Urals, AT-TU-Zone). 30 Staaten unterzeichneten den Vertrag. Zudem sah das Abkommen umfassende Verifikationsregelungen vor (unter anderem Inspektionen und Informationsaustausche). Die grundlegenden politischen Veränderungen in Europa machten später jedoch eine Anpassung an die neuen Strukturen in Europa erforderlich.

Foto: dpa/picture alliance



Ein Kampfpanzer T 55 wird 1995 in Neubrandenburg nach den KSE-Regeln verschrottet.

1942

19

November



Soldaten der Roten Armee beim Vormarsch im Raum Stalingrad

Foto: dpa/picture alliance

Vor 75 Jahren

Die sowjetische Gegenoffensive bei Stalingrad beginnt

Die Rote Armee beginnt eine zangenförmige Großoffensive um das von deutschen Truppen weitgehend kontrollierte Stalingrad. Dies führt binnen drei Tagen zur Einschließung der gesamten 6. Armee, Teilen der 4. Panzerarmee und Resten der 3. und 4. rumänischen Armee. Der Versuch, die eingekesselten Truppen aus der Luft zu versorgen, scheitert. Bei der Einnahme der Stadt durch die Rote Armee Anfang Februar 1943 leben nur noch rund 100 000 der 280 000 eingeschlossenen Soldaten.



Jan Meyer,
Herausgeber

Kontinuität für die Bundeswehr



Noch-Verteidigungsministerin von der Leyen. Sie hat die Trendwenden aufs Gleis gesetzt – jetzt ist Umsetzung angesagt.

Es ist seit Wochen das Lieblingsthema im Berliner Regierungsviertel: Wer wird was? Kann Cem Özdemir Außenminister? Was wird Joachim Herrmann machen? Übernimmt FDP-Mann Wolfgang Kubicki das Finanzministerium? Und natürlich, ganz wichtig: Wer wird neuer Verteidigungsminister?

Ich möchte einen Gedanken mit Ihnen teilen, der mit Blick auf das letzte halbe Jahr vielleicht zunächst überraschend erscheint. Aber zum einen ist längst nicht alles, was medial zum „Krieg“ hochgejazzt wird, auch tatsächlich einer, zum anderen geht's hier auch gar nicht um persönliche Befindlichkeiten. Es geht um unsere Bundeswehr. Und die braucht eines ganz besonders: Kontinuität.

Ein neuer Verteidigungsminister – und mit ihm möglicherweise ein neues Leitungsteam – braucht locker ein halbes Jahr, um überhaupt im Amt Fuß zu fassen. Ein Stillstand, den sich die Truppe kaum leisten kann. Deswegen sollte die neue Verteidigungsministerin vielleicht am besten die alte sein ...

Ursula von der Leyen hat gute und wichtige Projekte aufs Gleis gesetzt – denken wir an die Trendwenden für Personal und Material. Es wäre schön, wenn sie den Beweis führen könnte, dass sie damit erfolgreich sein kann. Der Deutsche Bundeswehrverband könnte sie dabei jedenfalls

nach Kräften unterstützen. Indem wir nicht locker lassen. An jedes Versprechen erinnern. Wir haben uns alles gemerkt. Und werden immer wieder fragen: Wo sind die neuen Leute? Wann hat jeder Soldat wieder ein Bett und einen Spind in der Kaserne? Wo bleibt das neue Material? Wie ist das mit der Munition? Wir werden so lange fragen, bis wir positive Antworten bekommen. Natürlich nicht, um irgendjemanden zu ärgern. **Sondern für die Bundeswehr.**

Als Verteidigungsstaatssekretär ist Gerd Hoofe bestimmt Ärger gewohnt. Aber dass er Beschuldigter in einem förmlichen Ermittlungsverfahren ist, das dürfte auch für ihn eine neue Erfahrung sein. Wie Thorsten Jungholt in der „Welt“ meldet, lautet der Vorwurf „Strafvereitelung im Amt“. Anlass für die Ermittlungen ist demnach die Strafanzeige eines ranghohen Offiziers, von der ich hier schon im September berichtet hatte. Er hatte gegen einen Vorgesetzten ermittelt, der zwei Frauen unter Druck gesetzt und genötigt haben soll. Die beiden Frauen hatten sich aber nicht im Disziplinarverfahren geäußert, sondern nur gegenüber dem Stabsmitglied „Chancengerechtigkeit, Vielfalt und Inklusion“. Die Stabsstelle, angesiedelt in Hoofes Geschäftsbereich, verwei-

gerte die Herausgabe der Zeugenaussagen – das Disziplinarverfahren musste eingestellt werden. Ursprünglich hatte sich die Strafanzeige auch gegen die Ministerin gerichtet, die Behörde will sich allerdings zunächst auf den Staatssekretär konzentrieren.

Die Mitarbeiter der Berliner Bundesgeschäftsstelle standen mit besorgten Mienen am Fenster: Regen peitschte auf die Spree, Bäume bogen sich im Sturm. Für die Region galt eine Unwetterwarnung, der öffentliche Nahverkehr hatte den Betrieb weitestgehend eingestellt, alle stellten sich die bange Frage: Wie komme ich jetzt nach Hause? Auch wenn einige dafür Stunden brauchten – am nächsten Tag wurde allen klar, dass ein langwieriger Heimweg nicht das schlimmste Übel war, das der Herbststurm Xavier im Gepäck hatte: Sieben Menschen haben in dem Unwetter ihr Leben verloren, vier alleine in Brandenburg. In Berlin wurde die Journalistin und Politik-Expertin Sylke Tempel von einem umstürzenden Baum erschlagen. Sie wurde nur 54 Jahre alt. Frau Tempel hat über viele Jahre hinweg Veranstaltungen des DBwV und der Karl-Theodor-Molinari-Stiftung mit Ihrer Kompetenz und ihrer Persönlichkeit bereichert, wir haben sie als exzellente Kennerin der außen- und sicherheitspolitischen Szenen kennen- und schätzen gelernt. Wir sind erschüttert und traurig. Sylke Tempel wird uns sehr fehlen, unsere Gedanken und Gebete sind bei Ihren Angehörigen.



Die Politikwissenschaftlerin Sylke Tempel starb im Herbststurm.

Nach der Wahl ist vor der Wahl – Erwartungen des DBwV an eine neue Bundesregierung

Obwohl die Bundestagswahl 2017 bereits Geschichte ist, steht das Ende noch nicht fest. Damit dieses aber ein gutes ist, spricht der DBwV mit den Parteien, die aus jetziger Sicht wohl einen Koalitionsvertrag aushandeln werden – die Jamaika-Parteien. Damit setzt der Verband das fort, was er bereits seit Monaten macht: Er führt zahlreiche Gespräche mit Parteien und Fraktionen im Bundestag und überzeugt mit seinen Forderungen. Nun kommt es darauf an, dass sich im

Koalitionsvertrag positive und belastbare Vereinbarungen für die Bundeswehr wiederfinden, die Grundlage für die Regierungsarbeit der nächsten vier Jahre sein werden. In der Juni-Ausgabe des Verbandsmagazins skizzierte der DBwV bereits seine Erwartungen an eine neue Bundesregierung. Und zusammen mit seinen Mitgliedern im Rahmen der Kampagne „Jetzt schreibst Du!“ sorgte der Bundesvorstand auch dafür, dass diese in den Parteien mehr als nur gehört wurden.

Der DBwV setzt sich für eine Vielzahl an Veränderungen und Verbesserungen ein. Mit Blick auf die anstehenden Koalitionsverhandlungen geht es dem Verband vor allem um eine glaubhafte und für die Menschen in der Bundeswehr auch spürbare Fortsetzung und Beschleunigung der eingeleiteten Trendwenden Haushalt, Material und Personal. Dazu gehören für den Verband die Verkürzung der Verfahrenswege bei Beschaffungs- als auch bei Infrastrukturmaßnahmen genauso wie eine Anpassung des Dienstrechts an die Erfordernisse und Realitäten der Freiwilligenarmee Bundeswehr, etwa durch eine Besoldungsordnung für Soldaten sowie die Flexibilisierung des Status- und Laufbahnrechts. Ebenfalls ein DBwV-Schwerpunkt: die gesetzliche Ausweitung der Einsatzversorgung auch für nicht vom Bundestag mandatierte Einsätze wie beispielsweise die einsatzgleichen Verpflichtungen sowie weitere Fortschritte bei der Altersversorgung von Soldaten auf Zeit. Zentrale Aufgabe für den DBwV

„Jamaika“ birgt Streitpotenzial mit Blick auf die Bundeswehr

Die Koalitionsverhandlungen dürften sich hinziehen – zu viele unterschiedliche Positionen gibt es in den vier Parteien einer möglichen sogenannten Jamaika-Koalition. Das gilt auch für die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik.



Foto: DBwV/Willem gr. Darrelmann

Wäre ein Novum auf Bundesebene: die „Jamaika“-Koalition

Eine Koalition zwischen CDU/CSU, FDP und den Grünen auf Bundesebene wäre ein politisches Experiment. In den Medien wird seit der Bundestagswahl viel über die Chancen und Risiken für das Zustandekommen eines solchen Bündnisses spekuliert. Für die Menschen in der Bundeswehr ist vor allem wichtig, welchen Konsens die Parteien in der Verteidigungspolitik finden. Dass die Bundeswehr attraktiver werden muss, ist allen Parteien klar, auch wenn die Grünen so manche Maßnahme der Bundeswehrwerbung kritisch sehen. Die Größe des Verteidigungshaushalts bietet jedoch Konfliktpotenzial. CDU und CSU sehen sich dem Zwei-Prozent-Ziel der Nato verpflichtet, die Grünen lehnen dies ab. Die FDP schlägt einen Kompromiss vor, bei dem drei Prozent des BIP für Verteidigung, Sicherheit und Entwicklung veranschlagt werden. Dass die Koalitionsver-

handlungen hieran scheitern werden, ist jedoch unrealistisch, schließlich handelt es sich ja um ein Fernziel. Eine dringende Aufgabe des künftigen Deutschen Bundestags ist hingegen die Abstimmung über die Auslandseinsätze. Hier haben die Grünen in der Vergangenheit gegen Einsätze wie „Resolute Support“, den Kampf gegen den IS oder die Flüchtlingsrettung im Mittelmeer gestimmt. Die Soldaten in den Einsätzen müssen sich aber auf einen breiten politischen Rückhalt und Kontinuität verlassen können. Dies sollte auch in den Koalitionsverhandlungen berücksichtigt werden. Ein weiteres heikles Thema ist die Beschaffung bewaffneter Drohnen, die ebenfalls von den Grünen abgelehnt wird, aber die Unionsparteien genau wie die FDP als elementar für den Schutz der Soldaten in den Einsätzen sehen. In Hinblick auf den Einsatz der Bundeswehr im Inland hat sich die CSU immer wieder für eine Ausweitung ausgesprochen. Diese Position dürfte aber nicht nur bei der Schwesterpartei, sondern auch bei den Bürgerrechtsparteien FDP und Grünen auf Widerstand stoßen. In anderen Bereichen herrscht hingegen weitgehender Konsens. Alle Parteien sprechen sich für eine Stärkung der Cybersicherheit aus und befürworten eine weitere Europäisierung der Streitkräfte, wenn

es nach dem Willen der Freien Demokraten geht sogar bis hin zu einer europäischen Armee. Die begonnene Dynamik in diesem Bereich dürfte sich folglich beschleunigen.

Einen Streitpunkt gibt es dann doch noch, der vor allem für die ehemaligen Soldaten von Interesse ist: Die Einführung einer Bürgerversicherung als Alternative zum bisherigen dualen System aus privater und gesetzlicher Krankenversicherung. Für die FDP ist dies jedoch genau wie für weite Teile der Union ein rotes Tuch. Über weitere Themen lässt sich zu diesem frühen Zeitpunkt nur spekulieren. Genauso wie über die wichtige Frage ob Ursula von der Leyen das Verteidigungsministerium behält. Eines ist jedoch klar: Die Belange der Menschen in der Bundeswehr müssen im künftigen Koalitionsvertrag berücksichtigt werden. Für den DBwV sind die Koalitionsverhandlungen deshalb ein verbandspolitischer Schwerpunkt.

Foto: DBwV/Willem gr. Darrelmann



Eine bewaffnete Drohne vom Typ „Reaper“. Über die Beschaffung von bewaffnungsfähigen Drohnen könnte es Streit geben.



Foto: DBwV/Hepner

So war's 2014: Verteidigungspolitiker aller Parteien erhalten vom DBwV-Vorsitzenden André Wüstner persönlich das Grundsatzpapier „Bw2020“. Die Politik kann auch in der neuen Legislaturperiode Klartext vom Verband erwarten.

ist zudem die Bewahrung und Verbesserung der bestehenden Versorgung ehemaliger Angehöriger der Bundeswehr. Und dann gibt es noch den in der vergangenen Legislaturperiode vielversprechend gestarteten Weißbuchprozess, der nach Auffassung des DBwV nämlich noch lange nicht beendet ist. Die nächste Bundesregierung muss unter Beweis stellen, dass sie verstanden hat, dass die Umsetzung der Vorgaben des neuen Weißbuchs noch ansteht – und das als Aufgabe aller Ressorts der Regierung.

Um all das und vieles mehr geht es, wenn Politik und DBwV in diesen Tagen miteinander sprechen. Während viele noch über das „Ob“ von Jamaika debattieren, beschäftigt sich der DBwV bereits mit konkreten Inhalten. Als die Interessenvertretung aller Menschen der Bundeswehr setzt er alles daran, damit ein gutes Ende der Koalitionsverhandlungen ein von Optimismus geprägter Anfang der anstehenden vier Regierungsjahre für die Bundeswehr ist.

Verteidigungspolitiker im Bundestag: Bewegung vor allem bei Union und SPD



Foto: Bundeswehr

Verbandschef André Wüstner mit der Grünen-Politikerin Agnieszka Brugger, die wieder im Parlament ist.



Foto: dpa

Bleibt bewährter Ansprechpartner bei der Union: Henning Otte



Foto: dpa/Picture alliance

Thomas Hitschler von der SPD ist wiedergewählt.



Foto: DBwV

Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Wolfgang Hellmich (SPD), ist wieder im Bundestag.



Foto: DBwV/Willem gr. Darrelmann

Mit Ingo Gädechens (CDU) bleibt ein bekanntes Gesicht.

Wer im Verteidigungsausschuss des neuen Bundestags sitzen wird, ist noch nicht entschieden. Klar ist aber, wer von den dessen bisherigen Mitgliedern wieder in Bundestag eingezogen ist und wer nicht. Hierbei zeigt sich, dass vor allem CDU/CSU und SPD aufgrund der jeweils schlechten Wahlergebnisse Federn lassen mussten. Bei den Grünen und der Linken wurden hingegen alle ordentlichen und sogar die stellvertretenden Mitglieder wiedergewählt. Außen vor bleiben müssen an dieser Stelle – die Gründe liegen auf der Hand – FDP und AfD.

Von der Union wurden Karl A. Lamers, Michael Brand, Reinhard Brandl, Ingo Gädechens,

Florian Hahn, Henning Otte, Anita Schäfer und Karin Strenz – alle ordentliche Mitglieder im Verteidigungsausschuss – wieder in den Bundestag gewählt. Nicht wiedergewählt wurden Julia Obermeier, Jörg Hellmuth, Mathias Edwin Höschel, Wilfried Lorenz, Gisela Manderla, Volker Mosblech und Bernd Siebert. Robert Hochbaum war nicht wieder angetreten.

Bei der SPD haben Wolfgang Hellmich, Karl-Heinz Brunner, Fritz Felgentreu, Thomas Hitschler, Lars Klingbeil, Dirk Vöpel, Gabi Weber, Sabine Dittmar und Edgar Franke den Wiedereinzug geschafft. Gescheitert sind hingegen Matthias Ilgen und Ulrich Hampel. Karin Evers-Meyer,

Rainer Arnold und Heidtrud Henn waren nicht mehr angetreten.

Von denen ordentlichen Ausschussmitgliedern sind bei den Grünen Agnieszka Brugger, Tobias Lindner sowie Doris Wagner und von der Linken Christine Buchholz sowie Alexander Neu wiedergewählt. Katrin Kunert, zuvor für die Links-Fraktion im Ausschuss, war nicht wieder angetreten.

Der neue Bundestag wird sich am 24. Oktober konstituieren, die Koalitionsverhandlungen dürften sich bis ins Frühjahr 2018 hinziehen. Die Zusammensetzung des neuen Verteidigungsausschusses bleibt also bis auf weiteres unklar.



Ehrenhain aus dem OP-North im „Wald der Erinnerung“
in der Henning-von-Tresckow-Kaserne in Potsdam

Der gefallene Soldat – eine politische Herausforderung

Die bundesdeutsche Gedenkkultur an die neuen Toten der Bundeswehr in den Auslandseinsätzen steckt in einem Dilemma. Der Volkstrauertag bietet die Chance, über eine angemessene staatspolitische Symbolisierung und gesellschaftliche Praxis der Würdigung der neuen Gefallenen politisch zu diskutieren.

Von Manfred Hettling

Der Schutz der eigenen Bevölkerung ist eine der zentralen Aufgaben des modernen Staates. Leben, Freiheit und Eigentum des Bürgers zu verteidigen sowie zu garantieren, bildet den Kern der öffentlichen Ordnung. Hierfür hat der Staat seit der Neuzeit eigene Machtmittel ausgebildet und er hat mit der Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols – gegen den Adel, gegen religiösen Bürgerkrieg, gegen soziale Revolten, gegen Räuber und Piraten, gegen kriminelle Clans – konkurrierende Gewaltträger im Innern ausgeschaltet. Erst auf dieser Grundlage waren und sind öffentlicher Frieden, rechtliche Ordnung und ein gesichertes Leben möglich. Die wichtigsten staatlichen Schutzinstitutionen sind Militär (für den Schutz gegen äußere Gefahren) und Polizei (für den Schutz im Innern).

Die staatliche Garantie der Sicherheit jedes Bewohners im Rahmen der rechtlichen Ordnung ist somit gebunden an die Möglichkeit, einzelnen

Bürgern Risiken abzuverlangen, um andere davor zu bewahren zu können. Vereinfacht gesagt: Der Soldat ist ein besonderer Bürger, da ihm abverlangt wird, für die Sicherheit des politischen Gemeinwesens sein Leben einzusetzen. Oder, wie es seit der Zeit um 1800 hieß, möglicherweise sein Leben fürs Vaterland zu opfern.

Dass der Tod des Soldaten als besondere Tat für das politische Gemeinwesen wertgeschätzt werden konnte, ist damit an grundlegende Bestandteile unserer modernen Welt gebunden. Den Staat als Ordnungsrahmen für Recht und Gesetz, die Nation als Solidarverband von Gleichen untereinander, zumindest das Versprechen auf politische Teilhabe, auf demokratische Partizipation. Aus heutiger Sicht übersieht man leicht, wie radikal der Anspruch war, der nach 1789 in Frankreich und nach 1813 in Preußen erhoben wurde, dass jeder Bürger potenziell Soldat, dass jeder Soldat Bürger sein sollte. Das war gegen ständische Ungleichheiten gerichtet, gegen die

alte feudale Ordnung, und verlangte vom Bürger den umfassenden Einsatz für das Schicksal der Nation, und versprach umgekehrt dafür auch politische Teilhabe. Die historischen Anfänge einer öffentlichen Wertschätzung des soldatischen Opfers für das Vaterland oder die Nation sind damit zwar potenziell aggressiv (wie die Fürstenregime zuvor erst recht), aber auch potenziell anti-obrigkeitlich. Die Mobilisierung als Nation konnte sich gegen andere Nationen richten, aber auch gegen Monarchen; der alte Fürstenstaat hatte dieser nationalen und demokratischen Herausforderung letztlich wenig entgegenzusetzen.

Wenn Friedrich der Große im Jahr 1757 fliehende Soldaten nach der Niederlage bei Kolin zynisch verhöhnte, „verfluchte Racker, wollt ihr denn ewig leben“, ist das zwar nicht belegt, aber als Anekdote erhellend. Die oft gepressten Soldaten des alten Fritz empfanden wenig innere Anteilnahme für das Schicksal des Landes, in dessen Armee sie dienten. Wenn dann 1813 Gneisenau die Stand-

haftigkeit der Landwehr und des regulären Heeres in den Märschen und Kämpfen gegen Napoleon lobte, obwohl etwa viele Landwehrsoldaten ohne Schuhe marschieren mussten, dann illustriert das die historische Zäsur. Der dynastische Krieg der Jahrhunderte zuvor wurde nun zum Krieg der Nationalstaaten. Die Idee der Nation konnte auf neuartige Weise mobilisieren.

Seither erforderte der Gefallene eine politische Rechtfertigung, weil er zugleich ein toter Bürger war, und weil Soldaten und Bürger den gleichen politischen Zielen verpflichtet sein sollten. Hierfür entstanden eigene Darstellungsformen, am bekanntesten sind die „Kriegerdenkmale“, die das Prinzip, für das gestorben sein sollte, und den Namen der Gefallenen öffentlich sichtbar machten. Preußen war nach 1813 das erste Land in Europa, welches jeden einzelnen Gefallenen mit seinem Namen öffentlich würdigte, auf „Gedächtnistafeln“ in den Kirchen. Wie groß die nationaldemokratische Sprengkraft dieser Legitimationsidee war, belegt nicht zuletzt die Anstrengung der preußischen Monarchie, das sogleich zu vereinnahmen. „Mit Gott für König und Vaterland“, das neue Motto, artikuliert mit der Reihung auch eine Hierarchisierung.

Die kirchlichen „Gedächtnistafeln“ (seit 1813), das Eiserne Kreuz (seit 1813), die Kriegerdenkmäler (seit Mitte des 19. Jahrhunderts), die Gedenktage (Sedanfeiern seit 1872, der Volkstrauertag seit 1925), die Soldatenfriedhöfe (seit dem Ersten Weltkrieg) – alle Formen der letzten zwei Jahrhunderte spiegeln einerseits die Durchsetzung des Anspruchs öffentlicher Anerkennung für den als Soldaten sein Leben opfernden Bürger und die Gleichheit als Mitglied der Nation. Andererseits steht die gesellschaftliche Würdigung des Gefallenen in Deutschland seit 1813 in einer Deutungskonkurrenz. Diese lässt sich skizzieren als Spannung zwischen zwei unterschiedlichen Polen: einem national-demokratischen Potenzial, mit dem politisch gleichberechtigten und verantwortlichen Bürger in Uni-

form, der etwa für die preußischen Reformen nach 1806 leitbildprägend war, der die Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht bildete, und nach 1945 in Baudissins Begriff des „Staatsbürgers in Uniform“ an diese nationalen sowie demokratischen Ursprünge des frühen 19. Jahrhunderts anschloss. Und einem autoritär-hierarchischen, welcher unpolitische militärische Treue an den Monarchen statt bürgerlicher Anteilnahme am Gemeinwesen zum Kern hatte; und im Verlauf des 19. Jahrhunderts das Militär immer mehr gegen Einflüsse der bürgerlichen Gesellschaft abzuschotten versuchte sowie im Nationalsozialismus Führergehorsam

und rassistische Prinzipien zum Maßstab nahm.

Aktuell steckt die bundesdeutsche Gedenkkultur an die neuen Toten der Bundeswehr in den Auslandseinsätzen in einem Dilemma. Die erfolgreiche Distanzierung von der nationalsozialistischen Diktatur und dem nationalsozialistischen Kriegsregime hat dazu geführt, dass sowohl die Notwendigkeit einer öffentlichen Gedenkkultur als auch die Möglichkeit einer demokratischen Gestaltung vielfach bezweifelt werden. Der gefallene Bundeswehrsoldat ist deshalb, trotz der Versuche, ihm mit dem Bundeswehr-Ehrenmal in Berlin (seit 2009) einen Platz im demokratischen Bewusstsein der Republik zu geben, öffentlich seltsam unbehaust. Bezeichnenderweise ist der „Wald der Erinnerung“, 2014 bei Potsdam eröffnet, als Erinnerungsort für trauernde Angehörige von Gefallenen und als Ruhestätte für die Gedenksteine der Einheiten in den Auslandsstandorten, in den einsamen brandenburgischen Wäldern entstanden.

Der Volkstrauertag böte die Chance, nicht nur – auch weiterhin – der Toten der Weltkriege zu gedenken, inzwischen ja auch den Toten der Bundeswehr, sondern auch über eine angemessene staatspolitische Symbolisierung und gesellschaftliche Praxis der Würdigung der neuen Gefallenen der Bundeswehr politisch zu diskutieren. Das um so mehr, weil Gedenktage speziell zu militärischen Belangen (etwa ein „Veterans Day“), die es in anderen demokratischen Ländern vielfach gibt, in der Bundesrepublik nicht vorhanden sind.

Drei Aufgaben stellen sich für die Zukunft. Für die Antworten muss auch das demokratische Potenzial im Gefallenengedenken erschlossen werden. Erstens sind angemessene Ausdrucksformen zu finden, um jener Erfüllung des genuin staatlichen Sicherheitsauftrags Ausdruck zu geben, ohne den kein moderner Staat bestehen kann. Da dieser nur von Bürgern für Bürger zu leisten ist, bedarf es auch bürgerlicher, das heißt staatlicher und gesellschaftlicher Anerkennungsformen. Zweitens gilt es zu erinnern, dass in der Demokratie der demokratische Souverän die Entscheidung über den Einsatz des Militärs trifft. Das ist eine genuin politische Entscheidung. In der Bundesrepublik, mit dem oft beschworenen Selbstverständnis der

Foto: Pixabay



Die gesellschaftliche Würdigung des Gefallenen in Deutschland steht seit 1813 in einer Deutungskonkurrenz, sagt der Historiker Manfred Hettling.

Bundeswehr als einer Parlamentsarmee, sollten deshalb auch dezidiert politische Antworten auf den Tod von Bundeswehrsoldaten erfolgen. Parlament, Parteien und gesellschaftliche Öffentlichkeit können diesem unbequemen Thema nicht ausweichen. Drittens stellt sich immer mehr die Frage, wie angesichts einer engeren supranationalen Zusammenarbeit innerhalb Europas Entscheidungen über Einsätze getroffen werden – was bleibt dann von der Parlamentsarmee? – und in welchem Verhältnis nationale und europäische Gedenkformen stehen werden. Verwiesen sei darauf, dass das Gefallenengedenken bisher in allen Ländern nahezu ungebrochen weiterhin innerhalb nationaler Traditionen und historisch gewachsener Formen verläuft.

Schließlich böte der Volkstrauertag auch Anlass, nicht nur über Revisionen oder notwendige Erweiterungen des sozialstaatlichen Versorgungsrepertoires für Folgen von militärischen Einsätzen zu diskutieren, sondern auch über die Unabdingbarkeiten für staatliche Sicherheit, zu denen auch die Opferbereitschaft von Bürgern gehört. Damit böte sich eine Chance, die Soldaten der Bundeswehr als unverzichtbaren Teil der demokratischen Bürgerschaft zu sehen und zugleich mit ihrer besonderen Leistung anzuerkennen.

Prof. Dr. Manfred Hettling ist seit 2001 Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Martin-Luther-Universität Halle. Seine Interessen gelten unter anderem der Bürgergesellschaft und dem politischen Totenkult in Deutschland.



*Parlament, Parteien
und gesellschaftliche
Öffentlichkeit können
diesem unbequemen
Thema nicht ausweichen.*

MANFRED HETTLING



Familie Müller konnte in Mali Abschied vom Ehepartner und Vater nehmen.

„Am liebsten wäre ich noch länger geblieben“

Hinterbliebene besuchen Camp Castor in Mali

„Am liebsten wäre ich noch länger geblieben.“ Daniela Müller verabschiedet sich mit sehr gemischten Gefühlen von den Heeresfliegern in Mali. Ihr Ehemann war einer der beiden Piloten, die am 26. Juli beim Absturz eines Kampfhubschraubers „Tiger“ in der Nähe von Gao tödlich verunglückt sind. Jetzt konnte sie zusammen mit ihrem Sohn und ihrer Tochter am Unglücksort einen besonderen Abschied nehmen.

Begleitet wurde die Familie von der Beauftragten Angelegenheiten für Hinterbliebene, Susanne Bruns, und Harald Hofmann, Leitender Truppenpsychologe beim Einsatzführungskommando der Bundeswehr. Auch dem Kommandeur des Kampfhubschrauberregiments 36 aus Fritzlar, Oberst Volker Bauersachs, war es ein Herzenswunsch, die Familie zu begleiten: „Wir stehen in Fritzlar alle eng zusammen.

Mit diesem jüngsten Ehrenhain der Bundeswehr in Camp Castor in Mali wird der beiden „Tiger“-Piloten gedacht, die beim Hubschrauberabsturz am 26. Juli ums Leben kamen.

Da ist es für uns eine Selbstverständlichkeit, die Familie in ihrer Trauer nicht alleinzulassen.“

„Dass die Bundeswehr Hinterbliebenen eine Informationsreise ins Einsatzland ermöglicht, ist keine Seltenheit“, erklärt Bruns. Das Ungewöhnliche an dieser Reise sei allerdings der frühe Zeitpunkt gewesen: „Die meisten Hinterbliebenen haben so schnell nach dem Tod ihres Angehörigen noch nicht die Kraft, eine solch beschwerliche und emotionale Reise zu unternehmen.“ Daniela

Müller hatte jedoch ihren Wunsch schon an dem Tag, an dem die Särge mit den beiden Verunglückten in Köln-Wahn ankamen, an die Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen herangetragen. „Die Ministerin hatte sofort vollstes Verständnis und ich bin sehr dankbar, dass uns diese Reise ermöglicht wurde. Ich hatte einfach das Gefühl, nach Mali zu müssen, es ist ein Stück von Thomas Leben und Sterben und so auch ein Stück von uns. Und dann war da dieses merkwür-



dige Gefühl, immer noch auf ihn zu warten“, so die Hinterbliebene.

Drei Tage hielt sich die Familie in Camp Castor auf, bestens betreut von den Kameraden der beiden verstorbenen Piloten. Die Familie berichtete von einer Atmosphäre des Vertrauens, besonders bei dem Besuch der Absturzstelle, achtzig Kilometer vom Camp entfernt. Wichtig waren ihnen auch die Gespräche mit den anderen Piloten über die Unglücksursache, die bisher noch nicht abschließend geklärt werden konnte, da die Untersuchungen noch andauern. Dass ihr Mann einer der erfahrensten „Tiger“-Piloten der Bundeswehr gewesen sei, werde ihr von allen immer wieder versichert.

„Sehr bewegend war auch, dass uns Oberstleutnant Thomas Blum an der Stelle einen Bildband überreichte, an der die Trauerfeier stattgefunden hatte. Er zeigte uns auf vielen Fotos, wie die Soldatinnen und Soldaten verschiedener Nationen im Camp Castor Abschied genommen haben“, berichtet Müller.

Familie Müller durfte am ganz normalen Leben der Soldaten teilhaben. So waren sie in einer gut klimatisierten Gemeinschaftsunterkunft im Container untergebracht, es gab gemeinsame Mahlzeiten in der Truppenküche, einen Abend in der Betreuungseinrichtung oder auch Momente der Stille in der Militärkapelle – einem schlichtes Zelt, bedeckt mit rotem Sand. Es sei ein nicht zu unterschätzender Aspekt der Trauerbewältigung, erklärt Truppenpsychologe Hofmann, dass Hinterbliebene sich nicht zurückzögen, sondern weiterhin aktiv am Leben teilnahmen. Eine gute soziale Unterstützung wäre besonders hilfreich und daher könne das große Engagement aller im Reiseverlauf involvierten Soldaten des Einsatzkontingents nicht hoch genug gewürdigt werden.

Oberst Johannes Derichs, Kontingentführer Deutsches Einsatzkontingent MINUSMA, und der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bamako, Dietrich Becker, ließen es sich nicht nehmen, der Familie persönlich ihr Beileid auszusprechen. Es wurde unter anderem auch besprochen, warum der Einsatz der Vereinten Nationen in Mali so wichtig sei, denn das Land brauche Stabilität. Der malischen Armee fehle es insbesondere noch an Fähigkeiten, aus der Luft

Drohnen – sehr dazu bei, die gegnerischen Kräfte abzuschrecken. Letztlich sei dies der beste Schutz für die ohnehin sehr arme Bevölkerung und die Sicherstellung der dringend notwendigen Arbeit der humanitären Hilfsorganisationen. Damit würde der Bevölkerung in den Krisengebieten gezeigt, dass sie nicht allein seien.

„Wenn es für die Motivation unserer Soldatinnen und Soldaten schon sehr wichtig ist, auch

Foto: Bundeswehr/Döhning



Ort des Hubschrauberabsturzes, 80 Kilometer vom Camp entfernt

beobachten und eingreifen zu können. Dies sei in diesem großen Land aber ein entscheidender Vorteil gegenüber den diversen gegnerischen Kräften, die sich im Falle einer militärischen Überlegenheit jeweils schnell zurückziehen würden. Die Bundeswehr, im Auftrag der MINUSMA, trüge daher insbesondere mit ihren Kampfhubschraubern – aber auch durch den Einsatz von

einen Sinn in dem zu sehen, was ihnen an persönlichem Einsatz und Entbehrung abverlangt wird, so gilt das in ganz besonderem Maße für Hinterbliebene,“ erklärt Susanne Bruns. „Wenn ein Soldat im Einsatz sein Leben verliert, so möchten die Angehörigen doch zumindest wissen, dass sein Einsatz ein kleines Stück dazu beigetragen hat, die Welt sicherer zu machen.“ **SB**

Foto: Bundeswehr



Susanne Bruns

Im Einsatz für die Angelegenheiten von Hinterbliebenen

Susanne Bruns und ihr Team kümmern sich im Verteidigungsministerium um die Angelegenheiten von Hinterbliebenen verstorbener oder gefallener Bundeswehrangehöriger. Dabei stehen besonders die Anliegen derjenigen Hinterbliebenen im Fokus, deren Angehörige im Zusammenhang mit der Ausübung des Dienstes ums Leben gekommen sind. Zu ihren Aufgaben gehören die persönliche Wahrnehmung der Hinterbliebenen und die Koordinierung ihrer Anliegen, die Mitwirkung in Fragen der Gedenkkultur, die Förderung der Kontaktpflege unter Hinterbliebenen

und die Begleitung sozialer Netzwerke sowie Stiftungen innerhalb und außerhalb der Bundeswehr zur Unterstützung von Hinterbliebenen. Hinterbliebene können sich mit ihren Sorgen und Nöten an die Beauftragte wenden. Die Beauftragte Angelegenheiten für Hinterbliebene ist unter der folgenden Anschrift zu erreichen: Beauftragte Angelegenheiten für Hinterbliebene, Bundesministerium der Verteidigung, Stauffenbergstrasse 18, 10785 Berlin; Tel.: (030) 2004-23030, E-Mail: BMVgBeauftrAngelegenheiten-fuerHinterbliebene@BMVg.BUND.DE.

„Es passiert das Schlimmste, was man sich vorstellen kann“

Stirbt ein Bundeswehrangehöriger im Einsatz, ist es keine leichte Aufgabe, die Familienangehörigen zu informieren. Beteiligt ist unter anderem die Militärseelsorge. So wie der evangelische Militärpfarrer Harald Aschenbrenner aus Fritzlar, der im „Die Bundeswehr“-Interview von seinen Erfahrungen berichtet.



Foto: DBW/Kruse

Harald
Aschenbrenner

Die Bundeswehr: Was passiert, wenn ein Militärpfarrer die Nachricht überbringen muss, dass ein Bundeswehrangehöriger im Einsatz oder Dienst ums Leben gekommen ist?

Harald Aschenbrenner: In den Verfahrensvorschriften der Bundeswehr zur Überbringung einer Todesnachricht ist geregelt, dass die Militärseelsorge zu beteiligen ist. Die Schwierigkeit bei einem beispielsweise im Auslandseinsatz – sei es durch eine Kampfhandlung oder einen Unfall – verstorbenen Soldaten ist der Faktor Zeit. Das heißt, auch zum Beispiel bei dem Absturz der beiden Piloten aus Fritzlar in Mali, dass die Angehörigen so schnell wie möglich persönlich von dem schrecklichen Geschehen informiert werden mussten, bevor sie aus den Medien davon erfahren.

Die Aufgabe des Pfarrers besteht darin, den Kommandeur oder Staffelführer bei der Überbringung der Todesnachricht zu begleiten. In Fritzlar haben sowohl Kommandeur als auch Staffelführer die Nachrichten überbracht. In der Regel gehen neben dem militärischen Führer weitere vertraute Personen mit, die die verstorbenen Soldaten kannten. Ich selbst habe meinen Urlaub abgebrochen und bin umgehend nach Fritzlar gefahren, um noch in der Nacht diese Nachricht an eine Familie mit zu überbringen.

Was sagen Sie den Angehörigen?

Meine Rolle als Militärpfarrer oder Notfallseelsorger sehe ich weniger darin, „etwas zu sagen“. Ich bin da, um zuzuhören und das Leid mitzutra-

gen. Mir steht es nicht zu, „Erklärungen“ zu bieten. Aber wie die militärisch Verantwortlichen sollte auch der Militärpfarrer die Hintergründe und Fakten kennen, soweit sie in dem Moment bekannt sind. Meine Aufgabe sehe ich darin, aus einer „professionellen Distanz“ heraus, die Situation wahrzunehmen, und zugleich empathisch zu agieren. Das bedeutet, den sehr verschiedenen Emotionen, die auftreten können, Raum zu gewähren und Verständnis und Anteilnahme authentisch zu leben. Mitunter geht es auch darum, falls gewünscht, Nähe zuzulassen. Manchmal sagt das mehr aus als tausend Worte.

In meiner bisherigen Arbeit habe ich leider schon viele verschiedene Reaktionen betroffener Hinterbliebener miterleben müssen. Die Bandbreite der Emotionen reicht vom emotionalen Schock, der wie zu einer Versteinerung führt, bis hin zu emotionalen Ausbrüchen oder auch psychosomatischen Zusammenbrüchen, in deren Folge ein Arzt oder sogar Notarzt zu rufen war.

Aus Ihrer Erfahrung in der Notfallseelsorge: Wie können Sie als Pfarrer den betroffenen Familien besonders beistehen?

In der Regel ist es so, dass der Pfarrer vor allem eins hat: Zeit. In dieser Situation stehen für mich alle anderen Aufgaben hinten an. Es geht mir ganz darum, „jetzt“ für die Hinterbliebenen da zu sein, solange sie es wünschen. Als hilfreich hat es sich erwiesen, das vorhandene soziale Umfeld, sprich Freunde, Verwandte oder Nachbarn zu verständigen und einzubinden. Auch das Angebot rituell zu handeln, hilft bei der Verarbeitung des Schocks, wie zum Beispiel ein Bild des Verstorbenen aufzustellen, eine Kerze anzuzünden und falls gewünscht ein Gebet zu sprechen.

Begleiten Sie die Hinterbliebenen auch noch weiter?

Als Militärpfarrer wurde ich gebeten, als Seelsorger und Begleiter mit nach Köln-Wahn zu kommen, um beim Empfang der nach Deutschland überführten Särge mit anwesend zu sein. Meine Kollegen in Köln haben den liturgischen Rahmen im Hangar und in der Kapelle gestaltet. Meine Aufgabe sah ich darin, die Hinterbliebenen auf dem Weg nach Köln und vor Ort als Seelsorger zu begleiten. Im Anschluss an die zentrale Trauerfeier im Dom zu Fritzlar bat mich eine Familie eines der in Mali abgestürzten Piloten, die Beisetzung im Heimatort des Verstorbenen vorzunehmen.

Was halten Sie vom System der Notfallseelsorge, wie es in der Bundeswehr organisiert ist?

Es ist mehr als Notfallseelsorge. Es werden Betreuungsteams eingerichtet von den Standorten, die ganz nah an den verschiedenen Angehörigen – Eltern, Geschwister – dran sind. Das sind Soldaten, die aus den Einheiten kommen, in denen die Verstorbenen gedient haben. Sie nehmen eine Vermittlerrolle zur Bundeswehr, dem Sozialdienst, zur Militärseelsorge ein und kümmern sich ganz eng um die betroffenen Familien.

Installiert und geführt wird das Betreuungsteam vom Truppenpsychologen. Auch im Fall der in Mali getöteten Soldaten hat sich das System der Betreuerteams als sehr, sehr gut und hilfreich erwiesen. Die involvierten Menschen haben den Familien – soweit man das überhaupt sagen kann – gut getan.

Sie sind jetzt seit eineinhalb Jahren Militärpfarrer in Fritzlar. Was ist in Sachen Notfallseelsorge aus Ihrer Sicht der größte Unterschied zum Zivilbereich?

Das Neue für mich innerhalb der Bundeswehr war die Zusammenarbeit in einem psychosozialen Netzwerk (PSN). Ärzte, Psychiater, katholische und evangelische Militärpfarrer, Sozialdienst, Sozialarbeiter und so weiter bilden ein Betreuungsnetz für Menschen in krisenhaften Situationen. Es ist nicht allein ein kirchliches Wirkungsfeld für den Pfarrer, sondern ein Eingebundensein in ein größeres Netz. Dort bündeln sich Kompetenzen, die den „einzelnen Helfenden“ entlasten und dem Hilfesuchenden zu Gute kommen.

Macht es ihrer Meinung nach einen Unterschied beim Überbringen einer Todesnachricht, ob es sich um einen im Einsatz getöteten Soldaten oder einen zivilen Fall handelt?

Ich denke, es gibt Unterschiede, aber auch viele Gemeinsamkeiten. Gemeinsam ist das wirkliche zutiefst einschneidende Erlebnis der Trauer, der Ohnmacht. Das Besondere in der Bundeswehr ist, dass das scharfe Ende eines Einsatzes für die Angehörigen so gravierend erlebbar wird. Zudem bewegt man sich bei einem Todesfall innerhalb der Bw automatisch in einem öffentlichen Raum. Das öffentliche Interesse daran, was zum Beispiel in Mali geschehen ist, war immens groß. Die Nachrichten gingen sehr schnell über die Ticker. Das führte für den Kommandeur zu einem „Wettlauf mit der Zeit“, die Angehörigen persönlich zu erreichen, bevor die traurige Nachricht auf anderem Wege die Hinterbliebenen erreicht. Das verschärft und verschlimmert die Situation noch einmal.

Spielt die konfessionelle Bindung für Sie eine Rolle?

Es ist das gute Recht der Angehörigen, sich denjenigen Menschen in der Begleitung auszusuchen, von dem sie glauben, dass er ihnen guttut. Insofern ist es für viele, glaube ich, relativ unwichtig, von welcher Konfession der Notfallseelsorger ist. Als Seelsorger innerhalb der Bundeswehr möchte ich allen Menschen zur Verfügung stehen.

Ein Soldatenfriedhof oberhalb von „Omaha Beach“ in Frankreich



Foto: dpa/picture alliance

Dem Frieden Kraft verleihen – durch eine europäische Verteidigung

Von Jean-Claude Juncker

Wer nicht an Europa glaubt, wer an Europa zweifelt, wer an Europa verzweifelt, der soll die Soldatenfriedhöfe in Europa besuchen. Dort bedarf es nur eines Blicks, um zu verstehen, was die Vergangenheit für die Gegenwart und Europa für die Zukunft bedeutet. Schließlich erinnern erschreckend viele Grabinschriften an junge Menschen, die nicht einmal 20 Jahre alt wurden. Sie zeugen von verlorenen Träumen, begrabenen Hoffnungen und der zerstörten Zukunft einer ganzen Generation. Krieg, Hass und eine menschenverachtende Ideologie kosteten Abermillionen Menschen das Leben, legten den Kontinent in Schutt und Asche und spalteten Familien, Freunde und Nachbarn.

Die Antwort darauf ist und bleibt Europa. Werte, Menschenrechte und Vernunft wurden zur Grundlage des Glücks und bescherten diesem Kontinent Freiheit, Wohlstand und den längsten Frieden unserer Geschichte. 70 Jahre hält dieser bereits an. In einer Welt, in der bis heute rings um uns herum mehr als 40 bewaffnete Konflikte herrschen, ist das alles andere als selbstverständlich.

Den Frieden zu schützen und zu bewahren, ist eine Aufgabe, der wir uns jeden Tag aufs Neue stellen müssen. Dies gilt umso mehr, weil die Sicherheitslage immer komplexer wird, sei es wegen Konflikten in der Nachbarschaft, die Terrorgefahr bergen, sei es wegen Missachtung internationalen Rechts in unserer östlichen Nachbarschaft, sei es wegen Cyberangriffen, die nicht an Grenzen haltmachen. Kein europäisches Land allein kann sich für alle jene Sicherheitsherausforderungen wappnen. Wenn wir unsere Sicherheit wirksam schützen wollen, müssen wir das europäisch tun.

Gerade in Zeiten, in denen andere Akteure sich zurückziehen scheinen, können wir nicht länger im Windschatten anderer Mächte segeln. Wir müssen Verantwortung übernehmen, unsere Interessen und unsere Werte zu verteidigen. Europa

muss ein Stabilitäts- und Sicherheitsanker für die Welt sein.

Es ist deshalb eine Frage des Friedens, unsere europäischen Kräfte zu bündeln und bis 2025 eine funktionierende Verteidigungsunion aufzubauen. Das erwarten die Bürgerinnen und Bürger von uns, übrigens auch, weil es eine Frage der Vernunft ist. Denn warum sollten wir 178 verschiedene Waffensysteme in der Europäischen Union verzeichnen, während die USA offenbar ganz gut mit 30 auskommen; oder warum sollten wir mehr

Europa muss ein Stabilitäts- und Sicherheitsanker für die Welt sein.

JEAN-CLAUDE JUNCKER

Hubschrauber-Hersteller als Regierungen haben, die diese kaufen können. Genauso ergibt es wenig Sinn, dass die Mitgliedstaaten nebeneinanderher in Forschung und Innovation investieren, statt gemeinsam bessere Ergebnisse zu erzielen. Die fehlende Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen kostet Europa jedes Jahr zwischen 25 und 100 Milliarden Euro. Geld, das wir gemeinsam sinnvoller investieren können.

Die Europäische Kommission hat deshalb einen europäischen Verteidigungsfonds auf den Weg gebracht. Damit schaffen wir Anreize, damit die nationalen Regierungen bei Forschung und Entwick-

lung kooperieren. Gleichzeitig können wir bis zu 30 Prozent der jährlichen Verteidigungsausgaben sparen, wenn wir die Beschaffung besser bündeln.

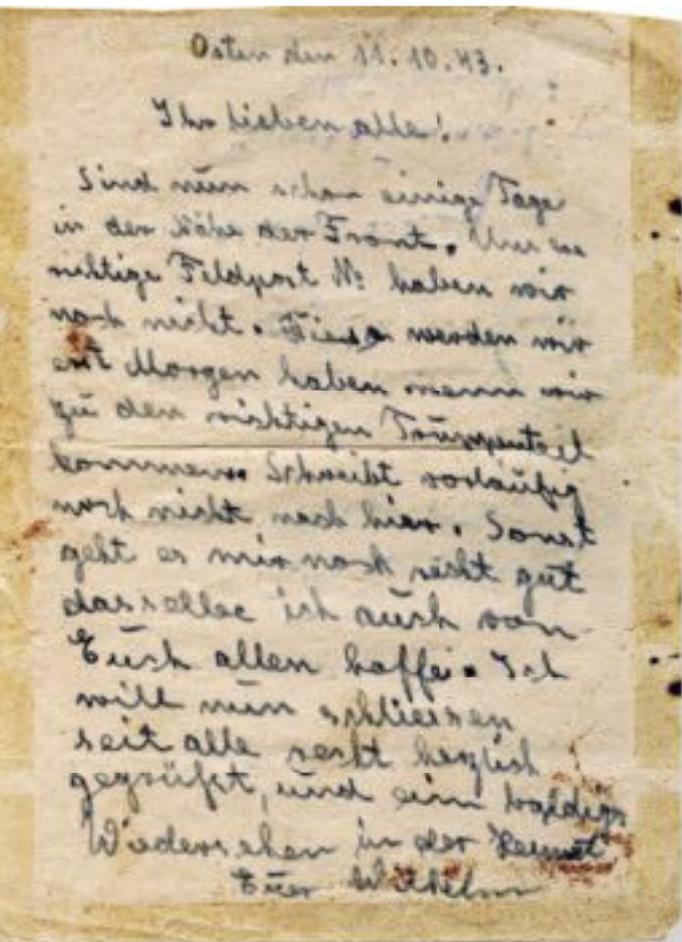
Wir stärken Europas Sicherheit und Verteidigung mittel- und langfristig auch, indem wir enger mit der Nato zusammenarbeiten. Außerdem werden wir mit denjenigen Mitgliedsländern, die wollen und können, noch in diesem Jahr eine ehrgeizige Permanente Strukturierte Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich auf den Weg bringen. Diese erlaubt es Mitgliedstaaten, in gemeinsame Projekte zu investieren oder multinationale Formationen zu gründen.

Wenn wir unsere gemeinsame europäische Verteidigung ausbauen, profitieren davon alle Mitgliedstaaten – und übrigens auch die Bundeswehr – nicht nur, weil wir so zusätzliche Ressourcen freisetzen, sondern auch, weil wir unserer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik mehr Gewicht verleihen. Einerseits zeigen wir der Welt damit, dass es zwischen EU-Ländern nie wieder Krieg geben wird; andererseits können wir so glaubwürdiger agieren, wenn der Frieden in Gefahr ist. Eine gemeinsame Verteidigung ist also Teil unseres europäischen Friedensprojekts, weil sie dem Frieden zusätzliche Kraft verleiht.

Foto: dpa/picture alliance



Jean-Claude Juncker ist Präsident der Europäischen Kommission.



Letzter Brief von der Front vom
11. Oktober 1943

Dazu besuchte er auch den Ort, an dem sein Urgroßvater in der Schlacht fiel: „Dort angekommen ein Bild des Grauens: Metallteile, vollgelaufene Schützengräben, überwucherte Granateinschläge, hier und da noch scharfe Munition, eine deutsche Zahnbürste, Schuhe. Der Krieg war auf einmal ganz nah.“

Röthig durchstöberte in Sankt Petersburg die Überführungsakten der umgebenden Friedhöfe, sein Onkel Wilhelm-Ernst Kühn stieß schließlich beim Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge in Kassel auf die richtige Akte. Darin fand sich eine nur zum Teil lesbare Erkennungsmarke. Ein paar Buchstaben, mehr nicht.

Briefe von der Front

Wilhelm Schulz, Jahrgang 1913, war im Mai 1943 in die 2. Stammkompanie Grenadier-Ersatz-Bataillon 163 nach Eschwege eingezogen worden. Bereits

wenig später rückte sein Bataillon in Richtung Osten, nach Nordrussland ab. In Briefen berichtete Schulz vom Kriegsalltag: „Der Boden ist immer noch durch die Niederschläge der letzten Wochen aufgeweicht. Auch einmal muß es hier im Osten wieder schön werden. Augenblicklich sind im Osten schwere Kämpfe im Gange. [...] Wir wollen hoffen, daß dieser Krieg bald vorbei ist, und wir wieder in die Heimat zurückkehren können.“ (Brief vom 11. Juli 1943)

„Als wir in einen Ort einrückten, wurden wir plötzlich von starkem feindlichen Feuer überschüttet. Neben uns war ein Graben, das war unser Glück, denn hier fanden wir gleich Deckung! [...] Wie durch ein Wunder hatten wir hier keine Toten. Doch so mancher Kamerad von unserer Kompanie mußte in den letzten Tagen sein Leben lassen.“ (Brief vom 29. August 1943)

Am 5. Oktober 1943 erfolgte schließlich die Verlegung zur 69. Infanteriedivision mit Einsatzraum Newel. „Sind nun schon einige Tage in der Nähe der Front. [...] Sonst geht es mir noch recht gut dasselbe ich auch von Euch allen hoffe. Ich will nun schliessen seit alle recht herzlich begrüßt, und ein baldiges Wiedersehen in der Heimat Euer Wilhelm“ (Letzter erhaltener Brief vom 11. Oktober 1943)

Seit 19. Dezember 1943 vermisst

Nach den Kämpfen um die „Höhe 191,6“ bei Newel galt der Grenadier der 69. Infanteriedivision

Ein ganzes Leben später

Die Worte in der Todesnachricht lassen das Grauen nur ansatzweise erahnen: „Am 19.10.1943 trat die Kompanie zum Angriff an gegen eine beherrschende Höhenstellung nordostwärts der Stadt Newel. In überaus harten und wechselvollen Kämpfen um diese Höhe, die den Besitzer mehrmals wechselte, wurden sein Kompanieführer und der Zugführer schwer verwundet. Als ich die Kompanie übernahm, war der Grenadier Schulz nicht mehr unter uns.“ Mehr war über sein Schicksal nicht bekannt: Wilhelm Schulz, gerade einmal 31 Jahre alt, fand bei seinem ersten Fronteinsatz in einer Schlacht in Nordrussland den Tod. Die Ungewissheit über sein Schicksal hat seine Familie niemals losgelassen. Es sollte 74 Jahre dauern, bis sie das Grab ihres Vaters, Großvaters und Urgroßvaters fand. Es brauchte große Ausdauer der Angehörigen Wilhelm-Ernst Kühn, Björn Küllmer und Marcel Röthig, professionelle Unterstützung – und viel Glück.

Als Röthig, Urenkel des Grenadiers Schulz, beruflich nach Russland ging, startete er Nachforschungen über den Verbleib seines Vorfahren.





Dank dieser kaum lesbaren Erkennungsmarke konnten die Überreste identifiziert werden.



Nach 74 Jahren der Ungewissheit gibt es nun eine letzte Ruhestätte für Grenadier Schulz.

als vermisst: „Es ist mir eine traurige, doch hohe Pflicht, Ihnen mitteilen zu müssen, dass Ihr Ehemann, der Grenadier Wilhelm Schulz, seit dem 19.10.1943 vermisst ist. [...] Nachforschungen sind seit den Kampftagen weitgehend in Gang gesetzt worden, um Spuren zu völliger Klarheit zu finden. In dem für Sie hereinbrechenden Schmerz liegt aber doch eine Hoffnung, später

etwas über den Verbleib Ihres Ehegatten zu erfahren“, so lautete die Nachricht vom 6. November 1943 des stellvertretenden Kompanieführers an die Ehefrau von Wilhelm Schulz.

Nachdem weder die näheren Todesumstände noch der Verbleib der sterblichen Überreste geklärt werden konnten, wurde Wilhelm Schulz 1955 für tot erklärt. Verschiedene Suchanfragen beim Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, beim Suchdienst des DRK, beim Kirchlichen Suchdienst und weiteren Organisationen blieben ohne Ergebnis.

bei einem Kriegstoten, dessen Alter von unserem Fachdienst auf ca. 25–30 Jahre geschätzt wurde und der 166–167 cm groß gewesen sein soll. Sein rechter Oberschenkel war zerschmettert“, informierte der Volksbund den Urenkel.

Die Nachkommen blieben hartnäckig. Und so gelang es dem Volksbund schließlich, die Erkennungsmarke mit neuen Instrumenten lesbar zu machen – und kein Zweifel: „Mein Urgroßvater lag in Isotscha und wurde inzwischen nach Sebesch umgebettet. Dort hat er nun ein eigenes Grab mit Namensgravur und Foto. Er ist gefun-



Urenkel Marcel Röthig (2.v.l.) bei Recherchen an dem Ort, an dem sein Urgroßvater starb

Erkennungsmarke: -1339- 2.Stammkp.Gren.Ers.Btl.163

Die Recherchen des Urenkels Björn Küllmer ergaben, dass die Gefallenen der an den Kämpfen um die „Höhe 191,6“ bei Newel beteiligten 263. Infanteriedivision auf dem Friedhof im russischen Isotscha beigesetzt wurden. Die auf dem dortigen Soldatenfriedhof Bestatteten waren im Jahr 2009 von der Volksbund geborgen und auf die neue Kriegsgräberstätte in Sebesch rund 100 Kilometer westlich von Newel umgebettet worden. Im Grabungsbericht war auch die Rede von einer teilweise unleserlichen Erkennungsmarke. „Hierzu möchten wir Ihnen mitteilen, dass lt. einer Vorabprüfung der Umbettungsunterlagen und des Nachlasses bei einem der in Isotscha geborgenen Toten eine nur zum Teil lesbare Erkennungsmarke gefunden wurde, die die Beschriftung 1339 ... Ers.Batl. ... hat. Die für Ihren Urgroßvater registrierte Erkennungsmarke lautet: -1339- 2.Stammkp.Gren.Ers.Btl.163. Die teillesbare Erkennungsmarke, die unser Umbettungsdienst in der Grablage in Isotscha fand, lag

„*Er ist gefunden und seine Kinder von der 74-jährigen Ungewissheit befreit.*“

MARCEL RÖTHIG

den und seine Kinder von der 74-jährigen Ungewissheit befreit. Einer seiner Söhne stand nun vor dem Grab seines Vaters, den er 1943 am Herleshäuser Bahnhof verabschiedete – ein ganzes Leben später!“ **CH**

Moderner Akteur in der politischen Gedenkarbeit

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. widmet sich der Aufgabe, die Gräber der deutschen Kriegstoten im Ausland zu erfassen und zu pflegen sowie die internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zu fördern. General a.D. Wolfgang Schneiderhan, Präsident des Volksbunds, erläutert im Interview, warum diese Arbeit auch heute noch hochaktuell ist.



Fotos (2): Hepner



Foto: dpai/picture alliance

Aus der Arbeit des Volksbunds: Einbettung der sterblichen Überreste deutscher Soldaten auf Soldatenfriedhöfen im In- und Ausland; Zuordnung der Überreste anhand erhaltener Erkennungszeichen

Die Bundeswehr: *Wie hat sich die Arbeit des Volksbunds in den vergangenen Jahren gewandelt, wo liegen die aktuellen Schwerpunkte?*

General a.D. Wolfgang Schneiderhan: Das Ziel unserer Arbeit ist gleich geblieben und in unserem Motto verankert: Versöhnung über den Gräbern – Arbeit für den Frieden. Denn wir verstehen die Pflege und den Erhalt der Kriegsgräberstätten als unverzichtbare Beiträge für die Entwicklung einer europäischen Gedenkkultur. Dazu arbeiten wir auch mit zahlreichen europäischen Partnern zusammen – eng und vertrauensvoll. Gleichzeitig gestalten wir diese Stätten auch als meist multimedial zu nutzende Lernorte.

Genauso wichtig ist die Suche und Identifizierung von Kriegstoten, einhergehend mit der Information und Begleitung der Angehörigen. Verändert haben sich aber die Arbeitsformen. Wir sind kommunikativer und transparenter geworden.

Gibt es immer noch so viele Anfragen nach Vermissten?

Wir erhalten viele Anfragen von jungen Menschen, die sich dafür interessieren, was mit ihren Großvätern oder Großonkeln geschehen ist. Sie haben keine Berührungängste, vielleicht auch weil sie das Leid des Verlustes nicht direkt erfahren haben. Viele jüngere Familienangehörige nutzen die „Gräbersuche-online“ oder schreiben uns per Mail. Gerade in Osteuropa finden wir immer wieder Grablagen und können auch Vermisste identifizieren. Wenn Sie erleben dürfen, wie froh und erleichtert viele Angehörige sind, wenn sie endlich Bescheid wissen, wenn sie einen Ort zum Trauern haben – das ist sehr ergreifend. Das bestärkt unsere Arbeit, dann wissen wir – jedes Mal wieder – warum wir das tun. Der Suchdienst des Roten Kreuzes hat angekündigt, in einigen Jahren seine Tätigkeit einzustellen. Da werden sicher noch mehr Anfragen von Angehörigen auf den Volksbund zukommen.

Warum sollten sich nicht nur Soldaten für den Volksbund engagieren?

Es waren Mitbürger, die in Uniform gestorben sind. Im Volksbund arbeiten wir für den Frie-

den. Eigentlich könnten sich alle Menschen, die Frieden wollen, auch im Volksbund engagieren. Das wünsche ich mir nicht nur als Präsident des Volksbunds, sondern auch als europäischer Bürger.

Stichwort Europa: Der Volksbund hat eine Plakataktion für Europa durchgeführt. Für Europa mit dem Foto einer Kriegsgräberstätte zu werben ist provokativ, oder? Was wollten Sie damit sagen?

Wir orientieren uns an Albert Schweitzer, der sagte: Die Kriegsgräber sind die großen Prediger des Friedens. Als Organisation, die im Auftrag der Bundesregierung die Kriegsgräberstätten im Ausland pflegt, die heute noch Tote aus beiden Weltkriegen birgt, Angehörige informiert und begleitet ... wir haben ständig die Folgen der vergangenen Kriege vor Augen. Frieden ist für uns nicht abstrakt. Die Resonanz auf die Plakatkampagne „DARUM EUROPA!“, die wir mit der Europäischen Bewegung Deutschland durchgeführt haben, war riesig. Sicher, es gab auch Kritik, aber im Vergleich zu dem Lob und dem großen



Holzkreuz mit einem Stahlhelm anlässlich einer feierlichen Zeremonie des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge zur Einbettung von 1800 deutschen Kriegstoten auf der Kriegsgräberstätte Stare Czarnowo (Neumark) in Polen am 6. April 2017

Geschichte nicht lernt, der ist dazu verurteilt, sie erneut zu durchleben. Das kann niemand wollen. Deshalb engagieren wir uns in der schulischen und

Zuspruch, den wir erhielten, war sie sehr gering. Viele Lehrkräfte haben das Plakat angefragt und setzen es ein, um das heutige Europa im Unterricht zu erklären.

Spüren Sie Auswirkungen der SAZV auch auf das Engagement von Soldaten beispielsweise bei der Pflege von Kriegsgräbern?

Das Engagement gehört doch zur staatsbürgerlichen Bildung. Ich bin sicher, dass wir gemeinsam mit den Vorgesetzten Wege finden werden, damit Soldatinnen und Soldaten sich auch zukünftig ehrenamtlich für den Volksbund engagieren können. Dazu sind wir in ständigem Austausch.

Mit dem Ehrenmal der Bundeswehr und dem „Wald der Erinnerung“ sind Symbole einer Gedenk- und Erinnerungskultur in der Bundeswehr entstanden.

Wie könnte diese aus Sicht des Volksbunds weiterentwickelt werden?

Die Bundeswehr ist damit auf einem guten Weg. Gerade bei der Schaffung des „Waldes der Erinnerung“ als Ergänzung zum Ehrenmal der Bundeswehr im Bendlerblock wird versucht, offizielles Gedenken und individuelles Erinnern

zu verbinden. Noch wichtiger finde ich, dass die Wünsche der Hinterbliebenen hier berücksichtigt wurden und sie einen Platz für ihre Trauer finden.

In der „Bestandsaufnahme nach den Begehungen von Kasernen und Liegenschaften“, von einigen Soldaten auch als „Säuberung“ bezeichnet, tauchte auch ein Wehrmachtshelm als Sammeldose mit Spruch „Zum Gedenken an unsere Gefallenen“ auf. Halten Sie das für bedenklich?

Ein demokratisch gefestigter Staatsbürger in Uniform, der verstanden hat, was Gedenken heißt, wird dadurch sicher nicht aus der Bahn geworfen. Aber bei dem Stichwort „Sammeldose“ möchte ich herzlich für den Sammelauftrag des Generalinspektors danken – und natürlich auch den Sammlerinnen und Sammlern.

Welchen Beitrag kann der Volksbund für die Entstehung einer europäischen Identität leisten?

Ich hoffe doch, dass es schon ein europäisches Bewusstsein gibt, wenn nicht sogar bei vielen, wahrscheinlich auch jüngeren Menschen eine europäische Identität. Der Volksbund ist in ganz Europa aktiv und fördert die internationalen Begegnungen dort – hier sehe ich einen wichtigen Beitrag zur Stärkung dieser europäischen Identität. Häufig sagen die Jugendlichen, die an einem

Workcamp teilgenommen haben, diese zwei Wochen hätten ihr Leben verändert: Aus einer Gruppe von Fremden wäre eine internationale Familie geworden. Viele kommen wieder zum nächsten Camp, viele bleiben auch Freunde. Aber auch für die, die nur einmal dabei waren, ist diese Erfahrung prägend. Und ich glaube, das macht sie

immun gegen nationalistische Floskeln.

Warum bleibt die Arbeit des Volksbunds auch in Zukunft wichtig?

Wir verstehen uns als moderner Akteur in der politischen Gedenkarbeit. Und gerade in der gegenwärtigen Diskussion zum Thema Gedenken ist die Arbeit des Volksbunds ganz wichtig. Frieden ist ohne Versöhnung nicht möglich, Frieden schafft man durch Begegnung, durch Freundschaft. Wie hat ein kluger Mann einmal gesagt: Wer aus der

Eigentlich könnten sich alle Menschen, die Frieden wollen, auch im Volksbund engagieren.

GENERAL A.D. WOLFGANG SCHNEIDERHAN

außerschulischen Bildung, in unseren Bildungs- und Begegnungsstätten. Die internationalen Workcamps gibt es jetzt seit 65 Jahren und sie funktionieren immer noch gut. Die Soldatinnen und Soldaten aus verschiedenen Ländern machen bei gemeinsamen Arbeitseinsätzen ähnliche Erfahrungen. Das öffnet den Blick und häufig entstehen dabei Freundschaften über Grenzen hinweg.

2018 gedenken wir des 100. Jahrestags des Endes des Ersten Weltkriegs. Dieses Gedenken kann nur ein europäisches sein. 2019 feiert der Volksbund seinen hundertsten Geburtstag. Da blicken wir zurück und nutzen die Gelegenheit, die Geschichte des Volksbunds kritisch von einer Historikergruppe aufbereiten zu lassen. Gleichzeitig schauen wir nach vorne. In unserem Projekt „19 für 19“ werden 19 Kriegsgräberstätten in ganz Europa geschichtspädagogisch und didaktisch auf den neuesten Stand gebracht. So wollen wir noch mehr Menschen erreichen und zeigen, warum Gedenken und vor allem Nachdenken wichtig ist. Deshalb bin ich sicher, der Volksbund ist auch im hundertsten Jahr seines Bestehens wichtig und seine Arbeit bleibt aktuell.

Foto: Zucchi



Der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, General a.D. Wolfgang Schneiderhan, ist seit 2016 Präsident des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge.

19. November 2017: Volkstrauertag

Der Volkstrauertag in Deutschland ist ein staatlicher Gedenktag für Kriegsoffer. Am vorletzten Sonntag vor dem ersten Advent werden jedes Jahr zahlreiche Gedenkstunden sowie Kranzniederlegungen an Kriegsdenkmälern oder Friedhöfen abgehalten.



Zentrale Feierstunde im Bundestag

Foto: dpa/picture alliance

Reminiscere) beibehalten. In der DDR wurde ein „Internationaler Gedenktag für die Opfer des faschistischen Terrors und Kampftag gegen Faschismus und imperialistischen Krieg“ eingeführt.

In Abgrenzung zur Tradition des Heldengedenktags wurde beschlossen, den Volkstrauertag ans Ende des Kirchenjahres zu verlegen. Gedacht wird zunächst der „Toten zweier Kriege an den Fronten und in der Heimat“. So wurden in das Gedenken zivile Tote mit einbezogen. Die politische Forderung, keine Unterschiede zwischen den Toten des Kriegs und der NS-Verbrechen zuzulassen, wurde in den 1960er Jahren sprachlich durch die Einführung der Formel „Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ umgesetzt. Als Rechtsbegriff, unter dem alle Opfergruppen zusammengefasst werden, denen das dauerhafte Ruherecht zusteht, wurde die Formel 1965 mit der Reform des Kriegsgräbergesetzes eingeführt. So waren etwa auch die Toten an der innerdeutschen Grenze mit den anderen Opfergruppen gleichgestellt. **FH**

Ein Gedenktag im Wandel der Geschichte

Das Grauen lag erst ein Jahr zurück. Mit Millionen von Toten. Da lag es nahe, sich Gedanken um die Pflege der deutschen Kriegsgräber zu machen – und das Gedenken an die Gefallenen wachzuhalten: So wurde 1919 der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. gegründet. Der Verein wollte die staatlichen Stellen bei der Betreuung von Kriegsgräbern im Ausland unterstützen und ergänzen. Er forderte außerdem die Einführung eines reichsweiten Gedenktags zur Ehrung der Kriegstoten.

1922 fand die erste Gedenkstunde im Reichstag statt. 1926 wurde entschieden, den Volkstrauertag regelmäßig am Sonntag Reminiscere (fünfter Sonntag vor Ostern) zu begehen. Seine Premiere erlebte er am 1. März 1925. Zum gesetzlichen Feiertag wurde der Volkstrauertag in der Weimarer Republik jedoch nicht erklärt – die Zuständigkeit war nicht eindeutig (Reich oder Länder), die beiden großen Kirchen stritten sich zudem um den richtigen Termin. Mehrere Anläufe zu einer doch noch verbindlichen Regelung scheiterten an der Instabilität der politischen Verhältnisse.

Die Nationalsozialisten übernahmen den Volkstrauertag, legten ihn als staatlichen Feiertag für den zweiten Fastensonntag fest und benannten ihn in Heldengedenktag um. Nicht mehr Totengedenken sollte im Mittelpunkt stehen, sondern Heldenverehrung. Träger waren die Wehrmacht und die NSDAP.

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs wurde 1946 in den drei westlichen Besatzungszonen die Tradition des Volkstrauertags in der bisherigen Form (Sonntag

Wichtige Veranstaltungen anlässlich des Volkstrauertags 2017 in Berlin

Bundestag

Die zentrale Feierstunde im Plenarsaal des Reichstagsgebäudes mit leitenden Persönlichkeiten aus Politik und Kirche besteht aus einer Ansprache des Bundespräsidenten und einer Totenehrung, dazu wird das Soldatenlied „Der gute Kamerad“ gespielt. Die Gedenkstunde beginnt um 13.30 Uhr und wird von der ARD übertragen.

Neue Wache

Die Neue Wache ist seit 1993 die Zentrale Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft. Repräsentanten der Verfassungsorgane gedenken hier mit einer Kranzniederlegung. Die Flaggen der Bundesbehörden und ihrer Aufsicht unterstehenden Geschäftsbereiche wehen auf halbmast.

Bundeswehr-Ehrenmal im Bendlerblock

Die Verteidigungsministerin lädt anlässlich des Volkstrauertags zu einer Gedenkveranstaltung am Ehrenmal der Bundeswehr in Berlin mit Kranzniederlegung ein. Unter den Gästen sind auch Vertreter von Hinterbliebenen.

Jüdischer Friedhof Berlin-Weißensee

Auf Einladung des Generalinspektors der Bundeswehr und des Generals Standortaufgaben Berlin findet eine Gedenkveranstaltung auf dem Jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee statt. Dort wird mit einer Kranzniederlegung auf dem Ehrenfeld der jüdischen Gefallenen des Ersten Weltkriegs gedacht. Der Jüdische Friedhof Weißensee ist einer der größten jüdischen Friedhöfe Europas auf dem mehr als 115.000 jüdische Bürger Berlins beigesetzt sind.

Friedhof Lilienthalstraße

Jedes Jahr wird am Vorabend des Volkstrauertags auf dem ehemaligen Soldatenfriedhof Lilienthalstraße der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft gedacht. Die vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge ausgerichtete internationale Gedenkfeier mit Kranzniederlegung wird von der Bundeswehr umrahmt.



Foto: Bundeswehr/Hannemann

Der Ehrenhain Kabul in der Gedenkstätte „Wald der Erinnerung“ in Potsdam

Orte des Erinnerns und Gedenkens

Soldaten und weitere Angehörige der Bundeswehr, die im Dienst ums Leben gekommen sind, sollen und dürfen nicht vergessen werden. Dafür gibt es einen zentralen Gedenkort der Bundeswehr: das Ehrenmal am Verteidigungsministerium in Berlin. Ein „Wald der Erinnerung“ in der Nähe von Potsdam ergänzt dieses Ehrenmal und steht nicht in dessen Konkurrenz, wie es seitens des BMVg heißt.

Erinnerung an Erkennungsmarken

Das Anfang 2009 eingeweihte Ehrenmal der Bundeswehr befindet sich in Sichtweite des Berliner Bendlerblocks und versteht sich „als begehbare und räumlich erlebbare Gesamtkunstwerk“, schreibt das BMVg in einer Begleitbroschüre. Bei der Gestaltung des Ehrenmals wurde eine ganze Reihe an Symbolen verwendet. Beispielsweise ist die bronzene Hülle des Stahlbetonbaus ganz speziell durchbrochen worden. Die halbovalen Öffnungen sollen an die Erkennungsmarken der Soldaten erinnern, die zerbrochen für ihren Tod stehen.

Zugänglich ist das markante, zehn Meter hohe und 32 Meter lange Gebäude sowohl von der öffentlichen Hildebrandstraße aus als auch vom Paradeplatz des BMVg – allerdings nicht unbedingt gleichzeitig. Mit einem „wandartigen Schiebeelement“ wird das Ehrenmal zur einen oder anderen Seite abgeschlossen. Grundsätzlich ist es an den öffentlichen Raum angebunden und tagsüber im Regelfall frei zugänglich.

Wie viele Menschen diese Möglichkeit nutzen, ist schwer zu sagen: Statistisch erfasst werden nur die Besucher, die an einer der halbstündigen Führungen durch das Ehrenmal teilgenommen haben. Gut 10 500 Personen – darunter etwa 1900 Soldaten – nutzten 2016 diese Gelegenheit. Im Inneren des Baus dient ein Raum der Stille dem Gedenken und der Erinnerung. Dieser ist ganz in schwarz ge-

halten, mittels LED-Licht werden die Namen der Toten an eine der Deckenplatten projiziert. Als Ergänzung dazu gibt es seit Mai 2014 ein Buch des Gedenkens am Ehrenmal. Auf 20 Bronzeseiten sind die Namen der Verstorbenen aufgeführt.

Ähnlich will künftig der Bundestag an die Bundeswehrangehörigen erinnern, die im Auslandseinsatz ums Leben gekommen sind. Bereits seit Längerem ist dafür ein „elektronisches Gedenkbuch“ geplant. Platziert werden soll es einmal im Paul-Löbe-Haus nahe des Sitzungssaals des Verteidigungsausschusses. Zwar hat der Ältestenrat des Bundestags bereits im Frühjahr dem Vorhaben zugestimmt. Doch wie und wann das Ganze konkret umgesetzt werden könne, müsse noch geklärt werden, heißt es auf Nachfrage im Verteidigungsausschuss.

Ehrenhaine aus Einsatzorten rekonstruiert

Der rund 4500 Quadratmeter große „Wald der Erinnerung“ auf dem Gelände der Henning-von-Tresckow-Kaserne in der Nähe der brandenburgischen Landeshauptstadt ist laut

BMVg eine für Streitkräfte wohl weltweit einmalige Gedenkstätte. Aus den Einsatzorten zurückgeführte Ehrenhaine wurden auf dem Areal rekonstruiert und auf Lichtungen innerhalb des Waldstücks integriert. Zudem wird auf Stelen an die Verstorbenen erinnert.

Doch nicht nur den Toten der Einsätze ist der im November 2014 eingeweihte „Wald der Erinnerung“ gewidmet. Angehörige von Soldaten und Mitarbeitern der Bundeswehr, die in Ausübung ihres Dienstes ihr Leben ließen, können an den Bäumen individuell gestaltete Gedenkschilder anbringen, heißt es auf der BMVg-Internetseite. Besucht werden kann das Gelände tagsüber im Passwörterverfahren. Im vergangenen Jahr haben laut Ministerium rund 11 000 Menschen den Wald der Erinnerung besichtigt. Darunter waren rund 6050 Soldaten.

Bereits heute gehören das Ehrenmal und der „Wald der Erinnerung“ zu den Zielen von Bundestagsabgeordneten, die darüber hinaus mitunter politisch interessierte Bürger zu einem Besuch einladen. Zudem werden die beiden Gedenkort von ausländischen Delegationen besucht. Schülergruppen ab Klasse zehn aus dem gesamten Bundesgebiet gehören ebenfalls zu den Besuchern, wie eine Sprecherin des Verteidigungsministeriums weiter informierte.

Videos zum „Wald der Erinnerung“ und dem Ehrenmal der Bundeswehr gibt es im Internet unter bit.ly/2xDDvqX beziehungsweise bit.ly/2yJfkaU.

Auf dem Gelände des Verteidigungsministeriums in Berlin befindet sich das Ehrenmal für Angehörige der Bundeswehr, die während ihres Dienstes ums Leben gekommen sind.



Foto: Bundeswehr/Blener

Die Ehrenmale der Teilstreitkräfte

In Deutschland erinnern Tausende Kriegerdenkmäler und Gedenktafeln an in Kriegen und Konflikten Gefallene. Eine erstmals größere Zahl von Denkmälern entstand zum Gedenken an die Kriegsteilnehmer des Deutsch-Französischen Kriegs 1870/71. Insbesondere nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg wurden viele weitere Kriegsdenkmäler zur Würdigung der militärischen Opfer errichtet. Die Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe sowie Marine haben eigene zentrale Ehrenmale, die insbesondere auch an die gefallenen Bundeswehrsoldaten erinnern: die Marine mit dem vom Deutschen Marinebund übernommenen Ehrenmal in Laboe, die Luftwaffe für die Opfer der Luftwaffe in Fürstfeldbruck und das Heer für seine Soldaten auf der Festung Ehrenbreitstein.



Foto: Bundeswehr/Wilke

Das Marine-Ehrenmal: Von der Heldengedenkstätte zum internationalen Erinnerungsort

Seit fast 80 Jahren prägt der 85 Meter hoch über die Ostsee aufragende Turm des Marine-Ehrenmals in Laboe die Kieler Außenförde. Zugleich ist das Marine-Ehrenmal die offizielle Gedenkstätte der deutschen Marine und ein Spiegel der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert. Seit der Erbauung ist das Ehrenmal Eigentum des Deutschen Marinebunds, der größten maritimen Interessenvertretung Deutschlands.

Das Marine-Ehrenmal wurde zwischen 1927 und 1936 mit Spendenmitteln der deutschen Marinevereine als Gedenkstätte für die im Ersten

Weltkrieg gefallenen deutschen Marinesoldaten errichtet. Zugleich sollte es an die erhoffte Wiederauferstehung deutscher Seemacht gemahnen. Das NS-Regime nutzte die feierliche Einweihung im Jahre 1936, um das Marine-Ehrenmal für seine Zwecke ideologisch zu vereinnahmen.

1954 gaben die Alliierten das nach der deutschen Kapitulation 1945 beschlagnahmte Marine-Ehrenmal an den 1952 wiedergegründeten Deutschen Marinebund zurück. Mit der neuen Widmung „Dem Gedenken aller toten deutschen Seefahrer beider Weltkriege und unserer

toten Gegner“ wurde eine neue Gedenktradition begründet und das Ehrenmal zugleich zu einer Gedenkstätte für die auf See Gefallenen aller Nationen.

In den 1990er Jahren wurde das Marine-Ehrenmal neu gestaltet, um dessen internationalen Charakter noch deutlicher hervorzuheben. Seit 1996 empfängt den Besucher in der Eingangshalle die neue Widmung: „Gedenkstätte für die auf See Gebliebenen aller Nationen. Mahnmal für eine friedliche Seefahrt auf freien Meeren.“ Im gleichen Jahr wurde hier auch die „Gedenkstätte Deutsche Marine“ geschaffen, mit der unsere heutige Marine an ihre Toten erinnert.

Als Ort der Erinnerung soll das Marine-Ehrenmal nach dem Willen des Deutschen Marinebunds auch in Zukunft ein lebendiges Denkmal bleiben, das sich mit der deutschen Geschichte bewusst auseinandersetzt. Das Ehrenmal ist dabei als inhaltliche Einheit mit verschiedenen Elementen zu verstehen, wobei das Gedenken an die auf See Gebliebenen gleichsam das Leitthema darstellt. Dem Gedenken im eigentlichen Sinne sind die unterirdische Gedenkhalle als zentraler

Ort der Erinnerung an die auf See Gebliebenen aller Nationen und das Erdgeschoss des Turmes mit der „Gedenkstätte Deutsche Marine“, der „Gedenkstätte zivile Schifffahrt“ sowie die Gedenkhalle für die in den beiden Weltkriegen gefallenen deutschen Marinesoldaten gewidmet. Demgegenüber dient die Dauerausstellung in der Historischen Halle als Informationsstätte für die Besucher.

Jann M. Witt, Historiker des Deutschen Marinebunds

Das Luftwaffen-Ehrenmal: Zentrale Gedenkstätte der deutschen Luftwaffe und der Luftfahrt für ihre Toten

Ausgehend von ersten Überlegungen in den Jahren 1955 und 1956 wurden durch ehemalige und aktive Soldaten, die sich in der „Stiftung Luftwaffen-Ehrenmal“ zusammenfanden, eine Konzeption für ein gemeinsames „Erinnerungsehrenmal“ entwickelt. Neben der Finanzierung war vor allem die Standortfrage zu klären. Erste Überlegungen, das Ehrenmal in der Nähe von Fallingb. in der Lüneburger Heide oder auf der Schaumburg im Weserbergland zu errichten, waren mangels Finanzen und aufgrund der ungünstigen Lage nicht realisierbar.

Der erste Inspekteur der Luftwaffe, General Josef Kamhuber, konnte schließlich eine Fläche in Fürstenfeldbruck anbieten, die nicht nur kostenlos erhältlich war, sondern auch in der unmittelbaren Nähe des Ursprungs der Bundesluftwaffe lag. Hier wurde 1956 die deutsche Luftwaffe gegründet und hier sollte auch die Gedenkstätte der jungen Teilstreitkraft liegen. Das Ehrenmal sollte nicht „prächtigen Pomp und auffälligen Blickfang verbreiten, sondern ein Ort der Verinnerlichung und des stillen Gedenkens sein.“ Die finanziellen Mittel zur Errichtung des Ehrenmals kamen vor allem durch Spenden zusammen. „Bausteine“ dienten als Beleg für das Engagement der Spender.

Nach 25 000 Arbeitsstunden wurde das Ehrenmal am 18. November 1962 durch den Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Werner Panitzki, eingeweiht. In den Denkmalskern, einen Quader mit einem eingelassenen stilisierten Eisernen Kreuz, wurde am 18. Oktober 1963 ein Plexiglasbehälter eingelassen. In ihm befinden sich neben einer kurzen Geschichte des Standorts Fürstenfeldbruck prä-

gefrische, damals im Umlauf befindliche Münzen und eine Ausgabe des Münchner Merkurs vom 12. Oktober 1963. In dieser war ausführlich über die Feldparade der Bundeswehr in Wunstorf zur Verabschiedung des Bundeskanzlers Konrad Adenauer berichtet worden.

Nach weiteren zweieinhalb Jahren, am 20. Mai 1966 übergab die Stiftung das Ehrenmal in die Obhut der Luftwaffe. Seit 1994 ist die Offizierschule der Luftwaffe allein für die Organisation aller Gedenkveranstaltungen am Ehrenmal verantwortlich.

Seit 1977 findet alljährlich am Tag vor dem Volkstrauertag eine Gedenkfeier statt, während der die Luftwaffe, vertreten durch den Inspekteur, sowie Traditionsverbände und Soldatenvereine ihrer Toten gedenken.

Die britische Royal Air Force würdigt, vertreten durch ihren Luftwaffenattaché an der Botschaft in der Bundesrepublik Deutschland, jährlich im Mai mit einem Kranz am Ehrenmal die im Einsatz ums Leben gekommenen britischen und deutschen Flieger. Der Luftwaffenattaché an der deutschen Botschaft in London legt zur gleichen Zeit einen Kranz am Ehrenmal der Royal Air Force in der britischen Hauptstadt nieder.

*Oberstleutnant Thomas Schmitz,
Militärhistoriker beim Kommando Luftwaffe*



Foto: Bundeswehr/Pardemacher
Feierstunde anlässlich der Übergabe des Ehrenmals in Fürstenfeldbruck an die Luftwaffe im Jahr 1966

Das Ehrenmal des Deutschen Heeres

Das Ehrenmal des Deutschen Heeres steht für die gefallenen Soldaten in den beiden Weltkriegen sowie für die im Einsatz und im Friedensbetrieb ums Leben gekommenen Bundeswehrangehörigen des Heeres. Das am 29. Oktober 1972 eingeweihte Ehrenmal befindet sich auf der Festung Ehrenbreitstein in Koblenz. Schirmherr ist der Inspekteur des Heeres.

Koblenz erschien als geeigneter Standort für das Ehrenmal, da hier in den Sechzigerjahren die größte Garnison der Bundesrepublik Deutsch-

land und das Kommando des III. Korps lag. Hinzu kamen die Nähe zum Führungsstab des Heeres in Bonn und die besondere militärische Tradition von Koblenz. Historisch bedeutende Namen sind mit dieser Stadt verknüpft, wie beispielsweise August Neidhardt von Gneisenau, Carl von Clausewitz, Albrecht von Roon, Wilhelm von Scharnhorst, Helmuth Karl Bernhard von Moltke und Paul von Hindenburg.

Das Ehrenmal, das sich im Hauptgraben der Festung Ehrenbreitstein befindet, stellt die lie-

gende Gestalt eines jungen Soldaten mit einem Stahlhelm dar. Für den Helm wurde bewusst eine Zwischenform der im Ersten und Zweiten Weltkrieg vom deutschen Heer getragenen Helme gewählt. Die Inschrift über dem Denkmal lautete bei der Einweihung 1972: „Den Toten des Deutschen Heeres 1914–1918 + 1939–1945 – ihr Vermächtnis: Frieden.“ Die für den Bau erforderlichen Mittel wurden vorwiegend durch Spenden von Hinterbliebenen gefallener Soldaten, von ehemaligen Soldaten und Angehörigen der Bundeswehr aufgebracht.

Nach einer Umgestaltung des Ehrenmals und einer Neufassung der Inschrift in: „Den Toten des Deutschen Heeres“ wurde im Jahr 2006 rechts des Ehrenmals eine schlichte Stele errichtet, die die Inschrift trägt: „Den Heeressoldaten der Bundeswehr, die für Frieden, Recht und Freiheit ihr Leben ließen.“ Seither steht das Ehrenmal nicht mehr nur für die Toten der Kriege, sondern auch sichtbar für die im Einsatz und im Friedensbetrieb ums Leben gekommenen Bundeswehrangehörigen des Heeres.

Seit 1972 findet in jedem Jahr am Ehrenmal des Deutschen Heeres in Koblenz zum Volkstrauertag eine Totenehrung der gefallenen, vermissten und im Dienst der Bundeswehr verstorbenen Kameraden statt.

Mit Material von www.deutsches-beer.de



Foto: Bundeswehr/Kezda



Die mehr als 100 Teilnehmer der Fachtagung diskutierten zwei Tage lang verschiedene Aspekte der Beteiligungsrechte.

Signal in die Fläche

Fachtagung Beteiligungsrechte: Die Bilanz der erfolgreichen Zusammenarbeit von DBwV, HPR und GVPA belegt, dass Beteiligung ernst zu nehmen ist



Der Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartels (r.) war Gastredner auf der Fachtagung Beteiligungsrechte.



Hauptpersonalratsmitglied Bernd Kaufmann spricht zu den „Freunden der Beteiligung“.

Beteiligung ist integraler Bestandteil Innerer Führung! – Mit diesem Anspruch, der zugleich Aufruf war, eröffnete Oberstabsfeldwebel a.D. Andreas Hubert die Fachtagung Beteiligungsrechte. Anliegen der Veranstaltung sei es daher, das Signal in die Fläche zu senden, dass Beteiligungsrechte ernst zu nehmen sind und auch in weiten Teilen sehr ernst genommen werden, so der Vorsitzende Fachbereich Beteiligungsrechte im DBwV. Der Bundeswehrverband ist dank seiner Basis mit dem Ohr an der Masse. Im aktuellen Jahr konnten bereits über 300 Personalversammlungen mit DBwV-Mandatsträgern aus Bund und Ländern unterstützt werden. Die „Zweibahnstraße“ beim Thementransfer zwischen Truppe und Verband sei dabei ein gewinnbringendes Element, so Hubert.

Erfolg Rahmendienstvereinbarung

Am 12./13. Oktober waren nun mehr als 100 Personalräte, Vertrauenspersonen, Gleichstellungsbeauftragte und Schwerbehindertenvertreter in das Langenbeck-Vir-

chow-Haus in Berlin gekommen, um sich über die aktuellen Aspekte auf dem Feld der Beteiligungsrechte auszutauschen. Die „Freunde der Beteiligung“, wie Hauptpersonalratsmitglied Bernd Kaufmann die Teilnehmer kameradschaftlich ansprach, widmeten sich unter anderem der Rahmendienstvereinbarung zur Arbeitszeitgestaltung im Geschäftsbereich des BMVg. Diese war am 18. September von Staatssekretär Gerd Hoofe, Stabshauptmann Martin Vogelsang (DBwV), Vorsitzender des Hauptpersonalrats beim BMVg, sowie seinen beiden Stellvertretern unterzeichnet worden.

Kaufmann wies auf den Kernsatz der Vereinbarung hin: „Wo immer möglich, sind flexible Arbeitszeitmodelle zu nutzen.“ Mit fünf Arbeitszeitmodellen werde dem Mitarbeiter die größtmögliche Freiheit in der Arbeitszeitgestaltung eingeräumt, sofern der Dienstbetrieb dies zulasse und die wöchentliche Arbeitszeit erbracht werde. Zudem beinhaltet der Geltungsbereich erstmals alle Statusgruppen – Beamte, Tarifbeschäftigte und Soldaten im Grundbetrieb. Damit sei, und das ist neu, kein Teilhabebefehl für die militärischen Beschäftigten mehr notwendig. Kritik wurde laut an einem Passus der Rahmendienstvereinbarung, wonach dem BMVg unmittelbar nachgeordnete Dienststellen am Freitag bis 14 Uhr arbeitsfähig sein müssen. Kaufmann wies jedoch darauf hin, dass es in der Verantwortung



Sehr gute Erfolgsbilanz: Bundesvorsitzender Oberstleutnant André Wüstner

„Die Zusammenarbeit von Hauptpersonalrat und DBwV war nie besser!“, so der Hauptpersonalratsvorsitzende Stabshauptmann Martin Vogelsang (2.v.l.).



GVPA-Sprecher Oberstleutnant Tobias Brösdorf



Klaus Scharf erläuterte das Personalentwicklungskonzept für Tarifbeschäftigte.



Oberstabsfeldwebel a.D. Andreas Hubert

der Personalvertreter und Dienststellenleiter vor Ort liege, eventuell abweichende Kernarbeitszeiten auszuhandeln.

Konfliktregulierung und Mitgestaltung der Politik

Gastredner Hans-Peter Bartels verriet bereits jene Bereiche, die er in seiner Funktion als Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestags im kommenden Jahr besonders beackern wolle: „Ich werde mit Sympathie verfolgen, wie die Trendwenden umgesetzt werden und dabei aufs Tempo drücken.“ In den Fokus rücken wolle er aber auch die Themen Führungsfähigkeit und Bürokratie. Denn Vorschriften und Zeitmangel stünden einer ebenengerechten Führung in der Bundeswehr zu häufig im Wege. Auch sei er der Auffassung, dass viele Probleme durch eine gute Konfliktregulierung bereits in kleinem Rahmen gelöst werden könnten – auch durch Zutun der Personalräte –, bevor Beschwerden oder Petitionen an den Wehrbeauftragten notwendig seien. Derzeit erhalte er jährlich 3500 persönliche Eingaben aus der Truppe. Seinen neuen Jahresbericht kündigte Bartels für den Januar 2018 an, „wenn bis dahin eine Regierung gebildet ist. Wenn nicht, bin ich auch gern bereit, etwas zu warten, denn es muss ja jemand da sein, dem ich den Bericht geben kann.“

Die Aktivitäten des Bundeswehrverbands in Zeiten der Regierungsbildung waren dann auch Thema des Bundesvorsitzenden Oberstleutnant André Wüstner. Er erläuterte hier insbesondere

die Bestrebungen, Ideen in den Koalitionsvertrag einzubringen, um auf dieser Grundlage in den kommenden vier Jahren die Politik mitgestalten zu können. Mit Blick auf die vergangene Legislatur bescheinigte Wüstner dem Verband eine sehr gute Erfolgsbilanz: „Ich kenne keine Gewerkschaft, keinen Verband, die in dieser Zeit so viel umgesetzt haben. Und trotzdem müssen wir immer wieder reflektieren, wo wir noch besser werden können.“ Insbesondere auch in der Zusammenarbeit mit den Beteiligungsgremien gelte heute wie in Zukunft der Leitsatz: „Nicht das ich, du, er, sie, sondern das WIR steht im Mittelpunkt!“

Aktuelle Themen aus HPR und GVPA

Über aktuelle Aspekte aus der Arbeit des Hauptpersonalrats (HPR) im BMVg berichtete Stabshauptmann Martin Vogelsang. Dabei wies er auf Probleme bei der Freistellungspraxis der Personalräte hin. Obwohl man bei einem Ehrenamt davon ausgehen sollte, dass keine finanziellen Nachteile entstünden, seien beispielsweise bei den Reisekosten Einbußen möglich. Vogelsang: „Wir müssen verhindern, dass es zukünftig eine Freistellungspraxis nach Wohnort und Kassenlage gibt. Es darf nicht sein, dass Mandate abgelehnt werden, weil sich Kameraden dieses Amt nicht leisten kann!“

Klaus Scharf, Vorsitzender Fachbereich Zivile Beschäftigte im DBwV, informierte über das Personalentwicklungskonzept für Tarifbeschäftigte, in dessen Mittelpunkt individuelle Weiter-

entwicklung und Förderung sowie lebenslanges Lernen stehen. Obwohl dieses Konzept seit 19. Juni in Kraft ist, werde es bisher nicht gut angenommen, so Scharf. Hier fordere der DBwV, dass ausreichend Qualifizierungslehrgänge angeboten und höherwertige Dienstposten für Tarifbeschäftigte eingerichtet werden. Erst dann könne das Konzept aufgehen.

Einige aktuelle Themen des Gesamtvertrauenspersonenausschusses (GVPA) sprach Oberstleutnant Tobias Brösdorf an. So werde seit zwei Jahren an einem zukunftsfähigen Konzept für die bewirtschaftete Betreuung gearbeitet, so der Sprecher des GVPA. Als Zwischenerfolg konnte Wirtschaftlichkeit inzwischen aufgegeben wurde. Dies bedeute einen Paradigmenwechsel, nun müsse das BMVg dazu gebracht werden, sich des Themas weiter anzunehmen und auch entsprechende Finanzmittel bereitzustellen. Ein nächster vorstellbarer Schritt sei die Einrichtung einer eigenen Ausbildungs- und Verwendungsreihe, beispielsweise mit einem Masterabschluss Eventmanagement. Im intensiven Dialog fielen die guten Argumente des GVPA zunehmend auf fruchtbaren Boden. Abschließend machte Brösdorf auf die leider recht überschaubare Bewerberlage in den neu zu wählenden Vertrauenspersonenausschüssen aufmerksam. Hier rief er die Tagungsteilnehmer auf, sich einzubringen, für die Tätigkeit zu werben und Kameraden oder Kollegen für das Amt zu motivieren. Denn: Beteiligung lebt vom Mitmachen! **CH**



Genau unter die Lupe nahmen Arbeitsgruppenleiterin Hauptmann Petra Böhm (r.) und Oberfeldarzt Dr. Anja Freimann die Musterstücke.

rende – Kleidungsstücke wie etwa eine leichte Weste nachzudenken. „Das war ein intensiver Austausch, der, wie ich denke, beiden Seiten viel gebracht hat“, zog Arbeitsgruppenleiterin Hauptmann Petra Böhm am Ende des Besuchs Bilanz. Ein regelmäßiger Austausch auch mit anderen Herstellern könne untaugliche Bekleidung – wie derzeit etwa die zum Schießen untauglichen Handschuhe – rechtzeitig verhindern.

Den zweiten Tag der AG nutzte Böhm, um ein Fazit der vergangenen vier Jahre zu ziehen – sowohl im Hinblick auf die Arbeit des BMVg als auch auf die des Verbands. Ganz klar: Beim Thema Diversity gab es riesige Fortschritte. Wie prominent das Thema künftig im BMVg weiterverfolgt wird, ist noch unklar. Ein schon länger geplantes Konzept des Stabselements Chancengerechtigkeit, Vielfalt und Inklusion im BMVg wird aber wohl noch auf den Weg gebracht. Böhm wies zudem auf einen im Zentrum für Innere Führung erhältlichen sinnvollen Leitfaden für die Ausbildung hin – für die Durchführung einer politischen Bildung zum vorurteilsfreien und wertschätzenden Umgang mit dem Thema „Vielfalt in der Bundeswehr“. „Dass es so etwas gibt, ist leider noch immer weitgehend unbekannt in der Truppe“, so die Arbeitsgruppenleiterin.

Ein Schwerpunkt der AG-Sitzung bildete die Überprüfung der Leitansätze Chancengerechtigkeit (Integration von Soldatinnen sowie

Nahtlos glücklich

Ein Besuch bei einem Hersteller für Bekleidungssysteme – kann das spannend sein? Eindeutig ja, befand die AG Soldatinnen, die im September die Firma Hexonia besuchte.

So leichter Stoff! So ein toller Schnitt! Und so bequem! Anna Klötzers Feldanzug wird von allen Seiten bestaunt. Für einen inoffiziellen Trageversuch wurde die Soldatin mit Schwangerschaftskleidung von Hexonia ausgerüstet. Heute präsentiert sie den neuen Look den Teilnehmerinnen der AG Soldatinnen des DBwV in den Räumen des Herstellers von Bekleidungs-, Schutz- und Tragesystemen – und sorgt für Begeisterung. „Man trägt weiterhin Dienstgrad und Namen im Dienst und wird als Soldatin wahrgenommen. Das Erscheinungsbild einer Soldatin ändert sich dadurch nicht“, sagt Klötzer. „Das halte ich für sinnvoller, als auf zivile Kleidung zu wechseln.“ Wichtig ist ihr aber auch, dass die Passform stimmt. Einfach ein Stoffzelt mit Gummiband unten dran – das kann keine Lösung sein. Die Kleidung von Hexonia richte sich nach der weiblichen Anatomie, so seien etwa Schulterpartie, Namensband und Brusttaschen angepasst. Durch den dehnbaren Gummiband an der Hose und die Schnürleisten an den Seiten der Oberteile fiel die Schwangerschaft auf den ersten Blick gar nicht auf, so Klötzer.

Weil Schwangerschaftskleidung aber nur für einen kurzen Abschnitt der Dienstzeit interessant ist und das Sortiment des Herstellers in erster Linie Produkte wie Kopfschutzsysteme, Schutzschilde und -westen sowie Kampfbekleidung umfasst, gab Hexonia-Chef Gerd Hexels den Teilnehmerinnen bei der Besichtigung der Produktionsstätten einen Einblick dahingehend, was im Bereich Bekleidung generell machbar ist. Unter anderem will Hexonia Nähte weitgehend vermeiden, stattdessen wird Kleidung oft geklebt

oder verschweißt. Ein Beispiel: das Combatshirt, das bei höheren Temperaturen anstelle der Kampfjacke „Infanterist der Zukunft-2“ getragen werden kann, und dessen Torso aus einem nahtlosen Schlauch aus flammenhemmender und hydrophiler Maschenware besteht, die für eine ausgeglichene Körpertemperatur sorgen soll.

Das Shirt sorgte für eine rege Diskussion zwischen den Teilnehmerinnen und dem Hexonia-Team. Erster Kritikpunkt: Es sieht super aus – solange Mann oder Frau die richtige Figur hat. „So ein Schlauch verzeiht nichts“, fasste eine Teilnehmerin zusammen. Zudem brachten die Teilnehmerinnen die Erfahrungen männlicher Kameraden aus dem Einsatz ein. Diese beklagten, dass das Shirt an den Brustwarzen scheuere. Für Hexonia waren die Kritikpunkte ein Anlass, über Veränderungen des Materials im Brustbereich und möglicherweise ergänzende – und kaschierende



Die Arbeitsgruppe tagte an einem ungewohnten Ort – aber so gab es die Informationen zur Bekleidung aus erster Hand.

Chancengerechtigkeit, Vielfalt und Inklusion in der Bundeswehr) sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf/Dienst, die auf der kommenden Hauptversammlung verabschiedet werden sollen. Die Anträge fanden durchweg Zustimmung.

Abschließend stellte Anna Leonhardi, Geschäftsführerin des Evangelischen Fachverbands für Frauengesundheit, die Voraussetzungen für Mutter-Kind-Kuren und Vater-Kind-Kuren speziell für die Zielgruppe Soldatinnen und Soldaten vor. Die größte Hürde ist nach ihrer Erfahrung die komplizierte Beantragung. Die sich anschließende Diskussion zeigte, dass hier, je nach genehmigender Stelle, große Unterschiede bestehen.

Hauptmann Böhm freute sich über die lebhaftige Beteiligung der Teilnehmerinnen, die viel Bestätigung für die bisherige Arbeit des Verbands, zugleich aber auch viele Anregungen für die künftige Forderungen brachte. **KG**

Evangelischer Fachverband für Frauengesundheit e.V. (EVA)

Auguststr. 80

10117 Berlin

Telefon +49 (030) 844 18641

Telefax +49 (030) 844 18654

E-Mail: info@eva-frauengesundheit.de

Für Oberleutnant Sonja B. (*Name von der Redaktion geändert) schien alles perfekt organisiert: Als sie zum dritten Mal schwanger wurde, meldete sie das voraussichtliche Geburtsdatum des Kindes ihrer Dienststelle. Anschließend versuchte sie erfolglos, an die notwendigen Formulare für die Unterbrechung der Elternzeit zu gelangen. Diese waren notwendig – wie sie während ihrer zweiten Schwangerschaft gelernt hatte –, um den Mutterschutzurlaub wahrzunehmen und in dieser Zeit Dienstbezüge erhalten zu können. Dennoch bekam sie pünktlich vor Beginn des Mutterschutzes die ersten Dienstbezüge ausgezahlt. Ihre telefonische Nachfrage bei ihrer Einheit ergab, dass alles korrekt sei, Elternzeitunterbrechung und Mutterschutz seien in SAP eingetragen.

Als sie zu einem späteren Zeitpunkt während des Mutterschaftsurlaubs Informationen über den weiteren Verlauf der Elternzeit in Erfahrung bringen wollte, wurde ihr dann allerdings mitgeteilt, dass der Eintrag in SAP gar nicht hätte erfolgen dürfen und dass ein formaler Antrag auf Unterbrechung nach wie vor nötig sei. Denn erst ab Eingang des Antrags sei sie berechtigt, Dienstbezüge zu erhalten. Eine rückwirkende Genehmigung sei nicht möglich. Die dreifache Mutter stellte den Antrag umgehend, woraufhin die Unterbrechung genehmigt wurde – ab dem Zeitpunkt der Einreichung. Für den rund anderthalb Monate vergüteten, aber nicht offiziell genehmigten Mutterschutz wurde sie mit einer Rückforderung der Bruttobezüge in Höhe von knapp 6000 Euro konfrontiert.

„Das ist kein Einzelfall“, hat Hauptmann Petra Böhm beobachtet. „Die Betroffenen glauben, die Zahlungen rechtmäßig zu erhalten, und fallen dann aus allen Wolken, wenn Rückforderungen auf sie zukommen. Das führt völlig unnötig zu sozialen Härten.“ Es sei dringend erforderlich, dass Schwangere und Soldatinnen und Soldaten in Elternzeit besser informiert werden. So müsse es zum Beispiel möglich sein, auch von zu Hause aus auf das Intranet und die erforderlichen Vordrucke der Bundeswehr zugreifen zu können.

Für Oberleutnant B. kämen solche Verbesserungen durch den Dienstherrn zu spät. Ihr Antrag im Wehrbeschwerdeverfahren, mit dem sie die rückwirkende vorzeitige Beendigung der Elternzeit erwirken wollte, wurde in diesem Jahr vom Bundesverwaltungsgericht (BVerwG 1 WB 1.16) abgeschmettert: Die vorzeitige Beendigung sei allein mit Wirkung für die Zukunft möglich. Sie hätte also vor dem Mutterschutzurlaub einen ausdrücklichen Antrag stellen müssen. Weder die Eintragung in das SAP-System noch die Auszahlung der Dienstbezüge stellten einen Verwaltungsakt dar, der die Elternzeit hätte beenden können, befand das Gericht. Für juristische Laien dürfte das keineswegs selbstverständlich sein.

Auch eine weitere Klarstellung dürfte bei Betroffenen für Unmut sorgen: Die Fürsorgepflicht, so die Richter, fordere grundsätzlich nicht, Soldatinnen und Soldaten auf alle für sie etwa in Betracht kommenden Möglichkeiten ei-

Foto: dpa/picture alliance



Soldatin mit Kind. Schwer zu durchschauende Formalien können eine Menge Geld kosten.

Teurer Mutterschutz

Wenn Soldatinnen in Elternzeit wieder Mutter werden, laufen sie Gefahr, später mit Rückforderungen von Dienstbezügen konfrontiert zu werden. Die Elternzeit muss ausdrücklich unterbrochen werden – sonst besteht kein Recht auf Dienstbezüge während des Mutterschutzurlaubs. Informationen dazu sind nicht immer leicht zu bekommen ...

ner Antragstellung aufmerksam zu machen. Zumal die Soldatin in diesem Fall bereits bei ihrer zweiten Schwangerschaft einen entsprechenden Antrag gestellt hatte. „Mir hätte es ja schon gereicht“, so die Berufssoldatin B., „wenn ich bei meinen Recherchen irgendwo auf einen entspre-

chenden Hinweis gestoßen wäre oder wenn mir jemand die Auskunft in dieser Deutlichkeit gegeben hätte.“ Die Vorschriftenlage ändere sich schnell in der Bundeswehr – und wenn man erst mal ein paar Jahre außen vor war, sei man von Informationen abgehängt. *KG*

Die Bundeswehr braucht Führungskräfte, die ein gesundes Traditionsverständnis vorleben. Hier: Offizieranwärter an der Offizierschule des Heeres in Dresden.



Foto: imago/photothek

Tradition kann niemals starr verstanden werden!

Studenten der Universität der Bundeswehr Hamburg kommentieren die Diskussionen um das Traditionsverständnis der Bundeswehr und die aktuell stattfindenden Workshops

Exemplarisches Soldatenleben in Reichswehr und Wehrmacht

1907 in Trier geboren, Abitur 1925, Geschichts- und Rechtswissenschaftsstudium, Fahnenjunker im IR 9 der Reichswehr, 1933 zum Leutnant befördert, 1935 Regimentsadjutant und schließlich bis zur britischen Gefangenschaft im Jahre 1941 Tätigkeit im Generalstab des Afrikakorps ...

Selbstverständlich gehört zur militärischen Tradition auch die Wahrnehmung des Leidens, der militärischen Leistung und der Sehnsüchte jener Person. Als „Staatsbürger in Uniform“, mit einer Verpflichtung zur Prüfung der „ethischen,

rechtlichen und politischen Legitimation des Auftrags“ muss von einem Soldaten der Bundeswehr erwartet werden, dass er seine militärtraditionelle Sichtweise jederzeit auf der Grundlage der freiheitlich demokratischen Grundordnung darstellen kann.

Eine Aberkennung dieser bis hin zu einer aufoktroierten Pauschalisierung darf es nicht geben! Nota bene: Jenes „exemplarische Soldatenleben“ stellt das des arrivierten Wolf von Baudissins, des geistigen Entwicklers des Konzepts der „Inneren Führung“, dar!

YM

Die Führung

Für uns Soldaten ist es wichtig, sich der Frage zu stellen, wo Kritik an unserem Traditionsverständnis angemessen und wo Veränderung notwendig ist. Wir dürfen genauso wenig akzeptieren, dass jemand unsere Traditionen schlecht redet, wie wir unsere Traditionen nicht als gegeben hinnehmen dürfen. Dabei sollten wir uns immer am Grundgesetz und insbesondere an der Würde des Menschen orientieren. Tradition muss dem Zeitgeist widerstehen können und doch anpassungsfähig und tragbar sein. Kein Soldat sollte im Jahr 2017 entwürdigende Aufnahme-rituale, eine Glorifizierung der NS-Ideologie oder Diskriminierung aufgrund von Herkunft, Geschlecht, Religion oder Sexualität erleben oder gar dulden.

Die Bundeswehr ist auf einem guten Weg, aber sie braucht Führungskräfte, die ein solches Traditionsverständnis vorleben. Nur so werden wir unserem eigenen Anspruch der Inneren Führung und des Staatsbürgers in Uniform auch wirklich gerecht.

Fin Brauer

Workshops zum Traditionserlass. Was bringen Sie wirklich?

Der Fund von Wehrmachtsandenken. Die Ministerin in der Presse. Widerworte aus der Truppe ...

Die Diskussion über den Traditionserlass begann in der Medienberichterstattung und auf den Fluren der Kasernenblöcke. Die Frage des richtigen Umgangs mit diesem Thema steht im Raum. Die Ministerin ruft zur Diskussion in Work-



Das Hauptgebäude der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg

Foto: dpa/picture alliance

shops auf. Vertreten sind viele Stabsoffiziere aus den Bereichen Geschichte, Innere Führung sowie Einheitsführer, Personalräte, der DBwV, Vertrauenspersonen und mittendrin auch die Vorsitzenden der Studentischen Konvente der UniBws. Die Frage der Nichtteilnehmenden: Workshops schön und gut, aber ist das nicht mehr Show als Wirkung?

Ich möchte die Intention der Einrichtung dieser Workshop nicht hinterfragen, aber in einer Sache bin ich mir sicher: Die Workshops bieten eine Plattform, in denen endlich die Themen der Kasernenflure mit Vertretern vieler Statusgruppen ausgiebig beleuchtet werden. Die Erkenntnis aus der Arbeit sollte jedoch nicht nur in einen neuen Erlass fließen, denn die eigentliche Erkenntnis sollte sein, dass dieses Thema weiterhin nicht nur auf den Fluren, sondern auf einer großen und breiten Plattform stattfindet.

Nick Falkner

Plädoyer: Das zu reflektierende Traditionsverständnis

Die offizielle Militärtradition der Bundeswehr besteht aus militärischen Ereignissen, bestimmten Epochen der deutschen Militärgeschichte und herausragenden Persönlichkeiten, welche



Foto: dpa/picture alliance

Erst die Selbstreflexion des „Staatsbürgers in Uniform“ gibt der Tradition eine Bedeutung. Hier Studierende im Hörsaal.

Werte und Verhaltensweisen intergenerational tradieren. Dieses „Soldatenethos“ beinhaltet die Tradition der preußischen Heeresreformer, die Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 und die mittlerweile 60-jährige eigene Geschichte der Bundeswehr. Dieses als drei „Traditionslinien der Bundeswehr“ apostrophierte Selbstverständnis stellt faktisch die militärtraditionelle „Corporate Identity“ der Bundeswehr dar.

Jedoch kommt es wesentlich auf die Interpretation an. Tradition kann niemals starr verstanden werden und bildet sich von unten! Erst die Selbstreflexion des selbstdenkenden „Staatsbürgers in Uniform“ gibt der Tradition in ihrem zeit-historischen Kontext eine Bedeutung und bietet damit eine Richtschnur unseres Handelns in Hinblick auf die Pflicht der militärischen Auftrags-erfüllung.

Georg Reym

Kostbares Erbe oder drückende Last?

3. Traditionsworkshop beleuchtet Militärgeschichte vor und nach 1933

Der dritte Workshop des BMVg zum Thema Tradition wurde mit Spannung erwartet. Unter dem Titel „Kostbares Erbe oder drückende Last der Vergangenheit? – Funktion und Bedeutung der älteren Militärgeschichte für die Tradition der Bundeswehr“ sollte auch das brisante Thema der deutschen Militärgeschichte nach 1933 diskutiert werden.

Zunächst stand in einem ersten Panel jedoch die ältere deutsche Militärgeschichte im Fokus. Diese ist bei der Bundeswehr untrennbar mit dem Namen Scharnhorst und den preußischen Reformern verknüpft. Dass auch diese Persönlichkeiten nicht unproblematisch sind, machte der bekannte Politikwissenschaftler Herfried Münkler deutlich, der die Veranstaltung moderierte und mit seinem Eröffnungsvortrag sowie einem Resümee einrahmte. Scharnhorst, Gneisenau und Clausewitz seien aufgrund ihrer nationalistischen Überzeugungen keine Demokraten im heutigen Sinne gewesen, sondern müssten im Kontext ihrer Zeit betrachtet werden. Gleiches gelte für die Widerstandskämpfer gegen Hitler. Auf dem mit zahlreichen prominenten Wissenschaftlern besetzten Podium herrschte deshalb Konsens, dass der geltende Erlass von 1982 weiterhin seine

Berechtigung habe, da er genau diese Forderung nach einer Kontextualisierung berücksichtigt.

Der akademische Diskurs wurde durch die Stimmen der Generale Kai Rohrschneider (COS USAREUR) und Alexander Sollfrank (Kommandeur KSK) ergänzt, die darauf hinwiesen, dass der Erlass am Bedarf der Truppe ausgerichtet sein müsse. Für Brigadegeneral Rohrschneider sei die Traditionsdebatte aus soldatischer Sicht nicht nur eine intellektuelle, sondern vor allem eine emotionale Auseinandersetzung. Brigadegeneral Sollfrank hingegen verwehrte sich dagegen, dass die Soldaten entweder als „Ewiggestrige“ oder als „Sekundanten einer bestimmten Weltanschauung“ vereinnahmt werden. Stattdessen müsse ein Erlass den Soldaten Orientierung bieten. Hier knüpft der Vorschlag eines „Ethikkodexes“ an,

wie ihn Professor Wolfssohn forderte. Andere Armeen seien hier schon deutlich weiter.

Im Publikum, in dem neben der Verteidigungsministerin, dem Wehrbeauftragten und dem Generalinspekteur sowie dem Vorsitzenden des DBwV, Oberstleutnant André Wüstner, auffallend viele ehemalige Generale anwesend waren, stieß diese Forderung auf Zustimmung.

Was am Ende tatsächlich im Erlass stehen wird, ist weiterhin offen. Bislang dominierte eine akademische Sichtweise die Workshops. Dass sich dies beim vierten Workshop im November ändern wird, darf bezweifelt werden. Der neue Erlass sollte aber kein Elitenprojekt sein. Der DBwV begleitet deshalb weiterhin intensiv den Traditionsprozess im Sinne aller Menschen in der Bundeswehr.

CW

Foto: Bundeswehr/Neumann



3. Workshop zum Traditionserlass:
akademische Sichtweise

Ganzheitliches Vorgehen gegen Extremismus



Foto: Imago

Die einschlägigen Anzeichen für eine möglicherweise extremistische Gesinnung sollte der Vorgesetzte erkennen können.

eingebunden. Daher besteht für alle Soldatinnen und Soldaten sowie Beamtinnen und Beamten die Pflicht, sich zur im Grundgesetz verankerten freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu bekennen und für deren Einhaltung einzutreten. Im Personalverantwortungsbereich der Bundeswehr werden keine Beschäftigten geduldet, von denen extremistische Bestrebungen und Verhaltensweisen ausgehen, die extremistischen Personenzusammenschlüssen angehören oder solche unterstützen. Das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) und die Kommandobehörden der Bundeswehr werden mit der Meldung „Besonderes Vorkommnis“ und die „ISoLA-Meldung“ (ISoLA: Innere- und Soziale Lage der Bundeswehr) über Auffälligkeiten informiert. Dort wird eine Auswertung vorgenommen. Verantwortlichkeiten und Regelungen zur Prävention sowie zum Vorgehen gegen Extremismus sind in der Zentralen Dienstvorschrift „Extremismus – Vorbeugung und Bekämpfung“ beschrieben.

Prävention

Die Vorschrift dient dazu, alle Vorgesetzten der Bundeswehr mit dem Thema Extremismus vertraut zu machen und zu befähigen, ihrer Führungsverantwortung in diesem Zusammenhang gerecht zu werden. Desweiteren werden notwendige Handreichungen an die unmittelbar zuständigen Dienst- und Disziplinarvorgesetzten gegeben. Diese Vorgesetzten werden dazu angehalten, ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wirksam aufzuklären, rechtsstaatliches Bewusstsein durch Aus-, Fort- und Weiterbildung weiter zu festigen und alle Erscheinungsformen des Extremismus zu unterbinden. Dabei wird auf die Aus- und Persönlichkeitsbildung im Rahmen der politischen Bildung, des lebenskundlichen Unterrichts sowie der Laufbahn- und Rechtsausbildung ebenso eingegangen wie auf die Rolle des Zentrums Innere Führung und weiterer Bildungseinrichtungen. Die Dienstvorschrift legt die Befassung mit dem Themenkomplex „Extremismus“ in der Grundausbildung verpflichtend und im weiteren soldatischen Werdegang fakultativ fest. Die Vermittlung ethischer Grundlagen in Anlehnung an das Wertesystem des Grundgesetzes ist für ein gefestigtes Werteverständnis und für eine Weiterentwicklung der moralischen Urteilsfähigkeit bedeutsam.

Sie ist Teil des lebenskundlichen Unterrichts für Soldatinnen und Soldaten in der Bundeswehr. Die in der Überarbeitung befindliche Zentrale Dienstvorschrift „Lebenskundlicher Unterricht“ sieht insgesamt vierzehn Themen vor. Der Themenbereich „Fundamentalismus, Extremismus, Terrorismus“ wurde neu aufgenommen.

Der Militärische Abschirmdienst (MAD) unterstützt die Disziplinarvorgesetzten mittels Publikationen, Vorträgen und Beratungsgesprächen. In Kürze wird der MAD eine neue Handreichung für Vorgesetzte zum Erkennen von Radikalisierungstendenzen herausgegeben.

Durch die Änderung des Soldatengesetzes (SG) vom 30. März 2017 wird seit dem 1. Juli 2017 für alle neu einzustellenden Soldatinnen und Soldaten eine einfache Sicherheitsüberprüfung nach dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz durchgeführt (SG § 37, Abs 3). Mit dieser Änderung des SG soll verhindert werden, dass Extremisten an Kriegswaffen ausgebildet werden. Bislang war im Rahmen der Personalgewinnung von den Bewerbern und Bewerberinnen allein das Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung abzugeben. Die mit der Eignungsfeststellung und/oder Einstellungsvorbereitung befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben zudem sicherzustellen, dass bei Personen mit entsprechenden Auffälligkeiten (etwa Äußerungen extremistischen Gedankenguts, diesbezügliche Tattoos etc.) eine sorgfältige Prüfung ihrer Eignung für eine Einplanung oder Einstellung in ein Dienstverhältnis vorausgeht.

Maßnahmen bei Verdachtsfällen

Ein ganzheitliches Vorgehen gegen Extremismus in der Bundeswehr macht – neben einem vorbeugenden Vorgehen – auch unverzügliches Handeln bei Vorliegen konkreter Verdachtsfälle erforderlich. Wenn eine Soldatin oder ein Soldat beziehungsweise eine Beamtin oder ein Beamter eine verfassungsfeindliche Gesinnung vertritt oder extremistische Bestrebungen verharmlöst, stellt dies einen Verstoß gegen die Pflicht zum Eintreten für die freiheitlich demokratische Grundordnung gemäß § 8 SG bzw. § 60 Bundesbeamtengesetz dar. Derartige Vorkommnisse werden von der Truppe beziehungsweise der Beschäftigungsdienststelle nach den geltenden Regelungen der Bundeswehr als meldepflichtiges Ereignis mit Verdacht auf Extremismus oder Verstoß gegen die Grundsätze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gemeldet.

Weiterhin werden diese Fälle von den unmittelbar zuständigen Dienst- oder Disziplinarvorgesetzten auf eine mögliche disziplinar-, arbeits-, und/oder strafrechtliche Relevanz geprüft. Gegebenenfalls sind die Abgabe an die Staatsanwaltschaft und/oder die Einleitung erforderlicher weiterer eigener Maßnahmen durch die personalbearbeitenden Stellen zu prüfen und zu veranlassen. Rechtsberater und Rechtsberaterinnen, die Servicestelle Disziplinarrecht beim Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr sowie der MAD unterstützen die zuständigen Dienst- und Disziplinarvorgesetzten bei Verdachtsfällen mit Extremismusbezug.

BMVg

Zuletzt waren die Medien wieder voll davon: Knapp 400 rechtsextreme Verdachtsfälle gibt es derzeit in der Bundeswehr. Die Zahl der gemeldeten Vorfälle hat sich innerhalb weniger Monate stark erhöht. Genüsslich stürzte sich die Presse auf diese nackten Zahlen.

Dabei ist längst nicht gesagt, dass es plötzlich mehr rechtsextreme Tendenzen in der Truppe gibt. Denn: Seit dem Bekanntwerden des Falls Franco A. habe es ein „massives Meldeaufkommen“ gegeben, berichtete MAD-Präsident Christof Gramm kürzlich. Und längst nicht hinter jeder Meldung verbirgt sich auch ein echter „Fall“. Zudem werden seit der Einführung des Sicherheitseinstellungsüberprüfungsgesetzes im Juli alle Soldaten einer Sicherheitsprüfung unterzogen. Kein Wunder also, dass die Verdachtsfälle steigen.

Aber was hat sich in den vergangenen Monaten genau geändert? Wie prüft der MAD jetzt und welchen Leitlinien folgt er dabei? Haben sich die Kriterien bei der Eignungsfeststellung verändert? Der DBwV hat im Verteidigungsministerium nachgefragt – und folgenden Gastbeitrag als Antwort erhalten.

Grundlagen

Die Bundeswehr ist in die Werte- und Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland fest

Von Jörg Quoos

Schon lange nicht mehr waren Herausforderungen für Journalisten und Medienhäuser so komplex und vielschichtig wie derzeit. Die Folgen der Digitalisierung, Fragen zur Finanzierung von Qualitätsjournalismus, neue Erlösmodelle – das sind zukunftsentscheidende Themen auf einer Agenda, die noch nie so umfangreich war wie heute.

Ein weiteres Thema gewinnt an Tragweite und zwingt zu Selbstreflexion. Es lässt sich bündeln unter der Frage: Woher kommt es eigentlich, dass sich ein Teil der Gesellschaft zunehmend von uns Journalisten und der etablierten Presse entfremdet?

Dabei ist nicht die Rede von denen, die bei Pegida „Lügenpresse auf die Fresse“ schreien. Das ist die schamlose Diffamierung eines ganzen Berufsstandes durch Extremisten und deren Anhänger mit dem Ziel, die Macht und Kontrollfunktion der freien Presse zu beschneiden. Gegen diese Kräfte müssen sich Journalisten zur Wehr setzen und die Angriffe aushalten – egal wie schwer erträglich das im Einzelfall sein kann. Aber wie sollen Journalisten einem grundsätzlich gewach-



Warum entfremdet sich ein Teil der Gesellschaft zunehmend von der etablierten Presse?
Laut Quoos will der Leser heute mehr informiert und weniger bevormundet werden.

Gedanken über die Zukunft des Journalismus

senen Misstrauen gegenüber ihrer Arbeit begegnen? Wie kann es dazu kommen, dass aufgeklärte Menschen aus dem Bildungsbürgertum glauben, dass Presseberichte über Flüchtlinge staatlichen Stellen zur Autorisierung vorgelegt werden müssen.

Dieser Irrsinn ist nur zu einem Teil den „Fake-News“ im Netz zuzuschreiben. Ein abscheulicher Euphemismus übrigens für ein Phänomen, das mit „Lügen-Nachrichten“ zutreffender beschrieben wäre. Ein Teil der Wahrheit ist sicher auch, dass zu viele Kollegen in der Vergangenheit den Eindruck mangelnder Distanz zu „denen da oben“ erweckt haben. Und dass zu oft eine Welt beschrieben wird, die Journalisten gerne hätten und die manchmal offenbar ganz anders aussieht als die Welt, die unsere Leser tagtäglich erleben. Auch wenn dies aus ehrenhaften Gründen geschieht, ist es grundsätzlich falsch.

Rudolf Augstein hat einmal gesagt: „Ich glaube, dass ein leidenschaftlicher Journalist kaum einen Artikel schreiben kann, ohne im Unterbewusstsein die Wirklichkeit ändern zu wollen.“ Ich glaube, dass er Recht hat und dass es manche in der Vergangenheit übertrieben haben. Es ist dieser missionierende Ton in Teilen unserer Branche, den viele Leser mittlerweile satt haben und der sie zunehmend misstrauisch macht.

Es ist offensichtlich, dass der Leser oder Zuschauer heute mehr informiert und weniger bevormundet oder bekehrt werden will. Er will sauber recherchierte Fakten und intelligente Analysen an die Hand. Brainwashing oder welt-

fremdes Besserwissertum lehnt er ab. Deshalb ist es wichtig, dass wir Journalisten uns mehr von gesicherten Tatsachen und weniger von persönlichen Weltbildern leiten lassen. Das heißt nicht, dass Journalisten auf Werte und Ideale verzichten müssen. Aber der höchste journalistische Wert sollte die ungeschminkte Wahrheit sein. Egal wem oder wie sehr sie schmerzt. Egon Erwin Kisch hat es einmal so formuliert: „Nichts ist erregender als die Wahrheit.“ Wenn sich Journalisten und ihr Publikum darauf einigen können, ist viel gewonnen.

Wie wichtig für Medien und ihre Leser/User die Suche nach Wahrheit ist, zeigt die Situation in den Vereinigten Staaten. Wer hätte vor wenigen Monaten noch gedacht, dass amerikanische Medien ihre Redaktionen aufrüsten müssen, um Fake-News der eigenen Regierung zu entlarven. Allein in den ersten 40 Tagen seiner Amtszeit hat der amerikanische Präsident seinem Volk jeden Tag eine Lüge oder Unwahrheit zugemutet. Das hat die renommierte „New York Times“ in einer Dokumentation akribisch erhoben. In der Türkei ist man über die Lüge schon hinaus. Hier lässt ein Präsident nach Gutdünken Medien schließen und Journalisten verhaften.

Die Beispiele zeigen, dass die Wahrheit auch im Jahr 2017 dramatisch gefährdet ist. Nicht nur in Diktaturen, wie man es bislang gewohnt war, sondern jetzt auch in Ländern, die als Nato-Partner Mitglied einer besonderen Wertegemeinschaft sind. Diese Entwicklung zu erkennen, sie auszusprechen, anzuprangern und der Lüge die

Wahrheit gegenüberzustellen – das zählt zu den Aufgaben von kritischen Medien und Journalisten. Deshalb ist die Frage, ob kritischer Journalismus auch in Zukunft eine wirtschaftliche Basis und eine gesellschaftliche Akzeptanz haben wird, nicht nur das Problem von Medien oder uns Journalisten. Es betrifft alle, die in einer weltoffenen Demokratie leben wollen – mit freier Meinungsäußerung und ohne Lügen.



Jörg Quoos ist Chefredakteur der FUNKE Zentralredaktion Berlin. Diese ist mit mehr als 65 Journalisten die größte Zentralredaktion Deutschlands. Seit 2015 produziert sie die überregionalen Inhalte für zwölf Tageszeitungen der FUNKE Mediengruppe, zu denen unter anderem die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“, die „Berliner Morgenpost“ und das „Hamburger Abendblatt“ gehören.



Sie wachen über die Finanzen des Verbands: Schatzmeister Jörg Greiffendorf (r.), der kaufmännische Geschäftsleiter Christian Singer und die Abteilungsleiterin CFA, Kerstin Schröder.



Neu im Amt des Schatzmeisters:
Hauptmann Jörg Greiffendorf

Jörg Greiffendorf: „Den Verband modern und zukunftssicher aufstellen“

Es ist ein Wechsel an einer der wichtigsten Schaltstellen des Deutschen BundeswehrVerbands: Im September hat mit Hauptmann Jörg Greiffendorf ein neuer Schatzmeister das Amt übernommen. Greiffendorf löste Oberstleutnant Stephan Zier in der Unternehmensleitung des DBwV ab, der aus persönlichen Gründen sein Mandat niederlegte.

Im Deutschen BundeswehrVerband ist Greiffendorf längst kein Unbekannter mehr: Der 55-Jährige hat in den vergangenen zwölf Jahren die Interessen der Streitkräftebasis im Bundesvorstand vertreten. Die Aufgabe, die Greiffendorf jetzt in Angriff nimmt, ist aber eine ganz andere. „Es ist schon etwas Neues, im aktiven Mandat der Unternehmensleitung anzugehören“, sagt der gebürtige Hermannsbürger (Lüneburger Heide), „als Säulenvorsitzender ist man in erster Linie in der Verbandspolitik aktiv, während in der Unternehmensleitung der Verein im Vordergrund steht.“

Greiffendorf, der auch auf mehrjährige Erfahrung als Schatzmeister des Manfred-Grodzki-Instituts zurückblicken kann, tritt in einer überaus wichtigen Phase des DBwV sein neues Amt an: Die Interessenvertretung der Menschen der Bundeswehr bewältigt in diesen Monaten die Zusammenführung des Verbands in Berlin – da ist umsichtiges und verantwortungsvolles Handeln im Sinne der Mitglieder gefragt. „Wir sind mitten im Prozess der Umstellung. Ich möchte meinen Beitrag dazu leisten, den Verband modern und zukunftsorientiert aufzustellen“, sagt Greiffendorf, der mit seiner Ehefrau im niedersächsischen Visbek lebt.

Die Voraussetzungen für einen verantwortungsvollen Umgang mit den Ressourcen – und hier insbesondere mit den Beiträgen der Mitglieder – bringt Greiffendorf mit: Immerhin ist er in der Bundeswehr seit 36 Jahren im Bereich der Logistik tätig. Zudem hat er eine Ausbildung zum Betriebs-

wirt absolviert. Seit 2003 ist er als Personalrat beim Logistikzentrum der Bundeswehr in Wilhelmshaven freigestellt. „Im Zuge der Neuausrichtung der Bundeswehr sind in den vergangenen Jahren viele Fehler gemacht worden. Wir sollten alles daran setzen, solche Fehler bei der Neuausrichtung des DBwV zu vermeiden“, sagt Greiffendorf, der voller Motivation auf seine neue Tätigkeit blickt. „Ich freue mich richtig auf die Zusammenarbeit im Unternehmensleitungs-Team mit André Wüstner und Jürgen Görlich“, so Greiffendorf, „es war mir immer wichtig, Teil eines guten Teams zu sein – so, wie es auch im Vorstand SKB der Fall war.“

Teamgedanke im Mittelpunkt

Großen Wert legt Greiffendorf auf die Unterstützung, die er durch den neu geschaffenen kaufmännischen Bereich (KB) im DBwV erfährt – auch hier steht der Teamgedanke im Mittelpunkt. Der KB wurde vor dem Hintergrund der Schwerpunktverlagerung nach Berlin ins Leben gerufen, um den Verband zukunftsorientiert aufzustellen. Mehrere Bereiche und Abteilungen, die ohnehin schon eng zusammenarbeiten, wurden im KB miteinander verbunden. Das Ergebnis: kürzere Kommunikations- und Entscheidungswege sowie eine zentrale Ansprech- und Verantwortungsstelle für die Unternehmensleitung. Unter der fachlichen und persönlichen Führung des kaufmännischen Geschäftsleiters,



Christian Singer, sind die Abteilungen Controlling/Finanzen/verbandliche Administration, Informationstechnologie und Service-Center eng miteinander verzahnt. Hinzu kommen die Sachgebiete Einkauf und Immobilien, Interne Organisation sowie Mitgliedergewinnung und -bindung.

Mit der so gebündelten Kompetenz und Fachkenntnis kann der Schatzmeister einen verantwortungsvollen Umgang mit den Beiträgen der DBwV-Mitglieder gewährleisten. Daher ist sich Greiffendorf sicher: „Der Verband wird auch in 10 oder 20 Jahren noch DIE Interessenvertretung der Menschen der Bundeswehr sein.“

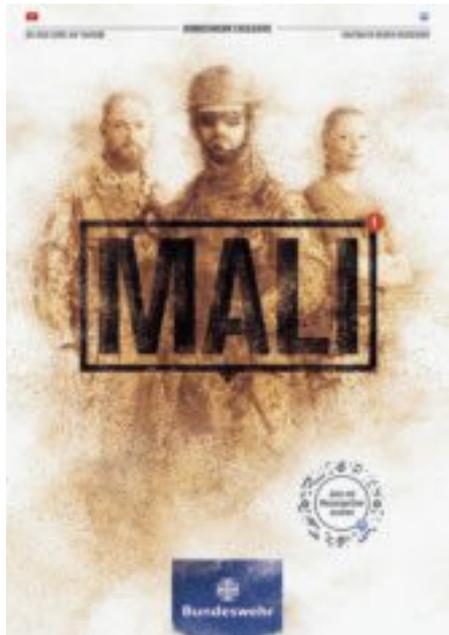
Sein Vorgänger, Oberstleutnant Stephan Zier, wachte mehr als vier Jahre über die Finanzen des DBwV. Für seinen Einsatz und sein Engagement dankte ihm die Unternehmensleitung. Der stellvertretende Bundesvorsitzende, Oberstabsfeldwebel Jürgen Görlich, sagte: „Ich möchte mich für die Zusammenarbeit und das kameradschaftliche Miteinander bei Stephan bedanken und wünsche ihm für seine persönliche wie auch dienstliche Zukunft alles Gute. Den bisherigen Weg der Modernisierung unseres Vereins konnten wir nur gemeinsam erfolgreich bestreiten. Ich war daher froh, mit Stephan jemand an der Seite zu wissen, auf den ich mich stets verlassen konnte.“

Bereits Ende August wurde Zier beim Sommerfest der Standortkameradschaft Bonn vor mehr als 200 Gästen mit der Ehrennadel des DBwV in Gold ausgezeichnet. Dort würdigte auch der Landesvorsitzende West, Oberstleutnant a.D. Thomas Sohst, den Einsatz von Zier zum Wohle des Verbands. Zier sei nicht nur für seine Tätigkeit als Schatzmeister ausgezeichnet worden, sondern auch für sein Engagement in der Personalvertretung sowie auf Kameradschaftsebene, zuletzt im Streitkräfteunterstützungskommando und im Kommando SKB. „Mandate sind immer Mandate auf Zeit“, sagte Sohst und fügte hinzu: „Der Verband lebt von beiden: Den Mitgliedern und denjenigen, die zusätzlich dem Verband im ehrenamtlichen Mandat Zeit zur Verfügung stellen. Dies hat Stephan Zier getan. Jetzt tritt er wieder in das Glied der ‚Nur-Mitglieder‘ zurück – aber wer weiß.“ **YB**

Auf dem Sommerfest der Standortkameradschaft Bonn wurde Oberstleutnant Stephan Zier durch Oberstabsfeldwebel a.D. Jürgen Görlich mit der Ehrennadel des DBwV in Gold ausgezeichnet. Rechts im Bild der StoKa-Vorsitzende Oberstleutnant Linus Strelau.

„Es ist hier alles noch schlimmer!“

YouTube-Serie „Mali“ gestartet



Anspannung ist deutlich gestiegen, es herrschen 42 Grad, der Schweiß fließt in Strömen unter den schussicheren Westen. „Es ist hier alles nicht so schlimm wie man hört“, ruft den Neuen jemand aus dem Off zu, „es ist schlimmer!“

Es hat viel Kritik gegeben an der „Mali“-Serie, noch bevor die ersten Minuten überhaupt ausgestrahlt waren. Zu martialisch, zu unkritisch sei der Trailer geraten, ein gefährlicher Auslandseinsatz würde verharmlost und in Rambo-Manier überzeichnet. Natürlich besteht diese Gefahr immer, wenn man sich einem so komplexen Thema auf ungewohnte Art nähert. Und natürlich lässt sich jetzt noch kein abschließendes Urteil fällen. Doch wenn die Macher den Stil der ersten beiden Folgen beibehalten, dürfte die Kritik bald verhallen.

Mit der neuen Serie will die Bundeswehr junge Menschen ansprechen, die sich zwar für die Bundeswehr interessieren, aber Angst vor den Einsätzen haben. Nicht so sehr, weil sie um ihr Leben fürchten, sondern weil sie schlicht keine Ahnung haben, wie es dort so zugeht. Und für diese Zielgruppe bieten zumindest die ersten beiden Folgen schon einen echten Mehrwert. Glaubt man der Bundeswehr, stiegen die Bewerberzahlen nach den „Rekruten“ um 21 Prozent. Ein solcher Erfolg scheint kaum reproduzierbar, zumal nicht mit einem so schwierigen Thema. Doch wenn die Macher auch nur einigermaßen ihr selbstgestecktes Ziel erreichen – nämlich „ein realistisches Bild von den Auslandseinsätzen“ zu zeigen – wäre schon viel gewonnen. *MKI*

Berlin. Wochenlang hingen die Werbeplakate überall im Land, Mitte Oktober ging es endlich los: Die Bundeswehr schaltete die ersten Folgen ihrer neuen Webserie „Mali“ bei YouTube frei. Was vor rund einem Jahr als Experiment mit den „Rekruten“ erfolgreich begann, soll den Zuschauer jetzt in den harten Alltag eines Auslandseinsatzes mitnehmen.

Im ersten Teil werden die Kameraden gezeigt, wie sie ihre letzten Vorbereitungen treffen. Die Strategien, mit denen die Soldaten der Herausforderung Mali begegnen, sind komplett verschieden, so viel wird schon nach wenigen Minuten deutlich. 24 Stunden später sind die Soldaten am Ziel. Die

Tipps für die DBwV-Website:

Benachrichtigungen per E-Mail und Termineinladungen

Über das neue DBwV-Mitgliederportal werden Sie seit Anfang des Jahres über alle Aktivitäten in Ihrer Kameradschaft informiert. Damit Sie sich nicht ständig einloggen und nachsehen müssen, was es so Neues gibt, haben wir für Sie einen besonderen Service eingerichtet: Benachrichtigungen per E-Mail. Zweimal pro Woche erhalten Sie eine Zusammenfassung, was sich zuletzt in Ihrem Bereich getan hat. Außerdem werden Sie per E-Mail informiert, wenn Sie eine Termineinladung erhalten haben oder jemand einen neuen Beitrag gepostet hat. Wichtig: Wenn Sie einen Termin annehmen oder ablehnen möchten, antworten Sie bitte nicht auf diese E-Mail! Die Antwort wird den Absender nicht erreichen. Bitte nutzen Sie stattdessen die Schaltfläche „Einladung annehmen oder ablehnen“. Sie finden diese direkt unter der Benachrichtigung. Wenn Sie auf einen Beitrag reagieren möchten, schreiben Sie den Kameraden bitte per Direktnachricht an oder kommentieren Sie in der Community.

Übrigens: Wenn Sie keine Benachrichtigungen per E-Mail mehr erhalten möchten, können Sie diese direkt und einfach abbestellen – unter „Einstellungen“ in Ihrem persönlichen Profil.



Bundesweiter Vorlesestag:

Beim größten Vorlesefest Deutschlands den Spaß am Lesen weitergeben

Am 17. November findet zum 14. Mal der bundesweite Vorlesestag statt. Jeder, der Spaß am Vorlesen hat, kann an diesem Tag Kindern vorlesen – ob in Schulen, Kitas, Buchhandlungen oder an ausgefalleneren Orten wie im Tierpark, auf dem Riesenrad oder in der Kaserne.

Viele Bürger machen mit als Vorleser, um bei den Kindern die Lust am Lesen zu wecken und den Respekt sowie das Miteinander in unserer Gesellschaft zu fördern. Dabei ist egal, ob die Vorleser in zivil oder in Uniform mitmachen, ob es in den Kinderbüchern um Märchen oder Geschichten über Soldaten geht, ob vor ganzen Schulklassen oder kleinen Gruppen vorgelesen wird. Dieser

Dank ist den ehrenamtlichen Vorleser in jedem Fall sicher: gespannte Zuhörer und die Freude in den Augen der Kinder. Der bundesweite Vorlesestag findet seit 2004 statt. Das Projekt ist eine Initiative von „Die Zeit“, Stiftung Lesen und Deutsche Bahn Stiftung. Im vergangenen Jahr nahmen mehr als 130 000 Vorleser, darunter viele Politiker und Prominente, an der Aktion teil. Wie Vorlesestudien zeigen, verfügen Kinder, denen regelmäßig vorgelesen wird, über einen deutlich größeren Wortschatz, haben im Schnitt bessere Noten

und später mehr Spaß daran, selbst zu lesen.





Ein Soldat lässt sich von einer Truppenärztin untersuchen. Der Anspruch auf unentgeltliche truppenärztliche Versorgung ist nun festgeschrieben.

Verbandserfolg: Heilfürsorgeverordnung für Soldaten tritt in Kraft

Mit Inkrafttreten der Bundeswehr-Heilfürsorgeverordnung wird die unentgeltliche truppenärztliche Versorgung (utV) auf eine verfassungsrechtlich solide Grundlage gestellt. Auf Druck von Bundeswehrverband und Bundesverwaltungsgericht musste der Dienstherr nachbessern, doch es bleibt einiges zu tun.

Anzeige

Das Soldaten-Versorgungswerk der DBV

Versichern und Beiträge sparen!

Die DBV – der älteste Soldatenversicherer Deutschlands bietet Ihnen Versicherungsschutz zu Sonderkontitionen.

Ich berate Sie gerne – Anruf genügt.



DBV Deutsche Beamtenversicherung AG
AXA Hauptvertretung

Jörn Grobert
Im Amselgrund 23
15299 Mixdorf

KONTAKT
Mobil: 0177 39 56 137
joern.grobert@dbv.de

STANDORTE
Brandenburg,
nach Versetzung
bundesweit

www.axa-betreuer.de/joern_grobert

Spezialist für den
Öffentlichen Dienst.

DBV

Ein Unternehmen der AXA Gruppe

Empfohlen von:



Förderungs-gesellschaft
des Deutschen
Bundeswehrverbandes mbH

Bereits 2013 hatte das Bundesverwaltungsgericht festgestellt, dass die Bestimmungen über die utV in der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zu § 69 Abs. 2 Bundesbesoldungsgesetz nicht den Anforderungen des verfassungsrechtlichen Gesetzesvorbehalts genügen. Neben der fehlenden gesetzlichen Grundlage war die Begrenzung des Leistungsumfangs durch Verwaltungsvorschriften verfassungswidrig. Für eine Übergangszeit konnten die bisher geltenden Durchführungsbestimmungen zwar angewendet werden – die höchstrichterlich geforderte grundlegende Neuordnung wurde aber erst jetzt umgesetzt. Nach einem langen Erarbeitungsprozess ist die Verordnung über die Gewährung von Heilfürsorge für Soldaten der Bundeswehr (Bundeswehr-Heilfürsorgeverordnung – BwHFV) am 1. September 2017 in Kraft getreten.

Im Rahmen der Verbändebeteiligung hatte der DBwV ausführlich Stellung bezogen und verschiedene Nachbesserungen eingefordert. Auch mit der neuen Verordnung

bleiben die grundlegenden Prinzipien von Notwendigkeit und Angemessenheit bestehen. Aber Ansätze zur Weiterentwicklung der medizinischen Versorgung sind erkennbar. In diesem Zusammenhang stellt sich der stärkere Familienfokus als besonders erfreulich dar. Mit der Erfassung von Maßnahmen zur Familienplanung und Leistungen im Falle von Pflegebedürftigkeit geht die Heilfürsorge in der Bundeswehr nun neue Wege.

Ebenso kommt es bei Detailfragen zu Bewegungen. Die Leistungen bei Schwangerschaft machen das deutlich: Eine Kostenübernahme der von vielen Krankenhäusern beim stationären Aufenthalt erhobene Fallpauschale zur Entbindung wird mit der Heilfürsorgeverordnung möglich. Ein klarer Verbandserfolg, denn vor dem Hintergrund der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung und des demografischen Wandels war dies eine der vielen Forderungen des DBwV. Auch bei der Behandlung von Einsatzfolgen hat der DBwV mit Nachdruck auf Verbesserungen gedrungen.

Perspektivisch bleibt hier einiges zu tun – insbesondere bei den psychischen Erkrankungen wird mit einem Anstieg der Fallzahlen gerechnet. Neue, innovative Ansätze und Behandlungsmethoden werden an Bedeutung gewinnen, um verschiedensten Problemkreisen von Chronifizierung bis hin zu Stigmatisierung entgegenzuwirken.

In der Gesamtschau wird die Bundeswehr-Heilfürsorgeverordnung einen signifikanten Beitrag zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes leisten. Nach langem Warten existiert nun eine verfassungskonforme Grundlage für die truppenärztliche Versorgung. Ein hohes Versorgungsniveau in der Fläche kann dauerhaft sichergestellt werden, auch wenn für fundamentale Herausforderungen des Sanitätsdienstes, wie dem Ärzte- und Fachkräftemangel, bisher keine abschließenden Lösungen gefunden wurden. Der DBwV bleibt gefordert und steht auch weiterhin als kompetenter Ansprechpartner im Interesse der Menschen in der Bundeswehr zur Verfügung. **PK**

Mehrfamilienhäuser
in Berlin

Im Sommer 2015 sorgte eine Absichtserklärung zum Verkauf der bundeseigenen Geschosswohnungsbestände bei vielen Wohnungsfürsorgeberechtigten für Aufsehen. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) und die Wohnungsbaugesellschaften des Landes Berlin einigten sich grundsätzlich auf eine Veräußerung.

Jetzt wurde die Kehrtwende vollzogen. Nach Jahren der Immobilienverwertung zum Maximalpreis hat das Bundesministerium der Finanzen beschlossen, die rund 4600 Geschosswohnungen nicht zu verkaufen und weiterhin über die BImA zu verwalten. Im Vorfeld hatte der Bundesrechnungshof die Pläne heftig kritisiert, da ein Verkauf wirtschaftlich unvorteilhaft wäre.

Auch der DBwV hatte Druck gemacht. Denn die Versorgung der Bundesbediensteten – zu denen auch viele Bundeswehrangehörige zählen – mit einer angemessenen familiengerechten Wohnung liegt in der Fürsorgepflicht des Dienstherrn begründet. Auf Wunsch und bei Verfügbarkeit wird den Bundeswehrangehörigen Wohnraum bereitgestellt.

Wohnungsfürsorge: Bund will Geschosswohnungen behalten

Seit Mitte September sind die weitreichenden Verkaufsabsichten von Bundeswohnungen im Großraum Berlin vom Tisch. Kurz vor der Bundestagswahl hat der DBwV einen Verbandserfolg eingefahren.

Aber gerade bei der Verfügbarkeit hapert es immer mehr. Fregattenkapitän Marco Thiele, im Bundesvorstand des DBwV zuständig für Betreuung und Fürsorge, ist ganz deutlich: „Sozialpolitische Experimente und Vorhaben zur Haushaltssanierung dürfen nicht auf dem Rücken der Wohnungsfürsorgeberechtigten ausgetragen werden!“ Diese Forderung wurde im Schulterschluss mit den Beteiligungsgremien und auf allen Ebenen eingebracht.

Mit Erfolg! Die Mieter können nach über zwei Jahren endlich aufatmen: Alle im Bundesbesitz befindlichen Geschosswohnungen in Berlin werden nicht veräußert. Die BImA bleibt auch weiterhin als Vermieter die zentrale Ansprechstelle. Damit ist das Gezerre um die bundeseigenen Wohnungen vorerst beigelegt und der Fortbestand der Wohnungsfürsorge im Großraum Berlin gesichert. **PK**

KAPITALMARKT



Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!

www.1a-Beamendarlehen.de

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD



0800-8664422

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

Mehrfachausgezeichnete Finanzvermittlung
Andreas Wundt
Prinzen-Höf-Str. 19 - 40225 Berlin-Wehrde

NÜRNBERGER

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst

www.kredite-fuer-beamte.de

oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter **0800-500 9880**

■ **Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €**

- Vorfallzinsen für den öffentl. Dienst
- Umwidmung: Raten bis 60% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

0800 - 1000 500 Free Call

Seit über 40 Jahren.

Deutschlands günstiger Autokredit

2,77% effektiver Jahreszins

5.000 € bis 50.000 €
Laufzeit 48 bis 120 Monate

Repräsentatives Beispiel nach §1a PAngV: 20.000 €, 1 Jhr. 48 Monate, 2,77% pA Jahreszins, Fixer Sollzins 2,74% p.a., Rate 461,- €, Gesamtkosten 21.127,19 €

www.Autokredit.center

AK FINANZ

Banklizenzbesitzende GmbH

83, 11 Planken
85053 München
Tel: 089 21 17833-0
info@AK-Finanz.de

www.AK-Finanz.de

Spezialkredite: Beamte / Angestellte & Ö. / Bundesbediensteter / Akademiker

Günstiges Darlehen max. Höhe 40.000 €; Sollzins (je nach gebundener) 2,97%, LK 7 Jahre, mit Rate 628,00 € effektiv Jahreszins 2,97%, Bruttobetrag 44.317,65 €, Sicherheit: Kein Grundschuldenrang, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Mobilkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, keine Monatsrate, Sonderkündigung jederzeit kostenlos, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.

Weitere Attraktivitäts-schritte müssen folgen

Der scheidende Chef des Beamtenbunds im Interview: Klaus Dauderstädt zur Situation des öffentlichen Dienstes, zur Zusammenarbeit mit dem DBwV und zur inneren Sicherheit



Foto: dpa/picture alliance

Öffentlicher Dienst: Wertschätzung und Anerkennung sind Voraussetzung für seine Zukunftsfähigkeit.

Die Bundeswehr: Sie stehen nun beinahe fünf Jahre an der Spitze des Beamtenbunds. Wie haben Sie den Wandel des öffentlichen Dienstes in dieser Zeit erlebt?

Klaus Dauderstädt:

Der öffentliche Dienst hat sich vielfach aus einem gesellschaftlichen Schattendasein in den Vordergrund der Ereignisse geschoben. Die Herausforderungen bei der Terrorismusabwehr, bei der Flüchtlingskrise und bei der Digitalisierung hat er vorbildlich bewältigt. Das hat sein Ansehen in der Bevölkerung deutlich anwachsen lassen.

Wo sehen Sie die wichtigsten Herausforderungen für Interessenvertreter des öffentlichen Dienstes in den kommenden Jahren?

Die Erwartungen der Mitglieder an eine effiziente Interessenvertretung haben sich nicht gewandelt: Von Gewerkschaften wünscht man sich vor allem gute Arbeitsbedingungen. Dazu gehören neben einer angemessenen Einkommensentwicklung in besonderem Maße auch die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Nachwuchsgewinnung mit dem Ziel angemessener Personalausstattung, Karriere- und Gestaltungsperspektiven und stabile Alterssicherungssysteme.

Hat Ihrer Auffassung nach Politik verstanden, dass sie die staatliche Handlungsfähigkeit aufs Spiel setzt, wenn sie nicht mehr als bisher in den öffentlichen Dienst investiert?

Die Einsicht, dass die Bürger sich einen starken Staat wünschen, hat sich durchgesetzt. Bund und Länder reagieren auf Krisen und demografische Herausforderungen zwar eher spät, aber in vielen Sektoren des öffentlichen Dienstes mit massiven Personalverstärkungen, Beförderungen und Investitionen in die Infrastruktur.

Sehen Sie die Besonderheit des Soldatenberufs durch die Politik ausreichend gewürdigt?

Beamte, Richter und Soldaten stehen in einem besonderen Dienst- und Treueverhältnis zu ihren Dienstherren. Dessen Ausgestaltung ist Sache der Legislative. Mit dem Gesetz zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr ist 2015 ein wichtiger Schritt in der Agenda der Bundesregierung vollzogen worden, dem aber noch weitere folgen müssen.

Wie wurde in Ihrer Organisation das Weißbuch der Bundesregierung wahrgenommen und diskutiert?

Nach einer zehnjährigen Pause war das Weißbuch 2016 in der Tat überfällig, um modernen Perspektiven und aktuellen Herausforderungen an die Verteidigungspolitik Rechnung zu tragen. Der Bundesvorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion hat daher gemeinsam mit den Spitzen seiner beiden Fachgewerkschaften VBB und VAB



Foto: DBwV/Hepner

Gern gesehener Gast beim Bundeswehrverband: Klaus Dauderstädt (l.), hier mit dem Landesvorsitzenden West, Oberstleutnant a.D. Thomas Soht, beim Parlamentarischen Abend im vergangenen Jahr.

auch an der Vorstellung des Weißbuchs durch die Bundesministerin für Verteidigung begleitet und das „Update“ begrüßt

Wie stehen Sie zu den Ideen des Einsatzes im Innern durch die Bundeswehr?

Die Erfahrung der Geschichte hat uns gelehrt, hoheitliche Zuständigkeiten im Rechtsstaat klar zu trennen. So ist für die innere Sicherheit die Polizei verantwortlich, die Bundeswehr darf nur im Rahmen grundgesetzlich geregelter Sonderfälle wie Katastrophenhilfe und innerer Notstand eingesetzt werden, daneben allenfalls im Rahmen von Amtshilfe. Daran haben auch erlebte Krisen durch Terrorattacken oder Migration nichts geändert. Wollte man die faktische Unterstützung der Bundeswehr zur Amtshilfe in neue Zuständigkeiten umwandeln, bedürfte das Zweidrittelmehrheiten in Bundestag und Bundesrat

Wie haben Sie die Zusammenarbeit mit dem Bundeswehrverband in Ihrer Amtszeit erlebt?

Mit dem Deutschen Bundeswehrverband eint uns eine Vielzahl von identischen Interessen der Mitglieder, etwa bei Besoldung, Versorgung, Fragen der Laufbahn und der Vereinbarkeit des Berufs mit familiären oder pflegerischen Verpflichtungen. So haben wir 2013 mit dem Deutschen Richterbund unter dem gemeinsamen Dach einer „Staatsallianz“ solche Positionen der Politik, der Presse und der Öffentlichkeit erfolgreich präsentiert. Erfreulich ist auch, dass der Deutsche Bundeswehrverband mit uns auf europäischer Ebene eng in der CESI kooperiert. Auch wenn es an der Basis – etwa im Wettstreit um die Repräsentanz in Personalvertretungen – Konkurrenz gibt, überwiegt doch das übergreifende Interesse an einem funktionierenden Staat. Zudem kommt der ausgesprochen kameradschaftliche, ja freundschaftliche Kontakt zwischen den handelnden Personen auf beiden Seiten, für den wir dankbar sind.

Welchen Ratschlag geben Sie Ihrem Nachfolger mit auf den Weg?

Meinem Nachfolger, den der Gewerkschaftstag am 20. November 2017 wählen wird, empfehle ich, die guten Beziehungen zum Deutschen Bundeswehrverband auf nationaler wie internationaler Ebene fortzuführen, einen vertrauensvollen Meinungsaustausch auch bei möglichen Differenzen in der Sache zu pflegen und die Bedeutung der Bundeswehr im zivilen wie im soldatischen Bereich für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik und unseren Beitrag im Dienste von Nato und UN zu würdigen.

Bürokratie in der Bundeswehr: Darf's ein bisschen weniger sein?

Bundeswehrangehörige können seit Ende Oktober Vorschläge zum weiteren Bürokratieabbau machen.

Foto: Bundeswehr/Rodewald



Von der Umfrage erhofft sich das Ministerium wertvolle Hinweise auf Möglichkeiten, den bürokratischen Aufwand zu verringern.

Das Regelungs- und Antragswesen der Bundeswehr ist berüchtigt. Für nahezu jedes Anliegen gibt es eine Vorschrift und ein oder mehrere Formulare, um es in der richtigen Form vorzubringen. Nicht immer erschließen sich die Arbeitsschritte von selbst – mitunter ist das korrekte Ausfüllen eines Antrags sehr zeitaufwendig. Das kostet den Antragsteller nicht nur reichlich Nerven, sondern bindet auch kostbare personelle Ressourcen.

Weniger Papierkram, mehr Zeit für eigentliche Aufgaben

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen hat diese Herausforderung erkannt – und strebt einen umfassenden Bürokratieabbau im gesamten Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) an. Im September 2016 hob die Ministerin das strategische Projekt „Agenda Deregulierung“ aus der Taufe. Zunächst bis Ende 2020 soll der tägliche Papierkram systematisch auf das notwendige Minimum reduziert werden.

„Bürokratie ist grundsätzlich nichts Schlechtes, weil sie den Mitarbeitern Handlungssicherheit gibt, Transparenz schafft und hilft, einen geordneten Dienstbetrieb sicherzustellen“, sagt Oberstleutnant i.G. Ulrich Pfefferl vom Referat Bürokratieabbau, Regelungs- und Arbeitszeitmanagement im BMVg. „Die Mitarbeiter sollten allerdings nicht durch unnötige Bürokratie von ihren eigentlichen Aufgaben abgehalten werden.“ Könnten solche bürokratischen Hemmnisse abgebaut werden, steige nicht nur die Attraktivität des Dienstes – überdies werde auch die Effizienz der ganzen Organisation verbessert.

Rund 3 000 Regelungen wurden geprüft

Um möglichst viele bürokratische Barrieren zu erfassen, hat das Referat Bürokratieabbau in den letzten zwölf Monaten unter anderem knapp 3 000 allgemeine Regelungen unter die Lupe genommen. Dabei wurden mehr als 240 Bereiche mit potenzieller Bürokratiebelastung identifiziert und auf einer sogenannten Bürokratielandkarte verzeichnet. Die Landkarte bildet die Grundlage für die spätere Umsetzung konkreter Maßnahmen. „Wir wollen zunächst einmal wissen, wann, wo und wie die meiste Bürokratie entsteht“, sagt Pfefferl.

Am besten wissen das natürlich die Betroffenen selbst. „Auf Grundlage der Bürokratielandkarte haben wir mehr als ein Dutzend Experteninterviews geführt. Bei Truppenbesuchen und einem Symposium für Führungskräfte im August haben wir noch mehr Eindrücke gewonnen“, so der Oberstleutnant. Im nächsten Schritt sollen so viele Bundeswehrangehörige wie möglich quer durch alle Statusgruppen und Organisationsbereiche befragt werden: „Wir wollen erfahren, wo die größten bürokratischen Hürden liegen.“

Onlineumfrage seit Ende Oktober

Soldaten und Zivilbeschäftigte können sich per Onlineumfrage anonym am Bürokratieabbau beteiligen. „Die Umfrage ist Ende Oktober auf www.bundeswehr.org online gegangen“, sagt

Pfefferl. Bis Ende des Jahres kann jeder Bundeswehrangehörige von seinem Dienstcomputer aus die aus seiner Sicht lästigsten Vorschriften, Abläufe und Regularien mitteilen – je mehr Mitarbeiter sich beteiligten, desto präziser sind die Ergebnisse. „Wir brauchen die Hilfe aller Bundeswehrangehörigen, um verzichtbare Bürokratie aufzuspüren.“

Noch im ersten Quartal 2018 sollen aus den ausgewerteten Informationen Handlungsempfehlungen für den weiteren Bürokratieabbau abgeleitet werden. „In Abstimmung mit der Leitung und den fachlich zuständigen Referaten des BMVg werden wir konsequent an jene Bereiche herangehen, die am häufigsten genannt wurden.“ Mittel- bis langfristig wolle man so viele Mitarbeiter wie möglich von überflüssiger Bürokratie entlasten. „Wir möchten den Menschen wieder mehr Luft zum Atmen geben, damit sie sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können“, so der Oberstleutnant.

Neues Formularmanagementsystem

Erster Schritt auf diesem Weg: das neue Formularmanagementsystem (FMS), das die alte Formulardatenbank im Intranet der Bundeswehr ersetzt. Im Übergang zum FMS wurden mehr als 550 überflüssige Formulare aus der Datenbank entfernt.

Die neue „Formularlandschaft“ soll in den nächsten Jahren schrittweise mit intelligenten, also online auszufüllenden Formularen bestückt werden. Dies soll mittelfristig das Beantragen von beispielsweise Dienstreisen und Arbeitsmitteln wesentlich erleichtern. Außerdem soll das Formularmanagementsystem mit dem Regelungsmanagement und dem Bundeswehrwiki verknüpft werden – so können Hintergrundinformationen sowie die jeweils aktuellen Regelungen sowie Formulare leichter und schneller zusammengesucht werden.

BMVg



Oberstleutnant i.G. Ulrich Pfefferl vom Referat Bürokratieabbau, Regelungs- und Arbeitszeitmanagement

DBwV im Einsatz: Eine Erfolgsgeschichte mit Zukunft



Hauptmann Andreas Steinmetz (2.v.r.) begleitete im Januar 2016 den Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Karl Müller (3.v.r.), zur türkischen Air Base in Incirlik.

Foto: Bundeswehr/Petersen

Von Andreas Steinmetz

Für den Bundesvorstand des DBwV hat das Thema Auslandseinsätze der Bundeswehr eine besondere Bedeutung. Auch in der vergangenen Amtsperiode des Bundesvorstands wurde daher eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des zweiten Stellvertreters des Bundesvorsitzenden gebildet, um den Bundesvorstand zum Thema Auslandseinsätze zu beraten. Eingebunden sind dabei alle Landesverbände, die sich so direkt in den Bundesvorstand einbringen und gemeinsam konstruktiv an Beschlussanträgen sowie Verbesserungsmöglichkeiten bis hin zu den Leitanträgen für die Hauptversammlung beteiligen können.

Ein wichtiger Teil des Engagements des DBwV und der Arbeitsgruppe Auslandseinsätze (AG AE) innerhalb der Konzeption Auslandseinsätze sind der Kontakt und die Unterstützung unserer Mitglieder in den Auslandseinsätzen. Kein Bundesvorstand des DBwV hatte je mehr Besuche von Mandatsträgern in den Auslandseinsätzen verzeichnet, von der Teilnahme an Kontingenten bis hin zur Begleitung des Bundespräsidenten. Die Gesamtzahl beträgt 19 Einsätze. Sich vor Ort einen Eindruck zu verschaffen, kann durch nichts ersetzt werden

„Es ist schon beruhigend, wenn man auch im Einsatz am anderen Ende der Welt jederzeit auf seinen DBwV zurückgreifen kann.“

**Oberstabsfeldwebel a.D. Thomas Bielenberg,
stellvertretender Landesvorsitzender Ost**

und hilft in der Argumentation gegenüber den Entscheidungsträgern. Die Begleitung der Arbeitsgruppe Einsatz im BMVg zum Missionsmodell, die Themenfelder Einsatz-Weiterverwendungsgesetz (EinsatzWVG), Auslandsverwendungszuschlag (AVZ), Einsatzverwendung, Einsatzbetreuung, Betreuungskommunikation bis zur Ausstattung und Versorgung gaben uns ausreichend Gelegenheit, unsere Interessen und damit die unserer Mitglieder kundzutun sowie angemessen zu vertreten. Dabei waren und sind die Ansprechpartner ein wichtiges Bindeglied zwischen dem DBwV und den Mitgliedern im Auslandseinsatz. Hierbei geht es nicht nur um die Hilfe für ein persönliches oder dienstliches Problem eines einzelnen Mitglieds,

sondern auch um die Verbesserung der Situation aller im Einsatz befindlichen. Diese unmittelbare Kommunikationsmöglichkeit haben seit 2010 mehr als 600 Mitglieder des Verbands als Ansprechpartner im Einsatz ehrenamtlich sichergestellt.

Im DBwV hatte bis zum Frühjahr 2017 jeweils ein Landesverband ein ganzes Jahr lang die Verantwortung für die Betreuung der Ansprechpartner, für deren Einweisung vor dem Einsatz sowie für die Auswertung nach dem Einsatz. Die Wahl fiel dabei jeweils auf den Landesverband, in welchem die Einsatzleitdivision des Heeres beheimatet war. Seit 2013 teilten sich die 1. und die 10. Panzerdivision diese Aufgabe. Aus diesem Grund wechselte die Betreuung seitdem lediglich zwischen den Landesverbänden Nord und Süddeutschland. 2017 haben diese Aufgabe für den Landesverband Süddeutschland der stellvertretende Landesvorsitzende, Oberstleutnant Josef Rauch, und der Beauftragte für Ansprechpartner, Oberstabsfeldwebel Stefan Weyer, übernommen. 2018 wird der Landesverband Ost mit Oberstabsfeldwebel a.D. Thomas Bielenberg, welcher auch schon in den Anfangsjahren die Beauftragung übernommen hatte, die Aufgabe übernehmen.

Die Zuständigkeit der Einsätze innerhalb der Bundeswehr über Leitdivisionen hat sich bei der Vielzahl von Einsätzen in den letzten Jahren stark geändert. Ab 2018 könnten gegebenenfalls bis zu drei Divisionen gleichzeitig, dann für mehrere Jahre, die Verantwortung einiger Einsätze und auch einsatzgleicher Verpflichtungen tragen. Neben der 1. und 10. Panzerdivision könnte auch die Division Schnelle Kräfte bestimmte Einsätze übernehmen müssen. Außerdem werden sicherlich weiterhin bestimmte Einsätze mit Masse durch die Marine (beispielsweise ATALANTA, UNIFIL) und die Luftwaffe (VAPB, Counter Daesh, enhanced Forward Presence) allein gestellt. Dies alles rückt die Zuständigkeit des Einsatzführungskommandos und die damit einhergehende engere Zusammenarbeit in den Fokus. Bei einsatzgleichen Verpflichtungen sind die einzelnen Kommandobehörden die entscheidenden Verbindungsstellen.

Der DBwV hat zuerst auf eine solche mögliche Änderung der Einsatzstellungen im Rahmen

„Die Menschen, die vor dem Einsatz stehen, empfinden es als wohltuend, dass der DBwV auf ihre „Zeitprobleme“ Rücksicht nimmt. So bekomme ich das geschildert, wenn ich vor Ort, in der Kaserne der zukünftigen AP, zur Einweisung komme. Viele, die zum x-ten Mal AP übernehmen wollen, sind der Auffassung, dass dies ein Schritt in die richtige Richtung ist.“

**Oberstabsfeldwebel a.D. Rudolf Schmelzer,
Stellvertreter des Landesvorsitzenden West**

der Einsatzbetreuung reagiert, indem er die Anzahl der Tagungen erhöhte. Doch dies reichte bei der Kurzfristigkeit und den unterschiedlichen Verweilzeiten im Einsatz nicht mehr aus. Die Position und Forderungen der AG AE im Bundesvorstand war dabei immer klar und ergab sich aus der langjährigen kontinuierlichen Erfahrung der Einsatzbetreuung: bestmögliche Betreuung der Mitglieder in den Einsätzen und optimale Interessenvertretung in den Ländern sowie auf Bundesebene, unter Beachtung der zur Verfügung stehenden Mittel. Deshalb wurde dem Bundesvorstand durch die AG AE vorgeschlagen, in einem Pilotprojekt die Einweisung und Tagung für die Ansprechpartner zu verbessern. Alle Landesverbände und Mitglieder des Bundesvorstands waren aufgerufen, sich mit Vorschlägen in dieses Projekt einzubringen. Im Kern war es jedoch unter der Federführung des Oberstleutnants Rauch gelungen, das Pilotprojekt in Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der AG AE auszugestalten.

Wichtigste Änderung zum alten Verfahren ist, dass die Einweisung der Ansprechpartner mit einheitlichem Inhalt, zeitlich, örtlich flexibel und je nach Bedarf in den Landesverbänden stattfindet. Da hierbei die Einweisung Aufgabe aller Landesverbände zu gleichen Teilen ist, wird so eine schnelle Reaktionszeit bei kurzen Wegen erreicht. Bis jetzt wurden in 2017 weit über 30 Ansprechpartner

„Für Soldaten im Einsatz ist es genauso wichtig wie im Dienstbetrieb zu Hause, bei rechtlichen Fragen oder Problemen, egal ob dienstlich oder privat, schnell zuverlässige Auskünfte zu bekommen. Von Mali, Afghanistan oder dem Horn von Afrika aus ist es nicht ganz einfach, verzugslos kompetente Auskunft von einem Fachanwalt zu bekommen. Für unsere Mitglieder stellen die Ansprechpartner im Einsatz über die Bundesgeschäftsstelle diese Verbindung zügig her und verhelfen zu einer kostenlosen Rechtsberatung.“

**Oberstleutnant Josef Rauch,
stellvertretender Landesvorsitzender
Süddeutschland**

Foto: Bundeswehr



Oberstleutnant André Wüstner beim Truppenbesuch der in Mali stationierten Soldaten der Bundeswehr im Februar 2014

durch die Landesverbände in ihre Tätigkeit eingewiesen. Allein diese Zahl zeigt bereits, wie erfolgreich die Umstellung durch das Pilotprojekt ist.

Die Werbung von Ansprechpartnern hat sich am erfolgreichsten gezeigt, wenn über den Beauftragten enge Verbindung zu den Verantwortlichen in den Landesverbänden gehalten wurde. Damit die gemachten Erfahrungen der Ansprechpartner optimal in den DBwV eingebracht werden können, ist ein Austausch zwischen den Ansprechpartnern und dem BMVg beziehungsweise der Bundeswehr, dem Verteidigungsausschuss sowie den Mandatsträgern unerlässlich. Um dies zu gewährleisten, wird ein attraktives Format durch die KTMS in Berlin geschaffen, welches die Tagungsmöglichkeit der Ansprechpartner auch qualitativ verbessern wird.

Da der Beauftragte für die Ansprechpartner als zentrale Ansprechstelle in Deutschland einer hohen Belastung unterliegt, wird dieser bestmöglich durch den verantwortlichen Landesverband und die Bundesgeschäftsstelle in Berlin unterstützt. Hierbei ist wichtig, dass er von allen Aufgaben entlastet wird, welche nicht unmittelbar mit der Betreuung und Kommunikation der Ansprechpartner in Verbindung stehen. Dazu gehören vor allem administrative und organisatorische Vorgänge. Da diese Aufgabe alle zwölf Monate im Wechsel durch unterschiedliche Personen wahrgenommen wird, handelt es sich um eine zeitlich befristete Aufgabe und Belastung.

Der Bundesvorstand verfügt mit der AG AE über ein Werkzeug, um im Interesse der Mitglieder auf dem Themenfeld Auslandseinsätze sachlich beraten zu werden und diese in zielorientierte Beschlüsse münden zu lassen. Als Grundlage dient hierbei die vom Bundesvorstand erlassene Konzeption Auslandseinsätze. Diese bedarf der ständigen Fortschreibung und Anpassung, nicht zuletzt nach der Evaluation des Pilotprojekts.

„Schonungslose Aufgabenkritik wird bei den Verantwortlichen nicht gern gehört, der DBwV jedoch ist die einzige Organisation, die gegenüber dem Dienstherrn dazu sachlich fundiert in der Lage ist.“

**Kapitänleutnant a.D. Peter Braunhausen,
stellvertretender Landesvorsitzender Nord**

Das Spannungsfeld zwischen Aufgaben sowie zur Verfügung stehenden Mitteln gibt auch hier den Rahmen vor und so ist eine Goldrandlösung eher unwahrscheinlich, aber als Anspruch sollte gelten, möglichst nahe daran zu sein.

Wir hoffen, auch in Zukunft unseren Mitgliedern in allen Einsätzen eine Ansprechstelle zu ermöglichen. Dabei sind wir – die verantwortlichen Mandatsträger und hauptamtlichen Mitarbeiter – auch auf die Unterstützung von ehrenamtlich tätigen Mitgliedern angewiesen. Ohne sie ist es dem DBwV nicht möglich, die geforderten Leistungen zu erbringen. Wir bedanken uns deshalb bei allen, die dieses Amt und die Verantwortung, auch durch Mehrarbeit, auf sich nehmen. Wir bitten Sie, uns Ihre Erfahrungen und Verbesserungsvorschläge mitzuteilen, um auch zukünftig Verbesserungen vor Ort und in unseren Verfahren zu erreichen.



**Andreas Steinmetz,
stellvertretender
Vorsitzender des
Deutschen BundeswehrVerbands**

Bundeswehr handelt Stationierungsabkommen mit Jordanien aus

Berlin. Die Bundesregierung hat sich mit Jordanien nach wochenlangen Verhandlungen auf ein Stationierungsabkommen für die dort stationierten deutschen Soldaten geeinigt. Es gebe nur noch formale Punkte zu klären, sagte ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums. Im Dienst gelte für die deutschen Soldaten das deutsche Recht in Jordanien. Zu weiteren Inhalten wurde zunächst nichts bekannt.

Neben der zivilen Gerichtsbarkeit gibt es in Jordanien auch islamische Gerichte. Die Zuständigkeiten der Scharia-Gerichte beschränken sich jedoch auf bestimmte Bereiche wie beispielsweise das Familienrecht. Der Bundestag hatte im Juni eine Verlegung der Bundeswehr vom türkischen Stützpunkt Incirlik nach Jordanien beschlossen. Grund war ein türkisches Besuchsverbot für Bundestagsabgeordnete bei den deutschen Soldaten in Incirlik. Sie sind seit Oktober wieder im Einsatz gegen den Islamischen Staat (IS). *dpa*



Betankungskorb vom Tankflugzeug Airbus A310 MRTT: Technikcheck während der Mission „Counter DAESH“ in Al-Asrak/Jordanien

Foto: picture alliance

Jordanien: erste Aufklärungsoperation erfolgreich

Zwei deutsche „Tornados“ zur Luftaufklärung sind zu ihrem ersten Einsatzflug aus dem jordanischen Al-Asrak im Rahmen der Mission „Counter

DAESH“ gestartet. Sie kehrten wenige Stunden später nach erfolgreichem Einsatz zurück. Damit ist nach dem Umzug des Kontingentes von der

Türkei nach Jordanien die volle Einsatzbereitschaft erreicht. Die Luftfahrzeuge sind Teil des deutschen Einsatzkontingents in Jordanien und unterstützen mit ihren Aufklärungsergebnissen die Koalitionspartner im Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat.

Das Einsatzkontingent leistet einen wichtigen Beitrag, um die Terrororganisation in den von ihr kontrollierten Gebieten in Syrien und im Irak zu bekämpfen. Neben den „Tornados“ fliegt von Al-Asrak auch der Airbus A 310 MRTT Luftbetankungseinsätze als Einsatzunterstützung im Rahmen der Mission „Counter DAESH“. **Bw**



Foto: Bundeswehr/PAO Jordanien

Ein deutscher „Tornado“ im jordanischen Al-Asrak. Der Einsatzbetrieb hat begonnen.

Tischtennis in Kabul



Beim Tischtennisturnier der Einsatzunterstützungskompanie im Camp Qasaba in Kabul wurden die besten Spieler mit Urkunden und einem Präsent des DBwV ausgezeichnet.

Wir sind Ansprechpartner im Einsatz



In Djibouti haben die Ansprechpartner ihre Arbeit aufgenommen und der Führung vor Ort ihre Nebenaufgabe als AP gemeldet. Die Namen von links lauten: Korvettenkapitän und CTG Emmanuel Pirierros, AP Stabsbootsmann Andre Gerken, AP Oberstabsbootsmann Bodo Lommatzsch, AP Fregattenkapitän Flotillenarzt Helmut Franz, AP Hauptbootsmann Martin Fegebank, Fregattenkapitän und Führer der Deutschen Einsatzkräfte Marco Razen

Foto: Jester

Machen Sie mit im Team der Ansprechpartner!
Egal wo – Ansprechpartner werden immer und immer wieder benötigt. Ganz besonders in Niamey/MINUSMA, Westsabara/ MINURSO, Limassol/UNIFIL und Prizren/Kfor fehlen noch Ansprechpartner. Also: Melden Sie sich auch, wenn Sie vielleicht schon im Einsatz sind und werden Sie jetzt Ansprechpartner für den DBwV!
Je früher die Meldung, desto besser. Dennoch gilt: Es ist nie zu spät!

Als politische Bildungsmöglichkeit mit den Ansprechpartnern nach dem Einsatz wird vom 7. bis 8. November in Berlin ein Seminar (Nr. 10 21 17) unter dem Titel „Einsatzarmee Bundeswehr – Einsatzerfahrung trifft Politik und Gesellschaft“ angeboten.

Einladungen der ehemaligen Ansprechpartner erfolgen durch die Karl-Theodor-Molinari-Stiftung.

Einweisungen der zukünftigen Ansprechpartner finden in den jeweiligen Landesverbänden statt.



Oberstabsfeldwebel Stefan Weyer

Haben Sie Interesse? Ich freue mich, unter stefan.weyer@dbwv.de oder +49 (0) 170 4230356 von Ihnen zu hören!

Bis bald
Ihr Stefan Weyer,
Beauftragter für Ansprechpartner im Einsatz

Weitere Informationen unter www.dbwv.de

Ansprechpartner DBwV im Auslandseinsatz:

Einsatz	Einsatzort	Einsatzeinheit	DstGrd/Name	Einsatz ab
RS	Masar-e-Sharif	UstgKp	Hptm Alexander Eichler	01.11.17 – 31.03.18
RS	Masar-e-Sharif	UstgKp	OFw Patrick Hagen	01.11.17 – 28.02.18
RS	Masar-e-Sharif	LogKp	Maj Sebastian Geess	10.07.17 – 20.11.17
Hauptansprechpartner Masar-e-Sharif				
RS	Masar-e-Sharif	LogKp	KptLt Claudia Leistner	10.07.17 – 24.11.17
RS	Masar-e-Sharif	LogKp	OMT Martin Scholz	30.06.17 – 30.11.17
RS	Masar-e-Sharif	LogKp	HptFw Alexander Krauß	01.10.17 – 28.02.18
RS	Masar-e-Sharif	LogKp	OStFw Christian Gerken	01.11.17 – 30.04.18
RS	Masar-e-Sharif	EG	OStFw Ralf Passing	29.08.17 – 23.01.18
RS	Kabul	DtA HQ RSM	OberstLt Jens Klimmek	08.08.17 – 31.01.18
RS	Kabul	DtA HQ RSM	StFw Sven Graßmann	01.11.17 – 31.03.18
RS	Kabul	EinsUstgKp	HptFw Steffen Ludwig	15.07.17 – 15.11.17
RS	Kabul	EinsUstgKp	Hptm Kay Bohnsack	16.10.17 – 31.12.17

RS	Kabul	EinsUstgKp	HptFw Boris Alberty	31.10.17 – 28.03.18
KFOR	Prizren	St DEU EinsKtgt KFOR	HptFw Michael Thilo	01.09.17 – 28.02.18
KFOR	Prizren	St DEU EinsKtgt KFOR	OberstLt Ulrich Kirso	20.09.17 – 20.01.18
KFOR	Pristina	DDO DtA HQ KFOR	HptFw Alexander Kolontaew	01.09.17 – 31.01.18
UNMISS	Südsudan	DEU Anteil UNMISS	StFw Michael Kirsch	24.02.17 – 26.02.18
UNMISS	Südsudan	DEU Anteil UNMISS	Hptm Maximilian Voss	07.10.17 – 07.04.18
UNAMID	Sudan	FHQ, El Fasher	Hptm Tim Titmann	30.11.16 – 15.11.17
EUTM	Mali/BKO	DEUEinsKtgt	OStFw Peer Große-Beck	02.10.17 – 11.03.18
EUTM	Mali/KOU	DEUEinsKtgt	HptFw Markus Feurer	16.08.17 – 15.12.17
MINUSMA	Mali/GAO	DEUEinsKtgt	Hptm David. D.	02.08.17 – 31.01.18
MINUSMA	Mali/GAO	DEUEinsKtgt	OStFw Thomas S.	04.10.17 – 28.02.18
MINUSMA	Mali/GAO	DEUEinsKtgt	StFw Walter, S.	01.11.17 – 31.01.18
MINUSMA	Niger/Niamey	DEUEinsKtgt	HptFw Konstantin, T.	05.11.17 – 07.01.18
EFP	Litauen		StFw Frank Gerlach	20.07.17 – 15.02.18
EFP	Litauen		HptFw Ingo Langer	25.07.17 – 31.01.18
EFP	Litauen		OFw Julia Höhn	20.07.17 – 15.02.18
EFP	Litauen		HptFw Nico Albat	15.10.17 – 15.02.18
EFP	Litauen		OFw Sven Wienczkewicz	15.10.17 – 15.02.18
ATALANTA	Djibouti	DeuVerbUstGrp	Flotillenarzt Dr. Helmut Franz	22.09.17 – 23.12.17
ATALANTA	Djibouti	DeuVerbUstGrp	OStBtsm Bodo Lommatzsch	25.08.17 – 25.11.17
ATALANTA	Djibouti	DeuVerbUstGrp	StBtsm Andre Gerken	04.09.17 – 18.12.17
JORDANI-EN	Al Azraq	Counter Daesh	StFw Jochen, K.	20.09.17 – 12.01.18
UNIFIL	Libanon/Limassol	HQ UNIFIL	HptBtsm Steffen Jung	01.11.17 – 01.02.18
Baltische Staaten	Litauen	MilAttachèStab Vilnius	HptFw Sven Walter	10.10.17 – 30.06.21

Stand: 07.10.2017

Ihre zentrale E-Mail-Adresse: Einsatzbetreuung@dbwv.de

Im Bundesvorstand zuständig für die Auslandseinsätze:
Hauptmann Andreas Steinmetz, Stellvertreter des Bundesvorsitzenden

Für die Betreuung der Kameradinnen und Kameraden im Einsatz stehen bereit: **LV West:**
OStFw a.D. Rudolf Schmelzer (Rudolf.Schmelzer@DBwV.de)
stv. Landesvorsitzender West

Beauftragter für Ansprechpartner DBwV im Auslandseinsatz:
Oberstabsfeldwebel Stefan Weyer
LV Ost:
OStFw a.D. Thomas Bielenberg (Thomas.Bielenberg@DBwV.de)
stv. Landesvorsitzender Ost

Landesbeauftragte für Auslandseinsätze:
LV Nord:
KptLt a.D. Peter Braunshausen (Peter.Braunshausen@DBwV.de)
stv. Landesvorsitzender Nord
LV Süddeutschland:
Oberstlt Josef Rauch (Josef.Rauch@DBwV.de)
stv. Landesvorsitzender Süddeutschland

Stabsfeldwebel a.D.
Stefan Lysk



Helm ab – Hut auf

Sehr geehrte Kameradinnen und Kameraden,

mit der Hauptversammlung im November in Berlin endet meine Amtszeit als stellvertretender Vorsitzender Heer im Deutschen Bundeswehrverband. Nach achtjähriger Zugehörigkeit als Mitglied im Bundesvorstand stehe ich als Nichtaktiver für eine weitere Amtszeit nicht mehr zur Verfügung. Als echter Pionier und halber Heeresflieger blicke ich dankbar auf eine erfüllte, manchmal aber auch anstrengende Zeit zurück.

Auf diesem Wege möchte ich mich nicht nur von Ihnen verabschieden, sondern mich auch bei allen Angehörigen des Heeres für das Vertrauen und die Unterstützung bedanken. Ob militärische Vorgesetzte, Mitarbeiter meiner letzten Dienststelle an der Heeresfliegerwaffenschule/ Internationales Hubschrauberausbildungszentrum, Mitglieder des letzten Bezirkspersonalrats beim Kommando Heer oder, ganz besonders, die Mandatsträger des DBwV auf allen Ebenen – Sie alle haben mich auf vielfältige Weise unterstützt und mir geholfen, mein Ehrenamt auszuüben. Und ich habe mich sehr gern der Verantwortung gestellt, um die berechtigten Belange unserer Mitglieder im Heer zu vertreten.

Ein ganz besonderer Dank gilt meinem Vorsitzenden, Oberstleutnant Thomas Behr. Als Team haben wir in den letzten acht Jahren eine Menge erreicht, und ich bin zuversichtlich, dass es in Zukunft mit meinem Nachfolger genauso erfolgreich weitergeht. Bitte unterstützen Sie meinen Nachfolger so effektiv, wie auch ich Ihre Hilfe und Ihren kameradschaftlichen Umgang erfahren durfte. Um meinem Nachfolger die Arbeit zu erleichtern, hoffe ich doch, dass die Unteroffiziere im Heer weiterhin Stimme und damit Gewicht im Bundesvorstand haben werden.

Gestatten Sie mir abschließend noch ein Wort zum „Dauerbrenner“ Kameradschaft. Ich bin stolz und froh, diese echte Kameradschaft noch erlebt haben zu dürfen. Wir brauchen unbedingten Zusammenhalt, Vertrauen und Zuverlässigkeit. Kein anderer Berufszweig ist zur Erfüllung seiner Aufträge davon so abhängig wie wir Soldaten im Heer. Jeder Einzelne sollte dieses so wichtige Gut in Ehren halten und selbst vorleben.

Für die Zukunft wünsche ich Ihnen alles erdenklich Gute, vor allem aber Zufriedenheit, Gesundheit und Soldatenglück.

Meine Damen, meine Herren – ich melde mich ab! Mit kameradschaftlichen Grüßen

Ihr Stefan Lysk



Nach dem Absturz eines Kampfhubschraubers „Tiger“ geht eine Maschine des gleichen Typs auf einen ersten Inspektionsflug.

Fotos: Bundeswehr/Döhning

„Tiger“-Take-off in Mali: Erster Flug nach Absturz

Nach dem Absturz eines Hubschraubers „Tiger“ am 26. Juli in Mali war über zwei Monate lang keiner der deutschen Kampfhubschrauber im Rahmen der Mission MINUSMA in der Luft. Ende September fand nun ein erfolgreicher Inspektionsflug statt.

Erst werden die Triebwerke angelassen und sogenannte Groundchecks durchgeführt. Nach wenigen Minuten geben die Systeme grünes Licht. Die Techniker prüfen ein letztes Mal die Funktionen des komplexen Fluggeräts. Um 9.10 Uhr

Ortszeit ist es dann soweit. Mit lauten Rotoren und unter den aufmerksamen Blicken des Bodenpersonals rollen die Kampfhubschrauber den Taxiway im Camp Castor entlang. Daumen hoch, signalisiert der Pilot hinter der Cockpitscheibe seinem Chefmechaniker. Am Rollfeldrand beobachtet Oberstleutnant R. die Szenerie. „Heute ist ein wichtiger und guter Tag für die Heeresflieger“, sagt der 45-Jährige, der erst vor wenigen Tagen als Kommandeur den gemischten Heeresfliegereinsatzverband hier in Mali übernommen hat. „Meine Frauen und Männer haben mit Überzeugung, viel Mühe und Engagement auf diesem Moment hingearbeitet.“

Der „Tiger“ wirbelt reichlich Staub auf, als er vor den Zelthangars der NH90 Hubschrauber zum Ausgang des Camps rollt. Die Mannschaft des Verbands hat sich mittlerweile mit Blick auf die Startbahn außerhalb des Camps versammelt. Jeder will einen Blick auf den startenden Kampfhubschrauber ergattern. In naher Zukunft werden die „Tiger“ wieder als „Air Weapons Team“ im Luftraum Nord-Malis operieren. Nach einer knappen Stunde ist das Luftfahrzeug wieder zurückgekehrt. Die Arbeit und Nachbereitung des Bodenpersonals ist im vollen Gange.

Der Einsatzflugbetrieb für die UN kann nun – unter Auflagen – wieder aufgenommen werden. Zusammengefasst sind für den Flugbetrieb Einschränkungen bei der Geschwindigkeit, gekoppelt an Gewichtsgrenzen, und in der Verwendung des Autopiloten die Folge. Wann die „Tiger“-Familie im Camp Castor wieder auf vier Hubschrauber anwachsen wird, steht im Moment noch nicht fest. Kommandeur Oberstleutnant R. beschreibt den Ersatz des abgestürzten „Tigers“ als einen wichtigen Schritt: „Wir alle können es kaum erwarten.“ www.bmvg.de



Die „Tiger“ in Mali waren mehr als zwei Monate am Boden geblieben. Nun kann der Flugbetrieb unter Auflagen wieder aufgenommen werden.

Auf den letzten Metern geht es über ein eigens angelegtes Seilgeländer.

Fotos: Bundeswehr/Bottek



Gebirgsjäger erklimmen die Gipfel der Ammergauer Alpen

Füssen/Bayern. Mehr als 1000 Soldaten aus Frankreich, Österreich, den USA und Deutschland erstürmten vom 18. bis 29. September die Gipfel der Ammergauer Alpen. Unter ihnen waren auch Kameraden der Gebirgsjägerbrigade 23. Hoch über den Königsschlössern Neuschwanstein und Hohenschwangau legten sie ihr Gebirgsleistungsabzeichen ab.

Ausgangspunkt war die Allgäu-Kaserne in Füssen – die Heimat des Gebirgsaufklärungsbataillons 230, das die Organisation der Übung übernahm. Dort fanden sich für jeweils zwei Tage alle Bataillone und selbstständigen Einheiten der Gebirgsjägerbrigade ein. Bei wechselhafter Witterung absolvierten sie zwei Bergmärsche mit verschiedenen Übungseinlagen wie das Abseilen, das Begehen eines Seilgeländers und die Versorgung eines Verletzten.

Königliche Aussichten für die Übungsteilnehmer

Bereits am frühen Morgen führte sie der Weg am Schloss Neuschwanstein vorbei über ein eigens angelegtes Seilgeländer zum Gipfel des Branderschrofens. Auf dem höchsten Punkt des Tegelberg-Massivs (1881 Meter) erwartete die Soldaten ein majestätischer Blick über die Königsschlösser und das Voralpenland.

Doch dies war nur ein positiver Nebeneffekt der Übung. Schnell ging es wieder zurück zum Ernst der Lage, als die Soldaten nach dem Abstieg zum Schwannsee in einer Übungseinlage einen verunglückten Kameraden mit einem offenen Knochenbruch versorgen und auf einer Trage transportieren mussten. Die letzten Meter des Tages führten zu einer Abseilstelle. Mit schwerem Gepäck und Waffe seilten sie sich knapp 30 Meter ab, bevor es nach rund elf Stunden Marsch zurück in den Bivakbereich ging.

Hochgebirgsjägerzug sorgt für krönenden Abschluss

Nach einer kurzen Nacht im Hochgebirgszelt brachen die Marschgruppen vor Anbruch des Morgengrauens wieder auf. Die Wege waren vom Wetter stark gezeichnet. Entlang der Kletter- und Seilgeländerpassagen stiegen die Soldaten schließlich auf den Gipfel des Säulings.

Auf den letzten 200 Höhenmetern unter dem 2047 Meter hohen Gipfel sorgte der Hochgebirgszug 233 aus Mittenwald für einen besonderen Höhepunkt der Übung. Die Soldaten hatten eigens für die Alpendistel 2017 ein Seilgeländer angelegt. „Dieses Seilgeländer ist etwas ganz Besonderes für mich“, stellte der 21-jährige Gefreite Manuel Baumgartner fest, der zum ersten Mal an der Übung teilnahm. „Wahrlich ein krönender Abschluss hoch über den Allgäuer Schlössern, der einen für die Anstrengungen belohnt.“

Nach etwa 40 Kilometern Marschstrecke mit rund 2700 Höhenmetern im Aufstieg erreichte auch der 28-jährige Oberstabsgefreite Achim Kessler erleichtert die Kaserne in Füssen. Er ist bereits zum vierten Mal dabei und findet, dass es mit jedem Durchgang besser wird: „Ich finde es gut, dass die Kameraden unabhängig von Alter und Dienstgrad an der Alpendistel teilnehmen. So können wir uns viel besser kennenlernen.“

Ab 2018 geht es auf die eigenen Berge

Ab dem nächsten Jahr wird die Alpendistel in einer abgewandelten Form stattfinden. Dann hält jedes Bataillon der Gebirgsjägerbrigade 23 seine eigene Leistungsüberprüfung in ihren Hausbergen ab. Bevor die Soldaten das Gebirgsleistungsabzeichen jedoch erwerben, müssen sie zuerst noch den Winterteil absolvieren.

C. Bottek



Ein Gebirgsjäger setzt den notwendigen Funkspruch ab.



Fokussierter Blick: Eine Soldatin seilt sich von einer Felswand ab.

Eine Gruppe Gebirgsjäger hat den Gipfel des Säulings schon vor Augen.



Oberstleutnant i.G. Detlef Buch (stehend) und neben ihm (r.) Stabsfeldwebel Heiko Stotz auf dem DBwV-Verbandstag 2016



Danke für vier gute Jahre!

Liebe Kameradinnen und Kameraden der Luftwaffe,

der Vorstand Luftwaffe wird sich auf der in wenigen Tagen stattfindenden Hauptversammlung des DBwV nicht mehr in der gegenwärtigen Konstellation zur Wahl stellen. Hinter uns liegen vier gemeinsame, gute und arbeitsreiche Jahre. Eine Zeit, in der aber auch deutlich wurde, dass es sowohl in der Luftwaffe als auch in der Bundeswehr zahlreicher Anstrengungen bedarf, um im Reformkarussell nicht komplett aus der Bahn geworfen zu werden. Worin liegen unserer Meinung nach die Hauptprobleme der gegenwärtigen Situation?

Komplexität verringern

Mit Beginn der Gutenbergschen Reform und der Schaffung von Multi- sowie Parallelzuständigkeiten, bedingt durch die Einrichtung von zehn, gegenwärtig schon elf Organisationsbereichen respektive Teilstreitkräften, haben sich Zuständigkeiten, Arbeitsprozesse und Verantwortlichkeiten auf allen Ebenen von heute auf morgen verändert. Sie sind nicht weniger, sondern wesentlich mehr geworden. Plötzlich sind Player aufs Spielfeld gekommen, die vorher nicht einmal als Einwechselspieler auf der Bank saßen und von denen niemand wusste und weiß, in welcher Funktion sie eigentlich agieren werden. Gleichzeitig wurde

der Bundeswehr die gesamte Vorschriftenlage unter den Füßen weggezogen. 15 000 Vorschriften, die den Menschen aller Status- und Altersgruppen Halt gaben, wurden geändert. Und dies in einem Modus, der bis heute selbst höheren Kommandobehörden nicht in Gänze bekannt ist. Gleichzeitig wurden und werden Standorte verlegt, geschlossen, wieder eröffnet, umgebaut oder letztlich doch nicht geschlossen. Kein Wunder, dass in diesem Chaos die Menschen oft auf der Strecke geblieben sind.

Und so können wir die Mitglieder, die sich beispielsweise enormen Rückforderungen von Zulagen gegenübersehen, denen gleichzeitig das



Foto: DBwV/Hepner



Foto: DBwV/gr. Darrelmann

Mit dem Ohr an der Truppe: die Zielgruppentagungen der Luftwaffe in den Jahren 2015 und 2016



Fester Termin im Jahreskalender des Vorstands Luftwaffe ist natürlich die Internationale Luft- und Raumfahrtausstellung in Berlin.

Trennungsgeld aberkannt wird und die Monate, manchmal Jahre auf ihre Ausbildung oder Sicherheitsüberprüfung warten müssen, nur zu gut verstehen, wenn sie innerlich kündigen und mit dem Arbeitgeber Bundeswehr abschließen. Letztlich ist genau hier der DBwV als Netzwerk des Wissens und als Interessenvereinigung Hunderttausender Menschen und ihrer Angehörigen Gold wert. Denn nur eine Organisation wie ein derart starker Berufsverband schafft es anscheinend noch, das Chaos zu strukturieren und den Menschen adäquat helfen zu können.

Kommunikation verbessern

Eines der wesentlichen Probleme, das uns in den vergangenen Jahren – egal auf welchen Ebenen – immer wieder begegnete, ist das Kommunikationsdefizit im staatlichen Großunternehmen Bundeswehr. Egal ob es um das Thema Altersgrenze für Berufssoldaten geht oder um die SAZV, egal ob es um Neuerungen in der gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligung oder um Veränderungen im Besoldungswesen geht, dem Dienst- und Arbeitgeber Bundeswehr gelingt es einfach nicht, die Informationen an den Mann oder an die Frau zu bringen. Und dies hat oftmals nicht nur informatorischen Charakter, sondern eklatante Auswirkungen auf den Dienstbetrieb beziehungsweise die arbeitsrechtliche Situation jedes Einzelnen.

Wieso gibt es bis heute kein Handbuch zur gesetzlichen Arbeitszeit der Soldatinnen und Soldaten? Oder wenigstens ein Grundlagendokument für den Grundbetrieb. Einige Großverbände der Luftwaffe hatten als Konsequenz bis Mitte des Jahres die SAZV immer noch nicht umgesetzt. Wieso gibt es keine Informationsbroschüre für langdienende Soldaten auf Zeit? Gäbe es diese, wäre so Manchem das Tappen in die „GKV/PKV-Falle“ erspart geblieben, denn Soldaten werden nach Dienstzeitende und Vollendung des 55. Lebensjahres nach bisheriger Regelung aus dem Sozialgesetzbuch V nicht wieder in der gesetzlichen Krankenversicherung krankenversichert – und dies, obwohl sie ja noch mindestens zehn Jahre bis zum Renteneintritt haben. All diese Fragen kann man stellen und eigentlich noch viel mehr.



Auch auf der AERO in Friedrichshafen präsentierten sich regelmäßig der DBwV und der Vorstand Luftwaffe.

Klassische Führungsinstrumente stärken

Ein Knackpunkt in der Struktur unserer Bundeswehr scheint auch zu sein, dass klassisch militärische Führung, im Sinne von Auftragsauswertung auf der jeweiligen Ebene und Umsetzung in abgestimmte mundgerechte Handlungsweisungen nachgeordneter Strukturen, nicht mehr richtig funktioniert. Zu viel Bürokratie für alle Ebenen hat dazu geführt, dass manchmal ganze Gesetze nur noch per Mail als PDF-Dokument von einer Ebene in die nächste weitergeleitet werden. Das Ganze zur eigenen Auswertung und Umsetzung.

Nur wie soll ein Verband wie ein fliegendes Geschwader der Luftwaffe wissen, welche Änderungen beispielsweise im Soldatenbeteiligungsgesetz maßgeblich sind für welche Ebene, wenn eine übergeordnete Auswertung und Bewertung fehlt und selbst die Masse der Chefs sowie Spieße zwischen Beurteilungen und SAZV-Ausdrucken gefangen sind? Wussten Sie zum Beispiel, dass ein Rekrut der Luftwaffe nach Ende seiner allgemeinen Grundausbildung bis zu 50 Bögen Arbeitszeiterfassung mit auf den Weg in seine Stammeinheit nimmt? Ein Wahnsinn! Deshalb müssen dringend alle Anstrengungen zu einer Entschlackung der Bürokratie und damit zur Stärkung unserer Vorgesetzten weitergeführt werden.

Führungskräfte entlasten und besser mitnehmen

Dazu gehört insbesondere auch, dass unsere Führungskräfte wieder mehr Zeit bekommen, sich dem Menschen und der Ausbildung zu widmen. Dafür müssen sie jedoch selbst noch intensiver auf ihre Tätigkeit vorbereitet werden. Alltag ist: Fast jeder sucht sich im Intranet oder Internet die Dinge zusammen, die er braucht beziehungsweise von denen er denkt, sie sind gültig, hilfreich und notwendig. An uns herangetragene Fragen wie: Welcher ist denn nun der derzeit gültige Urlaubsschein? Und welche Befehle muss ich eigentlich dem Personalrat und welche der Vertrauensperson zur Beteiligung vorlegen? zeigen, dass in der Information und Ausbildung unserer Vorgesetzten manchmal andere Schwerpunkte von Nöten wären – gerade in allen Fragen der oft komplexen Beteiligung nach Soldatenbeteiligungsgesetz und Bundespersonalvertretungsgesetz.

Abschließend bedanken wir uns bei allen Weggefährten, egal in welchem Dienstgrad und welcher Dienststellung, ausdrücklich für die gute, konstruktive sowie zielführende Zusammenarbeit und wünschen dem neuen Vorstand Luftwaffe alles Gute für die kommende Legislaturperiode.

Ihr/Euer Detlef Buch und Heiko Stotz



Das deutsche Team bei der prächtigen Abschlussfeier mit Goldmedaillengewinnerin Hauptfeldwebel Lorraine Große-Frintrop (vorn im Rollstuhl)



Welch ein Bild: Prinz Harry hält die Krücken vom überglücklichen Bronze-medaillegewinner Hauptmann Thomas Stuber.

Prinz Harry und der frühere US-Präsident Barack Obama unterhalten sich angeregt.



Das muss man erlebt haben

Dritte Auflage der „Invictus Games“ in Toronto: Gemeinschaftliches Miteinander und Anerkennung für versehrte Soldaten



Weltstars im Duett: Bruce Springsteen (l.) und Bryan Adams bei der Schlussfeier der „Invictus Games“.

Ein Herz für Veteranen: Das bewiesen nicht nur die vielen Zuschauer bei den Weltspielen der versehrten Soldaten in Toronto. Auch Polit- und Unterhaltungsprominenz bekundete ihre Wertschätzung für die Männer und Frauen, die an Leib und Seele verwundet wurden. Mit der dritten Auflage der „Invictus Games“ Ende September hat sich das Großereignis endgültig etabliert. Mehr als 550 Athleten aus den Streitkräften von 17 Nationen maßen sportlich ihre Kräfte. Die Bundeswehr stellte 21 Athleten.

Und die trainierten für die Wettkämpfe an der Sportschule der Bundeswehr in Warendorf, wo die Gruppe Sporttherapie ohnehin spezielle Programme für einsatzgeschädigte Soldaten anbietet. Auf die Medaillenausbeute kam es den Athleten nicht unbedingt an. Das Gemeinschaftsgefühl im Kreis der Kameraden, das gemeinsame Erlebnis der Wettkämpfe und die Anerkennung waren die vorrangigen Triebfedern. Doch umso schöner ist es, wenn es dann doch klappt – vor allem, wenn es der Platz ganz oben auf dem Treppchen ist: Diesen Traum hat sich Hauptfeldwebel Lorraine Große-Frintrop in

Toronto erfüllt. Die 29-Jährige gewann Gold im Kugelstoßen. Sie stieß die Kugel aus dem Sitzen auf eine Weite von 8,16 Metern. Dabei stand Große-Frintrop zunächst gar nicht auf der Teilnehmerliste. Sie wurde nachnominiert und hatte vorher kaum Gelegenheit zum Training. In Toronto zählt sie zu den Athleten, die nicht im Einsatz verwundet wurden, aber durch Krankheit oder nach einem Unfall mit einer körperlichen Einschränkung leben müssen.

Weitere Bundeswehrsportler errangen Medaillen: Oberstleutnant Ralf Kleindienst gewann Silber in zwei Disziplinen mit dem Liegerad. Stabsunteroffizier Thomas Heinecke holte Bronze im Diskuswerfen mit einer Weite von 26,96 Metern und Hauptmann Thomas Stuber gewann Bronze mit dem Handbike.

Gegenseitiger Respekt

Beeindruckt zeigten sich die Athleten vor allem vom gegenseitigen Respekt der Sportler untereinander und der Wertschätzung, die ihnen die Zuschauer entgegenbrachten. „Die Konkurrenten haben an der Ziellinie gewartet, um den anderen zu gratulieren. Die Kanadier hatten großes Interesse an den Spielen – alle Stadien waren gut gefüllt. Das kann man nicht beschreiben, das muss man erlebt haben“, schwärmte Stabsfeldwebel Andreas Eggert, der an einer Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) leidet, gegenüber „bw aktuell“.

Dabei haben die Sportler mit dem schwarz-rot-goldenen Emblem alle ihre individuelle Geschichte. Etwa Oberstabsgefreiter Emanuel Vostinar, der den Zeigefinger nicht mehr krümmen kann, seit er in Afghanistan eine Verletzung durch einen Schuss erlitten hat – aus Versetzen abgefeuert von Vostinars damaligem besten Freund. Oder Thomas Stuber:

Nach einer Knochenkrebskrankung und einer komplizierten Operation ist sein linkes Bein knapp zehn Zentimeter kürzer. Auch Oberstabsfeldwebel Meik Briest trat in Toronto an. Die rechte Gesichtshälfte des 52-Jährigen ist von Narben gezeichnet. Briest war im Sommer 1999 im Kosovo als Kampfmittelbeseitiger. Ein Einheimischer wollte ihm helfen und kam plötzlich mit einer Streubombe, die beim Ablegen detonierte. Der Einheimische und ein weiterer Zivilist starben, weitere Menschen wurden verletzt. Der Bundeswehrsoldat überlebte, doch sein Leben war von nun ein anderes.

Ihnen allen gibt der Sport Halt und tagtäglich Motivation. Mut machte ihnen auch noch ein anderes Beispiel: Kirsten Bruhn, die im Schwimmen sechs Mal Weltmeisterin wurde und bei den Paralympics drei Goldmedaillen gewann, besuchte sie im Trainingslager. Die 47-Jährige ist seit einem Verkehrsunfall querschnittsgelähmt. „Nach dem Unfall war ich mir nicht sicher, wie mein Leben weitergehen soll“, gestand sie im Gespräch mit den Invictus-Athleten. „Der Sport hat mir wieder Normalität und Ziele gegeben.“

Treibende Kraft und Schirmherr der „Invictus Games“ ist der britische Prinz Harry. Ihm ist es gelungen, aus den Spielen, die 2014 in London erstmals über die Bühne gingen, eine Art Olympiade für Veteranen zu machen. Wie groß der Stellenwert der Veranstaltung – und der versehrten Soldaten – inzwischen ist, zeigte sich etwa am Rande eines Spiels der US-amerikanischen Rollstuhlbasketballmannschaft. Dort saßen der frühere US-Präsident Barack Obama und Harry einträchtig plaudernd beieinander. Daneben hatten der ehemalige US-Vize-Präsident Joe Biden und dessen Frau Jill Platz genommen. Und selbst Papst Franziskus unterstützte die Invictus Games. Er hob hervor, wie groß der Dienst für den Frieden sei, den die Athleten für ihre Heimat und für die ganze Welt leisteten. Kein Wunder, dass auch das Rahmenprogramm von allererster Güte war. Unter anderem traten Bruce Springsteen und Bryan Adams bei der Schlussfeier auf. **FH**



Ehemalige und Versorgung

Ausgabe 2017



© Fotolia/Shutterstock



Hauptmann a.D. und
Stabshauptmann d.R.
Albrecht Kiesner,
Vorsitzender ERH

Werte Mitglieder, liebe Leserinnen und Leser,

zugegeben – es ist eine Binsen: Alles hat einmal ein Ende. Das gilt auch für die Dienstzeit, deren Ende von vielen herbeigesehnt (oder gefürchtet) wird. Da ist für alle, egal ob SaZ oder Berufssoldat, eine gründliche Vorbereitung nötig, auch bei der Auswahl der Krankenversicherung. Hilfe dazu finden Sie auf der Seite 51 der FöG in diesem Magazin.

Der November mit Allerheiligen, Volkstrauertag und Totensonntag erinnert uns auch an ein anderes Ende: Was ist, wenn der geliebte Partner nicht mehr ist? Wie gestaltet sich mein weiteres Leben,

auch aus finanzieller Sicht? Informationen speziell zur Versorgung von Witwen und Witwern finden Sie auf den folgenden Sonderseiten „Ehemalige und Versorgung“.

Ein Ende hat auch die vierjährige Amtszeit des Bundesvorstands. Sie läuft mit Beginn der 20. Hauptversammlung im November ab. Es waren bewegte, manchmal aufregende Jahre, in denen wir als DBwV viel erreicht haben, aus meiner Sicht sogar mehr als erwartet.

Ich möchte mich, auch im Namen meines Stellvertreters, bei den Mandatsträgern im Bundesvorstand und den Landesvorständen bedanken. Stets stand bei unserem Miteinander die Sache im Mittelpunkt, auch, wenn die Interessenlage einmal unterschiedlich war. Nur so konnten wir erreichen, was zu erreichen war.

Unser Dank gilt auch unseren Kameradschaften und ihren Mandatsträgern. Ihre Anregungen haben unsere Arbeit sehr befruchtet. Unsere Besuche vor Ort und die Gespräche mit den Mitgliedern waren immer besondere Ereignisse. Ohne Sie alle wäre der Verband nicht das, was er heute ist.

Erwähnt sei weiterhin das große Engagement unserer hauptamtlichen Mitarbeiter. Die mit uns zusammenarbeitenden Referate hatten mit dem Umzug nach Berlin große personelle Fluktuation zu verzeichnen. Die neuen Mitarbeiter haben sich sehr schnell eingearbeitet, die Qualität der Beratung hat nicht gelitten, die Zusammenarbeit ist hervorragend.

Unsere Mandate enden mit Beginn der anstehenden Hauptversammlung. Wir blicken voller Stolz auf das Erreichte und voller Zuversicht auf die neuen Herausforderungen. Zusammen kandidieren wir für eine weitere Amtszeit. Wir würden uns freuen, wenn wir weiterhin Ihr Vertrauen bekämen!

Ihr

Albrecht Kiesner

Das Pflegestärkungsgesetz II und seine Auswirkungen auf die Pflegeleistungen



Foto: ADK-Mediendienst

Eine Pflegerin prüft den Blutdruck einer Seniorin.

Aufgrund einer Gesetzesänderung durch das Pflegestärkungsgesetz (PSG) II gelten seit 2017 neue Grundlagen für die Begutachtung und Einstufung von Pflegebedürftigen. Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass die Änderung in der gesetzlichen Pflegeversicherung zu Verbesserungen im Bereich der Pflegeleistungen führen. Besonders profitieren zum einen die Pflegebedürftigen, die in ihrem häuslichen Umfeld gepflegt werden und zum anderen die Personen mit eingeschränkter Alltagskompetenz (EA) – Pflegestufe Null – von den gesetzlichen Neuerungen.

Die neue Feststellung der Pflegebedürftigkeit

Die Pflegebedürftigkeit hat sich vor dem PSG II vorwiegend auf körperliche Beeinträchtigungen bezogen. Nunmehr soll es hingegen auf die Gesamtschau der körperlichen, kognitiven und psychischen Beeinträchtigungen bei der Beurteilung des Pflegegrads ankommen. Die Gutachter des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen (MDK, zuständig für gesetzlich Pflegeversicherte) beziehungsweise von Medicproof (bei privat Pflegeversicherten) stellen fest, wie selbstständig die pflegebedürftige Person in ihrem alltäglichen Leben ist, um so den Pflegegrad festzulegen. Entscheidend für die Pflegebedürftigkeit sind Beeinträchtigungen der Selbstständigkeit oder Fähigkeitsstörungen in sechs Bereichen (Modulen):

1. **Mobilität,**
2. **kognitive und kommunikative Fähigkeiten,**
3. **Verhaltensweisen und psychischen Problemlagen,**
4. **Selbstversorgung** (die „Grundpflege“ zum Beispiel Körperpflege, Essen und Trinken etc.),
5. **Bewältigung von und selbständiger Umgang mit krankheits- oder therapiebedingten Anforderungen,**
6. **Gestaltung des Alltagslebens und sozialer Kontakte.**

Die einzelnen Module haben dabei unterschiedliche Wertigkeiten beziehungsweise Prozentsätze für die Gesamtbeurteilung.

Überleitung von Pflegestufe zu Pflegegrad:

Alte Pflegestufe	Neuer Pflegegrad
Null (erhebliche eingeschränkte Alltagskompetenz – EA), I	2
I + EA, II	3
II + EA, III	4
III Härtefall, III + EA	5

Das neue Pflegegeld

Erfreulich ist zudem die Entwicklung vom Pflegegeld. Wer sich zu Hause ausschließlich von Freunden und Bekannten pflegen lässt, hat einen Anspruch auf das volle Pflegegeld der gesetzlichen Pflegeversicherung. Das Pflegegeld wurde durch das PSG II zum Teil deutlich angehoben.

Die neuen Leistungsbeträge beim Pflegegeld

Pflegestufe 2016	2016	Pflegegrad	2017
Null	123 Euro	2	316 Euro
I	244 Euro	2	316 Euro
I + EA	316 Euro	3	545 Euro
II	458 Euro	3	545 Euro
II + EA	545 Euro	4	728 Euro
III	728 Euro	4	728 Euro
III + EA	728 Euro	5	901 Euro

Pflegesachleistungen

Bei Beziehen von Pflegesachleistungen kam es ebenfalls zu deutlichen Erhöhungen der Leistungsbeträge. Bei den sogenannten Pflegesachleistungen handelt es sich jedoch nicht um Geld, das direkt an den Bedürftigen fließt, sondern um das Budget, welches das Pflegepersonal zur Verfügung hat.

Die neuen Leistungsbeträge bei den Sachleistungen

Pflegestufe 2016	2016	Pflegegrad	2017
Null	231 Euro	2	689 Euro
I	468 Euro	2	689 Euro
I + EA	689 Euro	3	1298 Euro
II	1144 Euro	3	1298 Euro
II + EA	1298 Euro	4	1612 Euro
III	1612 Euro	4	1612 Euro
III + EA	1612 Euro	5	1995 Euro
Härtefall	1995 Euro	5	1995 Euro

Pflegegeld oder Pflegesachleistungen bei Pflegegrad 1

Pflegeversicherte mit Pflegegrad 1 haben keinen Anspruch auf Pflegegeld bei der Pflege durch Angehörige oder auf Pflegesachleistungen bei der Versorgung durch einen professionellen ambulanten Pflegedienst. Da sie ihr Leben meist noch sehr selbstständig meistern, benötigen sie in der Regel so gut wie keine Unterstützung von Angehörigen oder von professionellen Pflegekräften.

ten. Menschen mit Pflegegrad 1 stehen jedoch 125 Euro für Betreuungs- und Entlastungsleistungen zu, die sie auch für die Grundpflege durch einen ambulanten Pflegedienst nutzen können.

Beihilfe in Verbindung mit der Pflegeheimunterbringung

Grundsätzlich gelten für Beihilfeberechtigte im Bereich der Pflegeheimunterbringung Sonderregeln. Für den Bereich der Heimunterbringung wurde, auch aufgrund des Drucks von Seiten des Deutschen BundeswehrVerbands, eine erhebliche Verbesserung in die Bundesbeihilfeverordnung (BBhV) eingearbeitet. Zur Erläuterung vorab ein Ausschnitt aus der offiziellen Mitteilung des Bundesministeriums des Innern (BMI):

Sicherung des Existenzminimums bei (voll-)stationärer Pflege (§ 39 Absatz 2 BBhV)

Die gesetzliche und private Pflegeversicherung leisten insbesondere bei der stationären Betreuung in Pflegeheimen lediglich Zuschüsse zu den Aufwendungen. Den überschüssenden Betrag müssen die Pflegebedürftigen aus ihren Einkommen bestreiten. Soweit die Einkommen dazu nicht ausreichen, übernehmen in der Regel die Sozialhilfebehörden die Kosten. Mit der Änderung der BBhV wird der Verweis von Beihilfeberechtigten und ihren berücksichtigungsfähigen Angehörigen auf die Sozialhilfe vermieden. Die Neuregelung vermeidet, dass pflegebedürftige Beihilfeberechtigte in unteren Besoldungsgruppen in eine wirtschaftliche Notlage geraten. Die Regelung sieht vor, dass ihnen von ihrem durchschnittlichen monatlichen Einkommen mindestens ein Betrag in Höhe der Summe der nachstehenden monatlichen Beträge verbleibt. Dazu ist ein gesonderter Antrag zu stellen und das Einkommen nachzuweisen. Die Nummern 1 bis 3 tragen dabei dem unabwiesbaren Bedarf für den Lebensunterhalt Rechnung. Die Bemessung ihrer Höhe richtet sich insbesondere nach den Kosten für die Beiträge der die Beihilfe ergänzenden Kranken- und Pflegeversicherung, einer notwendigen Wohnung für nicht pflegebedürftige Angehörige und den allgemeinen Lebenshaltungskosten. Die moderate soziale Abstufung in Nummer 4 trägt der unterschiedlichen Alimentation Rechnung.

Übersicht über die Beträge nach § 39 Absatz 2 Satz 2 Nummer 1 bis 4 BBhV

(Beträge gemäß Besoldungstabelle gültig ab 02/2017)

Betrag/Person	
Nr. 1	Acht Prozent des Grundgehalts der Stufe 8 der Besoldungsgruppe A 13 für jede beihilfeberechtigte und jede berücksichtigungsfähige Person sowie für jede Ehegattin, jeden Ehegatten, jede Lebenspartnerin oder jeden Lebenspartner, für die oder den ein Anspruch nach Absatz 1 oder § 43 des Elften Buches Sozialgesetzbuch besteht. 427,31 Euro
Nr. 2	30 Prozent des Grundgehalts der Stufe 8 der Besoldungsgruppe A 13 für eine beihilfeberechtigte Person sowie für eine Ehegattin, einen Ehegatten, eine Lebenspartnerin oder einen Lebenspartner, für die oder den kein Anspruch nach Absatz 1 oder nach § 43 des Elften Buches Sozialgesetzbuch besteht. 1602,42 Euro
Nr. 3	Drei Prozent des Grundgehalts der Stufe 8 der Besoldungsgruppe A 13 für jedes berücksichtigungsfähige Kind, für das kein Anspruch auf Beihilfe nach Absatz 1 oder nach § 43 des Elften Buches Sozialgesetzbuch besteht. 160,24 Euro
Nr. 4	Drei Prozent des Grundgehalts der letzten Besoldungsgruppe für die beihilfeberechtigte Person. Je nach Besoldungsgruppe

Wichtige Ansprechstellen

Richtig und wichtig ist es, wenn man sich im Fall der Fälle an die zuständige Pflegeversicherung wendet, da von dieser Seite aus die maßgeblichen Schritte zur Einstufung in die Pflegegrade eingeleitet werden. Es gibt jedoch noch weitere unabhängige Beratungsstellen. Die „compass private pflegeberatung GmbH“ ist ein Tochterunternehmen des Verbands der privaten Krankenversicherung und seit einigen Jahren ein verlässlicher Partner des Deutschen BundeswehrVerbands. Als solcher unterstützt „compass“ beispielsweise die Alterssicherungsseminare der Karl-Theodor-Molinari-Stiftung mit Vorträgen zum Thema Pflege und bietet bundesweit – kostenfrei und unabhängig – Pflegeberatung für privat Pflegeversicherte und deren Angehörige. Die telefonische Pflegeberatung steht allen privat versicherten Ratsuchenden offen

und ist unter der gebührenfreien Servicenummer (0800) 101 88 00 (Montag bis Freitag 8 bis 19 Uhr; samstags von 10 bis 16 Uhr) zu erreichen.

Wechsel der Zuständigkeiten für Beihilfeangelegenheiten

Nachdem die Zuständigkeiten der Beihilfe vom Bundesinnen- auf das Finanzministerium wechselten, ist das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) zum 1. Juni 2017 in das Bundesverwaltungsamt (BVA) integriert worden.

Es handelt sich dabei ausdrücklich nur um eine formelle Umstrukturierung. Die bisherigen Ansprechpartner und zuständigen Beihilfestellen bleiben

Foto: Getty Images



Entscheidend für die Pflegebedürftigkeit sind Beeinträchtigungen der Selbstständigkeit oder Fähigkeitsstörungen in verschiedenen Bereichen.

unverändert bestehen. Personelle Veränderungen, wie von einigen Beihilfeberechtigten befürchtet, gab es durch den Wechsel nicht. Lediglich die Adressierung hat sich etwas verändert:

Bundesverwaltungsamt
 Dienstleistungszentrum
 Beihilfestelle Düsseldorf 1
 Referat B II 2
 Wilhelm-Raabe-Straße 46
 40470 Düsseldorf

Hotline:
 Montag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr und Freitag von 9 bis 12 Uhr
 Telefon: (022899) 358 63-2596 (für Versorgungsempfänger der Bundeswehr mit Erstantragstellung)
 sonst wählen Sie bitte die im Bescheid angegebene Nummer.

Bundesverwaltungsamt
 Dienstleistungszentrum
 Beihilfestelle Stuttgart
 Referat B I 5
 Löwentorzentrum – Heilbronner Straße 186
 70191 Stuttgart

Hotline:
 Montag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr und Freitag von 9 bis 12 Uhr
 Telefon: (022899) 358 66-2888
 Für konkrete Fragen wählen Sie bitte während der Servicezeiten, Montag bis Freitag 8 bis 16.30 Uhr, die im Bescheid angegebene Nummer. **SJL**

Die neuen Anträge gibt es auf der Webseite des BVA unter <http://bit.ly/2hNbPMC>



Foto: Fotolia

Hinterbliebene von in Folge eines Einsatzunfalls verstorbenen Soldaten erhalten einen Ersatz für Sach- und Vermögensschäden.

Hinterbliebenenversorgung der Berufssoldaten

Die Hinterbliebenen von Beamten auf Lebenszeit, Richtern und Berufssoldaten haben Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung. Die nachfolgenden Informationen zielen jedoch lediglich auf die Gruppe der Berufssoldaten ab. Eingetragene Lebenspartnerschaften sind versorgungsrechtlich einer Ehe gleichgestellt.

Die Hinterbliebenenversorgung umfasst folgende Leistungen:

- Sterbegeld
- Witwen- oder Witwengeld¹⁾
- Witwen- oder Witwerabfindung
- Waisengeld
- Unterhaltsbeiträge
- Schadensausgleich (bei Einsatzunfall)
- Einmalbeträge (bei Einsatzunfall)

¹⁾ Im Folgenden wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit kurz von Witwengeld gesprochen. Die Regelungen gelten aber auch für Witwer, für die die Hinterbliebenenversorgung bei Berufssoldaten greift.

Bezüge für den Sterbemonat

Die für den Sterbemonat bereits gezahlten Dienst- oder Versorgungsbezüge verbleiben den Erben. Eine Rückforderung für den Anteil, der auf die Zeit nach dem Todestag entfällt, erfolgt nicht.

Sterbegeld

Verstirbt ein Berufs- oder Ruhestandssoldat, wird ein Sterbegeld gezahlt. Es beträgt das Zweifache der im Sterbemonat zustehenden Dienst- oder Versorgungsbezüge und wird grundsätzlich dem überlebenden Ehegatten oder Lebenspartner gezahlt. Kinder oder Enkelkinder erhalten es nur dann, wenn sie berechtigt sind, Waisengeld oder einen Unterhaltsbeitrag zu beziehen und wenn sie zum Zeitpunkt des Todes zur häuslichen Gemeinschaft der Verstorbenen gehört haben. Das Sterbegeld gehört nicht zum Nachlass.

Sind die genannten Personen nicht vorhanden, werden demjenigen, der die Kosten der Bestat-

tung oder letzten Krankheit getragen hat, entsprechende Aufwendungen erstattet. Die Höhe der zu erstattenden Aufwendungen ist durch das Zweifache der im Sterbemonat zustehenden Dienst- oder Versorgungsbezüge begrenzt.

Witwengeld

Das Witwengeld beträgt grundsätzlich 55 Prozent des Ruhegehalts, das der Verstorbene erhalten hat oder hätte. Wurde die Ehe vor dem 1. Januar 2002 geschlossen und ist mindestens ein Ehepartner vor dem 2. Januar 1962 geboren, beträgt das Witwengeld 60 Prozent. Voraussetzung ist, dass die Ehe mindestens ein Jahr gedauert hat, und der Ruhestandssoldat zum Zeitpunkt der Eheschließung die Altersgrenze nach dem Bundesbeamtengesetz (65 bis 67 Jahre je Geburtsjahrgang) noch nicht erreicht hat.

Bezog der Verstorbene noch kein Ruhegehalt, so ist von dem Ruhegehalt auszugehen, das er erhalten hätte, wenn er am Todestag wegen

Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt worden wäre.

Bezieht eine Witwe neben dem Witwengeld ein Erwerbs- oder Erwerbsersatzekommen, einen weiteren Versorgungsbezug, eine Rente oder eine Versorgung aus zwischenstaatlicher oder überstaatlicher Verwendung, so unterliegt das Witwengeld den Ruhensvorschriften.

Für Witwen von Berufssoldaten, die in Folge eines Einsatzunfalls ums Leben gekommen sind, beträgt das Witwengeld regelmäßig 60 Prozent des Unfallruhegehalts.

Das Unfallruhegehalt, das auch bei einem qualifizierten Dienstunfall zum Tragen kommt, beträgt 80 Prozent der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der übernächsten Besoldungsgruppe. Dabei gelten Mindestbesoldungsgruppen (für Stabsoffiziere B3, für Berufsoffiziere A12 und für Berufsunteroffiziere A9).

Kinderzuschlag zum Witwengeld

Besteht ein Anspruch auf Witwengeld in Höhe von 55 Prozent und wurden Kinder erzogen, erhöht es sich um einen Kinderzuschlag.

Witwenabfindung

Heiratet eine Witwe mit Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung erneut, erlischt dieser mit Ablauf des Monats, in dem die neue Ehe geschlossen wurde. Es wird jedoch eine Abfindung gezahlt. Diese Abfindung beträgt das 24-fache des Witwengelds und ist einkommensteuerfrei.

Endet die neue Ehe, so lebt der Anspruch auf Witwengeld wieder auf. Einkünfte, die aufgrund der neuen Ehe bestehen, werden auf das Witwengeld angerechnet.

Waisengeld

Anspruch auf Waisengeld haben die leiblichen und die vom Verstorbenen selbst angenommenen Kinder. Halbweisen erhalten zwölf Prozent, Vollweisen 20 Prozent des Ruhegehalts, das der Verstorbene erhalten hat oder hätte.

Nach Vollendung des 18. Lebensjahres wird das Waisengeld nur gezahlt, wenn sich die Waise in Schul- oder Berufsausbildung befindet. Längstens wird es bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres gezahlt. Eine Ausnahme besteht für Waisen, die aufgrund einer schweren Behinderung nicht in der Lage sind, selbst für ihren Unterhalt zu sorgen.

Unterhaltsbeiträge

Hatte der Ruhestandssoldat zum Zeitpunkt der Eheschließung bereits die Regelaltersgrenze nach dem Bundesbeamtengesetz erreicht, steht dem überlebenden Ehegatten kein Witwengeld zu. Es kann jedoch ein Unterhaltsbeitrag in Höhe des Witwengeldes gewährt werden. Erwerbs- und Erwerbsersatzekünfte sind jedoch auf den Unterhaltsbeitrag anzurechnen.

Hatte ein geschiedener Ehegatte einen Anspruch auf einen schuldrechtlichen Versorgungsausgleich, kann nach dem Tod des Ausgleichspflichtigen unter Umständen ein Unterhaltsbeitrag gezahlt werden.

Schadensausgleich

Hinterbliebene von in Folge eines Einsatzunfalls verstorbenen Soldaten erhalten einen Ersatz für Sach- und Vermögensschäden. Hierunter fällt auch die sogenannte Ausfallbürgschaft für den Ausfall von Versicherungsleistungen aufgrund einer sogenannten Kriegsklausel.

Einmalbeträge

Für die Angehörigen aller Statusgruppen wird bei einem Einsatzunfall und einer dadurch bedingten Minderung der Erwerbsfähigkeit von mindestens 50 Prozent bei Beendigung des Dienstes eine einmalige Entschädigung gewährt.

schaffen, so besteht kein Anspruch auf Witwengeld.

Junge Witwen:

Bei Heirat eines Ehepartners, der 20 oder mehr Jahre jünger ist, wird das Witwengeld gekürzt, sofern aus der Ehe kein Kind hervorgegangen ist. Die Kürzung beträgt für jedes Jahr des Altersunterschieds über 20 Jahre fünf Prozent, jedoch höchstens 50 Prozent.

Nach fünfjähriger Ehedauer werden für jedes Jahr der Weiterdauer dem gekürzten Witwengeld wieder fünf Prozent hinzugesetzt, bis der volle Betrag wieder erreicht ist.

Foto: Pixabay



Verstirbt ein Berufs- oder Ruhestandssoldat, wird ein Sterbegeld gezahlt.

Stirbt der Soldat in Folge dieses Einsatzunfalls, beträgt die einmalige Entschädigung für die Witwe und versorgungsberechtigte Kinder derzeit 100 000 Euro.

Einschränkungen bei der Hinterbliebenenversorgung

Sterbettehe:

Stirbt ein versorgungsberechtigter Ehepartner innerhalb eines Jahres nach Eheschließung und ist die Ehe nur in der Absicht eingegangen worden, dem anderen Ehepartner eine Versorgung zu ver-

Besonderheiten

Ist die Witwe in der gesetzlichen Krankenversicherung pflichtversichert, wird das Witwengeld um die Beiträge für die gesetzliche Krankenkasse in Höhe von 14,6 Prozent (gegebenenfalls mit Zusatzbeitrag) sowie für die gesetzliche Pflegeversicherung in Höhe von 1,275 Prozent gemindert. Im Sterbejahr und im darauffolgenden Jahr unterliegen die Gesamteinkünfte der Witwe einer Besteuerung in der Lohnsteuerklasse III, im darauffolgenden Jahr fällt sie in die Steuerklasse I zurück.

EKM

Versorgung von Berufssoldaten mit Vordienstzeiten in der NVA

Die Versorgung der in die Bundeswehr übernommenen Berufssoldaten mit Vordienstzeiten in der ehemaligen NVA bleibt regelmäßig beträchtlich hinter dem Niveau eines vergleichbaren Kameraden mit ausschließlicher Dienstzeit in der Bundeswehr zurück. Grundsätzlich wird nämlich nur der Wehrdienst in der Bundeswehr als ruhegehaltfähige Dienstzeit und damit versorgungsrelevant anerkannt. Die Vordienstzeiten in der NVA wurden auf der Basis des Einigungsvertrags als Zeiten der Zugehörigkeit zu einem Sonderversorgungssystem in die gesetzliche bundesdeutsche Rentenversicherung überführt.

Eine Altersrente aus diesen Zeiten steht Betroffenen jedoch erst nach Erreichen der Regelaltersgrenze (65 bis 67 Jahre je nach Geburtsjahrgang) zu, sodass zwischen der Versetzung in den Ruhestand als Berufssoldat nach Überschreiten einer besonderen oder allgemeinen Altersgrenze und dem Einsetzen der Altersrente eine teilweise erhebliche Versorgungslücke klafft. Diese wurde – nicht zuletzt auf Intervention des Deutschen Bundeswehrverbands – durch Anwendung der Regelungen des § 26 a des Soldatenversorgungsgesetzes (SVG) teilweise geschlossen.

Vorübergehende Erhöhung des Ruhegehaltsatzes gemäß § 26 a SVG

Ein Soldat im Ruhestand hat die Möglichkeit, für die Zeit zwischen Pensionierung und Beginn der Altersrente seinen erdienten Ruhegehaltsatz auf Antrag erhöhen zu lassen. Hierzu sind folgende Voraussetzungen gefordert:

- Erfüllung der Wartezeit von 60 Kalendermonaten für eine Rente der gesetzlichen Rentenversicherung,
- Versetzung in den Ruhestand wegen Erreichens einer besonderen Altersgrenze,
- ein Ruhegehaltsatz von 66,97 Prozent darf noch nicht überschritten sein
- und kein durchschnittlicher Hinzuverdienst von mehr als 525 Euro nach Erreichen des Zuruhesetzungsalters für altersmäßig vergleichbare Bundespolizisten (§5 BPolBeamtGes).

Für jedes volle bei der Rente zu berücksichtigende Jahr mit Pflichtbeiträgen in der ehemaligen DDR werden 0,95667 Prozent der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge bei der Pension anerkannt. Dabei zählen keine Monate mit, die zugleich auch bei der Pension berücksichtigt werden (sogenannte Zeiten als Weiterverwender nach dem 3. Oktober 1990 bis zur Ernennung zum Soldaten auf Zeit).

Pension und Rente nach Erreichen des Rentenalters

Nach Erreichen des Regelrentenalters fällt die vorübergehende Pensionserhöhung spätestens weg. Gleichzeitig setzt die Altersrente ein. Ab diesem Zeitpunkt gilt die Ruhensregelung des § 55a Soldatenversorgungsgesetz. Ruhegehalt (erdiente Versorgung) und Rente dürfen zusammen eine im Gesetz festgelegte Höchstgrenze nicht überschreiten. Zu deren Berechnung wird eine fiktive ruhegehaltfähige Dienstzeit für den Gesamtzeitraum bis zum Eintritt in den Ruhestand als Berufssoldat unterstellt (berufliche Zeiten in der ehemaligen DDR zuzüglich Dienstzeit als Soldat der Bundeswehr). Pension und Rente zusammen dürfen dabei 71,75 Prozent der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge nicht überschreiten. Ansonsten wird der überschreitende Betrag von der Pension abgezogen.

In Fällen zurückliegender Zuruhesetzungen wird leider eine (zusätzliche) Ruhensregelung regelmäßig dazu führen, dass neben der Rente nur die erdiente Versorgung – gegebenenfalls zuzüglich des Erhöhungsbetrags von 30,68 Euro – zur Auszahlung kommt. Diese zweite Kürzungsregelung gilt aber nur, wenn die Mindestversorgung – derzeit 1676,44 Euro – höher als die in der Bundeswehr erdiente Versorgung ist.

Der Deutsche Bundeswehrverband ist weiterhin bemüht, die Deckelung der erdienten Versorgung von 66,97 Prozent für die Anwendung des § 26 a SVG zu beseitigen. *EKM*



Foto: dpa/ADN

Ehemalige Soldaten der Nationalen Volksarmee der DDR, die mit der deutsch-deutschen Vereinigung zur Bundeswehr gehören, beim ersten Appell des Bundeswehrkommandos Ost am 4. Oktober 1990 in Straußberg



Foto: Bundeswehr/Zins

Erstes feierliches Gelöbnis der vereinigten Armee in Bad Salzungen im Oktober 1990

Wer ist beihilfeberechtigt in der Beihilfe?

Man unterscheidet in der Bundesbeihilfe in beihilfeberechtigte und berücksichtigungsfähige Personen. Beihilfeberechtigte Personen sind unter anderem Beamte sowie Versorgungsempfänger.

Wer ist berücksichtigungsfähig in der Beihilfe?

Kinder, für die der Beihilfeberechtigte einen Familienzuschlag erhält, gehören zu den berücksichtigungsfähigen Angehörigen und haben damit Anspruch auf Beihilfe. Berücksichtigungsfähige Personen können aber vor allem Ehepartner und eingetragene Lebenspartnerschaften nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz sein, deren Einkommenssituation aber eine gewisse Grenze nicht übersteigen darf.

Gemäß der Bundesbeihilfeverordnung sind Ehe- und Lebenspartner von beihilfeberechtigten Personen nur dann berücksichtigungsfähig, wenn der Gesamtbetrag der Einkünfte im Vorvorjahr vor der Antragstellung 17 000 Euro nicht überstieg. Für 2017 eingehende Anträge, in denen Aufwendungen des Partners ge-



Kinder haben Anspruch auf Beihilfe.

Anspruch auf Beihilfe

Der Gesamtbetrag der Einkünfte darf im Vorvorjahr vor der Antragstellung bei nicht mehr als 17 000 Euro liegen.



Foto: Pixabay

genüber der Beihilfestelle geltend gemacht werden, ist folglich der Einkommensteuerbescheid 2015 entscheidend. Der maßgebliche Betrag wird im Steuerbescheid als „Gesamtbetrag der Einkünfte“ ausgewiesen.

Alternativ kann auf Antrag geprüft werden, ob im laufenden Kalenderjahr das Einkommen unter 17 000 Euro bleiben wird. Wenn das glaubhaft gemacht wird, kann unter dem Vorbehalt des Widerrufs Beihilfe gewährt werden. Zum Jahresschluss wird dann abschließend der Einkommenssteuerbescheid abgefragt und das tatsächlich erzielte Einkommen nachgeprüft. Das könnte Partner betreffen, die aus dem aktiven Arbeitsleben ausscheiden und in die Rente übergehen und daraus resultierend im Vorvorjahr noch das höhere Arbeitseinkommen hatten, aber im

laufenden Jahr durch die geringere Rente unter der Einkommensgrenze von 17 000 Euro bleiben werden – und damit auf Antrag wieder beihilfefähig sein können.

Übersteigt das Einkommen später die Grenze, verliert der Ehe- oder Lebenspartner den Anspruch auf Beihilfe. Darüber hinaus gilt, dass die Beihilfe der berücksichtigungsfähigen Person immer an die beihilfeberechtigte Person gebunden ist – fällt bei dieser die Beihilfe weg, verliert auch der Ehe- oder Lebenspartner den Anspruch. Auch eine Scheidung würde beispielsweise zum Verlust der Beihilfe führen. Mögliche Szenarien müssen bei der Lebensplanung berücksichtigt werden. Ein Wechsel in eine andere Krankenversicherung kann mitunter teuer oder sogar unmöglich sein.

Beihilfeanspruch auch für gesetzlich Versicherte?

Sofern die Voraussetzungen erfüllt sind, bleibt der grundsätzliche Anspruch auf Beihilfe für Ehe- und Lebenspartner auch dann bestehen, wenn die Pflicht zu einer gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) besteht. Allerdings müssen dann die sogenannten Sach- und Dienstleistungen aus der GKV vorrangig genutzt werden. Nur in sehr wenigen Ausnahmen kann eine Beihilfe darüber hinaus gewährt werden. Dazu gehören unter anderem:

- Aufwendungen für den Heilpraktiker und von diesem verordnete verschreibungspflichtige Arzneimittel.
- Auch Aufwendungen für Zahnersatz (Brücken und Prothesen) sowie Kronen sind beihilfefähig, allerdings unter Anrechnung der höchstmöglichen Kassenleistung (Festzuschuss zwischen 50 Prozent bis 65 Prozent). Auch Zahnimplantate können unter bestimmten Voraussetzungen beihilfefähig sein.
- Prophylaktische zahnärztliche Leistungen sind ebenfalls beihilfefähig. Darunter fällt unter anderem auch die professionelle Zahnreinigung.
- Ferner sind Aufwendungen für sogenannte Wahlleistungen im Krankenhaus beihilfefähig, das bedeutet Chefarztbehandlung und Zweibettzimmer, abzüglich eines Selbstbehalts von 14,50 Euro täglich.

Aufgrund des Sachleistungsanspruchs gegenüber der GKV sind die Aufwendungen für folgende Leistungen dagegen nicht beihilfefähig: konservierende Zahnbehandlungen (Einlagefüllungen/Inlays und plastische Füllungen), kieferorthopädische Behandlungen, psychotherapeutische Behandlungen, Heilmittel, Hilfsmittel, häusliche Krankenpflege, allgemeine Krankenhausleistungen.

TK

Reservistendienste in der Bundeswehr sind auch finanziell attraktiver geworden.

Reservistendienst als ehemaliger Berufssoldat

Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz

In den vergangenen Jahren ist der Bedarf der Bundeswehr an Reservisten kontinuierlich gestiegen. Zusätzlich sind Reservistendienste aufgrund des neuen Unterhaltssicherungsgesetzes (USG) in der Gesamtbetrachtung finanziell attraktiver geworden. Die kontinuierliche Erhöhung der zur Verfügung stehenden Stellen für Reservisten ist ein deutlicher Beleg hierfür. Im Folgenden sollen speziell für die Gruppe der ehemaligen Berufssoldaten die möglichen USG-Leistungen dargestellt werden.

Grundsätzlich setzen sich die Leistungen für Reservistendienst Leistende, ehemalige Berufssoldaten, wie folgt zusammen: Zunächst einmal erhalten sie die Mindestleistung für Versorgungsempfänger nach § 9 Abs. 3 USG. Dabei wird ihnen mindestens der Unterschiedsbetrag zwischen ihren Versorgungsbezügen (netto) und den ruhegehaltfähigen Dienstbezügen (netto) nach der Endstufe ihrer jeweiligen Besoldungsgruppe gewährt, da die Mindestleistung an die Nettobesoldung von Soldaten angeglichen ist.

Hinzu kommt, wie bei jedem Reservistendienst Leistendem, die Reservistendienstleistungsprämie nach § 10 Abs. 1 USG. Sie ist in ihrer Höhe abhängig vom Dienstgrad. Ein Stabsfeldwebel erhält zum Beispiel 24,68 Euro am Tag und ein Oberstleutnant 27,15 Euro am Tag. Bei einem Standort im Ausland kommt je nach Dienstgrad ein Zuschlag zwischen 10,18 Euro und 16,83 Euro pro Tag hinzu.

Zusätzlich zu den bisher genannten Leistungen kann bei Erfüllen der jeweiligen Voraussetzungen noch ein Verpflichtungszuschlag nach § 10 Abs. 3 USG gewährt werden. Wer sich vor

dem ersten Tag des Reservistendienstes auf die Ableistung von mindestens 19 beziehungsweise 33 Tagen Reservistendienst pro Kalenderjahr verpflichtet, erhält bei Erfüllung der Verpflichtung 25 Euro beziehungsweise 35 Euro pro Tag, höchstens jedoch 1470 Euro pro Jahr.

Ein Reservistendienst ist also immer dann finanziell besonders attraktiv, wenn die möglichen Verpflichtungszuschläge zur Auszahlung kommen. Andererseits sind mit der Annahme der Verpflichtung eben auch die zuvor genannten 19 beziehungsweise 33 Tage mindestens abzuleisten, um die Zuschläge zu erhalten. Bei Nichterfüllung entfällt der Anspruch auf den Verpflichtungszuschlag komplett.

Trend zu längeren Diensten

Bei längeren Reservistendiensten kommt die „Deckelung“ des Verpflichtungszuschlags bei maximal 1470 Euro im Jahr zum Tragen und die maximal möglichen monatlichen Leistungen verringern sich. Ungeachtet dessen ist unlängst ein Trend hin zu mehrmonatigen Reservisten-

diensten bei ehemaligen Berufssoldaten festzustellen. In der Folge stehen weniger Reservistendienstleistungstage für kürzere Wehrübungen zur Verfügung und darüber hinaus wächst die Gefahr einer Verwässerung der besonderen Altersgrenze.

Die Absicherung von Reservisten im Krankheitsfall ist über den Dienstherrn gegeben, da für den Zeitraum der Dienstleistung beziehungsweise Übung Anspruch auf unentgeltliche truppenärztliche Versorgung besteht. Allerdings können die Beiträge zu einer privaten Krankenversicherung im Hinblick auf Unterhaltssicherungsleistungen nicht erstattet werden, auch nicht als Ruhensbeiträge.

Es bleibt festzuhalten, dass die möglichen finanziellen Leistungen wie dargestellt durchaus sehr attraktiv sein können. Zumal sie steuerfrei sind und nicht dem Progressionsvorbehalt unterliegen. Hinzu kommt noch der ideelle Wert, sich für die Gesellschaft und das Gemeinwohl einzusetzen. Andererseits besteht kein Anspruch auf einen Reservistendienst und somit bleibt immer ein gewisses Restrisiko hinsichtlich der Planbarkeit und nachdem in 2016 und 2017 die verfügbaren Stellen für Reservisten knapp wurden, gilt es letzteren Hinweis besonders zu beachten.

Bitte beachten Sie, dass beispielsweise Kurzübungen oder Dienstliche Veranstaltungen (DVag) hier aus Platzgründen nicht näher betrachtet wurden.

Dienstgradabzeichen eines Oberstabsfeldwebels (OStFw) der Bundeswehr mit einer Litze der Reservisten



Foto: Dbw/Willem gr. Darrelmann

Briefe an die Redaktion

Schon früher

Zum Schwerpunkt „Spieße“

Die Bezeichnung Spieß lässt sich sogar bis in die Landsknechtsära zurückführen. Er war ein schlachterfahrener Landsknecht und sogenannter „Amtsträger“ im „Haufen“ und erhielt doppelten Sold. Seine Aufgabe als Weibel, später Gemein- oder Feldweibel, bestand in der Ausbildung seines Fähnleins und der Unterstützung seines Hauptmanns bei der Führung und Organisation. Er war besonders hervorgehoben durch seine Bewaffnung mit einer Hellebarde im Ausrichten des Fähnleins, das Vorantreiben im Gefecht und das Niederstoßen von Fliehenden in der Schlacht. Aus diesem Grunde war sein Platz hinter seiner Truppe. Dieser Ort für den Spieß hat sich in der Tradition der Bundeswehr definitiv gehalten.

Die Aufgaben werden in verschiedenen Abhandlungen über Landknechte, den 30-jährigen Krieg, die Aufstellung der Truppe und daraus abgeleiteten Dioramen nachvollziehbar, etwa im Bayrischen Armeemuseum in Ingolstadt, und dort gerne auch fundiert erläutert.

Ihre Erklärung zur Bezeichnung „Spieß“ beschreibt einen Teil der Definition des Portepeunteroffiziers. Das Portepe, französisch *porte-épée*, wörtlich in etwa: Degenhalter, wurde bereits im 16. Jahrhundert im Französischen verwendet. Es bezeichnete zunächst alle Griffschlaufen für Seitenwaffen (Degen, Säbel, Pallasch, Schwert), egal, ob sie von Mannschaften, Unteroffizieren oder Offizieren geführt wurden. Das Portepe sollte, insbesondere bei berittenen Kämpfern, einerseits verhindern, dass im Kampf die Waffe aus der Hand auf den Boden fallen konnte, andererseits ermöglichen, eine Feuerwaffe (Pistole) zu gebrauchen, ohne die Klinge in die Scheide stecken zu müssen.

Im 18. Jahrhundert entwickelte sich daraus ein Standesabzeichen für preußische Offiziere. Damit hatten sie in und außer Dienst den Anspruch auf die ihrem Rang zustehenden Ehrbezeugungen. Den preußischen Feldwebeln wurde das Portepe seit 1741 zunächst in Tei-

len der Garde, ab 1789 allgemein zugebilligt.

Aus dem ursprünglichen Leder- oder Stoffriemen entwickelte sich die Halteschleufe, die Quaste, mit nuss- oder eichelähnlichem Ende, mit dem der Säbel am Koppel getragen wurde. Die von den Offizieren schon früh bevorzugte Ausführung aus Metallgestalt in Silber oder Gold hat sich in der Tradition der Bundeswehr als Paspelierung des Offiziers- oder Feldwebelkragens entwickelt.

Stabsfeldwebel a.D. Hans Braun,
Ingolstadt

Gefühle negiert

Zur Traditionspflege in der Bundeswehr, September-Ausgabe

Der Artikel „Traditionspflege in der Bundeswehr“ von Oberst Hans Hubertus Mack ist insgesamt enttäuschend, weil er keine Antwort darauf gibt, wie die Traditionspflege unserer Armee aussehen könnte und sollte – und das nach 62 Jahren ihrer Existenz! Und das aus der Feder eines eigentlich kompetenten Autors, der sowohl Soldat als auch Wissenschaftler ist und das Zentrum für Militärgeschichte leitet.

Unbestritten sind zwei seiner Kernaussagen: „Eine Armee braucht Tradition.“ Und: „Eine Armee ohne Geschichte ist nicht vorstellbar.“ Diese Aussage kann ich voll unterschreiben. Aber wie passt dazu der exorzistische Bildersturm, den die Verteidigungsministerin in den letzten Monaten vom Zaun gebrochen hat? Oder durfte der Oberst gar nicht konkret werden, um ja nichts falsch zu machen?

Die Angelsachsen machen eine klare Trennung zwischen der Pflichterfüllung des Soldaten und der Verantwortung der befehlgebenden Autorität (Machthaber, Staatschef, König usw.)

Ein Beispiel: Totenehrung für die gefallenen Tausenden von Soldaten auf Kreta in den fünfziger Jahren. Die englischen Offiziere hatten keinerlei Verständnis dafür, dass die Bundeswehr (zunächst) keine Ehrenabordnung entsandt hatte! Im Klartext: Man kann nicht die Tausenden gefallenen Soldaten dafür verantwortlich machen, dass sie für die „falsche Fahne“ gekämpft

haben! Ein tapferer Soldat kann immer ein Vorbild sein, wenn er seine soldatische Pflicht erfüllt, genau so sollten wir auch unsere Gefallenen im Afghanistan-Einsatz sehen.

Traditionspflege kann nicht heißen, dass die heutigen Soldaten der Bundeswehr die zwölf Jahre, in denen ihre Großväter und Urgroßväter gekämpft haben und auch gefallen sind, einfach wegschämen sollen! Denkt überhaupt noch einer an die Gefühle der Hinterbliebenen, wenn die Geschichten dieser Kriegsgeneration einfach negiert werden?

Als ich 1958 die Uniform anzog, waren alle meine Vorgesetzten noch kriegsgediente Soldaten, denen wir hohen Respekt zollten. Über das Unvermögen, heute Tradition zu definieren, können sie (soweit sie noch leben) und ich nur den Kopf schütteln.

Oberstleutnant a.D.
Albrecht Dinkel, Brey/Rhein

Streitgespräche

Ebenfalls zur Traditionspflege in der Bundeswehr, hier: Gastbeitrag „Die Bundeswehr ist eine Erfolgsgeschichte“, Oktober-Ausgabe

Stimme vorbehaltlos zu: Die Bundeswehr ist eine (62-jährige) Erfolgsgeschichte.

Doch lassen sich die heute öffentlich geäußerten Fragen und Zweifel über den wirklichen NS-Anteil im Traditionsverständnis der deutschen Streitkräfte mit Wolffsohns knapper halbspaltiger Begründung ausräumen? Er stellt dabei den Personalgutachterausschuss (PGA) als den Custodien, den Bw-Torwächter dar, der – sachlich nicht richtig – alle Wehrmachtsangehörige, insbesondere ihre Haltung zum „20. Juli 1944“, untersucht habe. Vielmehr war es aber dessen – vom Bundestag per Gesetz am 23. Juli 1955 festgelegten – Aufgabe, „Soldaten, die für die Einstellung mit Dienstgrad vom Oberst aufwärts vorgesehen sind, auf ihre persönliche Eignung zu überprüfen.“ Auf das Thema „20. Juli“ konnte sich also jeder Bewerber zuvor einstellen, um „richtig“ zu antworten.

Die „Bundeswehrtür“ öffnet sich dann bei mindestens 2/3-PGA-Mehrheit für ihn, wenn ihm neben allgemein belastenden Kriterien auch andere NS-Altlasten

nicht vorgehalten/bewiesen werden konnten. So wurden von etwa 600 Bewerbern 85 Prozent eingestellt, sechs Prozent abgelehnt, während neun Prozent ihren Antrag zurückzogen.

Eine Beweisführung war dem PGA in der Regel kaum möglich: Kameraden schwiegen, NS-Verbrechens-Prozesse wurden in der BRD erst danach geführt, diesbezügliche spätere Anschuldigungen gegen die PGA-Überprüften wurden nicht mehr offiziell untersucht; man verwies auf die vorangegangene, abschließende Überprüfung durch den PGA. So etwa in Fällen danach eingehender Hinweise auf deren Verantwortung als Gerichtsherren oder deren Bestätigung von Todesurteilen der ihnen zugeordneten Kriegsgesichte, unmittelbar vor und nach der Kapitulation.

Eigentlich konnte das BMVg gar nicht mehr reagieren, denn alle personenbezogenen PGA-Akten wurden unmittelbar nach dessen Auflösung im November 1957 vernichtet! Es war die Zeit des „Schlussstrichziehens“. Doch auch heute hört man noch den alles entschuldigende Satz des ehemaligen Marinerichters Filbinger „Was damals Rechtsens war, kann heute nicht Unrecht sein.“

Als Freiwilliger, 1958 eingetreten, möchte ich noch anmerken, dass die Erfolgsgeschichte auch von uns, den Nichtkriegsgedienten, den zur Nachvätergeneration Gehörenden mitwirkend begleitet, gewiss auch bisweilen beeinflusst wurde. Unvergessen sind die Streitgespräche mit kriegsgedienten Vorgesetzten abends in der Offiziers-Messe. Zwar habe ich nie den Versuch einer NS-Indoktrinierung erlebt, doch beim Thema „20. Juli“ outeten sich stets einige der „Alten“ mit „Eidbrecher“, „Vaterlandsverräter“ oder „Netzbeschmutzer“.

Ich bin überzeugt, dass unsere nachrückenden Generationen den richtigen Traditionsweg finden werden. Gibt es doch nach über 60 Jahren Bundeswehr hinreichend viele Beispiele herausragender Einzelleistungen.

Sich derer zu erinnern und zu gedenken, ist die Antwort auf „Wieviel Wehrmacht braucht die Bundeswehr (noch)?“

Kapitän zur See a.D.
Peter Mohr, Rheinbach



Neues vom Vorstand Marine

Fregattenkapitän
Marco Thiele

Oberstabsbootsmann
Roy Meinhard

Liebe Kameradinnen und Kameraden,

die Wahlen zum Deutschen Bundestag sind gelaufen. Im November schon eine eher „alte“ Mitteilung. Auch wenn diese Zeilen deutlich vor dem Erscheinungsdatum entstehen, bin ich mir trotzdem sicher, dass es noch dauern wird, bis wir eine Regierungskoalition haben. Der eine oder andere wird sich nun fragen, was das für uns in der Marine bedeutet. Auf den ersten Blick und von außen betrachtet sieht es ja ganz gut aus. Neue Schiffe,

Boote und Hubschrauber sind im Zulauf. Zusätzliche Stellen sind geschaffen und zuletzt sogar mit der zweiten Bordeinsatzkompanie auch eine neue Einheit.

Aber das ist nur das, was außerhalb der Marine wahrgenommen wird. Innen drin „brodelt“ es weiter. Das mögen viele anders sehen – und tatsächlich variiert der Grad der Unzufriedenheit auch je nach Dienststelle, Verwendung, Laufbahngruppe und so weiter. Das zeigt – positiv betrachtet –, dass der Dienst in der Marine an sich weiterhin attraktiv ist. Die Argumentation dafür lautet: „Wenn

die Kameradinnen und Kameraden Zeit haben, sich um sogenannte Kleinigkeiten zu kümmern, geht es ihnen insgesamt gut.“ Man kann es sich natürlich einfach machen. Und ja, es ist toll und macht insgesamt Spaß, in der Marine zu dienen!

Aber diese „Kleinigkeiten“ machen den Dienst zunehmend unattraktiv, darauf haben wir in letzter Zeit immer wieder hingewiesen. Sei es das weiterhin fehlende Personal bei einer unverändert hohen Einsatzbelastung, die unzureichende Infrastruktur oder der Mangel an einer vernünftigen Betreuungskommunikation in See – all diese Themen müssen weiter vorangetrieben werden. Und genau daran hakt es ohne neue Regierung. Natürlich bleibt die alte noch in der Verantwortung, Ursula von der Leyen ist weiterhin Verteidigungsministerin, de facto aber ruht der Betrieb, Entscheidungen werden geschoben. Also wird es dringend Zeit, „zu Potte zu kommen“. Nicht nur die Menschen in der Marine können mit diesem Stillstand nicht lange leben! In diesem Sinne der Appell: „Hoch die Fahrt!“

Ihr und Euer Vorstand Marine

Was braucht eine attraktive Marine?

Es ist überall nachzulesen, überall zu hören: Die Marine ist am Rande des Machbaren. Die Gründe dafür werden hier ebenso beleuchtet wie Möglichkeiten zur Attraktivitätssteigerung der Marine.



Foto: ddp images

Warum findet die Nachrüstung von Empfangsanlagen für einen vernünftigen Internetzugang auf See nicht während der regelmäßigen Instandsetzung statt? Hier der Tender „Donau“ im Dock der Peene-Werft Wolgast

Zunächst einmal die Frage, warum die Rede ist von „am Rande des Machbaren“? Warum nicht ganz klar „überlastet“? Man könnte die Situation in der Marine sicherlich so beschreiben, würde aber unseren Frauen und Männern unrecht tun. Denn diese setzen alles daran, das Ganze am Funktionieren zu halten. Dies ist unser aller Selbstverständnis und deshalb heißt es richtigerweise: Es geht gerade noch so. Aber was ist eigentlich „das Ganze“? Wo sind unsere Kameraden eigentlich im Einsatz? Und unsere zivilen Beschäftigten? Und was bedeutet das im Weiteren? Alle, die sich mit dem Thema Einsatzbelastung Marine beschäftigen, sollen hier noch einmal sensibilisiert werden.

Einheiten im Einsatz

Zunächst zum Offensichtlichen, zu den Schiffen, Booten und Luftfahrzeugen. Mitte Oktober waren Einheiten der deutschen Marine in den Operationen ATALANTA, UNIFIL, EU NAVFOR MED – Operation „Sophia“ sowie in den Ständigen Nato-Einsatzgruppen unterwegs. Im Einzelnen sind dies eine P-3C „Orion“ in Djibouti, die Korvette „Magdeburg“ in Limassol, die Fregatte „Mecklenburg-Vorpommern“ vor der libyschen Küste, der Tanker „Rhön“ in der „Standing Nato Maritime Group 1“ (SNMG1), die Fregatte „Lü-

beck“ in der SNMG2 (sie wird Ende Oktober vom Einsatzgruppenversorger „Frankfurt am Main“ abgelöst). Außerdem das Minenjagdboot „Sulzbach-Rosenberg“ in der „Standing Nato Mine Counter Measures Group 1“ (SNMCMG1). Hinzu kommt eine größere Anzahl von Schiffen und Booten im Ausbildungsbetrieb beziehungsweise in der Einsatzvorbereitung. Außerdem befinden sich mehrere Schiffe und Boote in der Werft zu normalen geplanten Instandsetzungen oder zu sogenannten Soft- und Hardwareupdates.

Wer richtig gezählt hat, kommt auf zwei Fregatten, einen Tanker und ein Minenjagdboot sowie eine Maritime Patrol Aircraft (MPA) im Einsatz. Aber allein die Ablösung der „Lübeck“ durch die „Frankfurt am Main“ zeigt: Hier sind kurzfristig mehrere gebunden. Allein für den Transit ins Einsatzgebiet werden durchaus mehrere Wochen gebraucht – eine Zeit, in der eben zwei Einheiten gebunden sind. Dafür, ein Schiff durchgehend im Einsatz zu halten, rechnet man nicht umsonst mit dem Faktor 2,5. Da die deutsche Marine keine halben Schiffe betreibt und man immer noch die Unwägbarkeiten im Hinterkopf behalten muss, können wir hier also den Faktor 3 annehmen. Ein Schiff im Einsatz, eines in der Vor- und eines in der Nachbereitung. Das macht aus den vier Einheiten im Einsatz schon mal zwölf.

Und wenn man jetzt all die Schiffe und Boote aus dem Spiel nimmt, die sich per se nicht für gewisse Einsätze eignen (beispielsweise UBoote zur Flüchtlingsrettung), dann bleibt von den insgesamt 54 Einheiten der deutschen Marine nur eine deutlich geringere Anzahl übrig (die genaue Anzahl kann und soll an dieser Stelle nicht wiedergegeben werden). Das heißt, dass die Marine mit „nur“ vier oder auch mal fünf Schiffen und Booten sowie einer MPA tatsächlich an ihre Kapazitätsgrenzen stößt. Das würde sie selbst dann, wenn alle Dienstposten besetzt wären und nicht immer wieder Einheiten außer der Reihe an die Kette gelegt werden, weil die Technik ausfällt.

Handlungsauftrag an die Abgeordneten

Die gnadenlose Ausdünnung der deutschen Marine nach der Wiedervereinigung und dem Beginn des grenzenlosen Friedens ist an dieser Stelle bereits mehrfach thematisiert worden.

„Demnächst“ bekommt unsere Marine neben vier Fregatten der Klasse 125 (mit acht Wechselbesatzungen) noch fünf weitere Korvetten der Klasse 130. Das darf aber nicht dazu verleiten, an noch mehr Stellen mitmischen zu wollen! Erstens werden dann zwei weitere Fregatten der Klasse 122 außer Dienst gestellt und zweitens brauchen unsere Soldaten endlich etwas Zeit zum Durchatmen. Die Abstände zwischen zwei Einsätzen werden größer, bei den Fregatten Klasse 125 entfällt der wochenlange Transit in das Einsatzgebiet. Aber noch einmal: Das sorgt für die in den letzten Jahren schmerzlich vermisste Auszeit!

Das ist aber natürlich noch nicht alles, was unsere neugewählten Abgeordneten dringend auf die Reise bringen müssen. Das Bundesmeldege-

Foto: Bundeswehr/Schönbrodt



Einsatzgruppenversorger „Frankfurt am Main“: Für den Transit ins Einsatzgebiet werden mehrere Wochen gebraucht.

setz bedarf im Sinne unserer Kameraden einer dringenden Überarbeitung. In der heutigen Zeit pendelt ein großer Teil der Marineangehörigen am Wochenende, während sie die Woche in der Kaserne und auf See verbringen. Da stellt sich die berechnete Frage, warum man dazu seinen eigentlichen Lebensmittelpunkt aufgeben muss.

Attraktivitätsfaktor Unterkunft

Apropos Kaserne: Die Marine soll ja noch attraktiver werden. Dazu gehört auch eine vernünftige Unterbringung für alle. Wer an seinem Standort leben möchte, kann dies relativ einfach bewerkstelligen, Umzugskosten und so weiter sind da kein Problem. Aber Unterkünfte in der oder nahe bei der Kaserne sind so gut wie nicht vorhanden. Und wenn, dann oft in einem nicht akzeptablen Zustand. Es soll hier nicht um kostenfreien Wohnraum gehen, vielmehr würde ein sogenanntes Seemannsheim deutlich die Attraktivität erhöhen. By the way: Die Ebkeriege in Wilhelmshaven ist kein Seemannsheim. Hierbei handelt es sich um eine kurzfristige Ausweichmöglichkeit und sonst nichts. Kostengünstige Unterkünfte in oder an der Kaserne ohne Kündigungsfristen, kurzfristig buchbar und mit Stauraum für die privaten Gegenstände bei Abwesenheit – das ist es, was unsere Frauen und Männer wollen.

Hinzu kommen WLAN beziehungsweise ein vernünftiger Internetzugang in den Unterkünften

und auf See. Die Unterkünfte sind eine bundeswehrgesamte Aufgabe, die Thematik wird von unserer Arbeitsgruppe „Betreuung und Fürsorge“ auf die Reise gebracht. Auf unseren Schiffen und Booten hingegen ist es eine Anforderung an die Marine. Die technische Möglichkeit ist gegeben, die Rahmenbedingungen in Form eines Vertrags mit einem zivilen Anbieter existieren ebenfalls bereits. Bisher konnte uns jedoch niemand die Frage beantworten, warum eine Nachrüstung von Empfangsanlagen im Rahmen der Instandsetzungen unserer Schiffe und Boote nicht stattgefunden hat. An Haushaltsmitteln kann es dazu definitiv nicht liegen!

Die Aufzählung ist selbstverständlich nicht komplett, zu viele vermeintliche „Kleinigkeiten“ sind weiterhin offen. Auch aus diesem Grund besuchen wir wie gewohnt unsere Kameraden vor Ort, gehen ihren Sorgen, Nöten und Problemen nach und tragen sie an die entscheidenden Stellen weiter.

MT

Termine

Weiterbildungsseminar für Unteroffiziere
20.11.–15.12.2017

Unteroffizierschule der Marine Plön
Anmeldung unter Tel.: (04522) 7654108

Unsere Marine im Einsatz

Operation ATALANTA
• P-3C „Orion“

Operation UNIFIL
• Korvette „Magdeburg“

EU NAVFOR MED – Operation „Sophia“
• Fregatte „Mecklenburg-Vorpommern“

Ständige Nato-Einsatzverbände
• Einsatzgruppenversorger „Frankfurt am Main“
• Minenjagdboot „Sulzbach-Rosenberg“
• Betriebsstofftransporter „Rhön“



Fachtagung in Naumburg: gemeinsames Lagebild

Die Teilnehmer der Fachtagung in Naumburg, vorn Mitte: Oberstabsfeldwebel Stefan Sprengers

Naumburg. Der Vorsitzende Sanitätsdienst im DBwV, Oberstabsfeldwebel Stefan Sprengers, hat bereits zum siebten Mal den Arbeitskreis OffzMilFD (Offizier des militärfachlichen Dienstes) und zum zweiten Mal den Arbeitskreis Gesundheitsfachberufe der Deutschen Gesellschaft für Wehrmedizin und Wehrpharmazie (DGWMP) zu einer Fachtagung eingeladen.

Im Mittelpunkt des ersten Tages wurden seitens des DBwV unter anderem die Themen „öffentliche Wahrnehmung der Bundeswehr“ und „aktuelle Besoldungs-/Beteiligungsfragen“ erörtert. Der Arbeitskreis OffzMilFD der DGWMP informierte über die Umsetzung von Dienstpostenbündelungen A9-A11 und die Optimierung der Werdegänge. Parallel fand hierzu die Fortschreibung der Agenda des Arbeitskreises Gesundheitsfachberufe statt. Am zweiten Tag lag das Augenmerk auf der in-

haltlichen Gestaltung der Fortbildungslehrgänge beider Arbeitskreise sowie der Vorbereitung des Jahreskongresses der DGWMP in Gladbeck. Der Arbeitskreis OffzMilFD wird erneut den Fortbildungslehrgang an der Sanitätsakademie der Bundeswehr in München vom 22. bis 24. Januar 2018 inhaltlich gestalten.

Wie die Teilnehmer bestätigten, wurden die unterschiedlichen Informations- und Wissensstände auf der Fachtagung erneut gewinnbringend zu einem gemeinsamen Lagebild zusammengefügt. Das jährliche Treffen wird daher weiterhin fester Bestandteil der Jahresplanungen der Vorstände sein. Denn: Für eine erfolgreiche Arbeit sind starke Partner unerlässlich.

Die schwierige Suche nach gemeinsamen Vorbildern

München. Die diesjährige Tagung für Führungskräfte des Sanitätsdienstes der Bundeswehr Ende September an der Sanitätsakademie der Bundeswehr stand unter dem Eindruck der vergangenen Vorfälle in der Bundeswehr. Mit prominenten Gastbeiträgen und Diskussionen wurden die rund 180 Teilnehmer unter anderem für die Themen Innere Führung und Traditionsverständnis im Sanitätsdienst der Bundeswehr sensibilisiert.

Wie ein roter Faden zogen sich die Themen Innere Führung und Traditionsverständnis durch die Tagung. Generalmajor Reinhardt Zudrop stellte vor dem Hintergrund von Vorkommnissen wie in Pfullendorf oder Illkirch die Frage: Haben wir ein Problem mit der Inneren Führung? Für den Kommandeur des Zentrums Innere Führung ist es eine Frage, die weder mit einem klaren „Ja“ noch mit einem „Nein“ beantwortet werden kann. „Viele Indizien sprechen dafür, dass in der Bundeswehr überwiegend gut geführt wird“, so

Zudrop. Die Innere Führung sei nach wie vor hoch aktuell und auch zukünftig für die Bundeswehr ein wesentlicher Grundpfeiler.

Mit dem Vortrag „Tradition im Sanitätsdienst – Quo Vadis?“ von Oberstarzt Prof. Dr. Ralf Vollmuth vom Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr steuerte die Veranstaltung ihrem Höhepunkt entgegen. Vollmuth räumte dabei mit dem Mythos eines sauberen Wehrmachtssanitätsdienstes auf. Der Medizinhistoriker sieht im Sinne des Weißbuchs im Traditionsverständnis kein statisches Gebilde: „Es ist ein ‚lernender Organismus‘, der ständig weiterentwickelt werden muss.“

Die anschließende Podiumsdiskussion produzierte viele Fragen: Gibt es in der heutigen Zeit noch Helden? Wer oder was ist traditionsstiftend? Nicht auf jede Frage wurde sofort eine Antwort gefunden, aber die Kontroversen zeigten, wie schwer ein einheitlicher Diskurs zur Thematik ist.

„Wir leben in einer postheroischen Gesellschaft. Da sind Mut, Tapferkeit und die Bereitschaft, für andere zu sterben, nur schwer zu vermitteln“, so Oberstarzt Dr. Hans Ullrich Holtherm.

Insbesondere die Benennung von Kasernen mit Namen von Gefallenen oder Persönlichkeiten der Medizin wurde sehr ambivalent diskutiert. „Wir tun uns sehr schwer, in den 60 Jahren Bundeswehr gemeinsame Vorbilder zu finden, die für uns traditionsstiftend sein können“, so Generalstabsarzt Dr. Schoeps. Mit dem Vorstoß von Generalstabsarzt Dr. Ulrich Baumgärtner, dass die Geschichte eines Verbands auch traditionsstiftend sein kann, wurde ein möglicher Weg gesehen, der angesichts zahlreicher Umstrukturierungen und Auflösungen von Dienststellen und Verbänden in den vergangenen Jahren aber auch das eine oder andere Schlagloch aufweisen könne.

U. Henning, eb



Fotos: Bundeswehr/Langer

Blick ins Auditorium: Nicht auf jede Frage wurde sofort eine Antwort gefunden.



Generaloberstabsarzt Dr. Michael Tempel, Inspekteur Sanitätsdienst: „Wir tun uns schwer, gemeinsame Vorbilder zu finden.“

München. Boxspringbett, Kühlschrank, Fernseher, Internet. Mit dem Pilotprojekt „Moderne Unterkünfte“ sollen die Arbeitsbedingungen in der Bundeswehr weiter verbessert werden. Insgesamt sechs Bundeswehrstandorte wurden daher mit Testmobiliar ausgestattet. Mit dabei: die Sanitätsakademie der Bundeswehr. Deren Kommandeurin Generalstabsarzt Dr. Gesine Krüger zeigte sich bei ihrer ersten Begehung der neuen Stuben im September sichtlich begeistert:

Generalstabsarzt Dr. Gesine Krüger überzeugt sich persönlich von den neu ausgestatteten Stuben.



Fotos: Bundeswehr/Langer

Fast wie daheim

Pilotprojekt „Moderne Unterkünfte“ nimmt Fahrt auf



Für die sechs Bundeswehrstandorte, die am Pilotprojekt „Moderne Unterkunft“ teilnehmen, wurden Möbel im Wert von einer Million Euro angeschafft.

„Es erfüllt mich mit Freude und Stolz, mit unserer Akademie an dem Pilotprojekt teilzunehmen. Ich bin gespannt, wie die zehn neuen Stuben bei den Soldatinnen und Soldaten ankommen.“

Mit der Attraktivitätsagenda fiel 2014 der Startschuss für die Modernisierung der dienstlichen Unterkünfte. Zunächst wurden die Stuben mit einem Kühlschrank, Fernseher, Spiegel sowie einer Stehlampe ausgestattet. Möbel in „Buche Dekor“ bildeten die Grundlage dieses Stubenkonzepts und lösten das veraltete Mobiliar ab. Mit dem neu konzipierten Test-Mobiliar wird nun der nächste Schritt in Richtung „Wohlfühlatmosphäre“ gegangen. Krüger ist von dieser Entwicklung überzeugt: „Die Sanitätsakademie ist eine Ausbildungseinrichtung. Das Wohlbefinden der Lehrgangsteilnehmerinnen und Lehrgangsteilnehmer, die hierher kommandiert werden, ist mir daher sehr wichtig. Nur wer sich wohl

fühlt, ist auch in der Lage, die besten Leistungen zu erbringen.“

Sechs- oder Acht-Mann-Stuben werden in der Bundeswehr immer seltener. Im Zuge der Nachwuchsgewinnung weichen sie dem imagefördernden Einzel-Stubenkonzept mit eigenem Waschraum. Das zur Verfügung stehende Platzangebot innerhalb der Kasernen wird dadurch allerdings vor eine große Herausforderung gestellt. Die Lösung: Nahezu jedes Möbelstück ist in irgendeiner Weise mehrfach nutzbar. Ein Handgriff und der Sitzhocker wird zur Trittleiter, der Rollcontainer zum Stuhl – das überzeugt. „Durch die Multifunktionalität des neuen Mobiliars ziehen wir den maximalen Nutzen aus der limitierten Wohnfläche unserer Liegenschaft“, so Krüger.

Das Stubenkonzept mit dem neuen Mobiliar soll ein Jahr lang von den Soldaten getestet werden, ihre Erkenntnisse und Erfahrungen werden mit in den Entwicklungsprozess einfließen. Eine flächendeckende Einführung ist ab 2018 geplant.

P. Wiedemann, eb

Potsdam. Die Führung der Überwachungsstelle für öffentlich-rechtliche Aufgaben des Sanitätsdienstes der Bundeswehr Ost in der Potsdamer Havelland-Kaserne hat gewechselt. Vor rund 50 geladenen Gästen übergab der Kommandeur Gesundheitseinrichtungen und Stellvertreter des Inspektors des Sanitätsdienstes der Bundeswehr, Generalstabsarzt Dr. Stephan Schoeps, die Führung der Stelle von Oberstveternär Dr. Klaus Binko an den Nachfolger Oberstveternär Dr. Michael Nippgen.

In der Runde aus Familie, Wegbegleitern und Angehörigen der Dienststelle verabschiedete sich Oberstveternär Binko mit sehr humorvollen und persönlichen Worten. Dabei offenbarte sich ein Führungsverständnis mit hoher fachlicher Autorität und aufrichtiger Loyalität. Binko ist einer, der lieber in den Arm nimmt als schubst – so die Wahrnehmung an diesem Tag des Abschieds. Mit einer liebenswerten Anekdote warteten die

Einen „Binko“, bitte!

Führungswechsel bei Überwachungsstelle Ost

Angehörigen der Dienststelle auf, als sie dem scheidenden Amtsinhaber einen Cocktail überreichten. Dabei handelte es sich um einen „Binko“. Diesen Drink kreierte der Veterinär in einer Potsdamer Cocktailbar, wo er auch heute noch zum Angebot gehört.

Die Überwachungsstelle Ost ist als eine der vier Dienststellen mit der Wahrnehmung der öffentlich-rechtlichen Überwachungsaufgaben auf den Gebieten des Gesundheits- und Verbraucherschutzes sowie des Veterinärwesens beauftragt, im Bereich Veterinärmedizin übernimmt sie die Aufgaben nicht nur im regionalen Zuständigkeitsbereich in Deutschland, sondern auch für Auslandsdienststellen und Auslandseinsätze.

UK



Oberstveternär Klaus Binko (M.) mit treuen Wegbegleitern, die in Weißenfels die Überwachungsstelle aufbauten

Wechsel an der Spitze des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Oberst Hans-Hubertus Mack in den Ruhestand verabschiedet

Foto: Landeshauptstadt Potsdam/Schulz



Händedruck zum Abschied in den Ruhestand: Oberbürgermeister Jann Jakobs und Oberst Hans-Hubertus Mack (r.).

Potsdam. Starke Worte fand der scheidende Kommandeur des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Oberst a.D. Hans-Hubertus Mack, in seiner Abschiedsrede vor rund 400 geladenen Gästen im Nikolausaal in Potsdam. Am Beispiel eines einzuordnenden Lehrstuhls für Militärsoziologie beschrieb er, wie Identitäts- und Traditionsbildung möglich werden könnten. Das müsse man zulassen und fördern. „Es gibt vieles, was auf dem bisweilen hastig beschrittenen Weg in die Zukunft am Wegesrand liegen bleibt. Vielleicht sollte man es hin und wieder aufheben und genauer untersuchen, ob es wert ist, beibehalten zu werden“, mahnte der Militärhistoriker.

In einem erläuternden Gespräch führte er weiter aus: „Die Geschichte ist kein Steinbruch, aus dem man rausnehmen kann, was einem gefällt und liegenlassen kann, was nicht gefällt. In der Geschichte eines Landes gibt es gute und problematische Episoden. Eine Nation muss allerdings mit ihrer gesamten Geschichte umgehen können. Geschichte ist zu erforschen und zu verstehen. Werteorientierte Traditionsbildung und Traditionspflege ist unabdingbar, müssen aber immer die ganze Geschichte zur Kenntnis nehmen und daraus tradierungswürdige Sachverhalte auswählen.“

Oberst Mack wurde 2003 in das Militärgeschichtliche Forschungsamt (MGFA) in Potsdam versetzt, seit 2012 ist er Kommandeur der Nachfolgeeinrichtung, des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw). Nachfolger als Kommandeur wird Kapitän zur See Jörg Hillmann. **UK**

Das Transportschiff „Resolve“ beim Einlaufen in den Bremerhavener Kaiserhafen

Foto: US-Streitkräfte



Operation „Atlantic Resolve“: Bremerhaven erneut Umschlagplatz für US-Streitkräfte

Ende September machte im Kaiserhafen von Bremerhaven das amerikanische Transportschiff „Resolve“ mit Material für die US-Streitkräfte fest. Die Fracht bestand aus 760 sogenannten Ladungsstücken. Dabei handelte es sich überwiegend um militärische Radfahrzeuge, wie Pkw, Lkw mit Anhängern und Container, die anschließend auf Schiene und Straße nach Polen sowie in andere osteuropäische Länder transportiert werden. Auch 24 „Bradley“-Schützenpanzer waren Bestandteil der Ladung. Diese sind ebenfalls für einen Weitertransport an die Nato-Ostflanke vorgesehen.

Das Material und die Ausrüstung gehören zur 2. Brigade der 1. US-Infanteriedivision aus Fort Riley in Kansas. Diese Brigade löst nun nach neun Monaten planmäßig ihre Vorgänger-Brigade ab. Die komplette Rückverlegung der abgelösten US-Brigade in die USA soll in den nächsten Wochen erfolgen. Deutschland dient dabei wieder als Transitland. Die Streitkräftebasis der Bundeswehr leistet logistische Unterstützung, die im Rahmen des „Host Nation Support“ für Hilfeleistungen an verbündete oder befreundete Streitkräfte während ihres Aufenthalts in Deutschland verantwortlich ist.

Über die Infrastruktur und Fähigkeiten der SKB werden Abstellflächen, Lagerkapazitäten

und Betriebsstoffe, Unterkunft sowie Verpflegung, Instandsetzung, Transport und Umschlag, Feldjägerunterstützung sowie die Transportsicherung bereitgestellt.

Die US-Operation „Atlantic Resolve“ zielt darauf ab, dauerhaft den Frieden in den osteuropäischen Nato-Ländern zu sichern. Unter Führung der US-Landstreitkräfte in Europa werden seit April 2014 kontinuierlich multinationale Maßnahmen zur Ausbildung und Sicherheitskooperation mit Verbündeten sowie Partnerstaaten in Osteuropa, wie Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Bulgarien und Ungarn, durchgeführt.

L. Dörmann, eb



„Bradley“-Schützenpanzer fahren aus dem Transportschiff.

Foto: Bundeswehr/Diedrichsen

Wüstner besuchte DBwV-Fraktion im Bezirkspersonalrat beim Kommando SKB

Eitorf. Der Bundesvorsitzende des DBwV besuchte die DBwV-Fraktion im Zuge der September-Sitzung des Bezirkspersonalrats beim Kommando Streitkräftebasis in Eitorf an der Sieg. Oberstleutnant André Wüstner erläuterte dabei den Leitantrag des Bundesvorstands für die

Hauptversammlung zur Satzungsänderung sowie zur Reform des Bundesvorstands. Auch stellte er sich den kritischen Fragen der Fraktionsmitglieder zum Verhältnis des DBwV zur BMVg-Leitung, zu den Parteien im Deutschen Bundestag und zur zukünftigen Verbandspolitik nach der Bundestagswahl. Der Bundesvorsitzende dankte den Verbandsmitgliedern für ihr Engagement in einer Stufenvertretung und betonte die Bedeutung des Ehrenamts für Beteiligungsgremien, Verbandsarbeit sowie politische Anteilnahme. **Höppel**

Oberstleutnant André Wüstner (M.) in Eitorf

Foto: Jozwiak



Wahlen zum Bezirkspersonalrat beim Kommando CIR



StFw Norbert Nißing



Hptm Mario Held



Bernd Kaufmann



Wilfried Klünter



Wolfgang Wünnenberg



Tanja Klettke-Schleyerbach

Vom 21. bis 22. November finden die Wahlen zum Bezirkspersonalrat (BPR) beim Kommando Cyber- und Informationsraum (CIR) statt. Der DBwV tritt mit drei Listen für die Statusgruppen der Soldaten, Beamten und Arbeitnehmer an.

Deutscher Bundeswehrverband – für die Menschen in der Bundeswehr

Unter diesem Kennwort stellen sich kompetente und erfahrene Personalvertreter des DBwV zur Wahl. Der Aufbau eines neuen Organisationsbereichs ist eine gute Möglichkeit, diesen Prozess mit engagierten Personalvertretern aktiv mitzugestalten. Dabei sind die Aus- und Fortbildung sowie die Personalgewinnung von besonderer Bedeutung.

Andere reden – wir packen es an!

Wichtige Themen wie beispielsweise die Arbeitszeitgestaltung, Dienstpostenstrukturen und Cyberreserve werden in dem neu gewählten BPR von den Vertretern des DBwV aktiv und sachkompetent mitgestaltet. In diesen Bereichen heißt es: „Drei Statusgruppen, drei Listen, eine Richtung!“

Zusammensetzung des neuen Plenums

Der BPR wird sich zukünftig aus 34 Soldaten, neun Beamten und sechs Arbeitnehmern zusammensetzen. Für die Gruppe der Soldaten stehen mit Stabsfeldwebel Norbert Nißing, derzeit Vorsitzender des ÖPR beim Kommando Informationstechnik der Bundeswehr, sowie Hauptmann Mario Held, Zentrum für Cybersicherheit der Bundeswehr, zwei in der Arbeit in Beteiligungsgremien erfahrene Soldaten ganz oben auf der Bewerberliste.

Als Spitzenkandidaten der Beamtengruppe kandidieren Bernd Kaufmann und Wilfried Klünter. Die Themen der Statusgruppe Beamte werden im Kommando CIR ein größeres Gewicht haben. Hier sind die Teamplayer und erfahrenen Kandidaten des DBwV ein Garant für eine effektive und nachhaltige Interessensvertretung der Beamten beim Kommando CIR.

Die Gruppe der Arbeitnehmer wird angeführt von Wolfgang Wünnenberg, stellvertretender Vorsitzender und Gruppensprecher der Arbeitnehmer des ÖPR beim Zentrum für Geoinformationswesen der Bundeswehr,

und Tanja Klettke-Schleyerbach, stellvertretende Vorsitzende und Gruppensprecherin der Arbeitnehmer beim ÖPR der Informationstechnische Schule der Bundeswehr. Gemeinsam mit Ihnen, den Menschen in der Bundeswehr, machen wir uns stark, damit auch Arbeitnehmer eine Zukunft in der Bundeswehr haben.

Gehen Sie zur Wahl!

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass es gut ist, andere Sichtweisen und Ideen in die Personalratsarbeit einzubringen. Dabei steht für uns immer der Mensch im Vordergrund und nicht die Prozessoptimierung. Wir mischen uns ein und sprechen Klartext. Sie haben die Wahl: Geben Sie Ihre Stimme der Liste des DBwV – für eine engagierte und durchsetzungsfähige Interessenvertretung.

Falls Sie zum Wahltermin verhindert sein sollten, fordern Sie bitte rechtzeitig die Briefwahlunterlagen bei Ihrem örtlichen Wahlvorstand an. Es zählt jede Stimme!

Gruppe der Beamten

Lfd. Nr.	Name	Vorname	Dienstgrad	Dienststelle, Teileinheit
1	Kaufmann	Bernd	RAI	EloKaBtl 911
2	Klünter	Wilfried	TRAMtm	ZGeoBw
3	Bernhardt	Ivonne	RAmtfr	ZCSBw
4	Ritz	Volker	TROAR	BtrbZ IT-SysBw
5	Weiberg-Bickmeier	Tanja	TROS'in	ZGeoBw

und 15 weitere Kandidaten

Gruppe der Soldaten

Lfd. Nr.	Name	Vorname	Dienstgrad	Dienststelle
1	Nißing	Norbert	StFw	KdoITBw
2	Held	Mario	Hptm	ZCSBw
3	Himstedt	Martin	Oberstlt	ITSBw
4	Wiesener	Simone	HptFw	KdoStratAufkl
5	Di Geraci	Nick	OStGefr	KdoCIR

und 52 weitere Kandidaten

Gruppe der Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Name	Vorname	Dienststelle, Teileinheit
1	Wünnenberg	Wolfgang	ZGeoBw
2	Klettke-Schleyerbach	Tanja	ITSBw
3	Piras	Enrico	ZCSBw
4	Fuchs	Karin	ZU-StelleBwTAufkl
5	Hetsch	Christian	KdoCIR

und zehn weitere Kandidaten

Musikfest der Bundeswehr: „gigantisch gut!“

Foto: Imago

Eine Show der Superlative zogen die Formationen in Düsseldorf auf.

Düsseldorf. Erste Auflage, erster großer Erfolg: Mit rund 10000 Zuschauern, mehr als 700 Künstlern aus sieben Nationen und einem abwechslungsreichen Programm begeisterte das erste Musikfest der Bundeswehr. Und am Ende waren sich alle einig: Das machen wir jetzt öfter!

Schon der Einstieg in die Show im Düsseldorfer ISS Dome gerät spektakulär: Auf einer zwölf Meter breiten Leinwand wird ein Motorradfahrer gezeigt, wie er in bester James-Bond-Manier durch

die Stadt rast. Über die Rheinpromenade, durch die Altstadt, in Tiefgaragen. Dann biegt er in einen Seiteneingang ab – und taucht im gleichen Moment tatsächlich in der Halle auf. Auf der Maschine sitzt kein geringerer als Johannes B. Kerner (natürlich hatte die Szenen im Video zuvor ein Stuntman gedreht, Kerner kommt als Moderator).

Gut gelaunt führt Kerner durch die Show und kündigt die Auftritte an. Darunter das Marine-musikkorps der Niederländischen Streitkräfte, die

schottischen Pipers Trail, Tattoo, Dance Company, das Repräsentationsorchester Schweizer Armee-spiel und die Motorradstaffel der Polizei Hamburg. Als Kontrapunkt diente der komödiantische Auftritt des französischen Trios Les Goulous.

Produzent Stabshauptmann Thomas Ernst zeigte sich nach der Veranstaltung äußerst zufrieden. Schon der Vorverkauf habe erahnen lassen, wie gut das Programm angenommen würde, so Ernst. „Aber auch die Show selbst ist sehr gut angekommen, bei Zuschauern wie Teilnehmern“.

Auch Thomas Sohst, Landesvorsitzender West im DBwV, saß im Publikum – und war begeistert. „Es war eine gigantisch gute Veranstaltung, die höchst professionell produziert war“, sagte Sohst. Er lobte auch die gesellschaftliche Wirkung solcher Events: „Die Darstellung der Bundeswehr durch Musik schafft Nähe zur Bevölkerung. Es war deutlich spürbar, dass viele Besucher nicht nur wegen der Musik, sondern auch wegen der Bundeswehr gekommen waren“, sagte Sohst, dessen Landesverband sich mit einem eigenen Stand präsentierte.

Wie gut die Musiker den Nerv der Zuschauer trafen, zeigt auch ein Detail aus der internen



Der Moderator kam mit dem Motorrad.



Auch mit ihren Übungskarabinern konnten die Soldaten einiges anfangen.



Ausverkauftes Haus und großer Applaus für Kultsänger Heino.

Auswertung: So waren die Besucher aufgerufen, die Veranstaltung anhand von Smileys zu bewerten. Viele hätten neben den positivsten Smiley einfach noch einen dazugemalt, berichtet Ernst – einen mit extrem hochgezogenen Mundwinkeln.

Den Höhepunkt hatten sich die Macher für das Ende aufgespart: Alle Musikgruppen marschierten in großer Formation gemeinsam ein, in strenger Ordnung und doch bunt gemischt. Unter der Stabführung von Oberst Christoph Lieder, dem Leiter des Militärmusikdienstes der Bundeswehr, boten alle Teilnehmer des Musikfestivals, darunter auch drei Chöre und Stargast Heino, eigene Performances auf: von Händels „Hallelujah“ über „Tage wie dieser“ von den Toten Hosen bis

zum berühmten „Amazing Grace“. Nach der erfolgreichen Premiere dürfen sich die Fans schon auf das nächste Jahr freuen: Das zweite Musikfestival der Bundeswehr soll am 22. September 2018 wieder im Düsseldorf ISS Dome steigen. Nur einen Tag nach der Premiere gingen schon 300 Karten im Vorverkauf weg. Die Tickets gibt es unter anderem bei Eventim ab 29 Euro.

Thomas Ernst blickt schon einmal nach vorne: „Wir haben die Latte ziemlich hochgelegt, jetzt gilt es, an feinen Rädchen zu drehen, damit wir uns noch weiter verbessern.“ Was genau verändert werden soll, verrät Ernst noch nicht – aber die nächste Show soll sich erkennbar von der Premiere unterscheiden.



Moderator Johannes B. Kerner mit dem Leiter des Militärmusikdienstes der Bundeswehr, Oberst Christoph Lieder

Die Motorradstaffel der Polizei Hamburg begeisterte mit waghalsigen Formationen.



Anzeige





STEUER RING
Wir machen Ihre Steuererklärung

Meine Steuererklärung lasse ich machen.

KLARER PREIS. SCHNELLE HILFE. ENGAGIERTE BERATER.

Weitere Informationen im Internet unter:
➔ www.steuerring.de/die-bundeswehr

FÖG-Kooperationspartner seit mehr als 25 Jahren



Lohn- und Einkommensteuer Hilfe-Ring Deutschland e.V.
 (Lohnsteuerhilfverein) | Alsfelder Str. 10 | 64289 Darmstadt
 kostenloses Infotelefon: 0800-9784800

Wir erstellen Ihre Steuererklärung – für Mitglieder, nur bei Besoldungsbezügen, Arbeitseinkommen, Renten und Pensionen.

Ich hätte da eine Frage ...

Feldweibel A.: Ich bin Soldat auf Zeit (SaZ) und werde nach meinem Dienstzeitende (DZE) Übergangsgebühren (ÜG) erhalten. Stimmt es, dass ich mich für diese Zeit zusätzlich krankenversichern muss?

Grundsätzlich sollte der Soldat bei jedem Statuswechsel überprüfen, ob er für einen Krankheitsfall ausreichend versichert ist. Dies gilt vor allem auch für das DZE. SaZ, die nach ihrem DZE ÜG beziehen, haben Anspruch auf Beihilfe, jedoch nur in Höhe von 70 Prozent (Beihilfebemessungssatz). Die verbleibenden 30 Prozent müssen selbstständig durch eine private Restkostenversicherung/Krankenversicherung (PKV) abgedeckt werden, sodass ein vollständiger Versicherungsschutz gewährleistet ist. Wichtig ist, dass sich der SaZ rechtzeitig mit der PKV in Verbindung setzt, damit ein lückenloser Übergang sichergestellt werden kann. Wird dies versäumt, erfolgt eine automatische Zuordnung zu der gesetzlichen Krankenkasse (GKV), bei der der Versicherungs-pflichtige zuletzt gemeldet war. In diesem Fall

kann der ehemalige SaZ keine Beihilfe rückwirkend in Anspruch nehmen und wird zu 100 Prozent bei der GKV krankenversichert. Dies führt neben höheren Beiträgen unter Umständen auch zu erheblichen Nachzahlungen, da der regelmäßig entstandene Beitragsrückstand rückwirkend geschlossen werden muss. Verhindern lässt sich dieser Automatismus nur durch den Nachweis einer andernorts unterhaltenen PKV/GKV. Für die Entscheidung, ob eine PKV oder GKV für Sie besser ist, kommt es auf die persönlichen Umstände an. Wir empfehlen eine Einzelberatung beim Sozialdienst der Bundeswehr und bei den Beratern der Krankenkassen. Mitglieder des Deutschen BundeswehrVerbands (DBwV) können sich zusätzlich im Rahmen der Rechtsberatung an das Referat 6 der Rechtsabteilung des DBwV wenden. Insoweit möchte ich Ihre Frage eindringlich dahingehend beantworten, dass Sie sich in der Zeit, in der Sie ÜG beziehen, neben der Beihilfe auch darüber Gedanken machen müssen, wie sie die Versicherungslücke schließen möchten. **MH**

Gelungener Start beim ersten gemeinsamen Informationsseminar von Berufsförderungsdienst und DBwV in Feldkirchen

Am 13. und 14. September führte der Berufsförderungsdienst (BFD) des Karrierecenters München zusammen mit dem Landesverband Süddeutschland des Deutschen BundeswehrVerbands (DBwV) das erste gemeinsame Informationsseminar BFD-DBwV mit dem Karrierecenter der Bundeswehr München in Feldkirchen durch. Die Veranstaltung war ein weiteres Ergebnis der intensiven Kooperation der beteiligten Organisationen. Ziel war, auch mit Blick auf weitere Seminare, den Soldaten eine erste Orientierung für ihre frühzeitige Karriereplanung – zirka drei Jahre vor der Entlassung – für die Zeit nach der Bundeswehr zu geben.

Inhaltlich wurde ein breites Spektrum an Themen abgebildet. Dazu gehörten allgemeine Hinweise zur Situation der Zeitsoldaten bei der

Eingliederung in das zivile Berufsleben, Informationen über das Förderspektrum des BFD und Eingliederungsmöglichkeiten in den öffentlichen Dienst sowie in den Binnenarbeitsmarkt der Bundeswehr. Zusätzlich wurden die Teilnehmer über Karrieremöglichkeiten in Gesundheits-, Pflege- und Sozialberufen, aktuelle Tendenzen auf dem Arbeitsmarkt und das Angebot der Bundeswehrfachschulen informiert.

Alle Verantwortlichen, Referenten und Teilnehmer waren sich einig, dass solche Seminare sehr wichtig sind und weitergeführt werden müssen. Der nächste Termin, vom 5. bis 6. Dezember 2017 in Füssen, steht schon fest. Wir hoffen, dass wir 2018 weitere Veranstaltungen anbieten können. **JS**

Termine

November

8.11.: „Karrieremöglichkeiten im öffentlichen Dienst“ Job- und Fachmesse des BFD Berlin, 10–15 Uhr, Kurmark-Kaserne, Beeskower Chaussee 15a, 15859 Storkow (Mark), Ansprechpartner: Berufsförderungsdienst Storkow, Antje Draheim-Kunitz, Tel.: (033678) 66 2292, BFDBerlinStoTStorkow@bundeswehr.org

8.11.: Wilhelmshaven: 11. Job- und Bildungsmesse; 9–13 Uhr; Marinestützpunkt Wilhelmshaven (Nato-Saal), Heppenser Groden, 26384 Wilhelmshaven; Info: BFD Wilhelmshaven, Timo Rüdebusch, Tel.: (04421) 48383241, BFDWilhelmshavenStoTWilhelmshaven1@bundeswehr.org

9.11.: Job- und Bildungsmesse des KarrC Bw Stuttgart, 9:30–14 Uhr, Kurt-Georg-Kiesinger-Kaserne, Trio-Gebäude, Geb. 107, Walpertshofer Straße 13, 88471 Laupheim, Ansprechpartner: Berufsförderungsdienst Laupheim, Wolfgang Pasternack, Tel.: (07392) 9797 6800, KarrCBwStuttgartBFDStoT, Laupheim@bundeswehr.org

13.–16.11.: Saarlouis: Interne Maßnahme für Soldatinnen – Solo für Frauen!!!; Karrierecenter der Bundeswehr Saarlouis-Berufsförderungsdienst, Wallerfanger Str. 31, 66740 Saarlouis; Info: BFD Saarlouis, Beate Wiethaus, Tel.: (06831) 1271 2580, KarrCBwSaarlouisBFD@bundeswehr.org

14.–18.11.: Vierte SOLDATA – die große Online-Soldatenmesse rund um Aus- und Weiterbildung, DZE etc., kostenlos und ohne Anmeldung unter www.soldata.de

15.11.: Unna: Job- und Bildungsmesse; 9.30–15 Uhr, Glückauf-Kaserne, Kamener Straße 91 – 93, Knappensaal, 59425 Unna; Info: BFD Münster, Wolfgang Probst, Tel.: (0251) 60948 322, BFDmuensterJobservice@bundeswehr.org

15./16.11.: Walldürn: Gemeinsames Info-Seminar BFD-DBwV; Info: Jürgen Schreier, Juergen.Schreier@dbwv.de

16.11.: Karriere im Justizvollzugsdienst des Landes Berlin, 9–15 Uhr, Justizvollzugsanstalt Heidering, Ernst-Stagard-Allee 1, 14979, Großbeeren, Ansprechpartner: Berufsförderungsdienst Berlin, Sophie Grohmann, Tel.: (030) 6794 2151, BFDBerlinJobservice@bundeswehr.org

16.11.: Soldatentag auf dem Erfurter Messegelände „Forum Berufsstart“, 11–16 Uhr, Messe Erfurt, Gothaer Straße 34, 99094 Erfurt, Ansprechpartner: Berufsförderungsdienst Erfurt, Steffen Stülzebach, Tel.: (0361) 342 85801, KarrCBwErfurtBFD@bundeswehr.org

16.11.: Berufsorientierungstag öffentlicher Dienst für Soldatinnen und Soldaten auf Zeit, 9–15 Uhr, Konrad-Adenauer-Kaserne Brühler Straße 300, Tagungszentrum, 50968 Köln, Ansprechpartner: Berufsförderungsdienst Köln, Christian Schuth, Tel.: (0221) 934503 4322, BFDKoelnJobservice@bundeswehr.org

20.–21.11.: Nürnberg: Erfolgreicher Einstieg und Karriere in der Wirtschaft für Offiziere (m) und Unteroffiziere (m); 8–16 Uhr, Karrierecenter der Bundeswehr Nürnberg, Allersberger Straße 190, 90461 Nürnberg; Info: Gerald Wientzek, Tel.: (0911) 4396 228, GeraldWientzek@bundeswehr.org

20.–22.11.: Hamburg: Offiziersseminar Agiles Projektmanagement; 8.30–16.30 Uhr, DIPLOMA Hochschule, Weidestr. 122 A, 22083 Hamburg; Info: BFD Kiel, Silja Meinke, Tel.: (0431) 384 7868, KarrCBwKielBFD@bundeswehr.org

21.–23.11.: Karlsruhe-Neurent: Info-Seminar für Offiziere auf Zeit mit Hochschulabschluss; Kirchfeld-Kaserne, An der Trift 13-15, 76149 Karlsruhe-Neurent, Info: BFD Stuttgart, Hr. Petersohn, Tel.: (0711) 25403246, ChristianPetersohn@bundeswehr.org

Weitere Termine finden Sie auf der DBwV-Homepage unter „Mitgliedschaft & Service“ --> „Veranstaltungen“

Zahlreiche Zeitsoldaten informierten sich über eine berufliche Zukunft im öffentlichen Dienst in Mitteldeutschland.



Foto: DBwV/Götze

Die ehemalige preußische Kadettenanstalt Naumburg an der Saale war unlängst Bühne für einen Informationstag des öffentlichen Dienstes im mitteleuropäischen Raum für Zeitsoldaten. Mit dabei waren unter anderem das Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt mit seiner Vormerkstelle, das Oberlandesgericht Naumburg, die Fachhochschule der Polizei des Landes Sachsen-Anhalt und die Polizeidirektion Leipzig. Von kommunaler Seite war die Verwaltung der Stadt Jena sowie die Kreisverwaltung Burgenlandkreis dabei. Zudem waren die Karriereberatung der Bundeswehr aus Magdeburg und das Bundeswehrdienstleistungszentrum Weißenfels mit seinem Sozialdienst vertreten.

Berufliche Zukunft im öffentlichen Dienst in Mitteldeutschland

Das Standortteam Weißenfels des Berufsförderungsdienstes hatte diese jährlich stattfindende Veranstaltung vorbereitet und durchgeführt. Dabei konnte der BFD auf die Unterstützung der Bundeswehrfachschule Naumburg bauen. Zielgruppe des Informationstags waren alle am öffentlichen Dienst interessierten Zeitsoldaten, insbesondere aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Rund 35 SaZ folgten der Einladung, um sich direkt über die Chancen einer Beschäftigung zu informieren. Die Arbeitgeber konnten zu vielen Fragen des Berufseinstiegs die passende Antwort geben. Die Mitarbeiter des BFD standen für die persönliche Beratung bereit. Weiterhin wurden den Soldaten ein Bewerbungsmappen-Check sowie die Anfertigung von Bewerbungsfotos an-

geboten. Der DBwV war mit seinem Beauftragten für die Eingliederung von SaZ dabei.

Uwe Hebestreit, Verantwortlicher des Standortteams Weißenfels, zog ein kurzes Resümee: „Wir hatten uns eine noch höhere Resonanz erhofft, da wir die Veranstaltung rechtzeitig und professionell beworben haben. Wir sehen es aber positiv – getreu dem Motto: „Klein aber fein“. So hatten alle Akteure mehr Zeit für diejenigen SaZ, die unser Angebot angenommen haben. Mehr Zeit für Gespräche mit den Behördenvertretern und insbesondere für den Bewerbungsmappen-Check. Die Durchlaufzeit hier konnte so von 30 auf 45 Minuten erhöht werden – ein allgemeiner Wunsch nach der Auftaktveranstaltung im Jahr 2016.“

Aufgrund der positiven Resonanz sind sich die Organisatoren einig, den Informationstag auch im kommenden Jahr – am zweiten Mittwoch im September – zu wiederholen. *PG*

Zeitgemäße Bildung und Qualifizierung sind der Schlüssel zum Erfolg

„Bilde dich selbst, und dann wirke auf andere durch das, was du bist.“ Dieses Zitat, das dem großen preußischen Gelehrten und Bildungsreformer Wilhelm von Humboldt zugeschrieben wird, hat bis heute nichts an Bedeutung eingebüßt. In Zeiten, in denen die Notwendigkeit lebenslangen Lernens untrennbar mit immer schnellerem wissenschaftlichen und technischen Fortschritt verknüpft ist, sollte sich niemand den daraus resultierenden Erfordernissen an die persönliche Aus- und Weiterbildung versperren. Mit Blick auf die Soldaten auf Zeit (SaZ) widmete sich die Arbeitsgruppe (AG) „Bildung & Qualifizierung“ des DBwV genau diesen Erfordernissen. Unter der Leitung von Oberstabsfeldwebel a.D. Achim Dunker tagte sie kürzlich in Bonn. Da einem Großteil der SaZ irgendwann die (Wieder-)Eingliederung in die zivile Arbeitswelt bevorsteht, gilt es aus Fürsorgegründen und Gründen der Arbeitgeber-

traktivität, SaZ während ihrer Dienstzeit und im Rahmen von Maßnahmen des Berufsförderungsdienstes, bestmöglich zu qualifizieren, ohne dabei die dienstlichen Erfordernisse aus den Augen zu verlieren. Alle Mitglieder der AG waren sich einig, dass aktuelle Megatrends wie „Digitalisierung“ und „Arbeitswelt 4.0“ bei der Weiterentwicklung von Ausbildung und Qualifizierung innerhalb der Bundeswehr Teil des Leitgedankens sein müssen.

Ein weiteres Thema waren Qualifikations- und Arbeitsmarktentwicklungen. Hierzu hatte die AG als Gastreferenten Michael Kalinowski vom Bundesinstitut für Berufsbildung eingeladen. Er erläuterte anhand aktueller Statistiken, dass das Angebot an Akademikern auf dem Arbeitsmarkt deutlich steigen wird und es trotz einer wachsenden Bevölkerung aufgrund hoher Zuzüge weiterhin Engpässe bei fachlichen Tätigkeiten geben wird. *CZi*

Gemeinsam für die Eingliederung unserer Soldatinnen auf Zeit und Soldaten auf Zeit

Ihre Ansprechpartner der Landesverbände des Deutschen BundeswehrVerbands



LV Nord
Johann Harms
Stabsfeldwebel a.D.
Johann.Harms@dbwv.de



LV Ost
Peter Götze
Oberstleutnant a.D.
Peter.Goetze@dbwv.de



LV West
Jürgen Gemmer
Oberstabsfeldwebel a.D.
Juergen.Gemmer@dbwv.de



LV Süddeutschland
Jürgen Schreier
Oberstabsfeldwebel a.D.
Juergen.Schreier@dbwv.de

Für Fragen rund um das Thema SaZ, insbesondere zu Berufsförderung, Dienstzeitversorgung und Eingliederung, ist in der Bundesgeschäftsstelle Berlin das Referat R 6 zuständig. Erreichbar unter (030) 235990-222 oder per E-Mail an R6@DBwV.de.

Stellenangebote

Foto: ddpimages

Ausbildung zum Forstwirt (m/w)

Stellen-Nr.: 2200/SN/0103/17

Arbeitsort: Uslar (Landkreis Northeim)

Einstellung: ab 1.8.2018

Stellenbeschreibung:

Als Forstwirt/-in arbeiten Sie in der Natur. Zu den Aufgaben gehören unter anderem neue Wälder zu pflanzen, der Umgang mit der Motorsäge und verschiedene Naturschutzarbeiten.

Voraussetzungen:

mindestens Hauptschulabschluss, Interesse an biologischen Zusammenhängen, handwerkliches und technisches Geschick, körperliche Fitness

Bei weiteren Fragen zum Stellenangebot sowie zur Vermittlung wenden Sie sich bitte an den Job-Service des BFD Kassel (Frau Fiedler, Tel.: (0561) 2077-3235, Bw 90-4351-3235).



In Uslar wird derzeit ein Interessent für die Ausbildung zum Forstwirt (m/w) gesucht.

Messtechniker (m/w)

Stellen-Nr.: 1300/SN/0096/17

Arbeitsort: Schwentental – OT Klausdorf bei Kiel

Einstellung: ab sofort

Stellenbeschreibung:

Nach erfolgreicher Einarbeitung zum/zur Kupfermonteur/-in folgt eine „interne Ausbildung“ zum/zur Messtechniker/-in.

Voraussetzungen:

selbstständige Arbeitsweise und hohes Engagement, technisches sowie analytisches Verständnis, Zuverlässigkeit, Selbstständigkeit und Verantwortungsbewusstsein

Bei weiteren Fragen zum Stellenangebot sowie zur Vermittlung wenden Sie sich bitte an den Job-Service des BFD Kiel (Frau Lindemann, Tel.: (0431) 384-7959, Bw 90-7400-7959).

Duales Studium zum Bachelor of Arts (m/w) (Fachrichtung BWL-Warenwirtschaft und Logistik)

Stellen-Nr.: 1300/SN/0282/15

Arbeitsort: Norderstedt, LK Segeberg

Einstellung: 1.8.2018

Stellenbeschreibung:

duales Studium der Betriebswirtschaftslehre mit dem Vertiefungsmodul „Warenwirtschaft und Logistik“, Schwerpunkt im Bereich der Logistik, fester Ausbildungsbestandteil ist ein Praktikum im Volkswagen- oder Audi-Autohaus

Voraussetzungen:

Abitur mit guten Leistungen

Bei weiteren Fragen zum Stellenangebot sowie zur Vermittlung wenden Sie sich bitte an den Job-Service des BFD Kiel (Frau Lindemann, Tel.: (0431) 384-7959, Bw 90-7400-7959).

Verwaltungswirt (m/w)

Schwerpunkt: Kommunalen Ordnungsdienst

Stellen-Nr.: 2500/SN/0226/17

Arbeitsort: Essen

Einstellung: ab sofort

Stellenbeschreibung:

Ansprechpartner/-in für Bürger und Sicherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, Kontrollen nach Gesetzen und Verordnungen sowie Ahndungen von Verstößen

Voraussetzungen:

Abgeschlossene Ausbildung, bei Bedarf erfolgt eine zwölfmonatige Qualifizierung zum/zur Verwaltungswirt/-in in der Fachrichtung Kommunalen Ordnungsdienst

Bei weiteren Fragen zum Stellenangebot sowie zur Vermittlung wenden Sie sich bitte an den Job-Service des BFD Münster (Frau Zucht Tel.: (0251) 60948-327, Bw 90-3324-327).

Der SaZ-Arbeitsmarkt – für Sie als Mitglied auf unserer Homepage

Die durch das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr zur Verfügung gestellten Anzeigen aus der Stellenbörse BFD richten sich an SaZ, die gem. § 7 SVG einen Anspruch auf Eingliederungsmaßnahmen haben. Bitte lassen Sie sich zur Nutzung der Stellenbörse als Bewerber registrieren.

Für das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr (BAPersBw) gilt: Keine Bewerbungsunterlagen zusenden!

Wenden Sie sich bei Interesse an den auf unserer Homepage veröffentlichten Stellen an den unter der Stellenanzeige angegebenen Ansprechpartner des BFD-Job-Service. Der Job-Service beantwortet Ihnen alle Fragen zur Stellenanzeige und rund um die Stellenbörse. Bei Fragen zur Berufsförderung wenden Sie sich bitte an das für Sie zuständige BFD-Standortteam. Die jeweiligen Kontaktdaten finden Sie im Internet oder Intranet Bw unter www.bfd.bundeswehr.de (Menüpunkt „Organisation“).

Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr
BAPersBw II 2.3 Kooperation und Öffentlichkeitsarbeit

Brühler Str. 309
50968 Köln



E-Mail: jobservice@bundeswehr.org
www.bfd.bundeswehr.de

<http://bit.ly/2mZ9qyN>



FöG-Autowelt

Exklusive Mitgliederangebote zu herausragenden Konditionen.

Einen Neuwagen zu Bestpreisen kaufen und versichern – hier haben Autofans alle Möglichkeiten.



Attraktive Vorteile.



Attraktive Rabatte.

www.foeg.de

Förderungsgesellschaft des Deutschen Bundeswehrverbandes mbH



Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

vielen Dank, dass Sie sich Zeit nehmen, um sich über die Themenfelder des Fachbereichs Beteiligungsrechte zu informieren. Vielen Dank auch dafür, dass Sie sich in den zurückliegenden Jahren mit Lob, Anregungen, aber auch Kritik zu unserer Arbeit geäußert haben. Wir können immer noch besser werden und dazu dient jeder konstruktive Dialog in der Sache.

In wenigen Tagen endet diese Amtszeit des Bundesvorstands im DBwV und damit auch meine 48 spannenden Monate mit den wohl bedeutendsten Veränderungen im Fachbereich Beteiligungsrechte. Neben der Verabschiedung eines neuen Soldatenbeteiligungsgesetzes zur Stärkung der Beteiligungsrechte (Beschluss der 19. HV) tragen der Aufbau des Sachgebiets Mitarbeitervertretung und des Referats 5 in Berlin sowie die Neuordnung der Zusammenarbeit mit den Personalvertretungen/Vertrauenspersonen im BMVG sichtbare Früchte.

Regelmäßige monatliche Publikationen auf den Magazin- und Internetseiten der Beteiligungsrechte für alle interessierten Mitglieder sowie die speziellen Informationsreihen aus dem Hauptpersonalrat, dem Gesamtvertrauenspersonenausschuss und in Teilen auch aus den Vertrauenspersonenausschüssen zeigen den ganzheitlichen Ansatz sowie vielerorts die klare Handschrift unserer Mitglieder in Verantwortung. Ich bedanke mich an dieser Stelle ausdrücklich bei all jenen, die mir hier kameradschaftlich – ob hauptamtlich in Bundes- und Landesgeschäftsstellen, ehrenamtlich als Mandatsträger des DBwV oder im Mandat der Mitarbeitervertretung – zur Seite gestanden haben.

Über eine mögliche weitere Amtszeit entscheiden in wenigen Tagen unsere Delegierten der 20. Hauptversammlung. Ich stehe jedenfalls uneingeschränkt zur Verfügung. Bis zur Hauptversammlung wird natürlich kräftig weitergearbeitet. Die Vorschrift zum Soldatenbeteiligungsgesetz befindet sich jetzt auf dem Weg in die Truppe. Ein

langer Abstimmungsprozess ist zunächst beendet. Mit Erfahrung im Umgang werden wir nachsetzen, wenn Nutzer weiterhin Probleme haben. Ein neues Artikelgesetz (mit Verbesserungen für die Beteiligungsrechte) flackert bereits am Horizont. Und auch die Fachtagung Beteiligungsrechte im Oktober hat bereits Signale erzeugt (siehe Bericht ab Seite 22). Mit der 47. Ausgabe zu Beteiligungsrechten in unserem Magazin in dieser Amtszeit verbinde ich den Wunsch: „Bleiben Sie uns gewogen!“

Herzlichst
Ihr



Andreas Hubert

Oberstabsfeldwebel a.D.
Andreas Hubert



Fachbereich Beteiligungsrechte

Andreas Hubert

Vorsitzender Fachbereich Beteiligungsrechte

Tel.: (030) 235990-290

Telefax: (030) 235990-299

E-Mail: mitarbeitervertretung@dbwv.de

andreas.hubert@dbwv.de

Neues Informationsportal/Newsletter

Zurzeit überarbeiten wir das Informationsportal des Fachbereichs Beteiligungsrechte.

Auf der Seite www.dbwv.de/mav stellen wir online Information bereit für

- Personalräte
- Vertrauenspersonen
- Schwerbehindertenvertreter
- Gleichstellungsbeauftragte

Wer von der o.a. Personengruppe Interesse an unserem neuen Newsletter hat, meldet sich bitte bei der mitarbeitervertretung@dbwv.de mit den folgenden Angaben:

Herr/Frau

Name

Vorname

Dienstgrad

Dienststelle

Standort

E-Mail-Adresse

Manfred-Grodzki-Institut

Grundschulungen 2017 für Personalrat:

49. KW 4.12.–8.12.17 Königswinter
49. KW 4.12.–8.12.17 Moritzburg

Grundschulungen 2018 für Personalrat:

4. KW 22.1.–26.1.18 Königswinter
5. KW 29.1.–2.2.18 Freising
10. KW 5.3.–9.3.18 Malente
12. KW 19.3.–23.3.18 Moritzburg
15. KW 9.4.–13.4.18 Königswinter
23. KW 4.6.–8.6.18 Duderstadt
25. KW 18.6.–22.6.18 Königswinter
27. KW 2.7.–6.7.18 Freising
34. KW 20.8.–24.8.18 Moritzburg

Grundlagen des BPersVG für Personalvertreter

(Grundschulung Teil I) gemäß § 46 Abs. 6 BPersVG
5. KW 29.1.–2.2.18 Freising
10. KW 5.3.–9.3.18 Malente
12. KW 19.3.–23.3.18 Moritzburg bei Dresden
15. KW 9.4.–13.4.18 Königswinter
23. KW 4.6.–8.6.18 Duderstadt
25. KW 18.6.–22.6.18 Königswinter
27. KW 2.7.–6.7.18 Freising
34. KW 20.8.–24.8.18 Moritzburg bei Dresden
38. KW 17.9.–21.9.18 Königswinter
39. KW 24.9.–28.9.18 Malente
43. KW 22.10.–26.10.18 Moritzburg bei Dresden
43. KW 22.10.–26.10.18 Freising
45. KW 5.11.–9.11.18 Duderstadt
47. KW 19.11.–23.11.18 Freising
49. KW 3.12.–7.12.18 Moritzburg bei Dresden
49. KW 3.12.–7.12.18 Königswinter

Grundlagen des Soldatenbeteiligungsgesetzes

(Grundschulung Teil 2) für Soldaten im Personalrat gemäß § 46 (6) BPersVG, §§ 62 (3) und 20 (5) SBG
3. KW 15.1.–17.1.18 Malente
12. KW 19.3.–21.3.18 Freising
20. KW 14.5.–16.5.18 Königswinter
22. KW 28.5.–30.5.18 Moritzburg bei Dresden
37. KW 10.9.–12.9.18 Moritzburg bei Dresden
39. KW 24.9.–26.9.18 Freising
41. KW 8.10.–10.10.18 Königswinter
44. KW 29.10.–31.10.18 Duderstadt

Erweiterte Grundschulung für Arbeitnehmer

Arbeits-/Tarifrechtliche Grundlagen (TVöD, TV EntgO)
37. KW 10.9.–14.9.18 Königswinter

Aufbauschulung für Mitglieder in Stufenvertretungen

Personalratstätigkeit in Gesamtpersonalräten und Stufenvertretungen
8. KW 19.2.–21.2.18 Königswinter

Fachtagungen

Fachtagung für die Dienststellenleitung zum BPersVG und SBG

Neue Herausforderungen und gesetzliche Veränderungen
24. KW 11.6.–13.6.18 Königswinter

Spezialschulungen

Mobbing in den Streitkräften, (k)ein Thema?

11. KW 12.3.–16.3.18 Königswinter

Erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Schwerbehindertenvertretung und Personalrat zum Wohle der Beschäftigten

16. KW 16.4.–18.4.18 Königswinter

Burnout im Dienstalltag – Der Umgang mit psychischen Überbelastungen in der Dienststelle

23. KW 4.6.–7.6.18 Königswinter

Geschäftsführung im Personalrat

26. KW 25.6.–29.6.18 Königswinter

Wertschätzend kommunizieren, Menschen besser verstehen und überzeugen

27. KW 2.7.–4.7.18 Königswinter
36. KW 3.9.–7.9.18 Königswinter

Schulungen für Vertrauenspersonen in Dienststellen gemäß § 4 SBG

Chancen des neuen SBG nutzen
10. KW 5.3.–7.3.18 Königswinter

Mitbestimmung in personellen und sozialen Angelegenheiten

17. KW 23.4.–25.4.18 Königswinter

Mitbestimmung beim Arbeitsschutz

23. KW 4.6.–6.6.18 Freising

Die Umsetzung des SBG in der Vorschrift A 1472/1.

35. KW 27.8.–29.8.18 Moritzburg

Weitere Themen sind in Planung. Informationen erhalten Sie rechtzeitig über das Verbandsmagazin, den MGI Newsletter und auf den Internetseiten des Deutschen Bundeswehrverbandes.

Nähere Informationen zu den Schulungen erhalten Sie direkt über unsere Geschäftsstelle in Bonn:

Manfred-Grodzki-Institut e.V.
Südstraße 123, 53175 Bonn
Telefon: (0228) 3823-103
Fax: (0228) 3823-250
E-Mail: mgi@dbwv.de

Über 100 Beschlussanträge von zivilen Mitgliedern

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

der Bundestag ist gewählt, wir kennen das Ergebnis. Wie die neue Bundesregierung aussehen wird, wissen wir zum Zeitpunkt des Redaktionschlusses und vermutlich auch beim Lesen dieser Zeilen noch nicht. Immerhin eine Personalie ist bekannt: Mit der Wahl von Wolfgang Schäuble zum Bundestagspräsidenten wird das Bundesfinanzministerium auf jeden Fall neu besetzt werden. Für uns als DBwV nicht unwichtig, denn das BMF gehört neben BMVg und BMI zu den drei wichtigsten Ressorts, wenn es um die sozialen sowie wirtschaftlichen Belange der Menschen in der Bundeswehr und somit auch der Zivilbeschäftigten geht. Wir werden uns wohl noch eine Weile gedulden müssen, bis die Protagonisten der neuen Bundesregierung bekannt sind.

In der Zeit des Wartens wird der DBwV sehr gut beschäftigt sein – mit sich selbst. Denn im November steht die Hauptversammlung an, es tagt also das höchste Organ unseres Verbands. Zum einen wird der Bundesvorstand neu zu wählen sein. Auch eines seiner Mitglieder, die oder der Vorsitzende des Fachbereichs Zivile Beschäftigte,

ist neu zu wählen. Ich habe mich bereiterklärt, auch für die nächsten vier Jahre wieder Verantwortung für diese herausfordernde Funktion übernehmen zu wollen.

Herausfordernd wird die vorliegende Zeit in der Tat sein, denn den Delegierten der Hauptversammlung liegen Hunderte Anträge vor. Davon haben alleine zivile Verbandsmitglieder weit über hundert Beschlussanträge gestellt, die tarif- und sozialpolitische sowie beamtenrechtliche Forderungen beinhalten, unter anderem zur Arbeitszeit der Beamten, zu Attraktivitätssteigerungen, zur Arbeitszeitflexibilisierung im Alter und zur Gleichstellung von Berufsabschlüssen. Gegenüber der Hauptversammlung 2013 haben sich die Anträge aus der zivilen Mitgliedschaft damit vervierfacht!

Dies zeigt das große Interesse der zivilen Mitglieder, in einem soldatisch dominierten Berufsverband mitzuarbeiten. Und dies ist auch ein Grund für das erfolgreiche Wirken des vor vier Jahren eingerichteten Fachbereichs Zivile Beschäftigte im DBwV. Der andere Grund ist die fundierte Arbeit zur Erstellung und Umsetzung von Forderungen für das Zivilpersonal, die von

unseren politischen Ansprechpartnern Lob sowie Anerkennung erfährt. Immer mehr Kolleginnen und Kollegen erkennen das und beschenken dem DBwV einen kontinuierlichen Mitgliederzuwachs im zivilen Bereich.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr



Vorsitzender
Fachbereich
Zivile
Beschäftigte



Klaus-Hermann
Scharf

Anzeige

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit unseren Unfallversicherungen.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Mit unserer Unfallversicherung komfort sind Sie gegen die finanziellen Folgen von Unfällen lebenslang abgesichert.

- ✓ 3% Nachlass dank Mitgliedschaft im Deutschen Bundeswehrverband
- ✓ Versicherungsschutz bei Gesundheitsschäden durch Schutzimpfungen
- ✓ Reha-Management für schnelle Rückkehr in Ihr gewohntes Leben

Als Spezialversicherer exklusiv für den Öffentlichen Dienst geben wir alles für Sie. Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen: Förderungsgesellschaft des Deutschen Bundeswehrverbandes mbH, Telefon 0228-3823-0 oder unter www.DBV.de



**60 Jahre Partnerschaft
mit dem DBwV – 145 Jahre
Soldatenversicherer**



Werben Sie Mitglieder für den Deutschen BundeswehrVerband

Nur mit einer großen Zahl von Mitgliedern kann der BundeswehrVerband als gefragter Partner von Verteidigungsministerium, Regierung und Parlament etwas für Sie erreichen

Der Deutsche BundeswehrVerband kämpft an allen Fronten für seine Mitglieder. Ihm ist es zu verdanken, dass sich die Besoldungs-, Versorgungs- und Einsatzsituation in den vergangenen Jahren maßgeblich verbessert hat. In der **Einsatzversorgung** war es allein die Interessenvertretung aller Bundeswehrangehörigen, die den Anstoß zu einer grundlegenden Reform gegeben hat. Heute stehen den Soldaten und zivilen Mitarbeitern, die im Einsatz zu Schaden gekommen sind, und deren Angehörigen Leistungen zu, von denen bis vor wenigen Jahren nicht zu träumen war.

Wenn es um die **Besoldung** geht, ist ebenfalls Verlass auf den Verband. Denn es ist keineswegs selbstverständlich, dass die tariflichen Gehaltssteigerungen für die zivilen Beschäftigten auch auf den Besoldungsbereich übertragen werden. Dafür macht sich immer der BundeswehrVerband stark – in den vergangenen Jahren stets mit Erfolg. Die Ergebnisse der Tarifverhandlungen wurden schnell auf Bundesbeamte und Soldaten übertragen. Die jüngste Verlängerung des Strukturlasses hat den Pendlern vier Jahre Ruhe gestattet. Nun erreichte der Verband, dass die Wahl

zwischen **Trennungsgeld und Umzugskostenvergütung** gesetzlich geregelt wird. Mit dem „Optionsmodell“ besteht weitgehende **Wahlfreiheit**. Die vom Verband hartnäckig verteidigte Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Dienst, die auch den Arbeitgeber Bundeswehr attraktiver macht, wird so vorangetrieben.



Der RAZER ManO'War 7.1 Kopfhörer lässt Sie Musik, Filme und Computerspiele ganz neu erleben. Dank der 7.1 Dolby Surround Soundkarte genießen Sie Blockbuster, aktuelle Spieletitel oder Videokonferenzen in bester Audio-Qualität mit gleichzeitiger Unterdrückung der Umgebungsgeräusche. Dank der 3,5 Zoll-Klinke und des einschiebbaren Mikrofons, kann das Headset auch ganz normal als Kopfhörer genutzt werden, die USB-gebundene 7.1 Soundkarte bleibt dann außen vor. Eine Fernbedienung am Kabel erleichtert die Bedienung.

Pro geworbenem Mitglied kann ein Coupon eingesendet werden. Mehrere geworbene Mitglieder und eingesendete Coupons erhöhen die Gewinnchancen!

Landesgeschäftsstelle
Nord
Waschpohl 5-7
24534 Neumünster

Landesgeschäftsstelle
Ost
Kapelle-Ufer 2
10117 Berlin

Landesgeschäftsstelle
West
Südstraße 123
53175 Bonn

Landesgeschäftsstelle
Süddeutschland
Prager Straße 3
82008 Unterhaching

Senden Sie diesen Coupon und den Mitgliedsantrag an Ihre Landesgeschäftsstelle

Teilnahmebedingungen:

Werben Sie ein vollzahlendes, neues Mitglied im Status SaZ/BS/ERH oder Beamte/Arbeitnehmer im Geschäftsbereich des BMVg. Heften Sie an den Coupon die Beitrittserklärung des von Ihnen geworbenen Neumitglieds und senden beides an den jeweiligen Landesverband, in dem der Werber seinen Dienstort hat. Alle von Ihnen eingesandten Coupons nehmen an der jeweiligen monatlichen Verlosung teil.

Der Werber ist damit einverstanden, dass sein Dienstgrad und Name sowie Zugehörigkeit zur Kameradschaft im Verbandsmagazin und im Internet veröffentlicht werden.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Coupon!

Gültig ab 1. September bis 31. Dezember 2017

Vor- und Zuname, Geb.-Datum geworbenes Mitglied

telefonische Erreichbarkeit des Werbers

Unterschrift des Werbers

Vor- und Zuname, Mitgliedsnummer Werber

Der Landesvorsitzende Nord, Oberstleutnant Andreas Brandes, Flottillenadmiral Axel Deertz, Generalleutnant Carsten Jacobson und der DBwV-Bundesvorsitzende André Wüstner (v.l.)



Foto: DBwV/Krause

Kommandeure tagen in Neumünster

Neumünster. „Begrüßung der Tagungsteilnehmer, Eröffnung der Tagung und Einweisung in den Tagungsablauf“ hieß der erste Tagesordnungspunkt. Was nach Formsache klingt, war eine ebenso muntere wie leidenschaftliche Ansprache durch den Landesvorsitzenden Nord, Oberstleutnant Andreas Brandes. Sein Landesverband sei stolz, nicht nur im Allgemeinen ein gutes Vertrauensverhältnis zur Mitgliedschaft über alle Dienstgradgruppen hinweg zu pflegen, sondern ebenso in der Mitgliedergewinnung und -bindung hervorragende Zahlen zu liefern. Dies sei auf eine Reihe von herausragenden Verbandsereignissen, einen klasse Service sowie engagierter Mitgliederbetreuung im Landesverband zurückzuführen.

Diesjähriger Höhepunkt sei die die Hauptversammlung vorbereitende Landesversammlung in Damp gewesen, so Brandes. Diesbezüglich sei man auf einem guten Weg. Aktuell engagiert sich der Landesverband auch in puncto Wahlen zum jeweiligen Vertrauenspersonenausschuss in den Kommandos. Soldatenbeteiligung sei ein nicht unwesentlicher Teil der Inneren Führung und daher rief er die Kommandeure und Dienststellenleiter auf, geeignete Kandidaten zu ermutigen und zu unterstützen.

Weichen sind gestellt

Anschließend sprach der Bundesvorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbands, Oberstleutnant André Wüstner, gewohnt souverän zur aktuellen Verbandspolitik. Die Trendwenden Personal, Haushalt und Ausrüstungen seien – verglichen mit den Erwartungen vieler – überraschende Erfolge gewesen, wenn man sich an die Gespräche zu Beginn der Legislaturperiode erinnere. Ihm sei bewusst, dass die Umsetzung auf sich warten lasse. Es seien sozusagen die Weichen gestellt worden, die neue Bundesregierung müsse dafür sorgen, dass auch tatsächlich ein Zug komme.

In der außen- und sicherheitspolitischen Community Berlins würden – im Hintergrund – neue

Einsätze wie in Nordafrika erwartet werden. Der Anspruch an die Bundeswehr könnte diesbezüglich steigen, so Wüstner. Dabei gelinge es nur bedingt, die Politik von der Nichtmachbarkeit von weiteren Einsätzen zu überzeugen. Denn trotz vieler 25-Millionen-Euro-Vorlagen habe sich die Materiallage noch nicht grundlegend verändert. Eine große Baustelle für die nächste Koalition sei deshalb – um zu beschleunigen – das Haushalts- und Vergaberecht, stellte Wüstner fest. Hier arbeite der Verband mit Parteien und Ministerien zusammen, die Vorschläge lägen bereits in der Schublade. Fraglich bleibe jedoch noch, ob eine neue Bundesregierung diese dann tatsächlich herausnehme.

Überlastung und „Verbeamtung“ kritisiert

In der sich anschließenden Podiumsdiskussion mit Generalleutnant Carsten Jacobson, stellvertretender Inspekteur des Heeres und Kommandeur Einsatz, sowie Flottillenadmiral Axel Deertz, im Marinekommando Abteilungsleiter Einsatz, und dem Landes- sowie Bundesvorsitzenden des DBwV wurde aus dem Publikum neben der teilweisen Überlastung durch eine Vielzahl von Einsätzen und Übungen auch die „Verbeamtung“ samt Verantwortungsdiffusion der Bundeswehr kritisiert. Gewollter Verantwortungsübernahme würden immer wieder Steine in den Weg gelegt. Gleiches unterstrich ein Leiter ei-

nes Dienstleistungszentrums. Für Soldaten wäre die Umsetzung der „Auftragstaktik“ aufgrund zu vieler Verantwortungsdompteure kaum noch möglich, wurde geäußert. Auch bezüglich der noch immer vorhandenen Mangelverwaltung an Material und Personal nahmen Kommandeure kein Blatt vor den Mund. Und neben den vielen Trendwenden bleibe eine elementar: die Trendwende Vertrauen. Jeder Führungsebene müsse wieder Verantwortung gegeben werden.

„Die Bundeswehr will besser werden, nur muss man es dieser und damit uns auch zutrauen“, sagte ein Kapitän zur See. Noch immer war das Knistern in Sachen „politisch-mediale pauschale Verurteilung“ der Bundeswehr zu spüren. Wüstner rief zur Zuversicht auf: Nach manchem Regentag würde auch stets wieder die Sonne scheinen. Er sei sich sicher, dass man sich im BMVg mancher Fehler bewusst geworden sei, auch wenn noch nicht jeder in der Truppe wirklich daran glauben wolle.

Die Podiumsdiskussion sowie die Anmerkungen aus dem Publikum waren die Grundlage für weitere Gespräche am Abend. Dabei zeigten sich alle dankbar, erneut in einem geschützten Raum dienstgrad- und statusunabhängig diskutieren zu können. „Wo geht das sonst, wenn nicht hier“, sagte der stellvertretende Landesvorsitzende, Kapitänleutnant a.D. Peter Braunshausen. Am Folgetag wurde die Tagung fortgesetzt. OK



Foto: DBwV/Fritsch

Diesjähriger Höhepunkt im Landesverband Nord war die Landesversammlung im April.

Frühzeitig vorsorgen

Landesverband Nord informiert Lebenspartnerinnen



Rund 50 Mitglieder kamen zur Tagung in den Heide Park.

Soltau. Für eine Veranstaltung des DBwV war es eine ungewöhnliche Gruppe, die sich in Soltau zusammenfand. Nicht wie so oft prägten ältere Ehemalige das Bild, sondern reifere Damen in der Blüte ihrer Jahre. Sie trafen sich zur bundesweit einzigen Tagung für Ehe- und Lebenspartner („Landesfrauentagung“) des Landesverbands

Nord im Heide Park Abenteuerhotel. Oberstleutnant Andreas Brandes trug dort zur Verbandspolitik vor. Der Landesvorsitzende Nord betonte, dass mit Geldern sparsam umgegangen werden müsse, dabei jedoch Zielgruppentagungen nicht vergessen werden dürfen. Diese finden auch im Norden nur noch einmal pro Jahr statt. Darunter

leidet jedoch der Kontakt zu Multiplikatoren sowie die Weitergabe von Informationen aus erster Hand.

Der ERH-Vorsitzende im Landesverband Nord, Uwe Schenkel, machte den Lebenspartnerinnen deutlich, dass sie sich nicht erst mit Pflege und Beihilfe befassen sollten, wenn es der Partner nicht mehr selbst könne: „Es ist für den Fall der Fälle mehr als hilfreich, schon frühzeitig gemeinsam Beihilfeanträge auszufüllen, aber dem Partner auch alle notwendigen Vollmachten zu erteilen.“

Natürlich unterschieden sich die Interessen der Lebenspartnerinnen Ehemaliger von denen anderer Gruppen. Im Gegensatz zu Berufssoldaten, Soldaten auf Zeit oder Mandatsträgern drehte es sich wie bei den Tagungen Ehemaliger fast ausschließlich um Versorgungs- und Beihilfeangelegenheiten. Grund genug, so die Meinung im Landesverband Nord, für den Kreis der Ehe- und Lebenspartner auch künftig eine eigene Tagung anzubieten. **FRI**

Bürokratie statt Fürsorge

Statusgruppe der Berufssoldaten tagt an der Ostsee

Damp. Soldaten unterliegen Anforderungen, die vielen anderen Berufsgruppen völlig fremd sind. Aus dem militärischen Auftrag ergeben sich körperliche und psychische Strapazen, enorme zeitliche Belastungen sowie die monatelange Trennung von der Familie. Was sie beschäftigt, nimmt die Gesellschaft aber kaum zur Kenntnis. Noch dazu werden sie oft für Entscheidungen und Vorgänge kritisiert, die von Politikern zu verantworten sind. Sie haben die Entscheidungen der Politik nicht nur umzusetzen, sondern, da so manche Reform nicht zu Ende gedacht wurde, auch massiv unter deren Auswirkungen zu leiden.

Grund genug für den Landesverband Nord, sich immer wieder dieser Statusgruppe anzunehmen. So bei einer Tagung in Damp mit mehr als 80 Teilnehmern. Unter Leitung von Kapitänleutnant a.D. Peter Braunshausen beschäftigten sich diese mit Versorgungs- und Rechtsfragen sowie Verbandsangelegenheiten.

Unter dem Motto „Recht haben und Recht bekommen“ referierte Arnd Steinmeyer über die Einsatzversorgung und seine Erfahrungen als Vertragsanwalt des DBwV. Was die Teilnehmer von ihm hörten, das mochten sie zum Teil gar nicht glauben, so laut wieherte der Amtsschimmel der Bundeswehrebürokratie. Steinmeyer er-

zählte von abenteuerlichen Begründungen, mit denen beispielsweise Anträge körperlich geschädigter Soldaten abgelehnt werden. Außerdem wissen traumatisierte Soldaten oft nicht, dass sie von bundeswehreffremden Gutachtern nach Aktenlage begutachtet wurden. Deshalb sollten Betroffene, wenn ihnen ein Bescheid seltsam vorkomme, rechtlichen Rat suchen: „Denn auch falsche Bescheide werden rechtskräftig.“

Peter Braunshausen wurde in dieser Sache deutlich: „Dem Dienstherrn sollte es ein Anliegen sein, im Dienst geschädigte Soldaten und deren Angehörige nicht durch eine träge und widersinnige Bürokratie noch mehr zu belasten.“ **FRI**

Landesverband Nord

Landesgeschäftsstelle:

Waschpohl 5–7, 24534 Neumünster
Telefon: (04321) 42006
Fax: (04321) 44233
E-Mail: nord@dbwv.de

Beauftragter für die Pressearbeit:

Oberstabsfeldwebel a.D. Johann Fritsch
E-Mail: johann-fritsch@web.de



Peter Braunshausen fordert mehr Fürsorge und weniger Bürokratie.

Jörg Struckmeier mit Rudi Haardt (r.)



Wilhelmshaven. Auf den Großstandort Wilhelmshaven war die zweite diesjährige Tagung im Bezirk 3 zugeschnitten. In Zusammenarbeit mit der örtlichen Standortkameradschaft unterbreite-

Wilhelmshaven im Blickpunkt

te Oberstleutnant Jörg Struckmeier den Teilnehmern dort ein breites Informationsangebot. Darüber hinaus stellte der Bezirksvorsitzende den neuen zweiten Standortbeauftragten, Fregattenkapitän a.D. Hans-Jörg Otto, vor.

Bei der Veranstaltung trugen hochrangige Referenten zur Materialerhaltung in der Marine und zur Unterkunftssituation nach Einfüh-

rung der Soldatenarbeitszeitverordnung vor. Ein Höhepunkt war die Auszeichnung von Stabsbootsmann Rudi Haardt mit der Verdienstnadel des Deutschen Bundeswehrverbands in Silber. Struckmeier betonte bei der Ehrung des Vorsitzenden der Standortkameradschaft dessen Verdienste und die hervorragende Zusammenarbeit mit dem Mandatsträger.

Aus den Kameradschaften

LINGEN

Im Rahmen der Jubiläumsfeier zum 40-jährigen Bestehen der selbstständigen ERH-Kameradschaft Lingen wurden zahlreiche Mitglieder geehrt. Die Auszeichnungen nahm Oberstabsfeldwebel a.D. Richard Biak als Vorsitzender zusammen mit Mandatsträgern der Bundes-, Landes- und Bezirksebene vor. Für 25 Jahre Treue zum DBwV wurden Ilse Dinse und Hauptmann a.D. Detlev Ziebur sowie die Stabsfeldwebel a.D. Jürgen Paus und Bodo Rolle ausgezeichnet. Seit 40 Jahren sind Oberst a.D. Ernst Elbers, Oberstleutnant a.D. Robert Loske, Stabhauptmann a.D. Ruediger Witza, die Hauptleute a.D. Joachim Brandt und Norbert Tewes, die Stabsfeldwebel a.D. Alfred Bauersachs und Udo Söllner, Oberbootsmann d.R. Volker Diehm sowie Obermaat d.R. Thomas Holljes im Verband. Auf fünf Jahrzehnte bringen es Hauptmann a.D. Erich Krappa, Oberstabsbootsmann a.D. Heinz Venker, Stabsfeldwebel a.D. Edgar Schubert und Fahnenjunker d.R. Hans Wilhelm Lemmen. Oberstabsfeldwebel a.D. Johann Schnieders wurde für 20 Jahre Tätigkeit als Mandatsträger geehrt, der dienstgradgleiche Otto Kiener für 30 sowie Stabsbootsmann a.D. Alfred Walter und der Kameradschaftsvorsitzende Biak für 50 Jahre.

DITHMARSCHEN

Während eines Informations- und Vortragsabend der ERH-Kameradschaft Dithmarschen wurden Oberstabsfeldwebel a.D. Rolf Kutschbach für 25 sowie Stabsfeldwebel a.D. Peter Lange für 50 Jahre Mitgliedschaft im DBwV geehrt. Im Anschluss daran folgten Referate zum Thema Pflege und zum Sozialdienst der Bundeswehr.

EUTIN



Im Rahmen des Husaren-Biwaks in Eutin ehrte Stabsfeldwebel Marcus Noll (l.) als Truppenkameradschaftsvorsitzender des Aufklärungsbataillons 6 seinen

Kommandeur, Oberstleutnant Alexander Radü, für dessen 25-jährige Mitgliedschaft im DBwV.

KIEL



Die Seminare für Pensionäre sollen wieder jährlich stattfinden.

Nach mehrjähriger Pause hat die Standortkameradschaft (StoKa) Kiel wieder ein Tagesseminar für künftige Pensionäre durchgeführt. Bei der von Stabsbootsmann Rene Sirock geleiteten Veranstaltung trugen Referenten zum Versorgungsrecht, zur Beihilfe und zu Pflegeangelegenheiten sowie dem Sozialdienst der Bundeswehr vor.

OSTERODE

Oberstleutnant a.D. Paul Beier von der ERH-Kameradschaft Osterode wurde während einer Vorstandssitzung für seine 50-jährige Mitgliedschaft im DBwV ausgezeichnet, Oberstabsfeldwebel a.D. Andreas Boecker für 25 Jahre. Die Ehrung der beiden Kameraden übernahm der Vorsitzende der Kameradschaft, Stabsfeldwebel a.D. Fritz Brodt.

LECK

„Sie sind ein unverzichtbarer Teil des DBwV“, betonte der Landesvorsitzende Nord während einer Veranstaltung der ERH-Kameradschaft Leck anlässlich ihres 40-jährigen Bestehens. Oberstleutnant Andreas Brandes würdigte damit die Aktivitäten der über 200 Mitglieder zählenden Gruppierung, deren Vorstand um Oberstabsfeldwebel d.R. Peter Lühmann zeigt, dass sie Kameradschaft auch nach der Pensionierung lebt. Brandes und der Kameradschaftsvorsitzende ehrten Angelika Essmann, Jens Gertig und Rainer Wagenführ für 25 Jahre Treue zum Verband, Bernhard Vogel für vier Jahrzehnte. Darüber hinaus wurde das Gründungsmitglied Heinrich Pöhler mit der Verdienstnadel des Verbands in Bronze ausgezeichnet.

MUNSTER

Ihre traditionelle Fünf-Tages-Fahrt führte die Munsteraner ERH-Kameradschaft in diesem Jahr

nach Ostfriesland. Die 74 Teilnehmer besuchten von Leer aus Papenburg, Norddeich, Norderney, Emden, Wittmund und Jever. Das bunte Programm aus Führungen, Besichtigungen und gemütlichen Abenden kam bei den Ehemaligen sehr gut an. Die nächste, für 2018 geplante Reise soll den Raum Berlin zum Ziel haben.

BÜCKEBURG

Die Standortkameradschaft Bückeburg richtet gemeinsam mit der örtlichen ERH-Kameradschaft am Sonntag, den 3. Dezember, um 10.30 Uhr, im Hubschraubermuseum den traditionellen Nikolausfrühschoppen aus. Alle Bückeburger DBwV-Mitglieder sind dazu eingeladen. Anmeldung schriftlich an: Oberstleutnant Birk Neider, Achumer Str. 1, 31675 Bückeburg oder birkneider@bundeswehr.org

Termine

28./29.11.2017	Tagung Chefs/Spieße in Damp
30.11.2017	Tagung Bezirk 6 in Leer
13./14.2.2018	Tagung Chefs/Spieße in Soltau
15.2.2018	Tagung Bezirk 2 in Lüneburg
6./7.3.2018	Tagung SaZ in Damp
17./18.4.2018	Tagung Ehemalige in Soltau

Weitere Berichte im Internet unter www.dbwv.de

Coupon-Werbung

Bei der Coupon-Werbung im September 2017 hat **Stabsunteroffizier Oliver Gehrman** aus Plön Razer ManO'War 7.1 Kopfhörer gewonnen. In diesem Monat haben sich insgesamt sechs Kameradinnen und Kameraden an der Coupon-Werbung beteiligt. Durch sie konnten zehn neue Mitglieder gewonnen werden.

Der Landes-
vorsitzende,
Hauptmann a.D.
Uwe Köpsel



Rauf & Runter

Liebe Kameradinnen und Kameraden, in vier Wochen gibt es zahlreiche Themen, die es wert wären, in die Rubrik „Rauf & Runter“ eingeordnet zu werden. Im Internet, auf den Seiten des Landesverbandes Ost, können Sie in Zukunft tagessaktuell mehr zu dieser Rubrik erfahren.

Rauf

Unter dem Hashtag #DoughnutLickYourLips unterstützt eine britische Lebensmittelkette einsatzgeschädigte Soldaten bei der Wiedereingliederung in das zivile Leben mit einer amüsanten Aktion. Sie spendet für jedes eingesandte Bild und jeden Film in den sozialen Medien, auf dem der Moment festgehalten wird, in dem man sich beim Genuss eines Berliners/Pfannkuchens mit der Zunge unweigerlich über die Lippen voll seinem Zucker fährt.

Ein Segen für unsere Einsatzgeschädigten ist unser weit gefasstes Einsatzweiterverwendungsgesetz. Es gibt einsatzgeschädigten Soldaten die Möglichkeit der beruflichen und sozialen Absicherung im Kameradenkreis.

Runter

Ein Fluch des Einsatzweiterverwendungsgesetzes ist, dass keine Dienstposten ausgewiesen sind, auf denen Weiterverwender einsetzbar sind. In Verbänden und Einheiten wird oft verzweifelt nach Möglichkeiten gesucht, wie die Einsatzgeschädigten sinnvoll beschäftigt werden können. Schwer wird es dann, wenn überproportional viele einer Einheit zugewiesen werden. Unsere Einsatzgeschädigten haben es verdient, sinnvoll eingesetzt und gebraucht zu werden!

Sich gegen bestimmte Alltagsrisiken mit einer entsprechenden Versicherung abzudecken ist wichtig. Es ist unseriös und allemal unkameradschaftlich, wenn ehemalige oder aktive Soldaten überbeuerte Versicherungsleistungen an junge Kameraden verkaufen und Altverträge kündigen lassen. Es lohnt sich, gerade in diesem Bereich umsichtig zu sein und bei seriösen Anbietern einen Preisvergleich einzuholen.

Wir sehen dieser Tage einen garstigen alten Bekannten: den Fingerzeig gen Osten. Die vermeintlich „Zurückgelassenen“, die „Enttäuschten“ sind Schuld – warum haben sie die Bundestagswahl zum „Protest“ genutzt? Natürlich: Die Frage ist im Kern berechtigt. Ganz sicher ist sie aber vor allem eines: Viel zu spät! Wer Ohren hatte, der konnte die Proteste der sogenannten Wutbürger schon vor mehr als zwei Jahren hören. Aus welchen Gründen auch immer freie Bürger in einem freien Land ihre Wahlentscheidung getroffen haben, diese Frage bedarf eines sorgfältigen politischen Austauschs. Einer Auseinandersetzung in der Tiefe, mit aller gebotenen Fairness. Vorwürfe dagegen sorgen für Ausgrenzung und Stigmatisierung. Das ist weder hilfreich, noch hat es viel mit demokratischer Auseinandersetzung zu tun. Das Volk hat gewählt, ein neues Volk kann man nicht wählen.

Ihr

Uwe Köpsel



Foto: DBW/Hahn

OstFw Dirk Kratz
9./SanRgt 1 Berlin

„Nicht nur für die Weiterbildung ist der Besuch der Tagung ein Gewinn.“

Gezielt ansprechen

Im September fanden im Landesverband Ost des Deutschen Bundeswehrverbands je eine Tagung für Mannschaftsdienstgrade in Halle (Saale) sowie die „Spieß-Tagung“ für Kompaniefeldwebel oder vergleichbare Unteroffiziere in Blankenfelde statt. Der Landesverband Ost konnte auf diesen beiden Tagungen rund 80 Soldaten über aktuelle Themen rund um den Soldatenberuf informieren.

Der Landesvorsitzende Hauptmann a.D. Uwe Köpsel eröffnete beide Tagungen und freute sich über das Interesse, sich untereinander austauschen zu können. „Neben zahlreichen informativen Vorträgen sind es gerade die Gespräche in den Pausen oder am Rande der Tagung, die eine solche Veranstaltung ausmachen“, so Köpsel.

Sorgen und Nöte

Neben aktuellen verbandspolitischen Schwerpunkten des Verbands hatte die Geschäftsstelle des Landesverbands ein für beide Personengruppen interessantes Programm organisiert. Dazu gehörten auch Themenbereiche rund um den Truppenalltag und die Probleme, Sorgen und Nöte der Soldaten an ihren Standorten. Hier wurden neben der geeigneten Ausrüstung sowie dem ausreichenden Personal auch der respektvolle Umgang miteinander angesprochen. Gerade in der heutigen Zeit zeigt sich, wie wichtig der regelmäßige Austausch ist, um die Sachverhalte in der Truppe besser zu verstehen und diese dann gezielt zu verbessern. Das ist eine Kernaufgabe des Ver-

bands, Punkte aufzunehmen und in geeigneter Weise zu transportieren.

Andere Aufgaben – andere Schwerpunkte

In Halle (Saale) konnte der Landesvorsitzende Soldaten auf Zeit aus der Mannschaftslaufbahn, mit Masse im Dienstgrad Oberstabsgefreiter, begrüßen. Neben verbandspolitischen Informationen, gab es vielfältige und ergebnisreiche Diskussionen unter anderem zu den Themen Nachwuchs, Ausbildung, Berufssoldaten-Mannschaften, Tradition sowie Innere Führung.

Bei den Zeitsoldaten standen natürlich auch Fragen zur Eingliederung in das zivile Erwerbs-

leben ganz vorne an. Die richtige und passende Anschlussverwendung zu finden, ist der Wunsch eines jeden Zeitsoldaten. Besonders begehrt sind die offenen Stellen im öffentlichen Dienst. Bei aller Wichtigkeit der Suche nach einem Job, ist auch der richtige Zeitpunkt der Bewerbung wichtig. Hier muss man sich im Vorfeld bewusst sein, wie lange man sich bei der Bundeswehr verpflichtet hat und wann der früheste Zeitpunkt des Ausscheidens ist.

Ein Punkt nach dem Ausscheiden aus dem Dienst als Soldat auf Zeit beschäftigte die Tagungsteilnehmer als ein Schwerpunktthema: die Rentennachversicherung. Hier wurde den Anwesenden deutlich gemacht, wie wichtig es ist, im Rentenalter ausreichend versichert zu sein. Gerade in jungen Jahren neigt der Mensch dazu, dieses Themenfeld auszublenden. Private Vorsorge ist hier also gefragt!

Im Südosten der Bundeshauptstadt beschäftigten sich die „Spieße“ mit den aktuellen Aspekten der Personalführung und den Neuerungen im Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr sowie dem Umgang mit Menschen, die an posttraumatischen Belastungsstörungen leiden. Für diese Kameraden gibt es zwar Regelungen, jedoch kommt es in den Einheiten zu Schwierigkeiten, diese Kameraden auch sinnvoll in den Dienstbetrieb wieder einzugliedern.

Landesverband Ost

Landesgeschäftsstelle:
Kapelle-Ufer 2, 10117 Berlin
Telefon: (030) 80470370
Fax: (030) 80470379
E-Mail: ost@dbwv.de

Beauftragter für die Pressearbeit:
Stabsfeldwebel Karl-Uwe Hahn
E-Mail: uwe.hahn@dbwv.de



Foto: DBW/Hahn

OstFw Ralf Augustin
7./SanRgt 1 Berlin

„Wichtige Aspekte zu aktuellen Themen wurden während der Tagung diskutiert.“

Auch für Berufssoldaten gibt es ein Leben nach der Bundeswehr. Deshalb ging es auch auf dieser Tagung um das Versorgungsrecht der Berufssoldaten, die Berechnung der Pension und den Versorgungsausgleich bei geschiedenen Berufssoldaten sowie die Hinzuverdienstgrenze bei Unteroffizieren.



Foto: DBwV/Hahn

StGefr Christian Pilz BMVg – Berliner Dienstsitz

„Es ist wichtig, dass der Verband auch auf die Belange der Kameradinnen und Kameraden aus der Mannschaftslaufbahn eingeht.“

Wo der Schuh drückt

Nicht nur seit der öffentlichen Diskussion über die Tradition der Bundeswehr in den vergangenen Monaten ist die Bundeswehr wieder in den Fokus der Öffentlichkeit geraten. Die Soldaten beider Veranstaltungen wünschten sich, dass weniger das Negative über die Bundeswehr in die Öffentlichkeit gerate, sondern die viel häufiger vorkommenden positiven Eindrücke, wenn die Bundeswehr an den jeweiligen Standorten wirkt. Nicht nur bei Naturkatastrophen, sondern auch bei Erste-Hilfe-Leistungen bei einem Verkehrsunfall, in den Vereinen (zum Beispiel bei Spendenaktionen) oder wenn die Frauen und Männer in den Kommunen tatkräftig anpacken.

„Probleme und Schwierigkeiten gab es schon immer in den Streitkräften, nicht nur bei der Ausrüstung und bei der zu geringen Personaldecke“, so ein Teilnehmer und weiter: „Nun heißt es, die Zeichen der Zeit zu nutzen und alles daranzusetzen, dass die Bundeswehr für die Zukunft aufgestellt werden kann.“

Am Ende der Veranstaltungen zeigten sich die Tagungsteilnehmer zufrieden über die Weiterbildungsthemen und die Möglichkeit, sich am Rande der Tagung über die eigenen Erfahrungen auszutauschen sowie die persönlichen Netzwerke auszubauen.

Wechsel im Bezirk 5

Peter Vitus Hoffmann mit
Uwe Köpsel (r.)

Anfang Oktober hat Hauptbootsmann Michael Ebersbach den Bezirksvorsitz über den Bezirk 5 (Mecklenburg-Vorpommern) von Oberstabsfeldwebel a.D. Peter Vitus Hoffmann übernommen. Der Wechsel war nötig geworden, weil Hoffmann aus dem Zuständigkeitsbereich des Landesverbands Ost gezogen ist. Hauptmann a.D. Uwe Köpsel, DBwV-Landesvorsitzender Ost, dankte ihm für seine Arbeit und sagte: „Man kann zwar wegziehen, aber er wird als guter Kamerad immer bei uns bleiben.“ Hoffmann gehörte seit 1992 dem Landesverband Ost an und war seit Mitte der 90er Jahre auch als Mandatsträger tätig. Seit Juli 2013 führte er den nördlichsten Bezirk im Landesverband. Ihm folgt der 37-jährige Berufssoldat Ebersbach aus dem Marinekommando in Rostock. Im Landesverband war er bisher als Vorsitzender der selbstständigen TruKa beim Marineführungsunterstützungszentrum 1 in Marlow tätig.

Aus den Kameradschaften

STRAUSBERG

Die Standortkameradschaft Strausberg nutzte das traditionelle Herbstfest des Zentrums Informationsarbeit der Bundeswehr in Strausberg Anfang September, um diese Veranstaltung um einen Standorttag des Netzwerks der Hilfe zu ergänzen. Neben dem Bezirksvorsitzenden Berlin-Branden-



Foto: Stfw Häußermann/DBwV

Für die Gäste, ob groß oder klein, war das Glücksrad ein Anziehungspunkt.



Hauptmann Christian Weber und Hauptfeldwebel Oliver Friedrich (r.) schickten das Gelbe Band auf die Reise.

burg im Landesverband Ost des DBwV, Stabsfeldwebel a.D. Frank-Udo Reiche, war auch der Vorsitzende der TruKa Kommando Heer, Hauptmann Christian Weber, am Infostand des Verbands vertreten. Ein Gelbes Band mit Grüßen und Wünschen der Gäste wurde am Ende einem Kameraden mit auf den Weg nach Mali gegeben.

BERLIN

Traditionell am ersten Septemberwochenende fand auf dem ehemaligen britischen Militärflug-

platz und heutigen Gelände des Militärgeschichtlichen Museums – Flugplatz Berlin-Gatow das jährliche Flugplatzfest und der Tag der Reservisten statt. Auch der DBwV war wie in den vergangenen Jahren mit einem Infostand vertreten. Zahlreiche Besucher nutzten die Gelegenheit, mit den DBwV-Mitgliedern ins Gespräch zu kommen und informierten sich über die Arbeit des Verbands. „Für mich und mein Team ist es wichtig, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen sowie ihnen ein wenig die Aufgaben des Verbandes darzustellen“, so Stabsfeldwebel a.D. Frank Udo Reiche. Am Ende erzielte das DBwV-Team einen beachtlichen Erlös für die SVS.

MAGDEBURG

Die Truppenkameradschaft des DBwV im Landeskommando Sachsen-Anhalt in Magdeburg hat unlängst ein Beachvolleyball-Turnier in der neuen Liegenschaft des Landeskommandos veranstaltet.

Acht Mannschaften der Bundeswehr, der Polizei und des städtischen Abfallwirtschaftsbetriebs kämpften um den Siegerpokal, den der Bezirksvorsitzende Sachsen-Anhalt, Oberstabsfeldwebel a.D. Oliver Brockholz, und der Vorsitzende der TruKa, Hauptfeldwebel Patrick Giesecke, überreichten. Giesecke meinte am Ende des Tages: „Wir sind uns alle einig, dass wir diese Veranstaltung im nächsten Jahr wiederholen werden!“



Foto: Bundeswehr/Poloczek

Gemeinschaftsfoto nach der Siegerehrung

Termine 2017

28./29.11. Tagung mit Kommandeuren*

* Die Einladungen erfolgen rund vier bis sechs Wochen vor der Veranstaltung.

Weitere Berichte im Internet
unter www.dbwv.de



Der Bundesvorsitzende Oberstleutnant André Wüstner (2.v.r.) im Gespräch mit Soldaten des Standorts Laupheim.

verbreiteten Missverständnis auf, Innere Führung habe lediglich etwas mit einer Art der Menschenführung zu tun. Es gehe im Kern um einsatzbereite Streitkräfte in unserer Demokratie. Dazu gehöre auch eine breite Diskussion über die Rolle sowie das Ansehen der Bundeswehr in Staat und Gesellschaft. Gerade bei Letzterem habe insbesondere die Politik enormen Nachholbedarf, so Wüstner.

Wüstner bei Standorttagen: Bezug zur Basis zeichnet uns aus!

Ulm/Dornstadt. Was bewegt die Truppe? Das war die Frage, mit der der Bundesvorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbands, Oberstleutnant André Wüstner, kürzlich nach Ulm reiste. Ulm ist Standort vom Bundeswehrkrankenhaus und Multinationalen Kommando Operative Führung Einsatzkräfte. Nach einem intensiven Gespräch mit demselben Befehlshaber, Generalleutnant Richard Roßmanith, hielt Wüstner vor rund 120 Soldaten und Zivilbeschäftigten in der Wilhelmsburg-Kaserne einen Vortrag zur aktuellen Verbandspolitik. Neben einem Rück- sowie Einblick in die aktuelle verbandspolitische Arbeit ging er vor allem auf die eingeleiteten Trendwenden Haushalt, Material und Personal ein, deren Umsetzung nach wie vor zögerlich sei. So sei es zum Beispiel mit der Schaffung von neuen Planstellen allein nicht getan, denn die Menschen müssten zunächst mitunter über Jahre dafür ausgebildet werden. Allein das Schaffen neuer Planstellen reiche eben nicht, wenn diese nicht besetzt werden können. Den aus Personalnot gespeisten Überlegungen, die allgemeine Altersgrenze anzuheben, sahen nicht nur der Bundesvorsitzende, sondern auch weitere Teilnehmer des Plenums kritisch.

Zeitraubende Prozesse geraten zur Belastung

In den folgenden Gesprächsrunden mit Dienststellenleitern und Kommandeuren der Standorte Ulm und Dornstadt, den dortigen Personalrä-

ten, Kompaniechefs und -feldwebeln sowie den Vertrauenspersonen und Sprechern Vertrauenspersonenversammlung zeigte sich über alle Ebenen hinweg ein inzwischen bekanntes Bild: Aufgesplitterte Zuständigkeiten und überbordende Bürokratie einhergehend mit ungebremster Regelungswut führen zu zeitraubenden Prozessen, die allgemein als Belastung wahrgenommen werden.

Viel Lob erhielt der Bundesvorsitzende für die Haltung des DBwV mit Blick auf die politisch-mediale pauschale Verurteilung der Bundeswehr, aber auch für das Engagement der Mandatsträger auf allen Ebenen. „Ein Bundesvorsitzender und ein Bezirksvorsitzender, die sich bei ihrem Besuch des Standorts einen ganzen Tag Zeit nehmen, zuhören, erklären und Position beziehen, das zeichnet unseren DBwV aus“, anerkannte ein Stabsfeldwebel gegenüber Wüstner.

Beim abendlichen Vortrag der Gesellschaft für Sicherheitspolitik (Sektion Ulm), mitorganisiert durch den Bezirksvorsitzenden Donau-Neckar-Bodensee im DBwV, Oberstabsfeldwebel a.D. Harald Lott, konstatierte Wüstner eine auf Kante genährte personelle und materielle Aufstellung der Bundeswehr angesichts der Fülle der gestellten Aufträge. Dies gehe zu Lasten von Gesundheit, Motivation und Berufszufriedenheit. Es bedürfe dringend „ruhigerer Gewässer“, um zu regenerieren oder sich mit Blick auf die Innere Führung zu orientieren. Nebenbei räumte der Bundesvorsitzende mit dem

Am Folgetag stand der Standorttag Laupheim – Heimat des Hubschraubergeschwaders 64 mit CH-53 und brandneuen H145M – auf dem Programm. Auch hier sprach Wüstner zunächst mit dem Kommandeur, Oberst Stefan Demps, bevor ihm Piloten, Techniker und ein Experte von Airbus den neuen Hubschrauber vorstellten. Wüstner führte auch intensive Gespräche mit Disziplinarvorgesetzten sowie Vorständen von StoKa, TruKa und KERH zu aktuellen Herausforderungen am Standort und für den DBwV. Dabei sprachen die Menschen vor Ort trotz ihrer hohen Motivation für die Aufgabenerfüllung die Sorgen deutlich an: unter anderem das Fehlen von Flugstunden und mangelnde Regenerationsmöglichkeiten der Piloten, Bordtechniker sowie „Doorgunner“ bei extremer Einsatzbelastung. Nach diesen intensiven Gesprächen resümierte der Bundesvorsitzende: erstens seien die Hubschrauber CH-53 aus dem Afghanistan-Einsatz zu nehmen, zweitens müsse die Industrie die Wartungsarbeiten zeitgerecht erfüllen und drittens müsse die Nachfolgeentscheidung für die CH-53 umgehend getroffen werden.

Eine Mitgliederversammlung mit anschließendem Grillabend beschloss den Standorttag in Laupheim mit guten Gesprächen unter motivierten Mitgliedern. Im Ergebnis beider Standorttage wurde jedem klar, was den DBwV auszeichnet: der klare Bezug zur Basis!
HL/IK

Landesverband Süddeutschland

Landesgeschäftsstelle:

Prager Straße 3, 82008 Unterhaching
Telefon: (089) 615209-0
Fax: (089) 615209-99
E-Mail: sued.unt@dbwv.de

Beauftragter für die Pressearbeit:

Oberstleutnant a.D. Ingo Kaminsky
E-Mail: ingo.kaminsky@dbwv.de

Aus den Kameradschaften

HEMAU

Unter den Besuchern des neu aufgelegten Musikfestes der Bundeswehr in Düsseldorf waren auch 45 Mitglieder und Gäste der sKERH Hemau – und sie waren begeistert. Nach drei Jahren Pause erfährt diese Tradition mit einer Show der Extraklasse mit Spitzenformationen aus sieben Nationen einen Neustart. Über 700 Spitzenmusiker



Teilnehmer der sKERH vor dem ehemaligen Bundesgästehaus auf dem Bonner Petersberg



Stabsfeldwebel a.D. Gerhard Stärk, Oberstleutnant Josef Rauch und Benno Spitzweg (2. Reihe) dankten Mario Rath, Hauptmann a.D. Uwe Rossow und Maik Beier (1. Reihe) mit der Plakette des Landesverbands Süddeutschland (v.l.).

Verabschiedung aus dem Landesvorstand Süddeutschland

Der Landesvorsitzende Stabsfeldwebel a.D. Gerhard Stärk verabschiedete auf der 11. Landesvorstandssitzung Mario Rath, Maik Beier und Hauptmann a.D. Uwe Rossow. Rath ist den Mitgliedern des DBwV im Landesverband Süddeutschland seit 27 Jahren als stellvertretender Geschäftsführer und Leiter Außer-

dienst bekannt. Beier wechselt nach acht Jahren als Mitarbeiter Außen-

dienst in den Landesverband Ost in die Verwendung als stellvertretender Landesgeschäftsführer. Rath und Beier werden sich im DBwV auch künftig in der Mitgliedergewinnung engagieren. Rossow hat sich in den 16 Jahren als Beauftragter Beteiligungsrechte einen Namen als kompetenter Streiter in dieser Sache gemacht. **IK**

präsentierten ein Event voller mitreißender Rhythmen und verblüffender Showeinlagen gepaart mit militärischer Disziplin sowie Präzision. Ein Abstecher in die ehemalige Bundeshauptstadt Bonn beendete einen erlebnisreichen Tag. **BS/IK**

GARMISCH-PARTENKIRCHEN

Der stellvertretende Direktor des Georg C. Marshall Centers, Brigadegeneral a. D. Johann Berger, hat Mitglieder der sKERH Garmisch-Partenkirchen im speziell gesicherten militärischen Bereich



Mitglieder der sKERH Garmisch-Partenkirchen haben das Georg C. Marshall Center besucht.

der Einrichtung begrüßt. Mit anschaulichen Bildern und Aufzeichnungen verdeutlichte Berger den Auftrag des nunmehr 20-jährigen Marshall Centers als wichtige Einrichtung deutsch-amerikanischer Zusammenarbeit: Schaffung eines stabileren Sicherheitsumfelds, Bewältigung transnationaler und regionaler Sicherheitsprobleme sowie Aufbau von tragfähigen Partnerschaften weltweit. **WK/IK**

WÜRZBURG/VEITSHÖCHHEIM



Im Elfenbeinmuseum wird die Kunst des Elfenbeinschnitts vorgeführt.

Die Kulturreise der KERH Würzburg/Veitshöchheim führte in den hessischen Odenwald nach Erbach. Nach einer Kaffeepause im barock angelegten Lustgarten war erster kultureller Höhepunkt das Elfenbeinmuseum im Erbacher Schloss. Im einzigartigen Museum weckten die dargestellte Geschichte sowie die filigranen Ausstellungsstücke die Bewunderung der Teilnehmer. Nach dem Rundgang durch den Altstadt kern von Michelstadt klang die Kulturreise in einem der ältesten Gasthäuser der Altstadt aus. **EW/IK**

ROTH

Der Vorsitzende ERH im Landesvorstand, Oberstabsfeldwebel a. D. Bernhard Hauber, hat Ehrenurkunde und Glasplakette für 60-jährige Verbandszugehörigkeit an Leutnant d.R. Helmut Frank sowie Stabsfeldwebel a. D. Friedrich Lindemann übergeben. Für 50-jährige Mitgliedschaft im Verband geehrt wurde Oberstabsfeldwebel a.D. Kurt Pompiati. Oberstleutnant Gerhard



Gleich eine Reihe Ehrungen gab es in der KERH Roth.

Mihm und Hauptmann Falko Rampolt blicken auf 40 beziehungsweise 25 Jahre Verbandszugehörigkeit zurück. **RW/IK**

ELLWANGEN

Das Herbstfest der KERH Ellwangen nutzten Bezirksvorsitzender Hauptmann a.D. Uwe Paul und Vorsitzender ERH im Landesvorstand, Oberstabsfeldwebel a.D. Bernhard Hauber, um über Schwerpunkte bevorstehender Verbandsarbeit zu informieren. Paul sprach über offene „Baustellen“ wie Krankenversicherung für längerdienende Soldaten auf Zeit oder die Diskussion zur Gehaltsstruktur der Bundeswehr. Er



Sichtlich erfreut nahm Hauptmann a.D. Robert Kiesewetter die Ehrung von Oberstabsfeldwebel a.D. Bernhard Hauber und Hauptmann a.D. Uwe Paul entgegen (v.l.n.r.).

verwies auf die anstehenden Koalitionsverhandlungen, in die der DBwV seine Forderungen einbringen möchte. Hauber informierte über die bevorstehende Hauptversammlung des DBwV, auf der über rund 400 Anträge abgestimmt werde. Paul und Hauer überreichten zudem dem fast 80-jährigen Hauptmann a.D. Robert Kiesewetter für 60-jährige Mitgliedschaft im DBwV die Ehrung des Bundesvorsitzenden. **IK**

Termine 2017

- 7.11. SaZ-Tagung Bezirk 4 (n.n.)
- 28./29.11. VPV/GrpSprS mit TruKa-Vorsitzenden in Langenau
- 29./30.11. Tagung mit Zivilbeschäftigten in Langenau

Weitere Berichte im Internet unter www.dbwv.de

Coupon-Werbung

Gewinner der Coupon-Werbung ist Stabsfeldwebel Andreas Purwins – TruKa AusbStp Geb/WiKpf.

Der Landesvorsitzende,
Oberstleutnant a.D.
Thomas Sohst



Verehrte Mitglieder des DBwV im LV West,

eine der mir zur Zeit meist gestellten Fragen lautet: Wer wird neuer Verteidigungsminister? Bei Nachfragen höre ich heraus, dass es eine Sehnsucht gibt, dass Vertrauen wieder aufgebaut wird in den Streitkräften. Diese Sehnsucht wird verbunden mit der Besetzung des Ministerpostens. Natürlich wissen die Mitglieder, dass die Personalentscheidungen den Sachentscheidungen in den Koalitionsverhandlungen folgen. Also steht hinter dieser Frage auch der Wunsch, dass diese zügig geführt werden und dennoch im Ergebnis eine tragfähige Regierung hervorbringen. Aber auch nach Inhalten wird gefragt: Fortsetzung der Trendwenden – dabei: Beibehaltung der besonderen Altersgrenze, Freiwilligkeit der Weiterbeschäftigung über diese Altersgrenze hinaus, zusätzliche Haushaltsstellen, damit durch Weiterbeschäftigung bedingte Wartezeiten von Beförderungsanwärtern vermieden werden, Abschaffen der Hinzuverdienstgrenze, Einbeziehen aller entlassenen Berufssoldaten in die Neuregelung des Versorgungsausgleichs, Sonderregelungen, damit die Unterkunfts-, Ausbildungs- und Betreuungsinfrastruktur zügig auf einen Stand gebracht wird, der als modern und attraktiv bezeichnet werden kann. Und ich könnte die Liste fortsetzen. Die Mitglieder wünschen sich konkrete Aussagen im Koalitionsvertrag. Der DBwV hat mit seiner Lobbyarbeit begonnen, um das sicherzustellen. Ob es bei den gewiss nicht einfachen Koalitionsverhandlungen gelingt? Den Versuch ist es wert und als Mitglieder können sie sicher sein, dass wir alles daran setzen werden. Es kommt auf die Inhalte an – und dann ist es letztendlich egal, wer Verteidigungsminister wird. Und das werden wir bestimmt nicht beeinflussen können. Wir werden es zu nehmen haben, wie es entschieden wird. Aber vielleicht ist ein Höchstmaß an personeller Kontinuität gar nicht das Schlechteste. Eine neue Leitung wird sich einarbeiten müssen. Das wird Zeit kosten – Zeit, die fehlen wird, um unsere Forderungen umzusetzen.

Wir werden die Hauptversammlung nutzen, um deutlich zu machen, dass mit dem DBwV zu rechnen ist. Unsere mehr als 200 000 Mitglieder seit dem Beginn des vierten Quartals können wir nutzen, um in Geschlossenheit aus dieser Hauptversammlung ein starkes Signal an die Abgeordneten des neu gewählten Bundestags zu senden. Ich bin zuversichtlich, dass sich die Delegierten dieser Verantwortung bewusst sind und dieser gerecht werden. Wir wissen alle Mitglieder an unserer Seite, da wir alle gemeinsam den DBwV ausmachen – das macht Mut. Seien sie alle herzlich begrüßt,

Ehrlich nach nach innen – offensiv nach außen.

Im Einsatz für Interessen der Zivilbeschäftigten im DBwV



Edmund Schmitz, stellvertretender Vorsitzender und Gruppensprecher der Arbeitnehmer im Personalrat Ausbildungszentrum Technik Landsysteme in Aachen

Schmallenberg. Viel Herzblut investiert Edmund Schmitz für die Interessen seiner Kollegen. Seit 2013 gibt es den „Fachbereich der Zivilen Beschäftigten im DBwV“. In dieser Arbeitsgruppe treffen sich acht Mitarbeiter (zwei je Landesverband) mit dem Vorsitzenden des Fachbereichs, Klaus Scharf, um die Themen der zivilen Beschäftigten der Bundeswehr zu bespre-

chen. Im Landesverband West nimmt Schmitz gemeinsam mit Dagmar Grubert die Funktion „Ansprechpartner Zivile Beschäftigte“ wahr. Die Landesvorstandsmitglieder werden so bei Fragen, welche Mitarbeiterthemen betreffen, unterstützt. Gern nutzte der Gruppensprecher der Arbeitnehmer im Personalrat Ausbildungszentrum Technik Landsysteme daher die Gelegenheit, die sich anlässlich der Landesvorstandssitzung in Schmallenberg bot. Auf Einladung des DBwV-Landesvorsitzenden Thomas Sohst berichtete er zu aktuellen Themen, die die Kollegen derzeit umtreiben. Entgeltordnung und Eingruppierung, Personalentwicklungsgespräche und Arbeitsschutz waren Gegenstand der Information. Auch Fragen der Auszubildenden bei der Bundeswehr und deren anschließende Weiterbeschäftigung wurden thematisiert. Schmitz ist, wie auch seine Kollegin Grubert, vernetzt als Mandatsträger in der örtlichen DBwV Truppenbeziehungsweise Standortkameradschaft. Beide können selbstverständlich auch unmittelbar durch Beamte und Tarifbeschäftigte oder Personalräte angesprochen werden, wenn es Fragen hinsichtlich ihrer Interessenwahrnehmung zu klären gibt. *GA*

Viele Informationen für Mandatsträger

Mayen. Zum zweiten Informationsaustausch traf sich kürzlich Bezirksvorsitzender Stabsfeldwebel a.D. Holger Wahl mit den Mandatsträgern seines Bezirks „Rheinland“ im Eifelstandort Mayen. DBwV-Landesvorsitzender Oberstleutnant a.D. Thomas Sohst stand den Tagungsteilnehmern zu aktuellen verbandspolitischen Themen Rede und Antwort. Ebenso informierte Sohst zu den in Vorbereitung der Hauptversammlung geplanten Regionalkonferenzen. Pressebeauftragter Hauptmann Gerald Arleth nutzte die Gelegenheit zur persönlichen Vorstellung und erläuterte Ziele sowie Verfahren der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Landesverband West. Zuvor skizzierte der stellvertretende Landesgeschäftsführer Stabs-



Informationsaustausch mit den Mandatsträgern im Bezirk 8 „Rheinland“

hauptmann a.D. Roland Sippmann das Konzept der Mitgliedergewinnung. Hierbei erläuterte er die Herausforderungen durch geänderte Rahmenbedingungen. Weniger Grundausbildungseinheiten in der Fläche, Soldatenarbeitszeitverordnung und die Schwierigkeit der Ausübung des Ehrenamts neben starker dienstlicher Belastung erfordern auch hier ein Umdenken, so Sippmann in seinem Vortrag. Auch fand ein Austausch mit den Standortbeauftragten statt. Eine Gelegenheit, die Holger Wahl nutzte, um Oberstabsfeldwebel a.D. Hans-Georg Schwamb aus diesem Kreis zu verabschieden. Wahl dankte dem langjährigen Standortbeauftragten Koblenz/Lahnstein für die hervorragende Zusammenarbeit und wünschte ihm für seinen „endgültigen Ruhestand ab Dezember“ alles Gute. *GA*

Landesverband West

Landesgeschäftsstelle:
Südstraße 123, 53175 Bonn
Telefon: (0228) 3823-111
Fax: (0228) 3823-233
E-Mail: West@dbwv.de

Beauftragter für die Pressearbeit:
Hauptmann Gerald Arleth
E-Mail: gerald.arleth@dbwv.de

Aus den Kameradschaften

GEILENKIRCHEN

In die Selfkant-Kaserne nach Geilenkirchen hatte Bezirksvorsitzender Hauptmann a.D. Michael Grothe kürzlich Mandatsträger seines Bezirks Rhein-Ruhr-Maas eingeladen. Landesvorsitzender Oberstleutnant a.D. Thomas Sohst nutzte die Gelegenheit, um die Teilnehmer ausführlich zu aktu-



Hauptmann a.D. Andreas Kannengießer informierte Mandatsträger des Bezirks 2 zur Revisionsordnung des DBwV.

ellen Punkten der Verbandspolitik sowie dem Geschehen im Landesverband West zu informieren. Abschließend wurden die 25 Tagungsteilnehmer von Hauptmann a.D. Andreas Kannengießer (Revisor im DBwV und Vorsitzender der ERH Geilenkirchen) ausführlich über die Revisionsordnung des DBwV informiert. *GA*

KOBLENZ

„Der Erlös ist für die Koblenzer Elterninitiative krebskranker Kinder bestimmt“, erklärte Hauptfeldwebel Christian Hillmer und verteilte mit einem Team der Truppenkameradschaft zahlreiche „Weckmänner“ im Bundeswehrzentral Krankenhaus. Im Gegenzug gaben viele der beschenkten Patienten und Bediensteten eine Spende für die kleinen Patienten. Claudia Schmidt von der Geschäftsstelle der Initiative freute sich über die Spende und nahm vom Kameradschaftsvorsitzenden Hillmer und seinem Vertreter Hauptfeldwebel Tobias Heinen den symbolischen Scheck über 400 Euro entgegen. *GA*



Übergaben die Spende an Claudia Schmidt: die Hauptfeldwebel Christian Hillmer und Tobias Heinen (r.)

HESSISCH LICHTENAU

Pensioniert sind sie längst und auch der Standort ist Geschichte. Ein Sprachrohr für die Interessen ehemaliger und aktiver Angehöriger der Bundeswehr sind sie aufgrund intensiver Öffentlichkeitsarbeit immer noch. Das beweist der große



Auszeichnung und Ehrung in Hessisch Lichtenau: Oberstabsfeldwebel a.D. Hans Heckrodt und Stabsfeldwebel a.D. Gerhard Krause (r.)

Zuspruch der Gäste aus dem zivilen Umfeld der Kameradschaft Hessisch Lichtenau. Rund 70 Gäste begrüßte Vorsitzender Oberstabsfeldwebel a.D. Hans Heckrodt zum diesjährigen Grillfest. Darunter der örtliche Vorsitzende vom Verband Kriegsbeschädigter (VDK) Horst Hoch sowie stellvertretend für den Bürgermeister Stadtrat Wolfram Schulze. Im Grußwort betonte der Stadtrat die langjährige Verbindung der Ehemaligen zu ihrer früheren Garnisonsstadt und die Wichtigkeit ihrer verbandspolitischen Arbeit. Im Laufe der Veranstaltung wurden zwei Kameraden besonders gewürdigt. Hans Heckrodt wurde für sein Engagement ein Buchpreis mit Widmung des Landesvorsitzenden überreicht und für 40-jährige Mitgliedschaft im Verband wurde Stabsfeldwebel a. D. Gerhard Krause geehrt. *GA*

ULMEN-COCHEM



Seit sechs Jahrzehnten Mitglied im DBwV: Stabsfeldwebel a.D. Bernhard Ehlen (2.v.l.)

Adenauer war noch Kanzler, Strauß Verteidigungsminister und Beteiligungsrechte für Soldaten steckten noch in den Kinderschuhen als Bernhard Ehlen sich entschied, Mitglied im DBwV zu werden. Diese sechzig Jahre Mitgliedschaft nahmen Kameraden der KERH Ulmen-Cochem zum Anlass, den heute 93-jährigen Stabsfeldwebel a.D. in seinem Altersdomizil in Wittlich zu besuchen. Die Treueurkunde wurde Ehlen durch Ernst Wendland (Vorsitzender ERH im Landesverband) im Beisein von Stabsfeldwebel Ralf Dannert (Vorsitzender Standortkameradschaft) und Holger Wahl (Bezirksvorsitzender) übergeben. *GA*

MAYEN

Nicht schlecht staunten die Mitglieder der Truppenkameradschaft, was ihr Vorsitzender, Oberstabsfeldwebel Frank Blenz, mit seinem Team für sie auf die Beine gestellt hatte. Ein attraktionsreicher Sonntag für Familien der Verbandsmitglieder

beim Zentrum Operative Kommunikation sollte es werden und die Erwartungen wurden weit übertroffen. Mit einem Brunch wurde am frühen Vormittag begonnen. Langeweile konnte im Tagesverlauf nicht aufkommen, denn den kleinen wie großen Besuchern wurde ein reichhaltiges Rahmenprogramm geboten. Von Kino, Wikingerschach, Hüpfburg bis hin zum Schokokuss-Katapult wurde so ziemlich alles geboten. *GA*



Personalratsvorsitzender Oberstleutnant Dirk Drews, Initiator Oberstabsfeldwebel Frank Blenz und Oberstabsfeldwebel a.D. Clemens Kilb (v.l.)

WESEL

Eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung verzeichnete wieder einmal der Vorstand der Truppenkameradschaft Schill-Kaserne in Wesel. Die Vorsitzende, Hauptfeldwebel Britta Gobrecht, und ihr Vorstandsteam hatten zum Informationsfrühstück geladen. Neben den Themen Soldatenarbeitszeitverordnung und Vorstandsarbeit im DBwV war für die Mitglieder die Regelung zur Gewährung von Auslandsverwendungszuschlag (AVZ) für einsatzgleiche Verpflichtungen ein wichtiges Thema. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob auch Übungen im Einsatzland einer einsatzgleichen Verpflichtung nicht auch Anspruch auf AVZ begründen. Bezirksvorsitzender Oberstleutnant a.D. Reinhard Schlepphorst sagte zu, die Problematik in die zuständigen Gremien zu transportieren. *RS*



Großen Zuspruch erfuhr der Vorstand der Truppenkameradschaft Schill-Kaserne.

Weitere Berichte im Internet unter bit.ly/2xgqALD

Coupon-Werbung

Gewinnerin der Coupon-Aktion September 2017 ist **Sabrina Tietz, 45147 Essen**. Gewonnen hat sie ein Razer ManO'War 7.1 Gaming-Headset.

Kameradin heimlich in der Stube gefilmt – Milderung der Maßnahme wegen Dauer des Gerichtsverfahrens

Bundesverwaltungsgericht, Urteil v. 16. Februar 2017 – 2 WD 14.16

1. Sachverhalt und rechtliche Würdigung

Das Truppendienstgericht (TDG) hat festgestellt, dass der Soldat ohne Wissen einer Kameradin einen Multifunktionswecker mit eingebauter Kamera in deren Unterkunftsstube aufstellte und einschaltete, um dort heimlich Filmaufnahmen zu fertigen. Der Soldat habe damit vorsätzlich ein Dienstvergehen (§ 23 Abs. 1 SG) begangen. Er habe gegen die Pflicht zum treuen Dienen unter dem Aspekt der Loyalität zur Rechtsordnung (§ 7 SG) verstoßen, indem er durch die heimliche Aufstellung der als Wecker getarnten Kamera in der Stube einer Kameradin und die Fertigung von Filmaufnahmen aus deren Privatsphäre den Straftatbestand des § 201a Abs. 1 StGB erfüllt habe. Damit habe er auch die Kameradschaftspflicht (§ 12 SG) verletzt und gegen seine Pflicht zur Wahrung der Achtungs- und Vertrauenswürdigkeit im dienstlichen Bereich (§17 Abs. 2 Satz 1 Alt. 2 SG) verstoßen. Es handle sich um ein schwerwiegendes Dienstvergehen, das eine Dienstgradherabsetzung erforderlich mache. Hiervon habe die Kammer wegen der langen Verfahrensdauer und mildernder Gesichtspunkte in der Person des Soldaten abgesehen. Die Truppendienstkammer verhängte gegen den Soldaten ein Beförderungsverbot für die Dauer von vier Jahren verbunden mit einer Kürzung seiner jeweiligen Dienstbezüge um ein Zehntel für die Dauer von vier Jahren. Gegen dieses Urteil haben sowohl die Wehrdisziplinaranwaltschaft, die eine Dienstgradherabsetzung forderte, als auch der Soldat, der eine mildere Disziplinarmaßnahme für ausreichend hielt, jeweils eine (maßnahmebeschränkte) Berufung eingelegt. Das BVerwG hielt nur die auf eine Milderung gerichtete Berufung des Soldaten für begründet und verhängte gegen den Soldaten ein Beförderungsverbot von vier Jahren verbunden mit einer

Kürzung seiner Dienstbezüge um ein Zehntel lediglich für die Dauer von einem Jahr.

2. Entscheidungsgründe des BVerwG

Bei der Gesamtwürdigung aller be- und entlastenden Umstände war das BVerwG der Auffassung, dass die vom TDG ausgesprochene Disziplinarmaßnahme abzumildern sei.

a) Zur Maßnahmeart, die den Ausgangspunkt der Zumessungserwägungen (Regelmaßnahme) für die in Rede stehende Fallgruppe bildet, stellt das BVerwG im Wesentlichen fest: Verletzt ein Soldat – wie hier – durch die Herstellung heimlicher Filmaufnahmen in der Stube einer Kameradin ihren höchstpersönlichen Lebensbereich, ist die Dienstgradherabsetzung Ausgangspunkt der Zumessungserwägungen. Das Erfordernis einer nach außen sichtbaren Maßnahme ergibt sich aus dem hohen Gewicht des Schutzes der Intim- und Privatsphäre auch innerhalb dienstlicher Unterkünfte. Gerade in diesem Umfeld muss ein Soldat ohnehin durch das enge Zusammenleben mit Kameraden Einschränkungen hinnehmen, die dem verbleibenden Rest an Privatsphäre in der eigene Stube hohe Bedeutung zukommen lassen. Aus dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht folgt nicht nur ein Recht am eigenen Bild (vgl. BVerfG, Urteil vom 15. Dezember 1999 – 1 BvR 653/96 – BVerfGE 101, 361 <381> m.w.N.). Der Schutz erstreckt sich auch auf einen räumlichen Bereich, in dem der Einzelne zu sich kommen, sich entspannen oder auch gehen lassen kann und in dem er die Möglichkeit hat, frei von öffentlicher Beobachtung und damit der von ihr erzwungenen Selbstkontrolle zu sein, auch ohne dass er sich dort notwendig anders verhielte als in der Öffentlichkeit. Bestünden solche Rückzugsbereiche nicht mehr, könnte

Vertragsanwälte

Unsere Vertragsanwälte zeichnen sich durch eine hohe Sachkenntnis in bundeswehrspezifischen Rechtsfragen aus. Bei ihnen können Mitglieder – wie auch über die zuständige Kameradschaft – Rechtsschutz beantragen. Die Vertragsanwälte bieten überdies eine kostenlose Erstberatung in dienstlichen Angelegenheiten an.

Klaus Lübke

Calvinstraße 5 A
10557 Berlin
Tel.: (030) 39744570
Fax: (030) 39 74 45 80
E-Mail: RA-Luebke@posteo.de
Internet: www.raklausluebke.de

Andreas-Christian Seydel

Schubertstraße 8
76185 Karlsruhe
Tel.: (0721) 844021 oder (0721) 844022
Fax: (0721) 849171
E-Mail: raeseydel@t-online.de

Michael Ohlendorf

Rechtsanwälte Michael Welz
Triebseer Damm 77
18439 Stralsund
Tel.: (03831) 30393
Fax: (03831) 303944
E-Mail: office@ra-welz.de
Internet: www.anwaltwelz.de

Sebastian Weber

Rechtsanwälte Weber & Pankl
Amalienstraße 62
80799 München
Tel.: (089) 334676 oder (089) 334744
Fax: (089) 334678
E-Mail: sekretariat@weberundkollegen.de
Internet: www.weberundpankl.de

Jörgen Breckwoldt

Rathausallee 31
22846 Norderstedt
Tel.: (040) 52477040
Fax: (040) 524770444
E-Mail: mail@breckwoldt-recht.de
Internet: www.breckwoldt-recht.de

Thomas Maurer

Rechtsanwälte Mössner & Partner
Bahnhofstraße 1
89073 Ulm
Tel.: (0731) 14150
Fax: (0731) 141516
E-Mail: rae@moessner.de
Internet: www.moessner.de

Matthias Schütte

Rechtsanwälte Helms Renner Wirth
Göckerstraße 109e
26384 Wilhelmshaven
Tel.: 0176 45931477
Fax: (0511) 37422566
E-Mail: info@rae-helms.de
Internet: www.rae-helms.de

Gerd Zirovnik

Wittelsbacher Straße 4
93049 Regensburg
Tel.: (0941) 296830
Fax: (0941) 2968320
E-Mail: rae-zirovnik@t-online.de

Volker Thürasch

Rechtsanwälte Rothardt & Partner
Wilhelmstraße 7
29614 Soltau
Tel.: (05191) 98310
Fax: (05191) 983134
E-Mail: rechtsanwaelte@rothardt.de
Internet: www.rothardt.de

Thomas Meder

Rechtsanwälte Heitzenröther & Meder
Gotengasse 7
97070 Würzburg
Tel.: (0931) 51731
Fax: (0931) 58134
E-Mail: info@ra-meder.de
Internet: www.frankenrecht.de

Dr. Heinrich Breuer

Dieter L. Hemmen
Rechtsanwälte Dr. Breuer & Hemmen
Schlossplatz 18
48143 Münster
Tel.: (0251) 511061
Fax: (0251) 47935
E-Mail: rae.breuer-hemmen@t-online.de

Thorsten Christ

Rechtsanwälte Bietmann
Hefengasse 3
99084 Erfurt
Tel.: (0361) 590080
Fax: (0361) 5900850
E-Mail: erfurt@bietmann.eu
Internet: www.bietmann.eu

Carsten Schwettmann

Schwettmann Rechtsanwälte
Altes Pastorat 4
51465 Bergisch Gladbach
Tel.: (02202) 1240600
Fax: (02202) 1240699
E-Mail: kanzlei@sar-rechtsanwaelte.de
Internet: www.sar-rechtsanwaelte.de

Christopher Hilgert

Dr. Ira Ditandy
Rechtsanwälte Neuhaus Partner
Schloßstraße 1
56068 Koblenz
Tel.: (0261) 9116700
Fax: (0261) 9116725
E-Mail: info@n-partner.de
Internet: www.n-partner.de

*Ansprechpartner des DBwV
(bundesweit) für psychische
Beeinträchtigungen im Zusammen-
hang mit besonderen Auslandsver-
wendungen (insb. PTBS)*

Arnd Steinmeyer

Rechtsanwälte
Steinmeyer & Partner
Am Schifferwall 3
21335 Lüneburg
Tel.: (04131) 4008818
Fax: (04131) 4008820
E-Mail: lueneburg@steinmeyer-law.de
Internet: www.steinmeyer-law.de

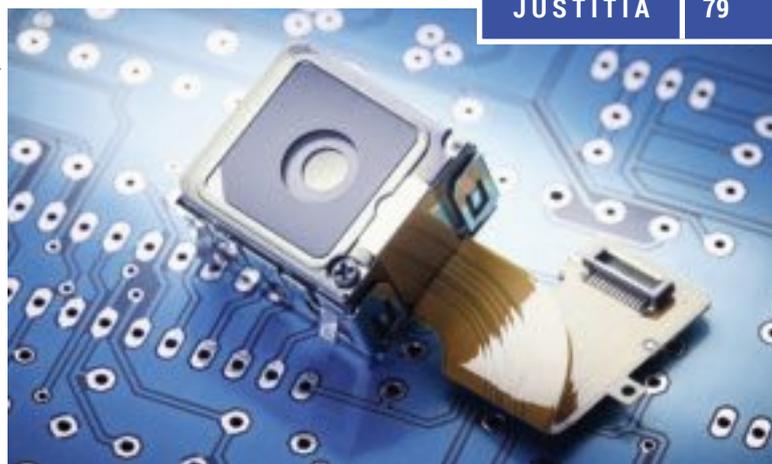
der Einzelne psychisch überfordert sein, weil er unausgesetzt darauf achten müsste, wie er auf andere wirkt und ob er sich richtig verhält. Ihm fehlten die Phasen des Alleinseins und Ausgleichs, die für die Persönlichkeitsentfaltung notwendig sind und ohne die sie nachhaltig beeinträchtigt würde (vgl. BVerfG, Urteil vom 15. Dezember 1999 – 1 BvR 653/96 – BVerfGE 101, 361 <382 f.> m.w.N.). Hat eine Soldatin – wie hier – in ihrer Stube einen solchen Rückzugsbereich vom Dienstherrn eingeräumt bekommen, muss sie darauf vertrauen können, dass nicht nur keine Filmaufnahmen gefertigt werden, auf denen sie unter Umständen unbekleidet zu sehen ist. Sie hat auch einen Anspruch darauf, die Stube als Raum zu nutzen, in dem sie unbeobachtet Gefühle zum Ausdruck bringen oder sich vertraulich mit Freunden oder Verwandten – telefonisch oder im direkten Kontakt – austauschen kann.

Seiner Schutzpflicht aus Art. 1 Abs. 1 i.V.m. Art. 2 Abs. 1 GG kommt der Dienstherr auch durch die general- wie spezialpräventiv wirkende Sanktionierung von Missachtungen dieses Anspruchs durch Kameraden nach. Wegen der hohen Bedeutung der hier geschützten Grundrechte und den durch den technischen Fortschritt gestiegenen Gefahren des Einsatzes von vergleichsweise leicht zugänglichen Überwachungsmitteln auch durch Kameraden ist es nicht zuletzt aus generalpräventiven Erwägungen

geboten, die Herstellung heimlicher Filmaufnahmen unter Verstoß gegen § 201a StGB nicht geringer zu sanktionieren als die entwürdigende Behandlung von Untergebenen oder eine sexuelle Belästigung.

b) Maßnahmemildernd ist aber die Verfahrensdauer einzustellen. Eine überlange Verfahrensdauer, die einen Verstoß gegen die Gewährleistung einer Verhandlung innerhalb angemessener Frist durch Art. 6 EMRK darstellt, begründet, so das BVerfG, einen Milderungsgrund bei pflichtemahnenden Disziplinarmaßnahmen. Denn das Verfahren als solches wirkt bereits belastend und ist deshalb mit Nachteilen verbunden, die nach dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz das Sanktionsbedürfnis mindern können (vgl. BVerfG, Urteil v. 12.1.2017 – 2 WD 12.16, s. Justitia in Heft 7/2017). Nachdem das TDG Ende Oktober 2011 die Anschuldigungsschrift zugestellt und im August 2012 nach Erhalt der Mitteilung über die endgültige Einstellung des sachgleichen Strafverfahrens die Strafakten angefordert hatte, hat es das Verfahren bis zur Ladung des Termins vom April 2016 nicht weiter gefördert. Hier nach hätte das Verfahren auch unter Berücksichtigung eines Gestaltungsspielraums der Kammer mehr als drei Jahre früher erledigt sein können. Die Verzögerung ist nicht durch die Komplexität der Materie oder das Erfordernis weiterer Aufklärungen oder Gründe aus der Sphäre des Soldaten veranlasst gewesen. Die Verfahrens-

Foto: dpa



Überwachungskameras sind sehr kompakt geworden. Das macht es leider auch leichter, illegal in die Privatsphäre anderer Menschen einzudringen.

verzögerung rechtfertigt es nicht, einen Soldaten länger als nötig den Belastungen eines gerichtlichen Disziplinarverfahrens auszusetzen. Durch die Herausnahme des Soldaten aus der Ausbildung für den Laufbahnwechsel hat sich zudem das faktische Beförderungsverbot bereits konkret nachteilig auf ihn ausgewirkt. Wegen der Überlänge des Verfahrens und wegen des Vorliegens von Milderungsgründen in der Person des Soldaten (zum Beispiel: Nachbewährung und erfolgreiche therapeutische Behandlung einer Störung des Sozialverhaltens, die das BVerfG als mitursächlich für das Fehlverhalten des Soldaten wertete) kann von der Regelmaßnahme, der Dienstgradherabsetzung, abgesehen werden. Zusätzlich zu dem Beförderungsverbot von vier Jahren hat der 2. WD-Senat die Bezügekürzung (§§58 Abs. 4 Satz 1, 59 WDO) deutlich niedriger bemessen als das TDG. Der Senat hält eine Bezügekürzung um 1/10 für ein Jahr für ausreichend.

Anmerkung und Hinweise für die Praxis

1. Verletzt ein Soldat durch die Herstellung heimlicher Filmaufnahmen in der innerhalb dienstlicher Unterkünfte gelegenen Stube einer Kameradin ihren höchstpersönlichen Lebensbereich, ist die Dienstgradherabsetzung Ausgangspunkt der Zumessungserwägungen.
2. Im vorliegenden Fall hielt das BVerfG wegen der Überlänge des Disziplinarverfahrens – das Verfahren hätte vor dem TDG mehr als drei Jahre früher erledigt sein können – und wegen Milderungsgründen in der Person des Soldaten (u.a. Nachbewährung) ein Absehen von einer Dienstgradherabsetzung für geboten. Die zusätzlich zu dem Beförderungsverbot von vier Jahren verhängte Kürzung der Dienstbezüge hat das BVerfG deutlich niedriger bemessen als das TDG. Das BVerfG verringerte sie auf 1/10 für die Dauer von einem Jahr.

Anzeige

Jetzt handeln
bis 31.12.
Ansprüche sichern!



Betroffen vom Abgasskandal?

Ihr Recht ist bares Geld wert!

- ✓ Diesel zurückgeben, Kaufpreis zurückbekommen
- ✓ Oder Entschädigung von mehreren tausend Euro erhalten

Wir lassen Ihre Ansprüche prüfen und durchsetzen

- ✓ Kein Risiko, keine Anwaltskosten
- ✓ Ausschließlich Erfolgsbeteiligung
- ✓ Schnell und einfach online prüfen



Dr. König und Kollegen GmbH
Kanzlei für Wirtschaftsplanung

Eisenbahnstrasse 27, 52459 Inden | www.diesel.koenig-kanzlei.de
Mail: diesel@koenig-kanzlei.de | Phone: 02465-30 48 25



Die Sterbegeldversicherung des DBwV – viel besser als die Konkurrenz!

Es zeugt von Verantwortung, wenn Sie sich zu Lebzeiten Gedanken darüber machen, ob Ihre Liebsten im Todesfall finanziell abgesichert sind. Denn in Deutschland gibt es eine Bestattungspflicht. Das heißt, die nächsten Verwandten – auch Geschwister – müssen für die Beerdigung aufkommen. Die Ausgaben etwa für Sterbeurkunden, Erbschein, Grabstein, Trauerkarten und Blumenkränze summieren sich schnell auf mehrere Tausend Euro. Um sich hier abzusichern, sollte man ein unschlagbares Angebot annehmen: die Sterbegeldversicherung des DBwV. Die Vorteile und Konditionen erläutert im Interview Oberstabsfeldwebel a.D. Harald Schmitt, Vorsitzender des Förderungsvereins der gemeinnützigen und mildtätigen Einrichtungen des Deutschen BundeswehrVerbands.

Foto: Pro Imago



Den Lebensabend kann man vor allem dann genießen, wenn alles geregelt ist.

Die Bundeswehr: Herr Schmitt, welchen Sinn hat die Gruppensterbegeldversicherung?

Harald Schmitt: Es geht, ganz banal gesprochen, um die Absicherung der Begräbniskosten.

Bis zu welcher Höhe des Sterbegelds kann man sich absichern?

Die Mindestsumme ist 500 Euro, maximal werden 12 500 Euro ausgezahlt. Das sind die Begräbniskosten, mit denen man heute rechnen muss.

Ein Mitglied hat noch keine Informationen zur Gruppensterbegeldversicherung, ist aber an einem

Abschluss interessiert. Darf es der Sterbegeldversicherung beitreten?

Natürlich, denn der Vertrag ist für alle Mitglieder und ihre Familienangehörigen offen.

Welche Vorteile hat man als Mitglied?

Unser Gruppenversicherungsvertrag bietet dem Mitglied und seinen Familienangehörigen Bedingungen, die für die/den Einzelne/n sonst nicht erzielbar sind: Wir haben niedrige Beiträge, gewähren eine Überschussbeteiligung und haben das Höchsteintrittsalter auf großzügige 80 Jahre festgelegt. Es gibt zudem keine Gesundheitsprüfung, dadurch eine garantierte Aufnahme und kei-

ne Wartezeit. Zudem gibt es doppeltes Sterbegeld bei Unfalltod (bei Eintrittsaltern bis zu 74 Jahren). Schließlich entfällt die Beitragszahlung ab einem Alter von 85 Jahren.

Wie errechnet sich das Eintrittsalter?

Das ist die Differenz zwischen dem Beginnjahr der Versicherung und dem Geburtsjahr.

Wie errechnet sich der Beitrag?

Der Beitrag richtet sich nach dem jeweiligen Alter der zu versichernden Person zu Beginn der Versicherung und der gewählten Versicherungssumme. Seit dem 1. Januar 2013 gibt es keine unterschied-



Im Interview: Oberstabsfeldwebel a.D. Harald Schmitt

lichen Beiträge mehr für Frauen und Männer. Ein Beispiel: Beginnt die Versicherung am 1. November 2017 und ist der Versicherungsnehmer 1965 geboren, ist das Eintrittsalter 52 Jahre. Der monatliche Beitrag für 5000 Euro Sterbegeld beläuft sich dann auf 19,26 Euro. Für andere Versicherungssummen ist der Beitrag entsprechend zu vervielfältigen. Dadurch können sich Rundungsdifferenzen ergeben.

Bleiben die Beiträge während der gesamten Laufzeit der Sterbegeldversicherung gleich?

Ja. Die Beiträge werden bei Antragstellung entsprechend dem Eintrittsalter und der beantragten Höhe des Sterbegelds ermittelt und im Versicherungsschein dokumentiert. Sie bleiben über die gesamte Laufzeit unverändert. Das garantieren wir.

Kann die Versicherungsleistung aus irgendeinem Grund gesenkt werden?

Nein, solange die Beiträge in unveränderter Höhe über uns an die DBV-Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung, Zweigniederlassung der AXA Lebensversicherung AG (kurz: DBVL) gezahlt werden. Falls man jedoch aus finanziellen Gründen die Beitragshöhe vermindern muss, wird die Versicherungssumme unter Berücksichtigung der bisher erworbenen Anwartschaften neu ermittelt, also herabgesetzt.

Wie erfährt das Mitglied, dass sein Sterbegeldantrag angenommen wurde?

Die DBVL erstellt einen Versicherungsschein, der einen unmittelbaren Rechtsanspruch dokumentiert. Die Police erhält das Mitglied von uns zugesandt.

Kann das Sterbegeld zu einem späteren Zeitpunkt erhöht werden?

Ja, sofern die Höchstsumme von insgesamt 12.500 Euro noch nicht erreicht ist.

Kann der Ehepartner auch eine Sterbegeldversicherung abschließen?

Ja, zu den gleichen günstigen Bedingungen beziehungsweise Voraussetzungen. Dies gilt natürlich auch für den/die Lebenspartner/-in oder andere mit dem Mitglied in häuslicher Gemeinschaft lebende Familienangehörige.

Kann die Sterbegeldleistung eine vom Versicherten vorher bestimmte Person erhalten, die eventuell auch nicht mit ihm verwandt ist?

Hierzu genügt eine kurze schriftliche Mitteilung.

Gibt es Einschränkungen in der Leistungspflicht bei Tod des/der Versicherten?

Nur im ersten Versicherungsjahr. Der Gruppenvertrag sieht hier eine sogenannte 1/12-Staffelung des Sterbegeldes vor, das heißt bei Tod im ersten Monat erfolgt die Rückzahlung des Beitrags. Bei Tod im zweiten Monat wird 1/12 des Sterbegelds gezahlt, bei Tod im dritten Monat werden 2/12 gezahlt und so weiter. Im Falle eines Todes im zweiten Versicherungsjahr gibt es bereits das volle Sterbegeld. Tritt der Tod infolge eines Unfalls ein, entfällt die Staffelung; es wird also dann das volle Sterbegeld ausgezahlt.

Unser Vertrag bietet Bedingungen, die für Einzelne sonst nicht erzielbar sind.

HARALD SCHMITT

Gibt es Überschüsse und was geschieht damit?

Es gibt Überschussanteile. Sie werden nach den derzeitigen Überschussätzen der DBVL berechnet. Die DBVL kann nicht garantieren, dass diese Werte für die Zukunft unverändert bleiben, denn die weitere Entwicklung der Überschussanteile wird unter anderem durch die Höhe der künftig von der DBVL erwirtschafteten Zinsen sowie vom Verlauf der Sterblichkeit beeinflusst. Diese Faktoren ändern sich stets und können deshalb heute nicht schon für die Zukunft errechnet werden. Der größte Teil der Überschussanteile kommt den Versicherten zugute und erhöht die Leistung im Todesfall. Sie werden verzinslich angesammelt und zusammen mit der Versicherungssumme ausgezahlt. Da wir vereinbarungsgemäß viel vom Verwaltungsaufwand übernehmen, fließt uns ein Teil der Überschussanteile (Grund-Überschussanteil) zur Pflege der Sterbegeldeinrichtung zu. Die Beitrittserklärung enthält dafür eine entsprechende Zuwendungserklärung.

Wie sicher ist das Geld/die Versicherung in der momentanen Wirtschaftslage?

Die DBV-Deutsche Beamtenversicherung im Konzern der AXA Deutschland hat ihren Bestand an börsennotierten Aktien fast vollständig gegen Kursverfall abgesichert und ist daher gegen extreme Kursschwankungen, wie wir sie derzeit erleben, nahezu immun. Auch übertreffen die Unternehmen der deutschen AXA die gesetzlichen Solvabilitätsanforderungen. Zudem sind die Lebensversicherer der AXA Deutschland Mitglied des Sicherungsfonds für die Lebensversicherer und Gesellschafter der Protektor Lebensversicherungs-AG. Diese Sicherungseinrichtung schützt Versicherte vor den Folgen der Insolvenz eines inländischen Lebensversicherers. Weder die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht noch der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft erwarten einen solchen Insolvenzfall.

Betrifft die Einführung der sogenannten Unisex-Tarife (keine geschlechtsspezifische Risiko-unterscheidung mehr) zum 1. Januar 2013 auch die Sterbegeldversicherung?

Neuabschlüsse sind nur noch zu den neuen Unisex-Tarifen möglich. Die bereits bestehenden Sterbegeldversicherungen sind hiervon nicht betroffen. Sie werden unverändert fortgeführt.

An wen wendet sich der Versicherte, wenn er Fragen hat?

Ansprechpartner sind vor allem wir. Wenn es sich um versicherungstechnische Fragen handelt, werden wir die/den in der DBVL zuständige/-n Mitarbeiter/-in einschalten. Bei Fragen wendet man sich bitte an den Förderungsverein der gemeinnützigen und mildtätigen Einrichtungen des DBwV unter der Telefonnummer (0228) 3826-252. Weitere Informationen zur Sterbegeldversicherung sind auch auf der Website des DBwV unter der Rubrik Förderungsverein der gemeinnützigen und mildtätigen Einrichtungen des DBwV zu finden.

Vielen Dank, Herr Schmitt.

Ihre Ansprechpartner

Telefonische Erreichbarkeit für Rechtsauskünfte: (030) 235990-222
Mo.–Do. von 8 bis 17 Uhr sowie
Fr. von 8 bis 14 Uhr

Nur Mitglieder (bitte Mitgliedsnummer bereithalten) haben
Anspruch auf Beratung und Auskünfte.
Schreiben Sie gerne auch eine E-Mail an die unten stehenden
E-Mail-Adressen.

Abteilung Recht:

Abteilungsleiter: Christian Wienzeck **ALR@dbwv.de**
Sekretärin: Jeannette Schlösser
Abt.-Tel.: **(030) 235990-222**
Abt.-E-Mail: **recht@dbwv.de**

Stv. Abt.-Leiter: Frank Weniger
Zentrale Erreichbarkeit (030) 235990-222

über das Frontoffice und die Sekretärinnen der Abteilung R

Katrin van Treek, Manuela Schölzke,
Katrin Hirsemann, Lisa Mügge, Guilia Mewes

Referat R 1: Versorgung **R1@dbwv.de**

Referatsleiter: Jens Körting
Sachbearbeiterin R 12: Sarah-Jane Lange
Sachbearbeiter R 13: Thomas Kamenzky

Referat R 2: Dienst-, Disziplinar- und Strafrecht **R2@dbwv.de**

Referatsleiter: Sebastian Lohmüller
Referentin R 2a: Elena Nothelle
Sachbearbeiter R 21: Roland Michel
Sachbearbeiter R 22: Walter Bass
Sachbearbeiter R 23: Marco Semmler
Sachbearbeiter R 25: N. N.

Referat R 3: Besoldung und Besoldungsnebengebiete **R3@dbwv.de**

Referatsleiter: Robert Klute
Sachbearbeiter R 31: Helmut Pluta
Sachbearbeiter R 32: Thomas Pech

Referat R 4: Betreuung und Fürsorge, Auslandseinsätze **R4@dbwv.de** einsatzbetreuung@dbwv.de

Referatsleiter: Philip Kraft
Sachbearbeiter R 41: Micha Nitsch
Sachbearbeiterin R 42: Malina Weindl
Referentin R 43: Katja Gersemann

Referat R 5: Beteiligungsrechte, zivile Beschäftigte, Europa **R5@dbwv.de**

Referatsleiterin: Ann-Kathrin Schäfer
Referentin R 51: Juliane Richter
Sachbearbeiterin R 52: Elena Koch

Referat R 6: Angelegenheiten der Soldaten auf Zeit, Reservisten und FWDL **R6@dbwv.de**

Referatsleiter: Christian Ziegler
Referent R 61: Jöran Miltsch
Referent R 62: N.N.

Abteilung Politik

Abteilungsleiter: Fritz von Korff
Sekretärin: Jasmina Perske
Abt.-Tel.: **(030) 235990-705**
Abt.-Fax: **(030) 80470-319**
Abt.-E-Mail: **AbtPol@dbwv.de**

Referat Rechtsschutz DBwV (Rechtsschutz in dienstlichen Angelegenheiten)

Referatsleiter: Marcus Garbers
Sachbearbeiterinnen: Lydia van Rahden, Tanja Richrath, Juliane Breitzke
Telefon: **(0228) 3823-222**
Fax: **(0228) 3823-335**
E-Mail: **rechtsschutz@dbwv.de**

Abteilung Controlling, Finanzen und verbandliche Administration

Abteilungsleiterin: Kerstin Schroeder
Abt.-Fax: **(0228) 3823-270**
Abt.-E-Mail: **control@dbwv.de**

Betreuung der Kameradschaften und Mandatsträger auf Bundes- und Landesebene, Prüfung und Festsetzung der Abrechnungen, innerverbandliche Ehrungen

Sachgebietsleiterin und Sachbearbeiterin für den Landesverband West und die Bundesebene

Sandra Zimmer **sandra.zimmer@dbwv.de (0228) 3823-119**

Sachbearbeiterin für den Landesverband Süddeutschland und Ausland, Auslandseinsätze

Jana Simon **jana.simon@dbwv.de (0228) 3823-102**

Sachbearbeiterin für den Landesverband Nord

Patricia König **patricia.koenig@dbwv.de (030) 235990-677**

Sachbearbeiterin für den Landesverband Ost

Daniela Frick **daniela.frick@dbwv.de (030) 235990-675**

Sachbearbeiterin für Ehrungen

Ingrid Trittin **ingrid.trittin@dbwv.de (0228) 3823-297**

Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit/Sprecher:

Jan Meyer **(030) 235990-421**
01522-2626807
Fax: **(030) 80470-359**
E-Mail: **jan.meyer@dbwv.de**

Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:

Abteilungsleiter: Frank Henning **(030) 235990-401**
Redaktionsassistentin: N.N. **(030) 235990-411**
Fax: **(030) 80470-359**
Abt.-E-Mail: **presse@dbwv.de**
Online-Redaktion: **online@dbwv.de**

Abteilung Service und Betrieb:

Auskunft zu allen Angelegenheiten rund um Ihre Mitgliedschaft

SERVICE-CENTER

Telefon: **(0228) 3823-888**
E-Mail: **service@dbwv.de**
Web: **www.dbwv.de**

Organisation Mitarbeitervertretung

Abt.-Telefon: **(030) 235990-280**
Abt.-Fax: **(030) 235990-299**
Abt.-E-Mail: **mitarbeitervertretung@dbwv.de**
Internet: **www.dbwv.de/beteiligungsrechte**

Sachgebietsleiter

Martin Schulte **martin.schulte@dbwv.de**
Telefon: **(030) 235990-285**

Sekretärin: Anja Wolf
Telefon: **(030) 235990-281**
E-Mail: **anja.wolf@dbwv.de**

Personalversammlungen sollen angezeigt werden per E-Mail an **personalversammlung@dbwv.de**

Förderungsgesellschaft (FöG)

Geschäftsstelle: Südstraße 123, 53175 Bonn
Fax: **(0228) 3823-217**
E-Mail: **foeg@dbwv.de**
Geschäftsführer: Dr. Norbert Günster **(0228) 3823-164**
Sekretariat: Sabine Roggendorf **(0228) 3823-163**
Jana Soupalova **(0228) 3823-170**

„Versicherungen“

Gruppenrufnummer: (0228) 3823-350
Ute Azim **ute.azim@dbwv.de**
Andrea Mertins **andrea.mertins@dbwv.de**
Sabine Genuit **sabine.genuit@dbwv.de**
Sandra Lehmann **sandra.lehmann@dbwv.de**

Servicebeauftragte der FöG:

LV Nord Klaus Pellenz 0152-22626785
E-Mail: klaus.pellenz@dbwv.de

LV West Klaus-Dieter Niemzok 0152-22626784
E-Mail: klaus.dieter.niemzok@dbwv.de

LV Süddeutschland Ullrich Seelmann 0152-22626782
E-Mail: ullrich.seelmann@dbwv.de

LV Ost Lothar Zellmann 0152-22626783
E-Mail: lothar.zellmann@dbwv.de

Datenschutzbeauftragter

Ralf Milde (30) 235990-629 datenschutz@dbwv.de

Bildungswerk des Deutschen BundeswehrVerbands**Karl-Theodor-Molinari-Stiftung e. V. (KTMS):**

Geschäftsstelle: Kapelle-Ufer 2, 10117 Berlin
Fax: (030) 805865-80
E-Mail: ktms@dbwv.de

Geschäftsführer: Dr. Michael Rudloff (030) 805865-70
michael.rudloff@dbwv.de

Stv. Geschäftsführer: Wolfgang Bender (030) 805865-78
wolfgang.bender@dbwv.de

Sekretariat: Claudia Krämer (030) 805865-70
claudia.kraemer@dbwv.de

Sekretariat: Sophie Raimund (030) 805865-79
sophie.raimund@dbwv.de

Seminarleiter: Josef Pongratz (030) 805865-75
josef.pongratz@dbwv.de

Seminarleiter: Günther Rink 0176-14414485
(030) 805865-73
guenther.rink@dbwv.de

Seminarleiter: Stephan Ursuleac (030) 805865-74
stephan.ursuleac@dbwv.de

Seminarleiter: Eberhard Mandel (030) 805865-77
eberhard.mandel@dbwv.de

Soldaten und Veteranen Stiftung (SVS)
Assistentin Jessica Frömbgen (030) 805865-76
des Vorstands svsvs@dbwv.de

Manfred-Grodzki-Institut für angewandte Innere Führung (Schulungen für Personalräte):

Geschäftsführerin: Nicole Knorz

Schulungen: Heidemarie Bußar (0228) 3823-103
Hartmut Hirschfeld (0228) 3823-195
Fax: (0228) 3823-250
E-Mail: mgj@dbwv.de

Deutscher BundeswehrVerband

BGSt Berlin Kapelle-Ufer 2, 10117 Berlin
Telefon: (030) 235990-0
Fax: (030) 235990-999
www.dbwv.de
E-Mail: service@dbwv.de

BGSt Bonn Südstraße 123, 53175 Bonn
www.dbwv.de
E-Mail: service@dbwv.de



Der Blutspendedienst der Bundeswehr sammelt in den Liegenschaften der Bundeswehr Blutspenden. Neuerdings wird bei einigen Terminen kostenlos die Möglichkeit angeboten, sich in die internationale Knochenmark-Datei aufnehmen zu lassen. Spenden Sie für lebensbedrohlich erkrankte Kameraden in den Bw-Krankenhäusern und in den Feldlazaretten! Zudem werden zivile Krankenhäuser mit Blut versorgt.

ZInstSanBw KOB, Laborabteilung V – Blutspendedienst
(0261) 896-77501/77504
Fax: -77509, 90-4400-77501/77504

Aktuelle Termine und Änderungen im Intranet der Bundeswehr unter www.Fachinfo.ZSan/Blutspende

Blutspenden heißt Leben retten

Blutspendetermine

Datum	Zeit	Kaserne oder Straße	Plz, Ort
9.11.2017	10:00–12:00 13:00–14:30	Generalmajor-Freiherr-von-Gersdorf-Kaserne	53879 Euskirchen
14.11.2017	09:00–12:00 13:00–16:00	Flughafen Büchel	56809 Cochem
15.11.2017	09:00–12:00 13:00–16:00	Flughafen Büchel	56809 Cochem
22.11.2017	09:00–12:00 13:00–15:00	Generalfeldmarschall-Rommel-Kaserne	32832 Augustdorf
28.11.2017	09:00–12:00 13:00–16:00	Rilchenberg-Kaserne	55743 Idar-Oberstein
29.11.2017	09:00–12:00 13:00–16:00	Rilchenberg-Kaserne	55743 Idar-Oberstein
12.12.2017	10:00–12:00 13:00–15:30	Luftwaffen-Kaserne	51147 Köln-Wahn
13.12.2017	10:00–12:00 13:00–15:30	Luftwaffen-Kaserne	51147 Köln-Wahn
14.12.2017	10:00–12:00 13:00–15:00	Luftwaffen-Kaserne	51147 Köln-Wahn

Stand: 11.10.2017

Erben und Vererben

Alles was Sie wissen müssen

Die Gedanken an Tod und die damit einhergehenden Konsequenzen schieben wir gerne von uns. Doch wer sich frühzeitig um sein Erbe kümmert, erspart seinen Angehörigen etwaige Streitigkeiten. Zudem kann er sich sicher sein, dass seine Wünsche später tatsächlich berücksichtigt werden.

Denn wer sein Leben lang gearbeitet hat und eine Wohnung, ein Haus oder andere Güter besitzt, möchte diese Dinge auch nach seinem Tod in den richtigen Händen wissen. Die weit verbreitete Annahme, dass der Gesetzgeber alles zur eigenen Zufriedenheit regelt, ist ein Irrtum. Das Erbe wird dann möglicherweise unter den Verwandten aufgeteilt, und es kann im Zuge dessen zu familiären Streitigkeiten kommen. Als mögliche Konsequenz drohen beispielsweise hohe Kosten, die den jeweiligen Anteil am Erbe schmälern und nicht im Sinne des Erblassers waren.

Gerne bietet die PSD Bank Köln eG ihren Mitgliedern und Kunden eine umfassende Beratung rund um das Thema „Erben und Vererben“ an.

Tipps für eine strukturierte Nachlassplanung

Um keine Missverständnisse rund um das Erbe aufkommen zu lassen, empfiehlt es sich, wichtige Unterlagen an einem Ort zu sammeln und in regelmäßigen Abständen nach Aktualität sowie Richtigkeit zu prüfen. Warum? Vielleicht haben Sie Ihr Haus verkauft, Enkelkinder wurden geboren oder Sie haben sich mit einem Verwandten zerstritten und möchten ihn nun nicht mehr in der Erbfolge berücksichtigen. Wir stellen Ihnen nachfolgend die wichtigsten Möglichkeiten der Testamentsgestaltung vor:

- **Alleinstehende:** Sie sollten in einem Testament genau festlegen, was mit ihrem Erbe geschehen soll. Andernfalls erben möglicherweise entfernte Verwandte oder der Fiskus.
- **Verheiratete:** Ehepartner können durch das sogenannte „Gemeinschaftliche Testament mit Anordnung von Vor- und Nacherbschaft“ sicherstellen, dass das Erbe zunächst an den Ehepartner und danach beispielsweise an die gemeinsamen Kinder übergeht.
- **Paare ohne Kinder:** Es ist ein weit verbreiteter Irrtum, dass bei kinderlosen Ehepaaren der jeweilige Partner Alleinerbe ist. Neben Eltern und Geschwistern des Erblassers ist der Ehepartner zu drei Viertel gesetzlicher Erbe. Bei Gütertrennung zur Hälfte.
- **Lebenspartner:** Für eingetragene Lebenspartnerschaften gilt die gleiche gesetzliche Erbfolge wie für Ehepaare. Sie können ein gemeinschaftliches Testament aufsetzen.



Foto: PSD Bank Köln eG

„Wir stehen unseren Mitgliedern und Kunden in allen Lebensphasen und Lebenslagen als aufrichtiger Partner zur Seite.“

RENÉ KÖNIGSHAUSEN,
VORSTAND VERTRIEB DER PSD BANK KÖLN E.G.

- **Unverheiratete:** Für nichteheliche Lebenspartnerschaften gelten keine Rechtsansprüche. Soll das Erbe jedoch an den Partner übergehen, so muss dies in einer Verfügung geregelt sein.

Häufig gestellte Fragen

Wer erbt, wenn die gesetzliche Erbfolge in Kraft tritt?

Zunächst werden direkte Verwandte des Verstorbenen, wie Kinder, Enkel und Urenkel, berücksichtigt. Sie fallen in die Kategorie der ersten Ordnung. Nichteeliche Kinder gehören zu den gesetzlichen Erben ihrer leiblichen Mütter, Väter und deren Verwandten. Danach werden die Eltern des Verstorbenen und deren Nachkommen berücksichtigt. Sie bilden die zweite Kategorie. Wichtig zu wissen ist, dass Verwandte der zweiten Ordnung erst dann ein Erbe antreten können, wenn keine Verwandten der ersten Ordnung mehr leben. Großeltern und deren Nachkommen fallen in die dritte Ordnung. Lebt ein Familienangehöriger einer vorhergehenden Ordnung noch, gehen grundsätzlich alle Verwandten einer nächsten Ordnung leer aus.

Wann tritt die gesetzliche Erbfolge in Kraft?

Ist kein Testament vorhanden, welches den letzten Willen des Verstorbenen enthält, tritt die gesetzliche Erbfolge in Kraft. Sie sieht jedoch nur Standardlösungen zur Erbverteilung vor und widerspricht somit in den meisten Fällen nicht der Lebenswirklichkeit vieler Menschen.

Brauche ich ein Testament?

Ein gültiges Testament hat vor der gesetzlichen

Mehr Infos

Bei Fragen oder Beratungswünschen zum Thema Erben und Vererben wenden Sie sich gerne an die PSD Bank Köln eG. Auf Wunsch erhalten Sie eine umfassende Broschüre ihres genossenschaftlichen Partners Union Investment. Rufen Sie dazu einfach unter der kostenfreien Rufnummer 0800 299 399 1 an oder schreiben Sie eine E-Mail unter Angabe des Betreffs „Broschüre Erben & Vererben“ sowie Ihrer Postanschrift an: nachlassplanung@psd-koeln.de

Erbfolge Priorität. Es fasst die persönlichen Wünsche zusammen und dient als Grundlage zur Verteilung des Erbes. Ist kein Testament oder Erbvertrag vorhanden, so tritt die gesetzliche Erbfolge in Kraft. Auch gibt es einen sogenannten Pflichtteil, bei dem der Ehegatte, die Kinder und Kindeskinde des Erblassers berücksichtigt werden. Der Gesetzgeber sichert diesen Personen einen Ausgleich zu, wenn die betroffenen Personen ohne Testament und Erbvertrag gesetzliche Erben geworden wären, mit Testament jedoch keine Ansprüche haben.

Bei der Niederschrift sollten einige Dinge beachtet werden. So muss das Dokument in seiner Gesamtheit eigenhändig geschrieben und mit Datum, Ort und Unterschrift versehen sein. Ein gemeinschaftliches Testament wird von einem geschrieben und von beiden unterzeichnet. Das Dokument wird dann, zur besseren Verwahrung, beim Amtsgericht hinterlegt. Ein vom Notar verfasstes Testament, auch öffentliches Testament

genannt, wird auch von demselben beurkundet und dadurch rechtskräftig.

Brauche ich einen Erbvertrag?

Im Gegensatz zum Testament ist der Erbvertrag nur durch eine Beurkundung durch einen Notar gültig. Er enthält ebenfalls die Wünsche des Erblassers und kann nur mit dem Einverständnis der begünstigten Person geschlossen, beziehungsweise geändert werden. Die bindende Wirkung eines solchen Vertrags kann nicht einseitig aufgehoben werden und bedarf deshalb einer gründlichen Überlegung.

Was bezeichnet man als „Berliner Testament“?

Diese Art des Testaments wird verheirateten Paaren mit eigenen Kindern empfohlen. Es regelt, dass im Todesfall eines Ehepartners zunächst der Partner als Alleinerbe gilt. Erst nach dem Versterben beider Elternteile werden die Kinder berücksichtigt.



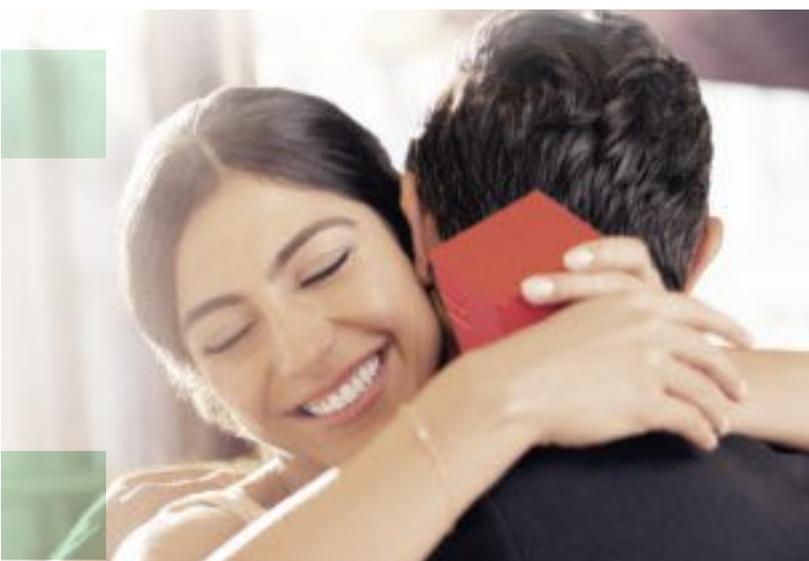
Die PSD Bank Köln eG

Die PSD Bank Köln eG ist eine von 14 rechtlich selbstständigen PSD Banken in Deutschland. Sie entstand 1872 aus den damaligen Post-, Spar- und Darlehensvereinen. Durch dieses Fundament fühlt sich die PSD Bank Köln eG den Arbeitnehmern in ihrer Region auch heute noch besonders verbunden. Dazu gehört auch, dass sie ihren Mitgliedern und Kunden mit einem hohen Maß an Aufrichtigkeit, Offenheit und persönlicher Wertschätzung begegnet.

Kontakt

PSD Bank Köln eG
www.psd-koeln.de
 0800 299 399 1 (kostenfrei)

Anzeige



TRAUMHAFT.

Erfüllen Sie sich Ihren Herzenswunsch – mit dem PSD SoldatenKredit.

EINE BANK. EIN WORT.
SEIT 1872.



Förderungsgesellschaft
des Deutschen
Bundeswehrverbandes mbH

PSD SOLDATENKREDIT: WÜNSCHE WERDEN WIRKLICHKEIT.



- Exklusiver Konditionsvorteil für Mitglieder des Deutschen Bundeswehrverbandes:
2,89 % effektiver Jahreszins,
2,85 % p.a. gebundener Sollzinssatz
- Fairer Kreditvertrag ohne versteckte Kosten
- Kreditbetrag ab 2.500 Euro – auch online abschließbar
- Ein Zinssatz für alle und für die gesamte Laufzeit von 12 bis 96 Monaten

Weitere Informationen unter
www.psd-koeln.de/soldatenkredit.

Für den o. g. Zinssatz und die Beispielrechnung gelten folgende Annahmen:

Finanzierungssumme = Nettodarlehensbetrag,
Sollzinsbindung ist gleich Gesamtlaufzeit,
Kreditnehmer ist nicht selbstständig oder
Gewerbetreibender.

*Repräsentatives Beispiel Stand: 06.10.2017:

Finanzierungssumme (= Nettodarlehensbetrag)
10.000,00 Euro, gebundener Sollzinssatz
2,85 % p. a., effektiver Jahreszins 2,89 %,
Sollzinsbindung und Gesamtlaufzeit 96 Monate,
zu zahlender Gesamtbetrag 11.195,05 Euro, mtl.
Teilzahlung 116,62 Euro, Anzahl Teilzahlungen 96.

Nettodarlehens-
betrag:

10.000 €

Monatliche
Rate*:

117 €

Kranken- und Pflegeversicherung

Dickes Ende nach DZE? Lieber rechtzeitig vorsorgen!



Foto: Continentale

Das geht alle an: Checkliste für die Absicherung

Mit der kleinen oder großen Anwartschaft allein ist es jedoch noch nicht getan. Unser Empfehlungspartner, die Continentale Krankenversicherung, rät im Bereich der Kranken- und Pflegevorsorge zu folgenden zusätzlichen Versicherungsmöglichkeiten – sowohl für SaZ, als auch für BS. Die Tarifnamen der Continentale Krankenversicherung finden Sie in Klammern.

- Die kleine (YK) oder große (YG) Anwartschaft sichert den Zugang zur späteren privaten Krankenversicherung.
- Die Pflegepflichtversicherung (PVB) ist rechtlich vorgeschrieben. Dabei gilt: Die Pflege folgt der Krankenversicherung. Wer eine private Anwartschaft abschließt, muss auch eine private Pflegepflichtversicherung abschließen. Der Vorteil für Sie: Sie ist in der Regel billiger als die soziale Pflegeversicherung.
- Pflegezusatzversicherungen federn das finanzielle Risiko der Pflegebedürftigkeit ab. Es gibt sie in verschiedenen Ausführungen.

Dauerhaft beihilfeberechtigt? Besonderheiten für BS

Für BS, die nach DZE lebenslang beihilfeberechtigt sind, gilt abweichend:

- Abschluss der großen Anwartschaft YG Comfort B30, denn: Aufgrund der gesetzlichen Pflicht zur Versicherung muss die Lücke von 30 Prozent, die nach Leistung der Beihilfe bleibt, mit einem privaten Tarif geschlossen werden.
- Die Anwartschaft YG EB-BU/70 fängt später alle Kürzungen der Beihilfe, zum Beispiel bei Arzneimitteln und insbesondere im Zahnersatzbereich, auf.
- Für die stationäre Unterbringung im 2-Bett-Zimmer mit Privatarzt sollte die Anwartschaft YG SP2-B/30 abgeschlossen werden.

Unser Tipp: Lassen Sie sich von Ihrem persönlichen Betreuer oder den speziell für die Bw ausgebildeten Bundeswehrexperthen der Continentale dazu beraten.

Egal ob Soldat auf Zeit (SaZ) oder Berufssoldat (BS): Das Dienstzeitende (DZE) wird einiges verändern. Im Zuge der persönlichen Neuorientierung dürfen aber gerade bei der Kranken- und Pflegeversicherung bestimmte Fristen nicht versäumt werden. Denn die Zeit der unentgeltlichen truppenärztlichen Versorgung (UTV) ist nun vorbei. Das heißt auch: Wer sich in seiner aktiven Zeit nicht angemessen abgesichert hat, hat jetzt das Nachsehen.

Da jeder BS einmal SaZ war, gilt: Schon als SaZ sollte möglichst früh ein umfassender Krankenversicherungsschutz abgesichert werden. Und zwar auch schon für die Zeit nach DZE. Möglich wird dies über Anwartschaften. Die kleine Anwartschaft sorgt dafür, dass der Gesundheitszustand „konserviert“ wird. Wenn nach Dienstzeitende ein hochwertiger privater Krankenversicherungs-

schutz abgeschlossen werden soll, spielen Erkrankungen oder Verletzungsfolgen keine Rolle.

Anwartschaft: Heute die Basis für morgen schaffen

Wer zum Berufssoldaten ernannt wird, sollte seine kleine Anwartschaft möglichst sofort in eine große umwandeln. Der Vorteil: Sie „konserviert“ nicht nur den Gesundheitszustand, sondern bildet auch finanzielle Rückstellungen für einen niedrigen Krankenversicherungsbeitrag nach DZE.

Nach DZE: Meldung nicht vergessen

Aber Achtung: Für alle Anwartschaften gilt, dass der Versicherer rechtzeitig informiert werden muss. Hier kann es je nach Tarif unterschiedliche Fristen geben. Idealerweise nehmen Sie etwa drei Monate vor DZE schon Kontakt mit Ihrem persönlichen Betreuer auf.

NUR FÜR MITGLIEDER IM DEUTSCHEN BUNDESWEHRVERBAND!!!



Girokonto und DBwV-Kreditkarte kostenlos bei der DKB. Weltweit kostenlos Bargeld abheben.



Günstig Urlaub buchen! 5 % auf alle Reisen mit dem neuen Urlaubsportal exklusiv für Mitglieder des DBwV



FöG SoldatenKredit – Privatdarlehen für alle Statusgruppen – günstige Zinsen – keine Zusatzkosten

Reisen mit dem gewissen Etwas erfreuen sich immer größerer Beliebtheit. Der Partner der FöG, JUST AWAY, hat sich auf vielfältige Reiseangebote spezialisiert und bietet ein großes Repertoire, in dem für jeden Geschmack die passende Reise zu finden ist.

Stellen Sie sich vor, Sie spazieren über einen Platz mit einem wundervoll geschmückten Weihnachtsbaum. Zahlreiche Buden, die von handgemachten Raritäten über kulinarische Köstlichkeiten bis hin zu klassischem Glühwein alles bieten, was das Herz begehrt, ziehen Ihre Blicke auf sich. Der Duft von gebrannten Mandeln und heißem Glühwein liegt in der Luft. Überall sehen Sie bunte Weihnachtslichter und Menschen laufen warm eingepackt mit dicken Wollmützen und Schals umher. Sie sehen verschiedenste Leckereien wie frisch gebrannte Mandeln, Lebkü-



Foto: Landeshauptstadt Dresden/Sylvio Ditttrich

Traumhafte Weihnachtsstimmung

Die schönsten Weihnachtsmärkte hautnah

ab 119 Euro: Straßburg:

Weihnachtsstimmung auf der MS Carissima
Frankreich 2, 3 o. 4 Nächte auf dem Schiff,
ÜF mit Abendessen

Buchbar bis 16. November 2017

(Verlängerung möglich)

Reisecode: 9157471

chen oder ansprechend drapierte Früchte, die nur darauf warten, verkostet zu werden. „Treten Sie nur näher, frische und heiße Maroni!“, ertönt die Stimme eines Budenbesizers, und schon steigt Ihnen der angenehme Duft in die Nase. Ganz klar: Sie befinden sich auf einem Weihnachtsmarkt! JUST AWAY hat für Sie die schönsten Weihnachtsmärkte ausgewählt.

Die schönsten Weihnachtsmärkte Deutschlands

Die passionierten Weihnachtsmarktbesucher wissen, dass es in Deutschland zahlreiche wunderschöne und auch traditionelle Märkte gibt, die allemal einen Besuch wert sind. Nürnberg ist als die Weihnachtsstadt Nr. 1 bekannt und lockt jedes Jahr zahlreiche Besucher auf den berühmten Christkindlesmarkt. Dieser Weihnachtsmarkt ist einer der ältesten und berühmtesten Weihnachtsmärkte der Welt. Jedes Jahr wird die Altstadt festlich geschmückt und lädt mit einer unverwechselbaren Atmosphäre Jung und Alt zu einem Besuch ein. Auf diesem Markt finden Sie sowohl traditionelle Handwerkskunst als auch moderne Schmuckstücke. Auch kulinarisch werden Sie hier auf jeden Fall verwöhnt: Probieren Sie doch einmal „3 im Weggla“ (drei Nürnberger Bratwürste im Brötchen), den feinen Elisen-Lebkuchen und einen wärmenden Glühwein.

Ein weiteres heiß begehrtes Reiseziel ist der Münchner Christkindlmarkt, der sich am Marienplatz befindet. In München finden Sie zwischen

Glühwein und Weihnachtsliedern noch zahlreiche traditionelle sowie von Hand angefertigte Stücke. Neben diesem wundervollen Weihnachtsmarkt bietet München ein romantisches und nostalgisches Plätzchen: Das Sternenplatzl am Rindermarkt zeigt leuchtende Sterne in den Zweigen der Bäume und verwandelt den Platz in ein Lichterparadies. Erinnern Sie sich an Weihnachten in Ihrer Kindheit und erfreuen Sie sich am Anblick der leuchtenden Bäume.

Berlin bietet Ihnen gleich mehrere Weihnachtsmärkte: Von traditionell über klein und historisch bis hin zu einer Mischung aus bildender Kunst, Tradition sowie Show und Animation. Der beliebteste Weihnachtsmarkt ist der am Gendarmenmarkt. Hier erwartet Sie eine weihnachtliche Mischung aus Kunst, Kulinarik und Handwerk. Weiter bietet dieser Markt Ihnen Show und Animation auf der Bühne auf dem Hauptplatz. Betreten Sie außerdem das große Kunsthandwerkszelt und beobachten Sie Holzschnitzer, Schneider und Gürtler bei ihrer traditionellen Arbeit. Der Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche lockt mit liebevoll dekorierten Ständen mit Christbaumschmuck, handgefertigtem Spielzeug, wunderschönen Accessoires sowie mit klassischem Kunsthandwerk.

Weihnachtsmärkte in Österreich

Auch unser Nachbarland hat wunderschöne Weihnachtsmärkte, die einen Besuch auf jeden Fall wert sind. Starten Sie Ihre Reise nach Österreich und bestaunen Sie den historischen Christkindlmarkt in Salzburg. Dieser Weihnachtsmarkt ist einer der schönsten und ältesten Adventmärkte der Welt. Der Markt befindet sich mitten in der Salzburger Altstadt, die zum Weltkulturerbe ernannt wurde. Dieser Weihnachtsmarkt zeichnet sich nicht nur durch rund 100 Stände, sondern auch durch ein variierendes Programm aus. Jeden Samstag ist das Salzburger Christkind mit seinen Engerln zu Besuch auf dem Adventmarkt

und mittwochs findet eine Kinderlesung mit dem Christkind statt.

Auch Wien bietet einige ganz besondere Christkindlmärkte. Der wohl bekannteste ist der Weihnachtsmarkt am Rathausplatz. Unter dem Motto „Wiener Weihnachtstraum“ wird die Weihnachtszeit zu einem unvergesslichen Erlebnis. Das Programm rund um den Wiener Christkindlmarkt bringt Tradition und eindrucksvolle Attraktionen zusammen.

Advent in Brüssel und Straßburg

Erleben Sie die besondere Atmosphäre mit kulinarischen Genüssen in Brüssel. Beginnend an der Place Saint Jean bis zum Marché aux Poissons finden Sie das Winterwunder („Plaisirs d’Hiver“). Auf dem gesamten Weg werden zahlreiche kulturelle und traditionelle Aktivitäten angeboten. Freuen Sie sich beispielsweise auf eine Licht- und Tonshow, eine Eislaufbahn unter freiem Himmel

ab 49 Euro: Auf einen Plausch mit dem

Nürnberger Christkind

Deutschland 1, 2 o. 3 Nächte im 4* Hotel,

ÜF in Nürnberg mit Nürnberger Weihnachts-Pass

Buchbar bis 23. November 2017

Reisecode: 9140540

oder auf den größten Weihnachtsmarkt Belgiens.

Auch Straßburg lädt Sie auf den weltberühmten Weihnachtsmarkt ein. Schlendern Sie über den Markt und bewundern Sie den großen geschmückten Weihnachtsbaum sowie die wunderschöne Beleuchtung. Man sagt, Straßburg verwandelt sich über Weihnachten in eine andere Stadt – von der heimeligen Stadt zum Winterwunderland. Die Gassen sowie Gebäude werden reichlich geschmückt und versetzen Groß und Klein ins Staunen.

**Ursula Diestel**

13.9.21 – 15.2.17
Osterholz-Scharmbeck
KERH Schwanewede/Bremen-Nord

Karl-Heinz Warnecke

22.3.53 – 20.2.17
Seevetal

Annemarie Becker

20.3.39 – 24.2.17
Riedenburg
KERH Hemau/Oberpfalz

Agnes Schwind

10.3.25 – 18.3.17
Langerwehe
KERH Düren

Oberstleutnant a.D.**Heinz-Dieter Schmidt**

1.6.49 – 21.5.17
Neustadt
KERH Germersheim

Hauptmann a.D.**Gerhard Krowke**

11.9.36 – 6.6.17
Sinzig
KERH Kreis Ahrweiler

Stabsfeldwebel a.D.**Norbert Rauber**

1.7.53 – 27.6.17
Oberthal
KERH St. Wendel

Leutnant d.R.**Gerhard Herbener**

7.1.43 – 3.7.17
Deinste
KERH HH-Fischbek/Buxtehude

Detlef Depke

21.5.60 – 4.7.17
Wildeshausen
KERH Ahlhorn

Karola Schweishelm

5.5.27 – 10.7.17
Bonn
KERH Großraum Bonn

Oberstleutnant a.D.**Jochen Ruge**

16.8.61 – 21.7.17
Unterlüß
KERH Faßberg

Oberstleutnant a.D.**Heinz Hoffmann**

10.2.16 – 26.7.17
Überlingen/Bodensee
KERH Bodensee/Hegau

Oberstleutnant a.D.**Horst Heller**

9.5.32 – 31.7.17
Berlin
KERH Berlin Marzahn-Hellersdorf

Ursula Bornemann

21.12.24 – 2.8.17
Lübeck
KERH Lübeck und Umgebung

Oberfeldwebel d.R.**Claus Heinrich**

12.5.59 – 7.8.17
Thurnau

Oberstleutnant a.D.**Olaf Lübke**

9.9.23 – 14.8.17
Köln
KERH Köln

Hans-Jürgen Prätzel

18.10.49 – 16.8.17
Wiesbaden
KERH Mainz-Wiesbaden

Oberstleutnant a.D.**Udo Thiede**

19.9.46 – 16.8.17
Bremen
KERH Schwanewede/Bremen-Nord

Hauptbootsmann a.D.**Gerhard Wäger**

29.4.25 – 24.8.17
Berlin
KERH Berlin West

Oberfeldwebel d.R.**Friedhelm Lieber**

24.8.46 – 25.8.17
Weinsberg
KERH Heilbronn

Rosa Woldmann

25.9.19 – 30.8.17
Baden-Badem
KERH Achern

Oberstleutnant a.D.**Manfred Siegmann**

26.3.43 – 31.8.17
Nörten-Hardenberg
KERH Northeim

Oberstabsfeldwebel a.D.**Karl-Heinz Kochanski**

8.3.23 – 31.8.17
Bremen
KERH Großraum Bremen

Hauptmann a.D.**Fritz Koal**

24.12.23 – 1.9.17
Husum
KERH Husum

Hauptfeldwebel a. D.**Friedrich Lorenz**

23.5.35 – 2.9.17
Eitelborn
KERH Westerwald

Hauptmann a.D.**Engelbert Künzl**

2.12.25 – 3.9.17
Heldenstein
KERH Inn-Salzach

Stabsfeldwebel a.D.**Werner Schwenker**

10.3.22 – 4.9.17
Wunstorf
KERH Deister/Leine

Stabsfeldwebel a.D.**Werner Schicho**

27.9.46 – 5.9.17
Oberotterbach
KERH Südliche Weinstraße

Ursula Schniedermann

7.10.43 – 5.9.17
Schülldorf
KERH Rendsburg

Stabsfeldwebel a.D.**Uwe Schäffner**

17.9.45 – 6.9.17
Tauberbischofsheim
KERH Kulsheim/Tauberbischofsheim/Bad Mergentheim/Lauda-Königshofen

Liesel Becker

12.8.26 – 7.9.17
Kaufbeuren
KERH Kaufbeuren

Stabsunteroffizier d.R.**Prof.Dr.h.c. Erwin Dingeldey**

17.9.59 – 7.9.17
Obertshausen
KERH Hessen Süd-Ost

Hauptmann a.D.**Klaus Neumann**

27.5.36 – 8.9.17
Merzig
KERH Merzig

Magda Bauer

28.8.36 – 8.9.17
Aachen
KERH Aachen

Generalleutnant a.D.**Peter Vogler**

28.11.41 – 8.9.17
Wachtberg
KERH Großraum Bonn

Oberstleutnant a.D.**Fritz Kunesch**

4.10.50 – 8.9.17
Karlsruhe
KERH Karlsruhe

Hauptfeldwebel d.R.**Dieter Neitzel**

7.2.43 – 8.9.17
Brunnthal
KERH München

Gerda Dobbert

26.10.23 – 9.9.17
Nordkirchen
KERH Ahlen

Oberstabsgefreiter d.R.**Sascha Hauser**

31.8.84 – 9.9.17
Plauen
KERH Ostvogtland

Hauptmann a.D.**Heribert Koch**

9.3.35 – 10.9.17
Bad-Neuenahr-Ahrweiler
KERH Kreis Ahrweiler

Hauptmann a.D.**Jürgen Klose**

10.8.37 – 10.9.17
München
KERH München

Oberstleutnant a.D.**Werner Engelstädter**

18.3.38 – 11.9.17
Königsbrück
KERH Kamenz

Hauptmann a.D.**Günther Matzner**

20.11.40 – 11.9.17
Wardenburg
KERH Oldenburg und Umgebung

Hauptfeldwebel d. R.**Herbert Biewer**

26.8.41 – 12.9.17
Bad Endbach
KERH Marburg-Biedenkopf

Stabsfeldwebel**Falk Starost**

19.6.72 – 12.9.17
Vogelsang-Warsin

Oberstabsfeldwebel a.D.**Klaus-Dieter Wolf**

9.9.45 – 13.9.17
Oster-Ohrstedt
KERH Husum

Oberstabsfeldwebel**Paul Milz**

25.4.67 – 14.9.17
Koblenz

Hauptfeldwebel a.D.**Gerd Friebös**

19.6.43 – 15.9.17
Leipzig
KERH Leipzig

Stabsfeldwebel a.D.**Karlheinz Kopp**

5.3.36 – 16.9.17
Kempten
KERH Kempten

Stabsfeldwebel a.D.**Dieter Wiechmann**

20.12.39 – 16.9.17

Goch

KERH Unterer Niederrhein

Stabsbootsmann a.D.**Günter Friedrich**

16.4.25 – 18.9.17

Bremen

KERH Schwanewede/Bremen-Nord

Major a.D.**Richard Wittmann**

27.9.32 – 19.9.17

Erfurt

KERH Erfurt

Stabsfeldwebel a.D.**Willi Buchner**

30.6.32 – 21.9.17

Siegsdorf

KERH Traunstein

Hauptmann a.D.**Hans-Kurt Anlauf**

3.12.36 – 21.9.17

Hunderdorf

KERH Bogen

Oberstabsfeldwebel a.D.**Reinhold Reski**

29.7.33 – 22.9.17

Langerringen

KERH Auf dem Lechfeld

Hauptmann a.D.**Franz Bubolz**

14.12.18 – 22.9.17

Kiel

KERH Kiel-Holtenau

Oberstleutnant a.D.**Jörg Eisfelder**

8.10.41 – 23.9.17

Schortens

KERH Düren

Ernestine Klopffleisch

20.7.21 – 23.9.17

Troisdorf

KERH Köln-Porz-Wahn

Oberstleutnant a.D.**Otfried Schibilla**

10.2.41 – 24.9.17

Lübeck

KERH Lübeck und Umgebung

Stabsfeldwebel a.D.**Werner Große**

20.6.38 – 25.9.17

Nienburg

KERH Nienburg

Hauptfeldwebel a.D.**Frank Schwarze**

14.9.74 – 26.9.17

Dietenhofen

KERH Roth

Stabsfeldwebel a.D.**Adolf Bauer**

28.8.44 – 26.9.17

Penzing

KERH Landsberg

Stabsfeldwebel a.D.**Werner Klemme**

1.4.38 – 26.9.17

München

KERH München

Oberst a.D.**Günter Hagmaier**

7.5.41 – 26.9.17

Bonn

KERH Großraum Bonn

Stabsfeldwebel a.D.**Georg Kuper**

11.8.32 – 26.9.17

Wiefelstede

KERH Oldenburg und Umgebung

Oberstleutnant a.D.**Manfred Hanspach**

21.8.33 – 26.9.17

Strausberg

KERH Strausberg

Stabsfeldwebel a.D.**Albrecht Schröder**

8.7.40 – 29.9.17

Itzehoe

KERH Steinburg-Itzehoe

Stabsfeldwebel a.D.**Günter Kruppa**

30.12.29 – 30.9.17

Wetzlar

KERH Wetzlar

Oberstleutnant a.D.**Volker Heilmann**

5.6.41 – 1.10.17

Mainhausen

KERH Hessen Süd-Ost

Oberstleutnant a.D.**Gerhard Ulbert**

26.2.14 – 2.10.17

Bad Aibling

KERH München

Oberstleutnant a.D.**Gerhard Leinhos**

1.1.38 – 4.10.17

Lilienthal

KERH Großraum Bremen

Oberstleutnant a.D.**Erwin Schmidt**

6.3.33 . 5.10.17

Torgelow

KERH Uecker-Randow

Stabsfeldwebel a.D.**Franz Gerstl**

4.7.32 – 5.10.17

Höxter

KERH Zwischen Solling und Egge

Ehrungen und Auszeichnungen



Verbandsmedaille des DBwV für 30-jährige Mandatstätigkeit
Stabshauptmann a. D. Hartmut Schönmeier, Kaufbeuren



Verbandsmedaille des DBwV für 20-jährige Mandatstätigkeit
Stabsfeldwebel a. D. Erhard Ebert, Heist
Oberstabsfeldwebel a. D. Ernst-Willy Rönnau, Kremperheide



DBwV-Verdienstnadel in Gold
Stabsfeldwebel a. D. Felix Laubach, Dülmen
Oberstleutnant a. D. Klaus Raabs, Strausberg



DBwV-Verdienstnadel in Silber
Oberstabsfeldwebel a. D. Uwe Blum, Oldenburg
Stabsfeldwebel Karsten Brockhaus, Schwarzenborn
Stabsbootsmann Rudi Haardt, Wilhelmshaven
Oberstleutnant a. D. Wolfgang Strecker, Oldenburg



DBwV-Verdienstnadel in Bronze
Stabsfeldwebel a. D. Helmut Buttler, Lohfelden
Stabsfeldwebel Jens Franzen, Ramstein
Hauptmann a. D. Franz-Peter Mertens, Waakirchen



Dankurkunde des Bundesvorsitzenden
 Birgit Meckert, Dresden



Dankurkunde des Landesvorsitzenden
 Hauptmann Peter Schroeder, Hannover

Buch mit Widmung des Landesvorsitzenden

Stabsfeldwebel Ingo Henkenjohann, Blankenburg
Oberstabsfeldwebel d. R. Peter Lühmann, Sprakebüll

Beförderungen

Am 29. September 2017 wurden mit Wirkung 1. Oktober befördert:

Bereich Lw:

GM (L) Dr. Ing. Ansgar Rieks, Stv Insp Kdo Lw, zum Generalleutnant

Org: Bereich BMVg:

BG (TR) (L) Dipl.-Kfm. Marcus Ellermann, Dt Vertr Nato, zum Brigadegeneral

Am 29. September wurde mit sofortiger Wirkung befördert:

Bereich M:

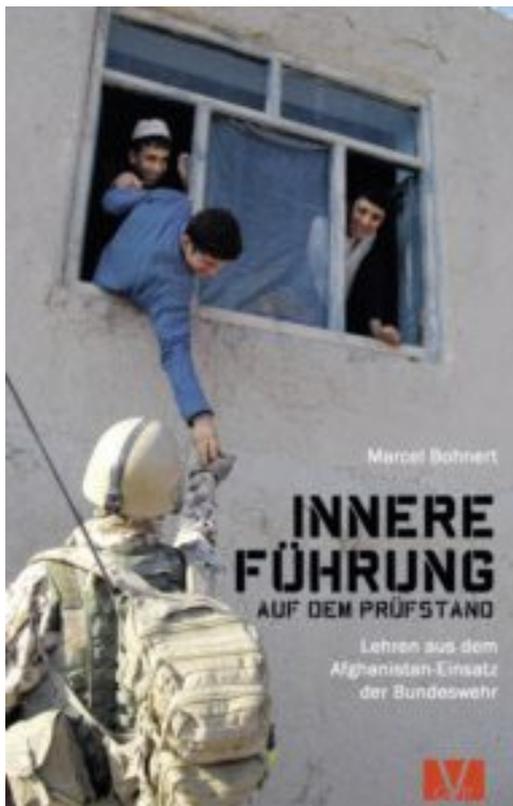
FADM Dipl.-Kfm. Jürgen Alfred Georg zur Mühlen, AL Eins MarKdo, zum Konteradmiral

Innere Führung auf dem Prüfstand

Nicht nur das Verteidigungsministerium stellt die Innere Führung auf den Prüfstand. Auch aus der Truppe treten couragierte Offiziere an die Öffentlichkeit und bringen sich in die Debatte ein. Als Herausgeber und Autor ist Major i.G. Marcel Bohnert schon häufiger durch provokante, aber stets an der Sache orientierte Beiträge aufgefallen.

Mit seinem neuen Buch „Innere Führung auf dem Prüfstand“ wurde Bohnert scheinbar von aktuellen Entwicklungen eingeholt. Vieles spricht dafür, dass Bohnert als Kampftruppenoffizier mit Einsatzerfahrung ein Gespür dafür entwickelt hat, wo beim Thema Innere Führung der Schuh drückt.

Ursprünglich als wissenschaftliche Abschlussarbeit konzipiert, zeigt Bohnert unter anderem durch eine Umfrage unter Lehrgangsteilnehmern der Führungsakademie Defizite der Inneren Führung bei der Legitimation und Integration der Streitkräfte in die Gesellschaft auf. Fundiert begründet der Autor die Gefahr einer Entfremdung zwischen Bundeswehr und Gesellschaft, die dem Konzept der Inneren Führung zuwiderläuft. Bohnert fordert deshalb unter anderem eine „offene und breite Diskussion über Stärken und Schwächen der Inneren Führung“, aber auch die „Akzeptanz offenkundiger Unterschiede zwischen Militär und Gesellschaft“. An dieser Stelle wünscht sich der



Leser, dass Bohnert konkreter würde und eigene Vorschläge für eine Erweiterung der Inneren Führung oder gar für ein alternatives Modell anführt.

Durch eigene Erfahrungen und Fotos ist Bohnert insgesamt ein Buch gelungen, das anschaulich genug ist für ein breiteres Publikum jenseits des Stabsoffizierlehrgangs und dennoch den nötigen Tiefgang besitzt, um den Finger in die noch frische Wunde zu legen. Die Thesen Bohnerts werden sicherlich Widerspruch provozieren. Es bleibt aber zu hoffen, dass die Bundeswehr auch das Potenzial ihrer eigenen kritischen Geister nutzt. Der Inneren Führung würde es guttun. *CW*

Marcel Bohnert
Innere Führung auf dem Prüfstand: Lehren aus dem Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr

248 Seiten
ISBN-13: 978-3744899024
12,99 Euro

Anzeige

NUR BIS
31.
DEZEMBER

NICHTS VERPASSEN!
Jetzt besonders günstige Zinsen für Ihre Anschlussfinanzierung sichern und bis zu 150 EUR Grundbuch-Abtretungskosten sparen.¹

Wüstenrot – die Bausparkasse für den Deutschen Bundeswehrverband.
Exklusive Vorteile für Mitglieder und ihre Angehörigen (Ehe-/Lebenspartner, Kinder, Enkel). Z.B. ein attraktiver Zinsvorteil für Wohndarlehen, der über die Laufzeit des Darlehens mehrere Tausend Euro Ersparnis bringen kann!

Stellen Sie Ihre Finanzierung auf den Prüfstand. Mit Wüstenrot eine günstige Anschlussfinanzierung sichern.

Sie genießen bereits Ihre eigenen vier Wände. Aber die Zinsbindung für Ihr Wohndarlehen läuft aus – jetzt oder in den nächsten Jahren. Sichern Sie sich jetzt günstige Zinsen für Ihre Anschlussfinanzierung.

Besuchen Sie unsere Wüstenrot-Service-Center oder kontaktieren Sie uns per

E-Mail: foeg@dbwv.de
Fax: 0228 3823-217
Internet: www.foeg.de



¹⁾ Gilt nur bei Ablösungen von Fremdbanken und Finanzierungen ab 50.000 EUR.

ww wüstenrot

Wünsche werden Wirklichkeit.



MÖBELTRANSPORTE

Umzüge | Weltweit

Brauns INTERNATIONAL
the move management company



Free call: 0800.8255330
www.brauns-international.de

T +49.471.982000
F +49.471.9820098
mail@brauns-international.de

FIDI IAM

Ob national, ob international -
immer zuverlässig!

H. BRANDES GmbH Umzugsservice
für BW / AA seit 1980

INTERNATIONALER UMZUGSSERVICE

© 0209-155 040 70 Gebührenfrei: 0800-272 63 37 www.hbrandes.de info@hbrandes.de

UMZUG SERVICE
USD **UMZÜGE**
DRESDEN

RAHMENVERTRAGSPARTNER - INLAND - AUSLAND - ÜBERSEE

usdumzuwege.de

tel.: FreeCall 0800 / 33 00 444
+ 49 351 830 24 80



DB SCHENKER
Delivering solutions.

Wohin Sie auch ziehen – wir ziehen mit.
DB SCHENKERmove

DB SCHENKERmove ist auch in Ihrer Nähe:

■ Berlin	■ Frankfurt	■ München	■ Stuttgart
■ Braunschweig	■ Freiburg	■ Nürnberg	■ Alamogordo, NM
■ Dresden	■ Hamburg	■ Saarbrücken	■ El Paso, TX
■ Düsseldorf	■ Köln	■ Schweinfurt	■ Washington, DC

Deutschland 0800-1371330
USA 1 800-3119943
bw.umzug@dbschenker.com
www.dbschenkermove.de

ITO

ERFAHRUNG
NUTZEN
SICHER
UMZIEHEN



Bremen Hamburg
Köln München
Berlin Ramstein
Frankfurt Koblenz
El Paso Alamogordo
Washington Türkei
Phoenix Tunesien
Wichita Falls Mali / Senegal

0800 - 48 69 100

www.ito-movers.de
service@ito-movers.de

Wer viel gibt,
kann viel verlangen!

Wir tun es. Für Sie!

Informieren Sie sich unter
www.dbwv.de

oder schreiben Sie an den
Deutschen Bundeswehrverband
Kapelle-Ufer 2 | 10117 Berlin
Telefon (030) 235990-0



Deutscher
Bundeswehrverband

VERSCHIEDENES

www.beihilfe-software.de

MILITARIA 1813–1960 GESUCHT

Orden, Urkunden, Uniformen,
Säbel, Pickelhauben, Bilder.
– BITTE ALLES ANBIETEN –

Alexander von Renz
Telefon 06146 / 6017845

E-Mail: alexandervonrenz@t-online.de

Berufssoldat a.D. kauft alte Militärsachen
1800-1960 für militärhistorische Sammlung:
Abzeichen, Militärdokumente, Uniformteile,
Fotos, Ausrüstungsgegenstände, Helme, etc.
06733-48 69 850 oder Leibgendarm@yahoo.de

1.000 € Pflegerente/M. ab 10 €/M.
www.rentatax.de/pflegerente-im-beruf

VOLVO
MILITARY & DIPLOMAT SALES

Sonderkonditionen für
Bundeswehrangehörige

avus-automobile.com/bw

MÖBELTRANSPORTE

Der professionelle Umzugspartner

Tolmien
Umzüge
Containerlagerung

Standorte auch in Nordholz & Berlin

8x in Deutschland
0800 - 85 41 555
Anruf zum Nulltarif

Full Service national / international
Möbellagerung in Containern
Umzugsberatung am Standort

für Soldaten und Beamte,- seit über 50 Jahren

DVDs frisch gepresst

25 Jahre Verbannung – wegen zweier „Farben“

Eheschließungen sind für Medien nur interessant, wenn mindestens einer der Partner mit einer gewissen Prominenz gesegnet ist. Die Hochzeit von zwei ganz einfachen Menschen jedoch wurde einst, wenn auch verspätet, in ganz Amerika bekannt. Der Grund: Bräutigam Richard Loving war weiß, seine Braut Mildred dagegen schwarz. Und das war in Virginia und anderen US-Staaten als „Mischehe“ streng verboten.



Die beiden wussten das und machten für ihre Hochzeit im Jahr 1957 einen Ausflug nach Washington, wo sie ihren Trauschein ganz legal bekamen. Daheim jedoch klickten wenig später die Handschellen: Der Sheriff hatte einen anonymen Tipp bekommen. Immerhin: Das Gefängnis blieb dem Paar erspart. Allerdings wurden die zwei für 25 Jahre aus Virginia verbannt.

Das angenehm leise inszenierte Drama „Loving“ erzählt die berührende Geschichte der Lovings,

Eine Liebe, die nicht sein durfte: Die verbotene Ehe von Mildred (Ruth Negga) und Richard Loving (Joel Edgerton) wurde erst durch höchstrichterliches Urteil bestätigt.



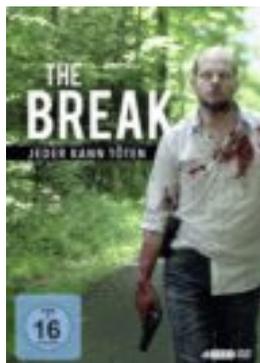
© Universal Pictures Germany GmbH

die erst zehn Jahre später in die Schlagzeilen geriet, aus einem ganz speziellen Grund: Mildred hatte Heimweh nach ihren Verwandten, die sie ja nicht mehr besuchen durfte, und schrieb an den damaligen Generalbundesanwalt Robert F. Kennedy. Und der half mit, dass der Fall vor den Supreme Court kam. Die obersten Richter erklärten am 12. Juni 1967 im Fall „Loving vs. Virginia“ alle Verbote von „rassenübergreifenden“ Ehen für verfassungswidrig. Weshalb in Amerika der 12. Juni bis heute „Loving Day“ genannt wird.

Massendemos? Unruhen? Straßenschlachten? Gab es damals nicht. Nur ein Ehepaar, das sein Leben leben wollte. Und dessen innige Liebe, wie es die bekannte Formel besagt, erst durch den Tod von Richard (1975 durch einen Verkehrsunfall) geschieden wurde. Der sehr schön gemachte und fesselnde Film kommt auch auf DVD perfekt zur Wirkung. Unbedingt sehenswert! **RT**

ANSPRUCH: ★★★★★
SPRACHEN: D+E MIT D/E UT

Dunkle Geheimnisse einer Kleinstadt

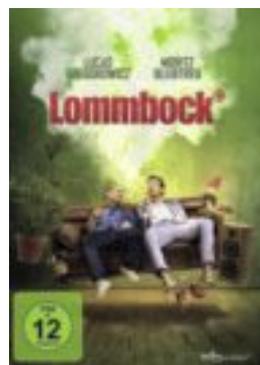


© Polyband/WVG

Nach einer beruflichen und persönlichen Tragödie will Inspektor Yoann Peeters mit seiner Tochter in seiner Heimatstadt Heiderfeld in den belgischen Ardennen wieder zur Ruhe kommen. Daraus wird freilich nichts, denn bei seiner Ankunft wird die Leichte eines schwarzen Fußballers aus dem örtlichen Fluss gefischt. Auf den ersten Blick deutet alles auf Selbstmord hin. Peeters aber gibt sich damit nicht zufrieden und beginnt – zum Unwillen seines Chefs – eine handfeste Ermittlung. In dem Zehnteiler „The Break“, den Kenner anerkennend mit Hits wie „Twin Peaks“ und „True Detective“ vergleichen, dringt der hartnäckige Ermittler bei seinen Recherchen immer tiefer in dunkle Geheimnisse der scheinbar idyllischen Kleinstadt ein. Kompliment an die Belgier, denen eine aufregend gute Krimiserie (500 Minuten) gelungen ist. **RT**

UNTERHALTUNG/
SPANNUNG: ★★★★★
SPRACHEN:
D+F OHNE UT

Ein unbedachter Joint und die Folgen



© Wild Bunch Germany (Vertrieb Universum Film)

In der sehr vergnüglichen Komödie „Lammböck“ (2001) betrieben Kai (Moritz Bleibtreu) und Stefan (Lucas Gregorowicz) einen Pizzaservice, den die Kiffer in Würzburg ganz besonders schätzten, weil es als Beilage zu den Fladen neben Käse, Salami und Schinken auch Tütchen edler Rauchware aus eigenem Anbau gab. 15 Jahre später kiffte Kai in „Lommböck“ – kleine Namensänderung – immer noch, während Stefan Anwalt geworden ist und in Dubai kurz vor der Hochzeit mit der Tochter eines reichen Magnaten steht. In Würzburg taucht er nur auf, weil er für die Trauung noch eine Geburtsurkunde braucht. Dann aber verhindert ein unbedachter Joint die sofortige Rückkehr ins Emirat, was in der Folge eine kleine Flut von Verwicklungen auslöst. Köstliche Dialoge, erfrischender Humor – da lacht man liebend gerne mit! **RT**

UNTERHALTUNG:
★★★★★
SPRACHE: D

Das Schicksal des jungen Khaled in Helsinki

Der junge Syrer Khaled hat es geschafft, als blinder Passagier nach Helsinki zu kommen, wo er rasch Asyl beantragt. Das Ersuchen wird finnisch korrekt bearbeitet und ebenso korrekt abgelehnt. Natürlich hat Khaled null Bock auf weitere Bombardierungen in Aleppo und türmt kurz vor seiner Abschiebung. Ein frisch gebackener Restaurantbesitzer findet den jungen Mann schlafend in seinem Hof und stellt ihn erst mal als Tellerwäscher ein. Welche weiteren Überraschungen das Schicksal für Khaled bereithält, verrät das mit mehreren Preisen (unter anderem Silberner Bär für die beste Regie) belohnte Comedy-Drama „Die andere Seite der Hoffnung“, den „Titel, Thesen, Temperamente“ in der ARD „verdammst schön“ fand, während sich die „SZ“ über „lakonische Dialoge, trockenen Humor und bierernste Figuren“ freute. Stimmt genau! **RT**



© Pandora Film

ANSPRUCH:
★★★★★
SPRACHEN: D + FINNISCH
MIT D-/E-UT

Die durchgeknalltesten Helden der Galaxie

Vor drei Jahren machte ein merkwürdiger Trupp intergalaktischer Außenseiter Furore: Unter der Führung von „Star Lord“ Peter Quill (Chris Pratt) stellten die skurrilen Vagabunden das All auf den Kopf und heimsten Top-Bewertungen ein. Das schrie nach einer Fortsetzung, auch wenn diese Gefahr lief, zum müden Abklatsch abgestempelt zu werden. Mit „Guardians of the Galaxy Vol. 2“ knüpfte Marvel aber nicht nur nahtlos an das erste Abenteuer an, sondern brachte bei den Fans rund um den Globus erneut die Augen zum Leuchten. Diesmal machen sich die durchgeknalltesten Helden der Galaxie unter anderem daran, die wahre Herkunft von Peter Quill zu enträtseln, wobei ihnen diverse Stars aus dem Marvel-Universum zu Hilfe eilen. Zu 130 höchst kurzweiligen Minuten (auch in 3D) gesellt sich auch ein fantastischer Soundtrack! **RT**



© The Walt Disney Company Germany

UNTERHALTUNG:
★★★★★
SPRACHEN: D+E MIT
D-/E-UT



Wie ausgelassen die Frankfurter zu feiern wissen, zeigt das Museum mit Heinrich Hasselhofs Gemälde vom „Wäldchestag“ (1871), der immer am „Pfungst-dienstag“ gefeiert wird.



Wunderkammer für tausend Jahre Frankfurter Geschichte

Das Historische Museum der Stadt hat einen prächtigen Neubau eröffnet

Wenn man den Geschichten um unseren ersten Bundeskanzler Konrad Adenauer glaubt, trägt er die Schuld daran, dass Frankfurt einst nicht zur Bundeshauptstadt gekürt wurde. Der „Alte“ hatte nämlich ein wunderschönes Anwesen in Rhöndorf, von wo aus er in ein paar Minuten in Bonn war. Deshalb soll er keine Lust gehabt haben, ständig ins Hessische kutschieren zu müssen ...

Nichtsdestotrotz fühlen sich die Frankfurter mit ihrer bewegten Geschichte (der Name wird erstmals in einer Urkunde Karls des Großen von 794 erwähnt) als heimliche Hauptstadt.

Immerhin wurde die Main-Metropole 1356 zur ständigen Wahlstadt der deutschen Könige, bekam sogar Münzrecht, galt in der Zeit des Deutschen

Bundes als politisches Zentrum Deutschlands, war 1848 und 1849 Sitz der Deutschen Nationalversammlung und ist heute unter anderem die „Geldstadt“ der Republik. Die Liste ließe sich beliebig fortführen.

Um so viel Geschichte sichtbar zu machen, braucht es Platz. Und den gibt es jetzt zuhauf mit dem neuen Ausstellungsgebäude des Historischen Museums Frankfurt, das am 7. Oktober eröffnet wurde. So kann man nun auf beinahe 6000 Quadratmetern (altes und neues Haus) die Spuren verfolgen, die tausend Jahre deutsche Geschichte am Main hinterlassen haben. Das heißt: Rund 4000 davon – eine repräsentative Auswahl aus 630 000 (!) Objekten.

Zu den Besonderheiten dieser „Wunderkammer“ (FAZ) gehören in den Ebenen 1 und 2 unter dem Titel „Frankfurt Einst:“ die Visualisierung der Stadtgeschichte in fünf Themen. Das dritte Obergeschoss ist dem Bereich „Frankfurt Jetzt!“ der Gegenwart gewidmet und – vor allem wegen eines ebenso großen wie ungewöhnlichen Stadtmodells – ein echtes Schmankerl, das von dem niederländischen Künstler Hermann Helle nach Angaben von 1500 Bürgern aus unterschiedlichsten Materialien geschaffen wurde.

Für die „FAZ“ ist der neue Bau ein „phänomenales Ausstellungshaus“, der „Frankfurts Geschichte

Dieses 75 Quadratmeter große Stadtmodell wurde nach Angaben von 1500 Frankfurtern aus unterschiedlichsten Materialien geschaffen und wird künftig immer wieder ergänzt.



4000 Objekte auf knapp 6000 Quadratmeter – das Historische Museum wird für seine Besucher zur wahren Wunderkammer.



Das ist das neue Ausstellungshaus: zwei große Gebäuderiegel in Steinverkleidung, unterirdisch miteinander verbunden, dazwischen der Museumsplatz.

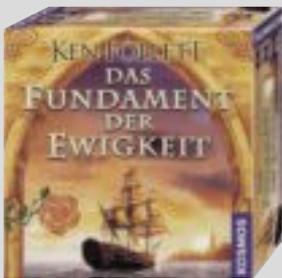
gerecht“ wird. Also fast so etwas wie ein Pflichtbesuch. Am besten gleich im Dezember, dann gibt's, quasi ums Eck als Zugabe den schönen Weihnachtsmarkt. **RT**

www.historisches-museum-frankfurt.de
Besucherservice: (069) 21235154



Clou der Ebene 0 unter dem Museumsplatz ist diese riesige Schneekugel mit acht „Innenleben“, die von Besuchern ausgewählt und dann von einem Roboter in die Kugel gehoben werden können. Hier das Thema „Heimliche Hauptstadt“.

Pfiffige Spiele für Winter-Kurzweil



Das Fundament der Ewigkeit (Kosmos)

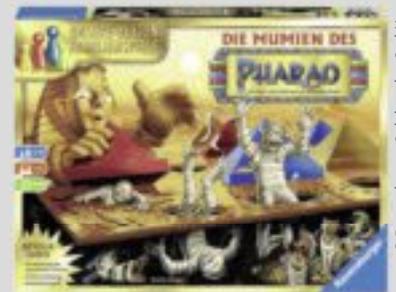
Ken Follets „Das Fundament der Ewigkeit“, eine historische Spionagesgeschichte und Teil drei der Kingsbridge-Saga (nach „Die Säulen der Erde“ und „Die Tore der Welt“) steht kaum in den Buchläden, da ist schon das Spiel dazu auf dem Markt. Auf dem aufwendigen Spielbrett tummeln sich zwei bis vier Spieler (ab zwölf) als Kaufleute im 16. Jahrhundert,

die ihre Handelshäuser durch Zeiten brisanter Religionskonflikte und politischer Umbrüche manövrieren müssen. Pech für jene, die falsche Allianzen eingegangen sind. Eine Runde dauert je spannende 90 Minuten. **RT**

Die Mumien des Pharo (Ravensburger)

Vor 20 Jahren stand erstmals „Der zerstreute Pharo“ im Mittelpunkt vieler Familienabende. Jetzt gibt's mit „Die Mumien des Pharo“ eine lustige Fortsetzung. Ausgangslage des Abenteurers:

Irgendwie sind alle Haustiere aus der Grabkammer getürmt. Mumien irren daher durchs Tal der Pyramiden auf der Suche nach den Viechern, die sich (in einer zweiten Ebene) unter den 41 Bauten tummeln. Zwei bis vier Ägyptologen (ab acht) sollen die Vierbeiner nun wieder einfangen. Gute Konzentration ist Trumpf, weil der Spielplan ständig variiert. Je 30 turbulente Minuten. **RT**



Am 19. Juni 1943 erklärte Propagandaminister Joseph Goebbels Berlin als „judenfrei“. Was er jedoch nicht wusste - oder nicht wahrhaben wollte: In der Reichshauptstadt hatten sich noch gut 7000 jüdische Frauen, Männer und Kinder versteckt, 1700 von ihnen haben die Nazi-Schrecken sogar überlebt. Vier von ihnen stellt der Hauptfilm des Monats vor.

Wie vier Berliner Juden Hitlers Häschern entkamen

© Tobis Film GmbH



Cioma Schönhaus (links: Max Mauff) ist mit seinen Eltern zum Abtransport in ein Vernichtungslager vorgesehen, kann sich aber mit einem gefälschten Dokument retten.

Bisher hat sich Regisseur Claus Räfle mit akribisch recherchierten Dokumentationen („Die Bismarcks“, „Die Kritiker“ u.v.a.) einen Namen gemacht. In einer davon, „Salon Kitty“ (2004), über ein Nazibordell, berichtete er, dass sich dort auch eine jüdische Berlinerin mit falschen Papieren versteckt hatte. Dieses Detail verführte den Regisseur später zu weiteren Recherchen, bei denen er vier Berliner fand, die sich von 1943 bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs erfolgreich vor Hitlers Häschern verstecken konnten – oft dank der Hilfe aufrechter Mitbürger, die sich auf diese Weise den Anordnungen der Machthaber widersetzen.

Deren Geschichten erzählt Räfle in seinem Spielfilm **„Die Unsichtbaren – Wir wollen leben“**. In dem einfühlsam inszenierten und oft erstaunlich humorvollen Drama lernen wir Cioma Schönhaus (Max

Mauff) kennen, der als ehemaliger Kunststudent ein Dokument fälschte, so dem Abtransport in einem Todeszug entging und fortan als gewiefter Passfälscher ungezählte Leidensgenossen rettete. Die 17-jährige Vollwaise Anni Lévy (Alice Dwyer) wurde durch einem Besuch beim Friseur als Blondine für ihre Verfolger „unsichtbar“ und tauchte oft in dunkle Kinosäle ab. Eugen Friede (Aaron Altaras) schloss sich der Widerstandsgruppe von Hans Winkler an. Und Ruth Arndt (Ruby O. Fee) tarnte sich als Kriegswitwe und arbeitete – in der Wohnung eines NS-Offiziers.

Das alles ist erfreulich nüchtern, dabei aufregend gut und keineswegs übertrieben erzählt: Interviews mit den Überlebenden von damals belegen jede Szene. Ein sehenswertes Stück Widerstandsgeschichte also. Gestartet. ★★★★★ RT

American Folk Art – gemalt in einer winzigen Hütte

Kaum vorstellbare drei mal vier Meter maß der Grundriss des Häuschens von Maud und Everett Lewis (Sally Hawkins und Ethan Hawke) in Marshalltown im kanadischen Neuschottland. In dieser winzigen Hütte haben die beiden 32 Jahre (von ihrer Hochzeit 1938 bis zu Mauds Tod 1970) gelebt, Everett als Hausierer und Fischer, Maud wegen einer rheumatischen Erkrankung als Hobby-Malerin. Was als Steckenpferd begann, wurde für sie bald zu einer Passion. Maud avancierte zur Pionierin der amerikanischen Folk-Art, sogar der damalige Vizepräsident Nixon kaufte ihre Kunst, **„Maudie“** erzählt die rührende Geschichte zweier Menschen, die sich



Maud (Sally Hawkins) kann wegen einer rheumatischen Arthritis nicht arbeiten. Stattdessen bemalt sie in ihrem kleinen Haus farbenfrohe Bilder.

fremd waren, aber lieben lernten. Vor dem Film sollte man Mauds Namen googeln – und keinesfalls die Nase rümpfen über ihre naiv anmutende Kunst. Ihre kleinen Bilder (meist 20 bis 25 cm breit) erzielten Preise bis zu 34 000 kanadische Dollar. Gestartet. ★★★★★ RT

Die Kunst des Flitzens beim Fußball



In den Schweizer Fußballstadien greifen die Flitzer wie eine Seuche um sich. Das Publikum ist Feuer und Flamme, die Polizei aber macht Jagd auf die Nackerten.

Deutschlehrer Baltasar Näf (Beat Schlatter) will in seiner Stadt ein Museum einrichten. Um an das Geld dafür zu kommen, wettet er das gesamte Budget für den Sportplatz seiner Schule auf ein Fußballspiel – und verliert! In seiner Panik bringt ihn der

Nackerte, der bei dem verhängnisvollen Match über den Platz gespurter war, auf eine Idee: Wie wäre es, Geld auf künftige Flitzer zusetzen? Mit seinem Friseur (und illegalem Wettbüro-Betreiber) bastelt er an der Idee herum und stößt im Nu auf begeisterte Wetter. Flugs rekrutiert er ein Team sympathischer, aber gehemmter Zeitgenossen, die er in der Kunst des Flitzens ausbildet. In der Schweizer Komödie **„Flitzer“** läuft zunächst alles nach Plan: Zocker und Publikum sind begeistert, die Kasse füllt sich dank guter Quoten. Dann aber will eine ehrgeizige Polizistin der Flitzerei ein jähes Ende bereiten. Was rundum charmant und komisch ist. Ab 16. November. ★★★★★ RT

Weitere Filmstarts



Mord im Orient Express: Kenneth Branagh („Cinderella“) hat die sicherlich bekannteste Zugfahrt der Literaturgeschichte unter anderem mit Johnny Depp, Judi Dench, Penelope Cruz und Michelle Pfeiffer neu – und opulent – verfilmt. Ab 9.11.

Django – Ein Leben für die Musik: Der begnadete Jazz-Gitarrist Django Reinhardt begeistert 1943 in Frankreich sogar die Nazis. Als die ihn auf eine Tournee durch Deutschland schicken wollen, verhilft ihm seine Pariser Geliebte zur Flucht. Bio-Pic. Gestartet. ★★★★★

The Secret Man: Die wahre Geschichte von Mark Felt (Liam Neeson), einst Vize-Chef des FBI, der als „Deep Throat“ die Washington Post mit brisanten Informationen über den Watergate-Skandal fütterte und so Präsident Nixon zu Fall brachte. Großartig! Ab 2.11. ★★★★★



Simpel: Frederick Lau als fürsorglicher Bruder, der nach dem Tod der Mutter verzweifelt darum kämpft, sich um den geistig behinderten Barnabas (David Kross) kümmern zu dürfen. Ab 9.11. ★★★★★

The Big Sick: Wahre Geschichte des pakistanischen Stand-Up-Comedian Kumail, der sich in Chicago in die Frohnatur Emily verliebt, sie wegen familiärer Gegebenheiten wieder verliert – ehe sie in ein Koma fällt. Verdienter Publikumspreis beim Locarno Film Festival. Ab 16.11. ★★★★★ RT



Skoda Kodiak

Im hart umkämpften Segment der Mittelklasse-SUVs trauen viele dem Skoda Kodiak zu, im internen Machtkampf des Wolfsburger Mutterkonzerns nicht nur seinem nächsten Verwandten, dem Tiguan, Paroli zu bieten – sondern auch dem Audi Q5. Vor allem mit dem enormen Platzangebot und modernster Ausstattung punktet das zweite Skoda SUV nach dem Yeti.

Der Kodiak überzeugt aber nicht nur durch seine Größe, sondern auch mit optimaler Raumausnutzung, hoher Wirtschaftlichkeit, maximalem Nutzwert und bestmöglichem Komfort sowie einem fairen Preis, der ihn zum Geheimtipp macht.

Derzeit sind drei Turbo-Benziner (125–180 PS) und zwei Selbstzünder (150–190 PS) mit 6-Gang-Schaltung oder Doppelkupplungsgetriebe mit sechs oder sieben Gängen erhältlich. Bis zu 1800 Kilogramm wiegt der 4,70 m lange Tscheche, hat mit seinem Motoren-Angebot aber ausreichende Reserven, um in allen Verkehrssituationen kraftvoll und souverän zu agieren. Dazu spielt das 7-Gang-Doppelkupplungsgetriebe, vor allem bei Beschleunigungsvorgängen, seine Stärken voll aus und sorgt für schnelle Überholvorgänge.

Die Fahrleistungen der 2,0-Liter-TDI-Version „Style“ (110 kW/150 PS): 0 bis 100 km/h in rund 9,5 Sekunden, die Höchstgeschwindigkeit liegt bei ca. 200 km/h. Der Drittmix-Verbrauch von 5 bis 5,5 Litern ist zeitgemäß.

Wer das adaptive Fahrwerk – optional – wählt, kann die Fahreigenschaften individuell anpassen,



wobei die Standardeinstellung das Optimum zwischen sportlich und komfortabel darstellt. Das vorhandene „Set-up“ sorgt für guten Federungskomfort.

Wenn die Rücksitzbank rund 18 cm nach vorn geschoben wird, reicht die Beinfreiheit für Erwachsene immer noch aus – noch bequemer ist es für die beiden Mitfahrer, die auf Klappsitzen im Laderaum Platz nehmen. Also vollkommen unproblematisch: aus fünf mach sieben!

Somit erweist sich der Kodiak auch als wahrer Alleskönner, denn mit umgeklapptem Beifahrersitz lassen sich außerdem bis zu 2,80 Meter lange Gegenstände transportieren.

Das Kofferraumvolumen liegt bei 720 bis 2065 Liter (Fünfsitzer) und 270 bis 2005 Liter beim Siebensitzer. Selbst in dieser „Kleinbus-Version“ hat der Kodiak so viel Laderaum, dass er die Konkurrenten noch immer übertrifft.

Schon die Ausstattungslinie „Active“, die sogenannte Basisvariante, bietet einiges: unter anderem sind Klimaanlage, elektrische Fensterheber, Front Assist mit City-Notbremsfunktion, Berganfahrassistent,

LED-Rückleuchten und höhenverstellbare Vordersitze serienmäßig.

Für ein Plus von 2600 Euro kann der Kodiak mit dem „Ambition“-Paket ausgestattet werden. Nützliche Hilfsysteme wie den Fahrlichtassistenten mit Regensensor und hintere Parksensoren sind hier inbegriffen.

Für weitere 2400 Euro ist die bestmögliche Ausstattungsstufe „Style“ erhältlich. Sie bietet unter anderem 18-Zoll-Leichtmetallräder, LED-Scheinwerfer, adaptive Frontscheinwerfer und Parksensoren vorne und hinten.

Zur Sonderausstattung: Besonders praktisch sind Spurhalte-, Spurwechsel- und Ausparkassistent. Voller Rundumblick wird durch die 360-Grad-Kamera „Area View“ geboten, die mithilfe von in Front, Heck und Außenspiegeln angebrachten Kameras die unmittelbare Umgebung des Wagens aus unterschiedlichen Blickwinkeln darstellt – besonders nützlich, wenn man in besonders enge Parkboxen fährt oder kurze Parklücken anvisiert.

Parkscheinhalter, Flaschenaufdreher, Eiskratzer, die unvermeidlichen Regenschirme, dazu Türkantenschutz, aber auch viele Ablagen – groß ist das Kodiak-Allround-Paket.

Summa summarum: Der „jüngste Tscheche“ ist bei den gefragten Kompakt-SUVs durchaus in der Lage, eine Spitzenposition einzunehmen.

Preis: 2.0 TDI ab 31 690 Euro.

JTF

Literatur

Porsche 911 – Die luftgekühlten Serien- und Rennfahrzeuge

In den zwischenzeitlich weit über 50 Jahren seiner Modellgeschichte ist der Porsche 911 immer und immer wieder noch ein Stückchen besser geworden.

Zahllose kleine und große Entwicklungsschritte haben den Sportwagen aus Zuffenhausen stets

näher an die angestrebte Perfektion herangeführt. Jörg Austen, der bei Porsche lange Jahre in der Getriebeentwicklung und später zuständig für die Technik-Schulung war, vollzieht in dieser höchst übersichtlichen Chronik den technischen Werdegang des Evergreens. Akkurat stellt er Straßen- sowie Rennfahrzeuge der luftgekühlten Ära

einander gegenüber und listet auf, was sich von Modelljahr zu Modelljahr änderte.

Jörg Austen

Porsche 911 – Die luftgekühlten Serien- und Rennfahrzeuge

Gebunden, 230mmx265mm, 464 Seiten, 14 SW-Bilder & 238 Farbbilder & 20 Zeichnungen, ISBN 978-3-613-03894-3, 49,90 Euro

Schnappschuss des Monats

Preisträger der September-Ausgabe

„Jungs, unfassbar hier – die haben schon wieder ‚Tag der offenen Tür!‘“

Jason Pegler, Uelzen



„Eigentlich wollte ich heute gar nicht zum Sport und ich glaube, die hätten uns auch einfach so reingelassen!“

Stabsfeldwebel Christian Meissner, Landsberg am Lech

„Den Abenteuerurlaub mit außergewöhnlichem Sportangebot habe ich mir anders vorgestellt!“

Stabsunteroffizier Jens Phillip Rademacher, Köln



Foto: Getty Images

Ergänzen Sie unser „Foto des Monats“ und füllen Sie die Sprechblase mit einem originellen Satz. Einsendungen an:

Redaktion
DIE BUNDESWEHR,
Kapelle-Ufer 2, 10117 Berlin



Foto: Bundeswehr



Die drei besten Lösungen werden mit je 50 Euro honoriert. Vergessen Sie nicht Dienstgrad, Vorname, Name und Standort (Zuschriften werden nur bei vollständigen Angaben berücksichtigt). Die Namen der Preisträger werden in der übernächsten Ausgabe veröffentlicht. Einsendeschluss für das November-Bild: Montag, 11. Dezember 2017

IMPRESSUM

ISSN 0007-5949

Herausgeber:

Deutscher Bundeswehrverband e.V.
Kapelle-Ufer 2, 10117 Berlin

Oberstleutnant André Wüstner,
Bundesvorsitzender
Jan Meyer, Leiter Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion:

Kapelle-Ufer 2, 10117 Berlin
Tel.: (030) 235990-0
E-Mail: presse@dbwv.de
Internet: www.dbwv.de

Die Redaktion übernimmt keine Haftung
für unverlangt eingesandte Manuskripte,
Fotos und Illustrationen. Es entsteht kein
Anspruch auf Honorierung und
Rücksendung.

Chefredakteur: Frank Henning
(verantwortlich)

Stellvertretende Chefredakteurin:
Christine Hepner

Redakteur: Gunnar Kruse
Layout: Rainer Roßbach

Lektorat: Cornelia Kaluschke
Grafische Konzeption:
Mattheis Werbeagentur, Berlin

Alle mit vollem Namen oder
Namenszeichen versehenen Artikel stellen
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion
oder des DBwV dar.

Herstellung:

Möller Druck und Verlag GmbH
Zeppelinstraße 6, 16356 Ahrensfelde
www.moeller-mediengruppe.de

Anzeigen:

GCM Go City Media GmbH
Robert Rischke (verantwortlich)
Verkauf: Juliane Naßhan-Kunert
und Michelle Thiede
Tel.: (030) 695665909
Fax: (030) 695665999
E-Mail: thiede@gcmberlin.de
Disposition: Bianca Haas und Barbara Ruff
E-Mail: anzeigen@gcmberlin.de
www.gcmberlin.de

Teilbeilage:

Deutsche Goldmünzengesellschaft

Der Bezug des Bundeswehr-Magazins
erfolgt im Rahmen der grundsätzlichen
Beitragspflicht als Mitglied des Deutschen
Bundeswehrverbands.

Anzeigen und Beilagen in dieser Zeitschrift
sind nicht als Empfehlung des DBwV
anzusehen.

Anzeigenschluss Dezember-Ausgabe:
Donnerstag, 2. November 2017. Es gilt die
Anzeigenpreisliste Nr. 45.

Redaktionsschluss Dezember-Ausgabe:
Montag, 13. November 2017

an- führen, führen	altrömi- sches Hirten- lied	▽	Licht- bild- streifen	König von Wessex, † 839	▽	englisch: eins	franz. Departement- hptst.	Vater von Ikarus	▽	Ritter der Artus- runde	Stadt an Blau und Donau	großer See in Sibirien (...see)	▽	Spiel- einsatz	
▷	▽		10	▽		gottes- fürchtig	▷			▽	▷	▷		6	
Be- schwer- de	▷					geflü- gelte Liebes- götter		behörd- liche Anord- nung	▷						
▷			Talsperre im Sauer- land		Seuche	▷				9				franz. Schrift- steller, Brüder	
Stadt in Hessen		nicht weniger, son- dern ...	▷				Rhein- last- kahn	▷			mongol. Herr- scher- titel		Ruhe- ständler	▷	
ruh- reich	▷							Frauen- name		Spiel- karten- farbe	▷		▷		
▷					7	Kohle- produkt, Goudron	Tempe- ratur redu- zieren	▷				1			
Schalter am Com- puter	zwei- gliedrige Summe (math.)	Halbaffe		Südstaat der USA	▷				4	Wind- schatten- seiten		Abk.: Numerus clausus	▷		
fesseln	▷	▷			5		starker Zweig		Abk.: Leinen	▷		unbe- kanntes Flugob- jekt (Kw.)			
Frauen- kurz- name	▷			Jazz- konzert- auftritt		ehem. Einheit für den Druck	▷		8		birman. Staats- mann (2 W.)	▷			
russ. Schrift- steller (†, Maxim)			Heu- schrecke	▷						2					
▷						Frauen- name	▷			körper- liches Training	▷				
chine- sische Kaiser- dynastie	▷					1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

Sudoku

Zahlen von 1 bis 9 sind so einzutragen, dass sich jede dieser neun Zahlen nur einmal in einem Neunerblock, nur einmal auf der Horizontalen und nur einmal auf der Vertikalen befindet.

leicht

	5	8	3		9	2		
7	9	3	6		2			
	2					3	5	9
			2	1	8	7	9	
2	4	7				5		
		9		7		6		2
4			7	6			2	
3			9	4			8	7
9		1				6	5	

schwer

9			8			5		
			3	1	2			
8			2					
7		5						
		6		8				
			2			4	3	
			3					
			4		7		1	2
	1	9						7

leicht

**Auflösungen
Oktober-Ausgabe**

8	4	9	1	5	2	6	3	7
2	6	5	7	9	3	8	1	4
1	3	7	8	6	4	5	2	9
7	8	6	3	1	9	2	4	5
4	2	1	6	7	5	3	9	8
9	5	3	4	2	8	7	6	1
5	7	4	9	3	6	1	8	2
3	9	2	5	8	1	4	7	6
6	1	8	2	4	7	9	5	3

schwer

1	4	7	6	3	9	2	8	5
9	2	6	8	7	5	4	1	3
5	8	3	4	2	1	6	7	9
3	9	2	5	4	8	7	6	1
4	7	8	1	6	3	9	5	2
6	5	1	2	9	7	3	4	8
7	6	5	3	8	2	1	9	4
8	3	4	9	1	6	5	2	7
2	1	9	7	5	4	8	3	6

S	S	P	P	C	U
A	Z	T	E	K	E
W	E	S	I	R	D
I	L	G	U	A	N
M	A	U	R	E	R
T	A	S	S	L	A
T	K	L	L	M	S
S	E	E	R	E	I
A	R	G	O	N	E
Y	E	N	N	T	I
F	W	I	C	H	T
T	I	T	O	W	E
E	T	O	N	W	E



Deutscher
Bundeswehrverband



Soldaten und Veteranen Stiftung

Vertrauen verbindet.

Die SVS dankt Ihren Zustiftern und Förderpartnern



Vollbank Bonn Rhein-Sieg

KTO: 300 40

BLZ: 380 601 86

IBAN: DE 51380601860000030040

BIC: GENODED1BRS

www.soldaten-veteranenstiftung.de



Mit einem SGD-Fernstudium zum persönlichen Erfolg

Wählen Sie jetzt Ihr Erfolgsziel aus über 200 SGD-Fernlehrgängen!

TIPP!

605 ABITUR	620 Fachhochschulreife Maschinenbau	630 Englisch für Anfänger	631 Englisch für Fortgeschrittene	647 Cambridge First Certificate in English	632 Französisch für Anfänger	646 Gepr. Fremdsprachenkorrespondent/in (IHK) Englisch	
621 Fachhochschulreife Elektrotechnik	622 Fachhochschulreife Wirtschaft und Verwaltung	639 NEU Englisch für den Beruf B1/B2	649 Technisches Englisch	645 Spanisch-Gesamtlehrgang	805 Gartengestaltung	807 Kunstwerkstatt – professionell zeichnen	
623 Fachhochschulreife Gesundheit	603 Realschulabschluss	836 TIPP! Ernährungsberater/in	835 Psychologische/r Berater/in – Personal Coach	806 Professionelles Fotografieren leicht gemacht	223 TIPP! Kreatives Schreiben	806 Professionelles Fotografieren leicht gemacht	
611 Hauptschulabschluss	931 TIPP! E-Commerce-Manager/in (IHK)	839 Psychotherapie HP	841 Heilpraktiker/in	570 Gepr. Energiemanager/in (SGD)	825 Journalist/in	610 Gutes Deutsch in Beruf und Alltag	
962 Eventmanagement (IHK)	700 TIPP! Gepr. Betriebswirt/in (SGD)	121 Angst und Stressbewältigung	845 Erziehungsberatung	200 Staatl. gepr. Mechatroniker/in	203 Staatl. gepr. Techniker/in Elektrotechnik, Energie- u. Automatisierungstechnik	581 NEU Wein- und Genuss-experte/-expertin (IHK)	236 NEU Mathe-Crashkurs
893 Außenwirtschaft und Exportmanagement mit IHK-Zertifikat	705 NEU Gepr. Handelsfachwirt/in (IHK)	699 Personal und Business-Coach	814 Praktische Psychologie	530 Gepr. Qualitätsbeauftragte/r (TUV) – Qualitätsmanagement	505 Elektrofachkraft Montage, Wartung und Instandsetzung	440 Gepr. Grafik-Designer/in PC (SGD)	406 Gepr. C#-Programmierer/in (SGD)
713 Kaufmännischer Grundkurs	882 Logistikmanagement	675 NEU Tierpsychologie – Tierhaltung, Tierbetreuung, Terverhaltenstherapie	677 Mentaltrainer/in	501 Gepr. Konstrukteur/in CAD (SGD)	304 Gepr. Industriemeister/in (IHK) Metall	462 Gepr. C++-Programmierer/in (SGD)	740 IT-Grundlagen aktuell
781 Gepr. Fachwirt/in im Gesundheits- und Sozialwesen (IHK)	968 NEU Personalentwicklung (IHK)	229 Lerncoach	230 NEU Gepr. Fitnesscoach (SGD)	550 TIPP! Elektronik Grundkurs	204/205 Staatl. Gepr. Techniker/in Bautechnik	450 Office Kompakt	541 Mikrocontroller
791 Erfolgreich selbstständig werden	958 Innovationsmanager/in (IHK)	719 Managementkurs	978 Management-Know-how für die Gesundheitswirtschaft	512 Bauzeichnen CAD	504 NC- und CNC-Technik	414 NEU Gepr. Web-Designer/in (SGD)	470 Social Media Manager/in
702 Gepr. Technische/r Betriebswirt/in (IHK)	852 Gepr. Buchhalter/in (SGD)	874 TIPP! Staatl. gepr. Betriebswirt/in	960 NEU Gepr. Hotelbetriebswirt/in (SGD)	443 Gepr. Multimedia-Designer/in (SGD)	753 Grundkurs Wirtschaftsinformatik	409 TIPP! Zertifizierte/r SAP-Finanzbuchhalter/in	464 Gepr. iPhone/iPad-App-Entwickler/in (SGD)
776 Gepr. Immobilienmakler/in (SGD)	878 Gepr. Personalfachkauffrau/-mann (IHK)	435 Gepr. Office-Manager/in (SGD)	963 Gepr. Technische/r Fachwirt/in (IHK)	560 IT-Sicherheit in Rechnersystemen und -netzwerken	421 Fachinformatiker/in	404 SAP-Finanzbuchhalter/in	437 NEU Gepr. Informatiker/in (SGD)
895 Gepr. Controller/in (IHK)	890 Gepr. Haus- und Grundstücksverwalter/in (SGD)	785 Sichere Existenzgründung	965 NEU Sales Manager/in (SGD)			406 SAP-Anwenderwissen Personalwirtschaft	403 Zertifizierte/r SAP-Einkäufer/in
773 Gepr. IT-Betriebswirt/in (SGD)	778 Projektmanagement – Projektleiter/in (IHK)						

Als Soldat erhalten Sie bis zu Ermäßigung auf alle SGD-Studiengebühren **15%**
4 Wochen kostenlos testen!

INFO-GUTSCHEIN

Infopaket jetzt **kostenlos** anfordern!
Tel.: 0800-743 11 00
Mo. – Fr. 8:00 bis 20:00 Uhr und Sa. 10:00 bis 15:00 Uhr
persönliche Beratung (gebührenfrei)
www.sgd.de/soldaten

Bitte ausgewählte Lehrgangs-Nummern für GRATIS-Probelektionen eintragen

1. Probelektion

2. Probelektion

Infos anfordern!



Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Studiengemeinschaft Darmstadt GmbH · Abt. E533 · Postfach 10 01 64 · 64201 Darmstadt

Ihre SGD-Vorteile:

- Staatlich zugelassen
- **Beginn jederzeit – es gibt keine festen Start-Termine**
- Persönliche Betreuung
- Hohe Flexibilität, Lernen von zu Hause aus
- Bis zu 15% Ermäßigung für Soldatinnen und Soldaten
- Online-Campus „waveLearn“
- **4 Wochen kostenlos testen**

HOCHSCHULABSCHLUSS per Fernstudium

AUCH OHNE ABITUR!

Bachelor/Master/Akademische Weiterbildung

- Informatik ■ Mechatronik
- Maschinenbau
- Verfahrenstechnik
- Elektro- u. Informationstechnik
- Wirtschaftsingenieurwesen
- Technologiemanagement



Jetzt Infos **GRATIS** anfordern!

Wilhelm Büchner Hochschule
Private Fernhochschule Darmstadt

0800-924 10 00
www.wb-fernstudium.de



Studiengemeinschaft Darmstadt
Deutschlands führende Fernschule – Qualität seit 1948